

# Auszug aus den Gemeinderatsprotokollen

1923 - 1964

## Vorbemerkungen:

Ziel dieses Auszugs ist es, einen schnellen Überblick auf die Beschlüsse des Gemeinderats zu erhalten, dabei mußte eine Auswahl getroffen und einzelne Abschnitte gekürzt werden. Die Auswahl und Kürzung ist ein subjektives Ermessen. Großenteils werden die Beschlüsse wörtlich wieder gegeben. Bei Kürzungen wurden teilweise Sätze neu gebildet. Es wurde aber immer versucht den Sinn der Beschlüsse so nah wie möglich wieder zugeben

. *Kursiv geschriebene Textteile sind Einfügungen des Bearbeiters*

Gegebenenfalls muß im Original nachgelesen werden.

**Mit der Auswahl soll erreicht werden einen Einblick in die Probleme der Zeit zu erhalten, die damals ganz anderer Natur waren als heute**

Ein großer Teil der Gemeinderatsprotokolle befaßt sich mit der Wohnungswirtschaft und dem großen Bereich der Fürsorgefälle vor allem in der Zeit nach den Kriegen. Diese Bereiche sind hier, nur an einigen exemplarischen Beispielen aufgeführt.

Ein weiterer Teil befaßt sich mit privaten Baugesuchen und der Farrenhaltung. Auch dieser Bereich wird mit Ausnahmen nicht aufgeführt.

Nicht aufgeführt in den Gemeinderatsprotokollen ist der Bereich des Kurvereins.

Persönliche und Personalangelegenheiten werden nur aufgeführt, wenn sie zum Verständnis der Ortschaft und der nationalen Geschichte wichtig erscheinen.

Das Datum bezeichnet die jeweilige GR-Sitzung, die §§ beziehen sich auf die durch nummerierten Tagespunkte.

Diese Zusammenstellung ist nicht Korrektur gelesen. Ich bitte daher vorhanden Fehler zu entschuldigen.

W. Obert

# 1923

## 5. Jan. 1923

§1 Einführung der neu- bzw. wiedergewählten Mitglieder des Gemeinderats mit einem Rück- und Ausblick der Gemeindeverwaltung.

## §4 Kurtaxe:

Erhöhung aus Inflationsgründen: Erwachsene 6 M/T; Jugendliche 4 M/T

## 16. Jan. 1923

§29 Julius Kling; New York schenkt der Gemeinde 5445 M. Dem Spender wird der Dank ausgesprochen. Verwendung für Bedürftige

§32 Die Gemeinde ist als zugelassener Mehlgroßhändler zur Haltung eines Mehllagers verpflichtet. Um einer Sicherstellung der geregelten Brotversorgung soll das Lager beibehalten werden.

## 20. Jan. 1923

§39 Das Lokal der Oberklasse in der Schule wird seit Jahren der Kirchengemeinde zur Abhaltung von Gottesdiensten überlassen. Diese Gottesdienste finden in der Regel in den Abendstunden statt. Durch das Abhandenkommen von Glühlampen hat der Schulvorstand die Abnahme dieser Lampen angeordnet. Beschluß: Die Lampen bis auf weiteres Kirchengemeinde für ihre gottesdienstlichen Zwecke zur Verfügung zustellen.

§39 In Sachen der Miete für die Apothekenräume und die Apotheker- Wohnung ist zwischen den Apothekern Bozenhardt u. Mohl und dem Hausbesitzer Völlnagel eine Vereinbarung zustande gekommen.

## 30. Jan. 1923

§45 20%er Zuschuß der Gemeinde zu den Reichsmitteln zur Verbilligung der Milch für Säuglinge und kleinen Kindern der besonders notleidenden Bevölkerungskreise.

## 9. Febr. 1923

§60 Auf die Gesuche um Abgabe von Sargholz hat das Forstamt Langenbrand 8 Stämme Nadelholz angeboten.

## 20. Febr. 1923

§73 Der Wasserzins wird im Hinblick auf die Geldentwertung auf das 150 fache der Vorkriegssätze angehoben. Die Gebühren für die Liegehallen wird auf 20 Mark/Tag angehoben.

## 2. März 1923

§63 Das Gutachten des Schularztes, Oberamtsrat Dr. Betz über die Mängel am Schulhaus wird zur Kenntnis gebracht. Beschluß: Die Mängel soweit wie möglich abzustellen.

§89 Die Ziegenbockhaltung wird ab April dem Malermeister Robert Zillinger gegen Überlassung des Grasertrags mehrerer Gemeindeflächen übertragen.

§90 Die Kinderspeisung sowie die Verteilung von Mehl an wirtschaftlich Schwache soll möglichst ausgedehnt werden.

§94 Die Vermietung von Zimmern mit Küche an Kurgäste ist geeignet, den Aufenthalt solcher länger als erwünscht und zum Nachteil der Gemeinde zu ermöglichen. Es kann der Fall eintreten, daß solchen Kurgästen die Wohnung an ihrem Wohnort beschlagnahmt wird, so daß sie dann der hiesigen Gemeinde als wohnungslos zur Last fallen werden.

Beschluß: Überlassung von Wohnräumen mit Küche an Kurgäste nicht zu genehmigen.

### **23. März 1923**

§114 Weil sie ihren Aufenthalt nicht angezeigt haben und weil die Rekognitionsgebühr während dreier aufeinander folgender Rechnungsjahre nicht bezahlt worden ist, ist das Bürgerrecht folgender Personen erloschen: *(14 Personen namentlich genannt)*

### **4. April 1923**

§126 Auf Ansuchen des Herrn Dr. Schröder und in besonderer Würdigung seiner Verdienste um den Kurort Schömberg wird diesem ausnahmsweise ein Platz im Friedhof neben der Grabstätte seiner 1. Frau und seiner Tochter Hedwig in der Größe von 6 m<sup>2</sup> überlassen.

§128 Nach einem früheren Beschluß wurde der Schulsaal der Kleinkinderpflege für die Abhaltung religiöser Stunden zur Verfügung gestellt. Nun ist Frau Katharine R., die diesen Gottesdienst häufig besuchte, an religiösem Wahn erkrankt und als Geistes gestört erklärt worden. Es erhebt sich nun die Frage, ob der Charakter der Stunden, die Art der Abhaltung derselben, nicht geeignet sind bei dem einen oder anderen der Zuhörer eine geistige Verwirrung hervorzurufen.  
Beschuß: Es soll ein ärztliches Gutachten eingeholt werden.

### **20. April 1923**

§137 Erhöhung der Kurtaxe: ab 20. April 1923: 30 Mark/T; ab 20. Mai 1923: 50 Mark/T

§140 Dem Vorschlag des Verwaltungsrats der Feuerwehr entsprechend wird beschlossen:

1. An Stelle der unpraktischen und lästigen Roßharschweifen an den Helmen des Kommandanten u. der Zugführer diese Helme mit Spitzen bzw. Kugeln zu versehen
2. Für denselben Achselstücke zu beschaffen.
3. Etwa 50m neue Hanfschläuche und
4. Für den Kommandanten einen neuen Rock zu beschaffen.

### **1. Mai 1923**

§152 M. Bl, Schuhmacher, geb. in Aichhalden, sucht um das Bürgerrecht und das Nutzungsbürgerrecht nach.

Beschluß: Das Bürgerrecht und das Recht zur Teilnahme an den persönlichen Gemeindevorteilungen gegen Bezahlung eines Einstandsgeldes zu erteilen.

§153 Im Wasserwerk ist eine größere Reparatur notwendig geworden. Da mit weiteren Reparaturen zu rechnen ist, ist eine Erhöhung des Wasserzinses dringend notwendig.

Beschluß: Der Wasserzins wird auf das 210 fache der Grundgebühr erhöht.

### **19. Juni 1923**

§224 Zur Aufnahme von Kindern aus dem vergewaltigten Ruhrgebiet hat sich eine größere Zahl von Einwohnern, darunter auch Landwirte bereit erklärt.

Nun teilt das Jugendamt Calw mit, daß der Oberamtsarzt die Aufnahme der Kinder in Anbetracht der Verbreitung der TBC in der hiesigen Bevölkerung und der Beherbergung kranker Kurgäste für völlig ungeeignet halte.

Diese, und Äußerungen in anderen Fällen aus denen geschlossen werden muß, als sei die Einwohnerschaft von Schömberg durch und durch verseucht und gemeingefährlich sind geeignet Schömberg aufs schwerste zu schädigen.

Beschluß: Gegen die Darstellung der Schömberger Gesundheitsverhältnisse aufs schärfste zu protestieren.

### **2. Aug. 1923**

§279 Die ständige Vermehrung der schultheißenamtlichen Geschäfte macht die Anstellung einer weiteren Hilfskraft erforderlich. Beschluß

als Schreibgehilfen den Kaufmann Konstantin Eitel von hier einzustellen

§282 Schon längst hat sich das Rathaus als zu klein erwiesen.

Der Plan ein neues Rathaus zu erbauen, muß vorerst der hohen Kosten und der Schwierigkeiten in der Geldbeschaffung wegen, ausscheiden. Das gleiche trifft auf die Verwendung des Schulhauses als Rathaus und den Neubau eines Schulhauses zu. Es bleibt für die jetzige Zeit nur übrig, das bestehende Rathaus umzubauen und wenn möglich zu erweitern.

Beschluß: Architekt Rest mit der Fertigung eines Plans und einem Kostenvoranschlag zu betrauen.

**§285** In Erledigung der Gemeindevisitationsrezesse wird beschlossen:

Die Überdeckung des Eulenbaches in Angriff zu nehmen und die beiden interessierten Sanatorien um Kostenbeiträge anzugehen.

#### **24. Aug. 1923**

**§317** Der Feldweg Nr.3 mündet in die Liebenzeller Str. seiner Lage nach fällt der Weg in den nicht ländlichen Ortsteil. Es wird beschlossen:

Den FW Nr. 3 von der Liebenzeller Str. bis zur Parz. Nr. 198/1 als Hauptstr. I. S. der Ortsbausatzung zu erklären und diesem Weg die Bezeichnung „Hohlweg“ zu geben.

#### **29. Aug. 1923**

**§320** Dr. Schwermann, II Arzt am Sanatorium Schwarzwaldheim beabsichtigt sich hier niederzulassen. Er bittet um die Zuweisung einer Wohnung die ihm ermöglicht ärztliche Praxis auszuüben.

#### **11. Sept. 1923**

**§338** Die Ortsarmen, soweit sie nicht Sozial- oder Kleinrentner sind, kommen in immer größer werdende Not. Die Heimatnothilfe scheint nicht genügend Mittel zu haben, um solche Bedürftige genügend unterstützen zu können.

Um den Einwohnern und Kurgästen die Möglichkeit, zur Linderung der Not etwas beizutragen, wird bei der Kinderschwester eine Sammelstelle eröffnet.

**§339** Bei den hohen Kraftstrompreisen kommt die Straßenbeleuchtung sehr teuer zu stehen. Es wird deshalb beschlossen:

Die Straßenbeleuchtung soweit als tunlich einzuschränken.

**§340** Es mehren sich die Klagen über Kartoffel- und sonstige Felddiebstähle, was Anlaß gibt, die Frage eines Feldschutzes zu erörtern.

**§344** Mit Rücksicht auf die hohen Kosten, die die Kinderspeisung verursacht und die ungünstigen Raumverhältnisse bei der Zubereitung und Ausgabe der Speisen wird beschlossen:

Die Kinderspeisung aufzuheben.

**§346** Der Vorsitzende berichtet über den Stand der Erwerbslosenfürsorge. Da in verschiedenen Betrieben kurz gearbeitet wird, ist für eine größere Anzahl von Arbeitern Kurzarbeiterunterstützung zu zahlen.

#### **12. Okt. 1923**

**§408** Die rapid steigenden Preise und die für viele fast unerschwinglich und unmöglich gewordene Beschaffung der wichtigsten Lebensmittel, insbesondere von Kartoffeln und Brotfrucht, haben das dringende Bedürfnis nach Vergrößerung der landwirtschaftlichen Anbaufläche auf hiesiger Markung erwiesen - Allerdings ist der Wunsch nach Selbstbebauung von Grundstücken zum Ausdruck gekommen.

Die Lebensmittelknappheit und Teuerung einerseits und die Arbeitslosigkeit andererseits geben dem Gemeinderat Veranlassung zu beschließen:

Die Staatsforstverwaltung dringend zu bitten, weitere Waldflächen für landwirtschaftliche Zwecke im Laufe dieses Herbstes und Winters abholzen lassen zu wollen.

#### **15. Nov. 1923**

***Einführung der Rentenmark im Verhältnis 1 : 1 Bill.***

### **16. Nov. 1923**

§430 Das Sanatorium Schwarzwaldheim fragt an, wie sich die Gemeinde zu der Aufnahme der Frau eines franz. Offiziers von besetztem Gebiet, in sein Sanatorium stelle.

Im Hinblick auf Bestrebungen Frankreichs, das Deutsche Reich zu vernichten, sowie mit Rücksicht auf Gefühle der Einwohner und der deutschen Kurgäste kann der Gemeinderat die Aufnahme der Französin nicht zulassen.

§443 Nach einer Mitteilung des Finanzamts Neuenbürg ist beabsichtigt, das nicht berufsmäßige Ortssteueramt aufzuheben. Es ist dieserhalb das Anstellungsverhältnis des Ortssteuerbeamten gekündigt worden. Die Frage des Fortbestandes dieses Amtes ist für die Gemeinde von größtem Interesse und es wird deshalb hierzu beschlossen, die Reichsfinanzverwaltung zu bitten, das hiesige Ortssteueramt weiter bestehen zu lassen.

### **7. Dez. 1923**

§446 Nach dem Gemeindesteuergesetz sind die Gemeinden verpflichtet eine Wegesteuer zu erheben. Dieser Steuer unterliegt, wer im Gemeindebezirk Pferde, Ochsen, Esel, Maulesel oder Maultiere hat. Laut Verfügung des Innenministeriums wird diese für Pferde auf 2,10 Goldmark und für Ochsen auf 1,40 Goldmark festgesetzt.

§447 Das Finanzamt Neuenbürg teilt mit, daß eine Belassung des Ortssteueramtes nicht möglich sei. Der Gemeinde ist die Möglichkeit gegeben, den Steuereinzug selbst zu übernehmen.

Beschluß: Die Gemeinde erklärt sich bereit, den Steuereinzug für das Finanzamt zu übernehmen und die Steuer wie bisher durch das Schultheißenamt - getrennt von der Gemeindepflege- zum Einzug bringen zu lassen.

### **21. Dez. 1923**

§471 Die Gemeinderäte Gottlieb Lörcher und Joh. M. Ölschläger scheiden aus dem Gemeinderat aus. Eingeführt werden Friedrich Lörcher und Joh. Georg Kraft.

§472 Nach der Verfügung des Innen- und Finanzministeriums können die Gemeinden ihre Steuern, Beiträge und Gebühren in Goldmark festsetzen. Hierzu wird beschlossen:

1. Sämtliche Gemeindesteuern, Beiträge, Gebühren, Mieten und Pachten grundsätzlich in Gold- oder Rentenmark zu erheben.
2. Die Einwohnersteuer auf 3 Goldmark und die Hundesteuer auf 15 GM festzusetzen

§473 Ab 16. Dez. werden erhöht:

Liegehallengebühr	5	GPf/tägl
Hygienegbühr	5	GPf/tägl
Kurtaxe	5	GPf/tägl

§475 Zur teilweisen Deckung des Aufwands für die Kleinkinderschule und im Hinblick auf die trostlose Finanzlage der Gemeinde wird beschlossen Schulgeld zu erheben:

Für 1 Kind einer Familie	10	GPf/wo
Für 2 Kinder einer Familie	15	GPf/wo
Für 3 und mehr Kinder	20	GPf/wo

§483 Julius Kling in New York hat der Gemeinde durch den hiesigen Turnverein ein Geschenk zu geeigneter Verwendung zukommen lassen.

Es wird beschlossen: Dem Schenker für die reichliche Gabe den herzlichsten Dank auszusprechen und die Gabe zur Weihnachtsbescherung der Kinder der Kleinkinderschule zu verwenden.

**8. Jan. 1924**

§2 Um den zur Ablösung der Wasserleitungsbauschuld erforderlichen Betrag von 7419,43 Goldmark aufbringen zu können, müssen die Wasserzinsen drastisch erhöht werden.

§4 Der Gemeinde ist durch das Oberamt zur Zahlung von 224 Bill. Mark verfallener Amtskörperschaftsumlage aufgefordert worden. Die Lieferung war bisher aus Mangel an Mitteln nicht möglich.

Nach Erörterung wird beschlossen:

Da die Gemeinde ohne alle Betriebsmittel ist und sich aufs äußerste einschränken muß, die Amtskorporation Neuenbürg um Stundung und Ermäßigung der Umlagen zu bitten.

§11 Bei der Gemeindevisitation am 15 - 17. Mai des VJ wurde u. a. reseziert, daß an den Neubau des Schulhauses herangetreten werden muß, falls die Zeitverhältnisse es ermöglichen. In Anerkennung dieser Notwendigkeit wird beschlossen:

Die Vorbereitung für diesen Schulhausneubau zu treffen, mit der Ausführung eines solchen jedoch bis zum Eintritt besonderer Zeit- und Geldverhältnisse zu warten.

§12 Bei der vorgenannten Visitation wurde angemahnt, die Registratur in tunlichster Bälde vollständig umgearbeitet werden muß.

Aus der Erwägung heraus, daß die bestehende Einrichtung veraltet und das Rathaus zu klein ist, daß deshalb zuerst ein neues Rathaus (unter Benützung des alten Schulhauses) mit neuer Einrichtung geschaffen werden muß, ist die Umarbeitung der Registratur bisher in Anstand gelassen worden.

§20 Der Fremdenverkehr liegt fast völlig darnieder. Dies wirkt sich steuerlich ganz gewaltig aus. Sanatorien, Fremdenheime, Geschäftsleute usw. sind infolge dessen sehr in Mitleidenschaft gezogen. Um die Fremdenindustrie zu fördern wird vom Kurverein eine wirksame Reklame eingesetzt werden.

**22. Jan. 1924**

§27 Der Geschäftsgang ist sehr schlecht, hauptsächlich durch den Rückgang der Zahl der Kurgäste auf ein Drittel der Normalzahl und die dadurch bedingte Arbeits- und Verdienstlosigkeit, sowie der Zahlungsunfähigkeit eines großen Teils der Einwohnerschaft.

**8. April 1924**

§131 Die Schwarzwaldwasserversorgungsgruppe beabsichtigt ihre Anlage durch Erstellung eines Pumpwerks im Kleinenztal und Verstärkung einiger Hochbehälter und Rohrstränge zu erweitern.

Da die Möglichkeit besteht, daß der Wasserverbrauch stark steigen könnte, wird beschlossen:

Die Schwarzwaldwasserversorgung zu bitten die hiesige Gemeinde als Mitglied des Verbandes mit den Rechten und Pflichten der übrigen Verbandsgemeinden aufnehmen zu wollen.

**15. April 1924**

§132 Der Vorsitzende widmet dem am 10. d. M verstorbenen Chefarzt des Sanatoriums Schwarzwaldheim Dr. med. Bandelier einen Nachruf.

§136 Die Lieferung der Feuerwehrröcke für den 1. Zug wird den hiesigen selbständigen Schneidern zum Preis von 31 GM für das Stück nach dem vorgelegten Stoffmuster übertragen.

§137 Mit Rücksicht auf den jetzt eintretenden erhöhten Mehraufwand auf Kureinrichtungen und Veranstaltungen wird die Kurtaxe ab 1. Mai auf täglich 10 GPf erhöht.

**30. April 1924**

§156 Adolf Theurer hier, der die Erlaubnis zum Betrieb einer Schankwirtschaft besitzt, sucht um die Erlaubnis nach, auch Flaschenbier ausschänken zu dürfen.

Es sind hier 5 Gast- und 3 Schankwirtschaften, Letztere 3 haben nur die Erlaubnis zum Ausschank von Wein, Branntwein und nicht geistigen Getränken (Kaffee)

**§159** Es besteht die Möglichkeit vom Herrenberger Verband für ev. Krankenschwestern in Bälde eine Schwester zu bekommen. Von dieser Möglichkeit sollte Gebrauch gemacht werden.

#### **6. Mai 1924**

**§166** Der Bauunternehmer Völlnagel hat sein Doppelhaus in der Liebenzeller Str. der Gemeinde zum Kauf angeboten. In einem Haus befindet sich die Apotheke (*Heute Blumen Bräuning*) Im anderen Haus befinden sich 4 leere Geschäftsräume die evtl. Als Kanzleiräume verwendet werden können. Aus der Erörterung geht hervor, daß dies nur als Notbehelf in Betracht kommen könne und daß deshalb der Neubau eines Rathauses vorzuziehen sei.

**§167** An Stelle der Verfügungen des Innenministeriums über die Bekämpfung der Wohnungsnot von 1919, ist die Verfügung zum Vollzug des Wohnungsmangelgesetzes vom 13. April 1924 getreten. Anmerkung: Ein wesentlicher Teil der Gemeinderatsprotokolle befaßt sich mit der Wohnungswirtschaft. Jede frei werdende Wohnung wird über den Gemeinderat neu verteilt. Jeder Zuzug von Personen ist abhängig vom vorhandenen Wohnraum.

#### **23. Mai 1924**

**§169** Der am 4. April in Calw verstorbene Michael Kugele hat 1/6 seines Vermögens der politischen Gemeinde Schömberg zur Errichtung und Unterhaltung der Kleinkinderschule vermacht.

**§171** Von einer Kleiderspende aus Amerika und der Schweiz sind der Gemeinde durch den Ausschuß des Bezirkswohltätigkeitsvereins einige getragenen Kleidungsstücke zugeteilt worden. Die Abgabe derselben an Bedürftige wird dem Schultheißenamt überlassen.

**§182** Die mechanische Feuerwehroleiter ist insofern beschwerlich zu befördern, als bei dem Transport der Vorderteil der Leiter auf den Schultern der Feuerwehroleute ruht, die dabei gewaltige Stöße abzufangen haben. Diesem Übelstand kann durch die Beschaffung eines Vorderwagens mit der Vorrichtung zum Zug der Leiter durch Feuerwehroleute wie auch durch Pferde abgeholfen werden.

**§183** Die Neue Heilanstalt und mit ihr deren Chefarzt Dr. med. Schröder begehen im Juli d. J. Ihr 25 jähriges Jubiläum.

Bei der Bedeutung der Neuen Heilanstalt sowohl als auch des Herrn Dr. med. Schröder für die Gemeinde erscheint eine Ehrung derselben als ein Gebot der Pflicht

Hierzu wird einstimmig beschlossen:

1. Herrn Dr. Med. Georg Schröder das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und hierüber eine künstlerische Urkunde ausfertigen zu lassen.
2. Den Verbindungsweg von der Liebenzeller Straße zur Talstraße, dem Reuteweg, an dem die Neue Heilanstalt liegt- die Bezeichnung "Schröderweg" zugeben.
3. Am Vor- und Haupttag der Feier die Häuser beflaggen zu lassen
4. Den Jubilaren am Abend des Vortages unter Mitwirkung der Vereine einen Fackelzug mit Gesangsvorträgen und turnerischen Aufführungen darzubringen.

#### **4. Juli 1924**

**§204** Bekannt gegeben wird die Genehmigungsurkunde für die Neue Heilanstalt zum Betrieb von Privatkrankenanstalten in den Häusern: Martin Öschlänger, Jakob Bertsch, Friedrich Burkhardt und Amalie Schneider.

**§208** Dem Totengräber Keppler wird die Erlaubnis erteilt, im Friedhof einige Wagen Sand zu graben unter der Bedingung, daß er die Gruben mit Abfällen wieder auffüllt. Den Sand benötigt er zum Bau einer Wohnung.

**§210** Der Unterstandsraum in der Leichenhalle hat sich als zu klein erwiesen, ein Umstand, der hauptsächlich bei Beerdigungen an Regentagen in Erscheinung tritt. Die Möglichkeit einer Erweiterung ist gegeben, doch wird im Hinblick auf die hohen Kosten und den Geldmangel von einer Vergrößerung der Halle bis auf Weiteres abzusehen beschlossen

**§214** Die Gebühren aus der Kurtaxe reichen für die Herstellung und Unterhaltung der zu Kurzwecken getroffenen Veranstaltungen nicht mehr aus.

Beschluß: Kurtaxe Mai bis Okt. 20 GPf/T, Nov bis April 10 GPf/T

**§228** Die Zahl solcher Kurgäste, die außerhalb der Sanatorien Kur machen, hat sich bedeutend vermehrt. Es macht deshalb die Anstellung einer weiteren Krankenschwester notwendig. Eine solche ist von dem Herrenberger Schwesternverband zur Verfügung gestellt worden.

### **17. Juli 1924**

**§228** Die Verpflichtung der Rechner zur Sicherheitsleistung ist in Wegfall gekommen. Demzufolge hat das Oberamt Neuenbürg die Sicherheitsleistungsurkunden der Gemeindepfleger

J. M. Ölschläger und Gottlieb Ölschläger I zurückgegeben.

**§229** Die beiden Kurärzte Dr. Wahl und Dr. Schwermann beantragen den Neubau einer weiteren Liegehalle mit der Begründung, daß eine große Zahl von Kurgästen keine Möglichkeit habe, Liegekur zu machen. Sie glauben, daß die dritte Liegehalle wenn nicht dauernd, so doch mehrere Monate lang belegt sein werde und daß sich ihr Betrieb lohnen würde. Der Aufwand wird auf 2000M veranschlagt.

Beschluß:

Eine neue 17 m lange Liegehalle in die Brunnenwiese (Parzelle 202) zu stellen..

Die Gebühren für die Nutzung der Liegehallen werden auf 20 Pf pro Stuhl festgesetzt.

### **18. Sept. 1924**

**§269** Der Israelitische Oberrat sucht um die käufliche Überlassung eines halben Morgen Landes der Parz. 354 der Gemeinde gehörig nach.

Beschluß: Sich grundsätzlich bereit zu erklären diese Fläche zu einem Preis von 600 GM zu verkaufen. Bedingung: nur hier verstorbene Israeliten dürfen aufgenommen werden

**§270** Das katholische Stadtpfarramt Wildbad bittet um die Überlassung bzw. Beschaffung eines Bauplatzes für den Bau einer Kirche.

Beschluß: Der Kathol. Kirche einen Bauplatz zur Verfügung zu stellen.

**§275** Über die ungenügende Beleuchtung der Liebenzeller Str. werden aus dem Kreis der Kurgäste immer wieder Klagen laut

Beschluß: Es sollen 2 weitere Lampen angebracht werden.

**§279** In der Rat- bzw. Schulhausfrage wird eine Äußerung des Württ. Städtetages, die sich für den Rathausbau ausspricht zur Kenntnis gebracht. Als geeigneter Platz wird der Platz gegenüber der Schulscheuer betrachtet.

### **3. Okt. 1924**

**§290** Bauplatz für die katholische Kirche:

Es wird beschlossen: Die Angelegenheit aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Kurverein zur Behandlung und Erledigung zu überweisen.

**§295** Johann Schnürle vom Bühlhof hat der Gemeinde eine Fläche von 40 ar von seiner Parz Nr. 327 auf dem Bühl als Steinbruch zum Kauf angeboten.



Da die Gemeinde stetig Schottermaterial zum Unterhalt ihrer Wege benötigt und dieser Platz dann später zur Ablagerung von Müll benutzt werden kann, soll der Kauf abgeschlossen werden.

#### **18. Nov. 1924**

§238 Vom Vorsitzenden werden die Ausführung verschiedener Arbeiten, die zum Teil als Notstandsarbeiten angeregt.

Beschlossen wird:

1. Die Kanalisation der Hauptstraße in Verbindung mit einer Überdeckung des Baches von der Hauptstraße bis zum Brückchen am Kirchweg vorzunehmen.
2. Die Brücke über den Eulenbach beim Kirchweg herzustellen

§239 Zur Bekämpfung der Staubplage wird beschlossen:

Bei der Höheren Verwaltungsbehörde zu beantragen die Höchstgeschwindigkeit für KFZ bis 5,5 to eine Höchstgeschwindigkeit von 10 km/h festzulegen.

Es folgt eine längere Begründung in der unter anderem dargelegt wird daß täglich je nach Jahreszeit 400 -600 Lungenkranke in Sanatorien und Fremdenheimen sind. Man wird dem Staub den der Verkehr entwickelt trotz häufigen Besprengens nicht mehr Herr.

#### **17. Dez. 1924**

§337 Die Feuerwehren des Bezirks haben anl. des Bezirksfeuerwehrtags der hier stattfand, einen Bezirksverband gegründet.

#### **17. Dez. 1924**

§350 Voranschlag des Gemeindehaushalts 1924: 97400 M

#### **§352 Israelitischer Friedhof:**

Die Bedingung nur in Schömberg verstorbene beerdigen zu dürfen erschwert dem Israel. Oberrat in Stgt. einen Friedhof zu bauen.

## **1925**

#### **8. Jan. 1925**

§6 Die Krankenpflegestation ist bei Frau Johann Bertsch Wwe. Untergebracht. Diese besteht aus 2 Zimmern und einer Küche.

§12 Der sich immer mehr steigende Kfz-Verkehr verursacht erhebliche Staubbelastigung und ist zur Plage geworden.

Der Ortsvorsteher hat deshalb zur Verhütung von Gefahren für Leben und Gesundheit vor allem auch der Kurgäste folgenden Beschluß gefaßt:

Innerhalb des Ortssetters, auf der Liebenzeller Str. Und im Bereich der Neuen Heilanstalt wird die Höchstgeschwindigkeit auf 15 km/h festgesetzt.

#### **27. Jan. 1925**

§18 Nach den Voranschlag des Architekten Rest sind die Kosten des Aus- An- und Umbaus des Gemeindehauses auf 22000 M berechnet

§24 Der Israelitische Oberrat Stgt. teilt in einem Schreiben mit, daß er mit der Bedingung, daß auf dem anzulegenden Friedhof nur hier verstorbene Israeliten beerdigt werden dürfen einverstanden ist.

§31 Das anhaltend schlechte Wetter hat die Straßen und Gehwege grundlos und beinahe unbegehrbar gemacht. Abhilfe ist dringend geboten hauptsächlich der Kurgäste wegen.

Es wird beschlossen den bestehenden rechtsseitigen Gehweg an der Liebenzeller Str. herstellen und mit einem festen Belag versehen zu lassen.

### 6. Febr. 1925

§43 Der Württ. Gemeindeverband hat sich bereit erklärt, der Gemeinde für den Bau eines Rathauses ein Darlehen über 40000 GM zu einem Jahreszins von 12% zu überlassen. Nachdem das Haupthindernis weggefallen ist sollte dies nun zur Ausführung kommen.

Diskussion im Gemeinderat über die Dringlichkeit von Rathaus oder Schulhaus.

Entscheidung für das Rathaus

### 27. März 1925

§85 Die Fremdenverkehrsstatistik für das Jahr 1924 wird bekannt gegeben (*keine Zahlen*)

### 28 April 1925

§129 Der Radfahrverein "Vorwärts" begeht demnächst seine Bannerweihe. Aus diesem Anlaß bittet er um Überlassung des Turnplatzes und um einen Beitrag zur Durchführung eines anschließenden Kinderfestes.

§130 In der Rathaussache berichtet der Vorsitzende über die Besprechungen mit dem Vorstand des Oberamtes. Es wird beschlossen:

Den Rathaus-Neubau nach dem vorgelegten Entwurf des Architekten Rest zur Ausführung zu bringen.

§135 Die Besichtigung des Kleinkinderschulplatzes ergab die Notwendigkeit der Erweiterung derselben. Mit dem Angrenzer ist die Vereinbarung getroffen worden, daß dieser den angrenzenden Platz an die Gemeinde verkauft.

### 19. Mai 1925

§138 Eröffnet wird, daß das Oberamt die Wahl des Friedrich Mönch zum Kommandanten der Feuerwehr und des Jakob Ölschläger zu seinem Stellvertreter genehmigt hat.

§148 Zur Bekämpfung des Staubs empfiehlt sich die Anwendung künstlicher Mittel, wie die Verwendung von Teer, Vialit u. A.

Beschluß: Versuche mit solchen Mitteln zu machen

§149 Die Sanatorien Schömberg und Schwarzwaldheim haben den Antrag gestellt, die Hauptstraße von der Linde bis zu Adolf Theurer und die Langenbrander Str. für den Durchgangsverkehr für KFZ zu sperren.

§157 Für die Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 16. Juni 1925 werden die erforderlichen Maßnahmen getroffen.

### 30. Mai 1925

§159 Architekt Rest hat nunmehr die Pläne und den Kostenvoranschlag vorgelegt. Hiernach berechnen sich die Kosten auf ca. 70- 80000 RM

§160 Aufgrund der eingegangenen Offerten werden folgende Arbeiten vergeben:

1. Grab- Beton- Maurer- und Dachdeckerarbeiten	an	Johann Völlnagel	hier	
2. Zimmerarbeiten	Rohbau	an	Friedrich Burkhardt	hier
3. Zimmerarbeiten	Innenausbau	an	Friedrich Dürr	hier
4. Schmiedearbeiten		an	Schmiedem. Schlee	hier
5. Flaschnerarbeiten		an	Gustav Weber	hier

§166 Die Firma Pfannkuch & Co hat hier eine Verkaufsstelle eröffnet.

### 9. Juli 1925

**§204** Die Kraftwagengesellschaft Bad Liebenzell-Schömberg-Höfen m. b. H. In Schömberg hat beim Innenministerium um die weitere Genehmigung zum Betrieb der Kraftfahrzeuglinie nachgesucht. Die bestehende Genehmigung läuft ab.  
Beschluß. Das Gesuch dringlich zu befürworten.

**§207** Der Hausbesitzer "G" wurde aufgefordert die durch Auszug frei gewordene Wohnung innerhalb von 5 Tagen einer Verwendung zuzuführen, der die Gemeinderäte zustimmen können.  
Hausbesitzer "G" möchte diese Räume in eigener Benutzung behalten.  
Der Gemeinderat erläßt eine Beschlagnahmeverfügung für eine 3-Zimmerwohnung mit Küche und Abort  
(dies wird ausführlich begründet)

## **22. Juli 1925**

**§219** Die Nachfrage und die Lust zum Kauf von Bauplätzen ist hier groß und namentlich in letzter Zeit sehr stark hervor getreten. Obwohl solche in größerer Zahl vorhanden sind, ist der Erwerb eines Bauplatzes fast unmöglich, da sich diese in festen Händen befinden. Preise von 9- 15 DM sind zur Ortsüblichkeit geworden.

Es wird weiter beklagt, daß die Steuer für solche Grundstücke in keinem Verhältnis zu tatsächlichen Wert steht. Es wird daher vorgeschlagen und beschlossen neben der Grundsteuer noch eine Baulandsteuer einzuführen und die Genehmigung des Landes zu erbitten.

Weiteste Kreise der Einwohnerschaft sind durch Steuern schwer belastet. Demgegenüber erscheint als Ausgleich eine Besteuerung des mühelosen Gewinns bei Grundstücksverkäufen entsteht, gerechtfertigt.

Nach Erörterung wird einstimmig beschlossen:

Bei Veräußerung von Grundstücken eine Wertzuwachssteuer zu erheben.

## **13. August 1925**

**§223** Vom 3 - 8 August fand eine ärztl. Tuberkulose-Fortbildung statt, der von etwa 80 Ärzten besucht wurde. Der Kurs wurde veranstaltet durch die hiesige Ärzteschaft unter Führung des Herrn Dr. Schröder. Er war wie kein anderes und besseres Mittel geeignet, Schömberg in der Ärztwelt als Lungenkurort bekannt zu machen und zu empfehlen.

**§224** Bekannt gegeben wird das Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925  
Einwohner 1270; dazu Kurgäste 714

**§245** Der Rathausneubau wird gegenwärtig aufgerichtet. Angesichts der geschichtlichen Bedeutung des Baus, soll ein Richtfest gehalten werden.

## **20. Aug. 1925**

**§248** Die Gemeinde hat die ihr eigenen Brunnenwiesen unterhalb der Pumpstation für Bauzwecke zur Verfügung gestellt. Es sollen auf dem Gelände 4 Häuser erstellt werden. (Anm: nur 3 Baupl.)

## **17. Sept. 1925**

**§277** Der Beschluß vom 27. 1. 1925 in dem der Kaufpreis für die Bauplätze in der Brunnenwiese auf 2,50 RM/m<sup>2</sup> festgelegt war wird geändert. Nach der jetzt vorliegenden Meßurkunde werden die Bauplätze wesentlich kleiner als die angenommenen 400 m<sup>2</sup>. Es wird beschlossen den Kaufpreis einheitlich auf 1000 MK festzusetzen.

## **20. Okt. 1925**

**§311** Im Hinblick auf den sich immer mehr steigenden Aufwand für Kurzwecke wird im Einverständnis mit dem Ausschuß des Kurvereins beschlossen Kurtaxe wie folgt zu erheben.

1. Nov. Bis 30. April 15 Pf/Tag 1. Mai bis 31 Okt 25 Pf/Tag

**§312** Zur Verminderung von Gefahren einer Ansteckung von Kindern durch TBC durch die Behandlung von Wäsche Tuberkulöser empfiehlt sich die Erlassung einer ortspol. Vorschrift bzw. eine entsprechende Ergänzung:

Ergänzung: "Zum Einsammeln, zur Behandlung und zum Austragen der Wäsche von Lungenkranken dürfen Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 16 Jahren nicht verwendet werden.

**§320** Die Sanatorien und Kurgäste streben schon längst die Schaffung eines trockenen Gehweges an der Liebenzeller Str. an. Die Planunterlagen sind inzwischen gefertigt. Zunächst könnte nur ein Mittelstück von etwa 200 m Länge vom Haus Reinike bis zum Postamt ausgeführt werden. Die Kosten hierfür würden sich auf 6000 RM belaufen, wovon die Anlieger die Hälfte ortsbaustatuarisch zu tragen hätten. Die Kosten der Kandelung im Betrag von ca. 1000 RM würden auf die Gemeinde entfallen, während der Rest mit 2000 RM vom Kurverein übernommen werden würde.

**§321** Der Voranschlag des Gemeindehaushalts für das Rechnungsjahr 1925 wird beraten und festgestellt. Er schließt ab mit 118 540 RM

**§327** Christian Bühler und Adolf Läuble haben vor, im Gewand Stockäcker je ein Wohnhaus zu bauen. Angesprochen wird die Frage des Wasseranschlusses.

**§329** Von der Inflationszeit her sind noch Bretter zur Herstellung von Särgen für Arme und Minderbemittelte vorrätig. Eine weitere Lagerung empfiehlt sich nicht.

**§333** Das Projekt einer Kanalisierung des Eulenbaches ist zur Ausführung noch nicht spruchreif. Andererseits sollte der Bach, der viel Schmutzwasser führt, im Zuge des Kirchwegs überbrückt werden, um bessere Wegverhältnisse zu schaffen, wie auch um den Anblick des Schmutzwassers zu verbergen.  
Beschluß: Den Bach zu überdolen.

**§335** Die anstehende Gemeinderatswahl wird auf den 6. Dez. 1925 festgesetzt

**§336** Für den ausgeschiedenen Gemeinderat Hofmann, wird als Nachfolger Georg Kraft, Goldschmied bestimmt.

#### **6. Nov. 1925**

**§ 346** Zur Sprache kommt der Verkauf des Sanatoriums Schwarzwaldheim an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

**§347** Zur Sicherung ihrer Wasserversorgung hat sich die Gemeinde zum Anschluß an die Schwarzwaldwasserversorgung angemeldet. Der Anschluß ist ihr zugesagt worden und kann bewerkstelligt werden, sobald die Gruppe über weiteres Quellwasser und weitere Betriebskräfte verfügen wird.

Die Kosten werden sich auf ca. 50000 RM belaufen. Es wird die Aufnahme einer Schuld in dieser Höhe erforderlich.

Beschluß: Die Württ.. Ministerialabteilung um die Genehmigung um die Aufnahme einer Schuld zum Betrag von 50000 DM zu bitten.

#### **20. Nov. 1925**

**§360** J. Ö. hat sein Grundstück in der Bergstraße um 1800 RM verkauft. Dieser Fall ist wertzuwachssteuerpflichtig. Nach Prüfung der Unterlagen wird der Steuerbetrag auf 210 RM festgesetzt.

#### **1. Dez. 1925**

**§375** Zur Herstellung der Überfahrt über den Eulenbach am Kirchweg werden vom Abwasseramt Zementröhren in 50 oder 60 cm LW zur Verwendung empfohlen.

Um bei jedem Hochwasser begegnen zu können wird beschlossen Zementrohre von 80 cm LW zu verwenden.

**§382** Der Erlaß des Württ. Arbeits- und Ernährungsministeriums über Maßnahmen zur Preissenkung wird bekannt gegeben.

Hierzu wird festgestellt, daß in Bezug auf Lebensmittel die Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis nach den örtlichen Verhältnissen nicht übersetzt ist, daß die Fleisch- und Wurstwaren offen gelegt und verhältnismäßig nieder, niedriger als z. B. in Neuenbürg sind.

**§391** Das vom Statistischen Landesamt festgestellte Ergebnis der Volkszählung wird bekannt gegeben: Wohnbevölkerung: 1284 Einw; Ortsanwesende Bev. 1983 Einw.

**§393** Das Direktorium der RVfA, das das Sanatorium Schwarzwaldheim auf den 1. Dez. d. J. infolge Kauf übernommen hat, sucht um weitere Ermäßigung der Kurtaxe nach.

## 1926

### 7. Jan. 1926

#### **§1 Beeidigung der neu gewählten Mitglieder des Gemeinderats.**

Nach Worten der Begrüßung und Erstattung eines Geschäftsberichts werden die am 6. Dez 25 neu gewählten Mitglieder des Gemeinderats beeidigt.

### 13. Jan. 1926

#### **§31 Sonstige Wahlen:**

Ausschuß des Kurverein. Gesundheitskommission des Kurvereins, Steuersatzbehörde,

#### **§32 Ortsschulratswahl**

Nach Rücktritt zweier Gemeinderäte: Ersatzwahl

#### **§33 Wahl der Vertreter in den Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach-Station**

### 22. Jan. 1926

#### **§39 Zentralwaschanstalt**

Das Oberamt teilt mit; daß bei den hier besonders gelagerten Verhältnissen die Verwirklichung einer Zentralwaschanstalt durch die Gemeinde unaufschieblich sei.

Nach Erörterung wird beschlossen, über die Angelegenheit zunächst den Kurverein zu hören.

#### **§40 Zentralkläranlage**

Es wird über den Bau einer Zentralkläranlage beraten. Kein Beschluß

### 4. Febr. 1926

#### **§44 Maulwurffangen**

Es haben sich 2 Interessenten auf den öffentlichen Aufruf gemeldet. Die Feldmarkung wird in 2 Gebiete geteilt

#### **§59 Zentralkläranlage**

Zur Kenntnis gebracht wird eine Mitteilung des Abwasseramts wonach die Kosten für die Erstellung einer mechanischen Sammelkläranlage für das Abwasser einschl. Leitungen, sich überschlägig auf 30000 RM berechnen lassen.

#### **§61 Tanzunterhaltungen**

Der Vors. bringt die vermehrt einkommenden Gesuche um Erteilung von Tanzerlaubnis zur Sprache u. wünscht die Ansicht des Gemeinderats zu hören.

Die Aussprache zeitigt das Ergebnis, daß Tanzunterhaltungen in Anbetracht der allgem. Wirtschaftlichen Notlage, der Erwerbslosigkeit weiter Kreise, der sittlichen Gefahren für die Jugend, das Bedürfnis der Ruhe für die Kurgäste und Einwohner möglichst verhindert werden sollte.

## **10. März 1926**

### **§115 Gehwege**

Hinsichtlich der Herstellung von Gehwegen wird grundsätzlich bestimmt, daß die Gemeinde die Kosten für die Beschaffung u. Versetzung der Randsteine sowie für die Herstellung der Kandel übernimmt, während die Angrenzer die übrigen Kosten zu tragen haben.

### **§119 Kraftfahrzeuglinie Neuenbürg- Schömberg**

Die beiden Kraftwagensellschaften Neuenbürg und Schömberg, die sich vertraglich zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben, beabsichtigen in diesem Frühjahr auf der Strecke Neuenbürg- Schömberg über Waldrennach eine Kraftfahrzeuglinie in Betrieb zu nehmen

### **§120 Tuberkulösensiedlung**

In letzter Zeit ist ein Verein für Tuberkulösensiedlung (V.F.T.e. V.) mit Sitz in Schömberg gegründet worden. Zweck dieses Vereins ist, Tuberkulose zur Isolierung und Ausheilung in eine Siedlungskolonie zu überweisen.

Als Gelände für eine solche Kolonie sollen Teile des Hengstbergs in der Höhe der Charlottenhöhe in Betracht kommen.

### **§121 Bachüberdolung an der Poststraße.**

Zwischen dem alten Postgebäude und der Straßenkreuzung mit der Lindenstr. läuft entlang der Poststr. der Bach in offenem Graben.

Beschluß: Die Überdolung und Wegverbreiterung durch Notstandsarbeiter auszuführen.

### **§122 Ortsbausatzung**

Gewisse Gesichtspunkte, die durch die Bedeutung Schömbergs als Lungenkurort machen eine Ergänzung der Ortsbausatzung notwendig.

Gewerbliche Anlagen wie z. B. Schlossereien Schmiedewerkstätten, Schreinereien und ähnliche, mit Geräusch verbundenen Anlagen dürfen in bestimmten, genau bezeichneten Straßenbereichen nicht errichtet werden. In einem von der Liebenzeller- der Haupt- Talstraße und dem Feldweg Nr. 10 umschlossenen Gebiet dürfen bis auf eine Tiefe von 30m von der Grenze der genannten öffentlichen Wege aus gemessen, keine neuen Gebäude erstellt werden.

## **9. April 1926**

### **§160 Kurtaxe**

Im Hinblick auf die derzeitige wirtschaftliche Notlage wird beschlossen die Kurtaxe ab 1. Mai d. J. auf 20 Pf festzusetzen.

### **§162 Reklame für den Kurbetrieb**

Durch Neubauten und durch den Wegfall der Ausmietung von Kurgästen in Privatzimmer durch das Sanatorium Schwarzwaldheim hat sich die Zahl der an Kurgäste vermietbaren Zimmer bedeutend vermehrt. Ein großer Teil dieser Zimmer steht leer, eine Folge des seit längerer Zeit weniger guten Besuches unseres Kurorts, insbes. hinsichtlich eines solchen durch Privatgäste.

An einer guten Besetzung sowohl der Sanatorien als auch der Privatbetriebe muß die Gemeinde das größte Interesse haben, sind dies doch die Haupternährungsquellen des größten Teils der Einwohnerschaft und die Hauptsteuerquellen der Gemeinde.

Maßnahmen zur Hebung des Besuchs unseres Kurorts sollen unterstützt werden.

### **§166 Kurarzt**

In Anbetracht der vielen Zimmer für Privatkurgäste deren Belegung dem Ortsarzt Dr. Wahl über die Kräfte geht, wird beschlossen, durch Ausschreibung einen Facharzt für Lungenkranke zu suchen.

### **14. April 1926**

#### **§181 Neubau Gustav Bäuerle**

G. Bäuerle, Schlossermeister beabsichtigt an der Linden- und Poststr. 2 Wohnhäuser mit einer Werkstatt zu erstellen.

### **5. Mai 1926**

#### **§214 Straßen- und Gehwegverbesserung**

Die Inanspruchnahme der Straßen durch den gesteigerten KFZ-Verkehr stellt besondere Anforderungen an die Befestigung der Fahrbahn und an die Freihaltung der Straßen von Staub. Die Staubbeseitigung ist speziell am hiesigen Ort eine hygienisches Gebot 1. Ordnung.

Dies kann dadurch geschehen, daß die Hauptstr. neu eingeschottert, bewalzt und hernach wiederholt geteert wird. Es wird beschlossen.

Die Bewalzung und Teerung der Liebenzeller Str. vorzusehen.

Den Gehweg an der Liebenzeller Str. mit einem Teersplittbelag zu versehen.

Den Kurverein um Übernahme der Kosten für die Teerung des Gehwegs und um einen Beitrag zu den Kosten zur Teerung der Straße zu bitten.

### **§219 Kurarzt**

Um die Niederlassung eines Arztes zu erleichtern, stellt die Gemeinde eine Wohnung mit Sprech- und Wardezimmer unentgeltlich zur Verfügung.

### **1. Juni 1926**

#### **§248 Rathaus Eröffnung**

Von einer Feier aus Anlaß der Eröffnung des neuen Rathauses soll der Zeitumstände halber abgesehen werden. Vor der Eröffnung wird dasselbe zur Besichtigung durch die Allgemeinheit freigegeben werden.

### **16. Juni 1926**

#### **§278 Ortsbausatzung**

Krankenkassen und andere Versicherungs- und Versorgungsträger beabsichtigen hier Privat- und Kurhäuser, evtl. auch Sanatorien aufzukaufen, um solche für ihre Zwecke unter Ausschluß von Privatkurgästen dienstbar zu machen. Die Niederlassung solcher würde nicht nur den Ruf Schömbergs schädigen, sondern auch dazu führen, daß für Privatkurgäste nur noch wenig Raum bliebe. Es folgt eine längere Abhandlung über die Struktur, Entwicklung und Konkurrenzfähigkeit des Kurortes.

Beschluß:

Heilstätten, und Kurhäuser von Versicherungsträgern werden an den Ortsstraßen, im Gewinn Reute und auf dem Bühlhof nicht zugelassen.

#### **§281 Wohnungszwangswirtschaft**

Nach dem Stand vom 1. Juni 1926 sind noch 3 unbesetzte Wohnungen in Neubauten vorhanden und im Laufe des Jahres kommen noch 4 Wohnungen dazu.

Beschluß:

Für die hiesige Gemeinde die Aufhebung der Bezeichnung als Wohnungsmangelgemeinde zu beantragen.

### **23. Juni 1926**

#### **§292 Müllabfuhr**

Aus gesundheitlichen und Gründen der Reinlichkeit wird beschlossen:

Den Müll monatlich abzufahren.

#### **§293 Steinbruch**

Die Abfuhr der Steine aus dem Bruch v. J. Schnürle wird vom Forstamt Langenbrand untersagt.

Begründung: Wegerecht

Beschluß: Sollte das Forstamt den Weg sperren oder eine Gebühr verlangen, sollen Gegenmaßnahmen getroffen werden.

### **13. Juli 1926**

#### **§303 Kinderfest**

Der hiesige Turnverein begeht am 1. August sein 25 jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß soll ein Kinderfest stattfinden.

### **21. Juli 1926**

#### **§320 Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1925**

Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 117640 RM.

#### **§324 Feuerwehr**

Die hiesige Pflichtfeuerwehr hat sich als freiwillige Feuerwehr neu gebildet und sich eine Satzung gegeben, die von 81 Mitgliedern der Feuerwehr anerkannt worden ist.

#### **§325 Depolin-Pumpanlage**

Die Dt. Am. Petroleum. Gesellschaft sucht um die Genehmigung nach, auf dem Grundstück des Karl Kling eine Pumpanlage errichten zu dürfen. Die Anlage käme gegenüber der Kirche zu stehen. Die Kirche erhebt entschieden Einspruch dagegen, da der Gottesdienst gestört werde.

Der Gemeinderat schließt sich der Äußerung des Kirchengemeinderats an.

### **11. Aug. 1926**

#### **§334 Wasserversorgung**

In Sachen des Anschlusses an die Schwarzwaldwasserversorgungsgruppe fand in Altburg eine Sitzung des Ausschusses statt.

Dem Antrag der Gemeinde auf Anschluß wurde nicht stattgegeben. Ein späterer Anschluß ist möglich. Oberbaurat Gross ist der Meinung, daß das eigene Wasserwerk erhalten werden müsse.

### **25. Aug. 1926**

#### **§367 Brunnen**

Infolge Einstellung des Brunnens beim alten Rathaus ist der Brunnentrog entbehrlich geworden. Eine Wiederherstellung des Brunnens kommt nicht in Betracht.

#### **§368 Liegehallen in den Brunnenwiesen (Beleuchtung)**

#### **§372 Rathaus**

Am Sonntag den 29. Aug. soll das Rathaus zur Besichtigung für die Allgemeinheit freigegeben werden.

### **1. Sept. 1926**

#### **§375 Pumpanlage Liebenzeller Str.**

Die Anlage wird genehmigt unter der Bedingung, daß während des Gottesdienstes das Tanken unterbleibt.

### **24. Sept. 1926**

#### **§412 Anschluß an die Schwarzwaldwasserversorgungsgruppe**

Am 10. Aug. wurde beschlossen, daß die hiesige Gemeinde die Versorgung mit Wasser von 3l/sec sofort erhalten soll.

Der besseren Druckverhältnisse wegen soll der Anschluß an die Ortsleitung bei der NH erfolgen.

#### **§414 Staubbekämpfung**

Bewalzung und Teerung der Liebenzeller Str. außerhalb des Ortes durch die Amtskörperschaft Neuenbürg  
Beschluß:

Die Bitte um Bewalzung und Teerung der Bezirksstraßenteile beim hiesigen Ort als dringlich der Berücksichtigung zu empfehlen.



Sich bereit zu erklären, zu den Kosten der Teerung einen Beitrag zu leisten.

**28. Okt, 1926**

**§428 Gewerbeschule**

Am hiesigen Platz befindet sich eine größere Anzahl von Gewerbelehrlingen. In Ermangelung einer Gewerbeschule besuchen diese die allg. Fortbildungsschule. In Bezug auf die Schulausbildung kommen daher die hiesigen Lehrlinge ins Hintertreffen.

Der Gemeinderat erklärt sich bereit, eine Gewerbeschule einzurichten, wenn der Staat den gesetzmäßigen Anteil an den Kosten übernimmt, die Schule anerkannt wird und der Gemeinde keine zu hohen Kosten sowie keine Lokalschwierigkeiten entstehen.

**17. Nov. 1926**

**§441 Gewerbeschule**

Das Oberamt teilt der Gemeinde mit, daß es z. B. die Staubbefreiung wichtiger als eine Gewerbeschule hält.

Da der Gemeinderat eine derartige Schule für wichtig hält, soll erhoben werden, welcher Aufwand auf die Gemeinde zukommen würde.

**§444 Benzin- Pumpanlage**

Die Fa. Rhenania, Ludwigshafen sucht die Gemeinde um die Genehmigung zur Errichtung einer Benzinpumpe auf dem Grundstück des G. Bäuerle Parz Nr. 38/3, Ecke Post/Lindenstr. Nach.

Beschluß: Keine Einwendungen

**2. Dez. 1926**

**§459 Krankenpflegestation**

Die im Lauf der Zeit eingetretene Vermehrung der Zahl der Privatkurgäste hat die Einstellung einer weiteren 3. Krankenschwester notwendig gemacht.

**15. Dez. 1926**

**§478 Verkauf des Gemeindehauses**

Es wird mitgeteilt, daß sich für das zum Verkauf ausgeschriebene Gemeindehaus in der Schwarzwaldstr. noch kein Liebhaber gemeldet hat.

**§480 Unterhaltung des Weinstraße**

Nach dem Vertrag vom 1. Juli 1921 hat die Gemeinde an dem Aufwand auf die Unterhaltung des Weinstraße (Flst. Nr. 31 50% der Kosten zu tragen.

**§486 Kurtaxe**

In Anbetracht der nunmehr angebotenen Winterkonzerte und der Ausgaben für Straßenteerung soll die Kurtaxe angehoben werden (20/25Pf)

**§489 Realschule**

In einer Eingabe vom 20. Mai 1925 ist das Ministerium gebeten worden, hier eine Realschule zu errichten. Diese Eingabe war ohne Erfolg.

Demzufolge ist seitens der Interessenten die Gründung einer privaten Realschule geplant.

Als Lokal würde die Gemeinde die Räume des alten Rathauses unentgeltlich zur Verfügung stellen.

**§493 Zentralwaschanstalt**

Dies ist immer noch ein Thema.

## **§1 Verwaltungsbericht**

Der Vorsitzende gibt einen kurzen Bericht über die Tätigkeit im abgelaufenen Jahr und über die Aufgaben des neuen Jahres.

## **§2 Bekanntgaben**

Schreiben des Robert Zillinger hier über die Bildung der Firma Robert Zillinger und Sohn, Maler u. Lackiergeschäft.

**23. Febr. 1927**

### **§64 Fremdenverkehrsstatistik**

Die Statistik über den Fremdenverkehr 1926 wird zur Kenntnis gebracht. Hiernach hat sich die Zahl der Kurgäste u. der Übernachtungen wieder erheblich vermehrt.

### **§67 Notariatssitz**

Im Jahr 1922 wurde der Sitz des Bezirksnotariats Neuenbürg II von hier nach Neuenbürg verlegt. Nun ist das Notariat I durch Versetzung des Inhabers der Stelle erledigt worden. Dieser Anlaß erscheint geeignet, um die Rückverlegung des Amtssitzes für das Notariat II nach Schömberg zu bitten.

Aussicht darauf besteht nur dann, wenn die Gemeinde dem Inhaber der Stelle eine angemessene Wohnung zu Verfügung stellen kann.

Es wird beschlossen, dem Inhaber der Stelle eine 4Zi-Wohnung im Gemeindehaus in der Schwarzwaldstr. zur Verfügung zu stellen.

Für die Kanzlei 1 Zimmer im Rathaus einzuräumen

**9. März 1927**

### **§84 Straße nach Pforzheim**

Von den Gemeinden Büchenbronn, Grunbach, Engelsbrand, Salmbach und Langenbrand wird die Herstellung einer Straße nach Pforzheim angestrebt. Die Gemeinde Schömberg ist zum Beitritt eingeladen. Vorverhandlungen in dieser Sache haben bereits statt gefunden. Schömberg ist am Straßenbau nicht direkt beteiligt ist aber daran interessiert.

**25. März 1927**

### **§88 Tuberkulösensiedlung**

Gegen die geplante Siedlung haben die Gemeinden Calmbach und Wildbad Einspruch erhoben.

Auch der Ausschuß des Kurvereins hat in ablehnendem Sinne Stellung genommen.

### **§99 Notariatssitz**

Das Justizministerium hat mitteilen lassen, daß es der Bitte der Gemeinde Schömberg nicht entsprechen kann.

### **§102 Privatrealschule**

Beschluß: Eine weitere Unterstützung erst dann in Aussicht zu stellen, wenn erwiesen ist, daß ein erheblicher Teil der Bevölkerung bereit ist, für die Sache selbst Opfer zu bringen.

**21. April 1927**

### **§124 Friedhof**

Am 13. April d.J. ist der frühere Gemeindepfleger Johann Michael Ölschläger gestorben.

Dieser hat 28 Jahre diesen Dienst bei der Gemeinde versorgt.

### **§139 Straßenbewalzung und Teerung**

*Längere Abhandlung über die Vorgehensweise für die Arbeit*

**25. April 1927**

### **§143 Leipziger Platz**

Die Erbreiterung der Straße beim Leipziger Platz ist unabweisliches Bedürfnis. Sie sollte jetzt vor Beginn der Walzarbeiten vorgenommen werden.

Von dem Platz müßte soviel weggenommen werden, daß von einer Anlage nicht mehr gesprochen werden kann.

Die Grundstücksbesitzer Dittus und Kusterer erklären sich bereit, Platz für die Verlegung der Anlage zu verkaufen.

## **2. Mai 1927**

### **§150**

Der Vorsitzende gibt einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben der Liegehallen- Hygiene, Abreibe, und Zimmerdesinfektions- Gebühren. Es hat sich ein Überschuß ergeben von dem die Sputum-Desinfektionsanlage errichtet und ein weiterer Gesamtüberschuß dem Fonds für Kurzwecke zugeführt werden kann.

### **§156 Baugesuch des Chr. Bühler**

C. Bühler, Oberpostschaffner, hat ein Baugesuch für die Erstellung eine 2,5 geschossigen Wohnhauses eingereicht. Der Bau käme an eine projektierte Straße zu stehen.

## **10. Mai 1927**

### **§166 Liebenzeller Str. (Gehweg)**

Emil Bauer z. Krone hat zugleich namens weiterer Besitzer von Häusern an der talseitigen Liebenzeller Str. um die Behandlung der Frage nachgesucht, ob nicht gleichzeitig mit der jetzt begonnen Korrektur der Straße auch der talseitige Gehweg angelegt werden sollte.

Nach längerer Aussprache wird beschlossen:

Aus den angeführten Gründen, und der finanziellen und technischen Schwierigkeiten, sowie der ungünstigen allgemeinen Geschäftslage wegen, die Ausführung des Gehwegs zurückzustellen.

## **20. Mai 1927**

### **§168 Straßenbewalzung**

Die Inangriffnahme der Arbeiten verzögert sich, da keine Walzen zur Verfügung stehen.

## **10. Juni 1927**

### **§196 Schulhaus**

Bei der Besichtigung der Schule gab es mehrere Beanstandungen. Von 3 Schulräumen entsprechen nur 2 den Anforderungen. Der 3te Raum ist zu niedrig und zu schmal und weist eine Winkelbildung auf.

Die Aussprache darüber führt zu folgendem:

Die Frage ob Schulhaus- Neubau oder Ausbau ist noch nicht spruchreif.

Die außerordentlich starke finanzielle Belastung der Gemeinde durch den Rathausbau, die Straßenwalzung und Teerung und durch das Projekt zur Ausführung einer Kanalisation mit Erstellung einer Kläranlage wegen, zu bitten, die Schulhausfrage auf mehrere Jahre zurückstellen zu dürfen.

## **22. Juni 1927**

### **§204 Gehwege**

Friedrich Burkhardt, Kaufmann und Pensionsbesitzer in der Liebenzeller Str. sieht sich durch die Straßenbauarbeiten genötigt, den Platz zwischen seinem Haus und der Straße herzurichten. Er hat sich bereit erklärt, einen Gehweg herzustellen, wenn ihm die Gemeinde die erforderlichen Randsteine zur Verfügung stellt.

Die Gehwegfrage soll aus diesem Anlaß endgültig gelöst werden.

Hierzu wird beschlossen:

Zur Anlage von Gehwegen an Straßen den Eigentümern der angrenzenden Gebäude Randsteine unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Bedingung: Den Gehweg zu befestigen und mit Basaltplatten zu versehen.

Den Aufwand für die Randsteine aus Mitteln der Kurtaxe zu bestreiten.

## **29. Juni 1927**

### **§228 katholische Kirche**

Der Vorsitzenden bringt den Stand in Sachen der Erbauung einer katholischen Kirche durch den Kath. Kirchenstiftungsrat zur Kenntnis. Um die im größten Interesse des Kurorts liegende Baufrage zu fördern, wird es nötig sein, einen geeigneten Bauplatz ausfindig zu machen und mit der Bedingung der Erstellung einer Kirche innerhalb einer gewissen Frist anzubieten.

**27. Juli 1927**

**§244 Ortslöhne**

Die Ortslöhne sollen den ortsüblichen Tagesentgelt gewöhnlicher Tagesarbeiter angepaßt werden.

Unter 16 Jahren	Unter 16 Jahren	16-21 Jahre	16 – 21 Jahre	Über 21 Jahre	Über 21 Jahre
Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
2,40 RM/Tag	1,80 RM/Tag	3,60 RM/Tag	2,70 RM/Tag	4,60 RM/Tag	3,50 RM/Tag

**§255 Durchführung der 8 jährigen Schulpflicht**

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, daß nach dem Schulgesetz von 1920 die 8jährige Schulpflicht vom Frühjahr 1928 ab durchzuführen ist. Die Durchführung derselben kann mit Genehmigung des Kultusministeriums auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden, wenn solche die Gemeinde oder ihre Einwohner in eine bedrängte Lage bringen würde.

Für die hiesige Gemeinde würde es sich um die Erweiterung der Schule handeln, auf alle Fälle müßte der 3. Schulsaal vorschriftsmäßig gestaltet werden.

Die Beschlußfassung wird ausgesetzt.

**§257 Rathausneubau- Schuld**

Zur Bestreitung der Kosten des Rathaus Neubaus wurden Kredite von zus. 80000 RM genehmigt und aufgenommen.

Nach der jetzt vorliegenden Abrechnung reichte diese Summe zur Deckung der Neubaukosten nicht aus, es mußten vielmehr weitere Mittel beschafft werden.

Beschluß:

Um die Genehmigung der Aufnahme einer Gesamtschuld von 90000 RM zu bitten.

Diese Schuld in 40 Jahren zu tilgen.

**31. Aug. 1927**

**§278 Straßen Colasierung (Colas Kaltasphalt Tränkverfahren)**

Die Herstellung der Liebenzeller Str. und der Anschluß Straßen wird mit 12862 RM abgerechnet. Die Herstellung der Straßen befriedigt insofern nicht, als die Staubplage nicht im erwarteten und zugesicherten Maß behoben ist.

Es wird eine sachverständige Begutachtung für erforderlich gehalten.

**§285 Erbschaft von Michael Kugele**

M. Kugele, früherer Lindenwirt hier und seine Ehefrau, beide verstorben, haben in ihrem Testament u. a. die politische Gemeinde als Erbin zu 1/6 des Nachlasses eingesetzt. Der Erbteil soll zur Einrichtung und Unterhaltung einer Kleinkinderschule verwendet werden.

**7. Sept. 1927**

**§287 Bausache A. Amann**

Amann, Dentist beabsichtigt auf dem Grundstück Parz 56/3 an der Lindenstr. Ein Wohnhaus zu erstellen. Das Haus käme auf gleicher Seite gegenüber dem neuen Rathaus zu stehen.

**§299 Feststellung des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1926**

Der Voranschlag wird festgestellt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 147155 RM

Bei den Einnahmen gibt es wie in den Vorjahren einen Fehlbetrag. Dieser beläuft sich in diesem Jahr auf 76725 RM und wird gedeckt durch:

Anteil an der Einkommen- Körperschafts- und Umsatzsteuer                          rund    18000 RM

Staatsbeitrag zu den Lehrergehältern	rund	1200	RM
Zuschuß aus dem Ausgleichsstock	rund	6800	RM
Gemeindeumlage von 20% auf die Ertragskataster (Grundsteuer?)	rund	50725	RM

### §301 Durchführung der 8 jährigen Schulpflicht

Da nach Äußerungen des Oberschulrats, daß mit der Einführung der 8 jährigen Schulpflicht weder eine weitere Lehrkraft noch ein weiterer Schulsaal erforderlich werde, wird im Hinblick auf das Fortkommen der Schüler durch Gewinnung eines besseren, und Schülern anderer Gemeinden ebenbürtigen Schulsacks beschlossen:

Von der Einreichung eines Gesuchs um Verschiebung der Durchführung der 8 jährigen Schulpflicht in der hiesigen Volksschule abzusehen.

22. Sept. 1927

### §302 Katholische Kirche

Der Bischof von Rottenburg hat am 21. d.M. die hiesige Gemeinde besucht, um sich persönlich in der Frage der Erbauung einer katholischen Kirche zu informieren.

### §303 Rathausbau (Schuldaufnahme)

Die Finanzierung wurde genehmigt mit der Auflage auf den 1. April 1931 einen neuen Tilgungsplan mit rascherer Tilgung vorzulegen.

### §311 Bausache Bühler

Zufahrt, Wasserleitung, Abwasser

### §316 Wasserzins

Bezüglich des Wasserzinses wird beschlossen:

Den Wasserzins da, wo die Wassermesser in Ordnung sind, nach dem durch diesen festgestellten Verbrauch zum Preis von 15Pf/m<sup>3</sup>, in den anderen Fällen, nach dem Durchschnittsverbrauch pauschweise zu berechnen.

### §317 Flaggenfrage.

Aus Anlaß des 80. Geburtstags des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg sollte das Rathaus beflaggt werden.

Es wird beschlossen, die Beflaggung in den Landes- und Ortsfarben vorzunehmen.

### §322 Kurtaxe

es wird davon Kenntnis genommen, daß die Reichsvers. f. Angestellte die Kurtaxe auf wiederholte Anträge ab 1. Mai d.J. von 300 auf 400 RM/Monat erhöht hat.

### §323 Kurtaxe Verwendung

Die 3 Sanatorien wenden sich dagegen, daß Gelder aus der Kurtaxe zu Propagandazwecken verwendet werden. Sie stellen sich streng auf den Standpunkt, daß die Mittel die durch die Kurtaxe eingehen zu 2/3 von ihren Kurgästen stammen, nur zur Besserung der Hygiene und der Kureinrichtungen verwendet werden.

Beschluß: Von jetzt ab Mittel aus der Kurtaxe nicht mehr für Reklamezwecke zu verwenden.

### §324 Kurkommission

Die Gelder aus der Kurtaxe sind bislang dem Kurverein zu zweckentsprechender Verwendung überlassen worden. Die Erfahrung hat nun gelehrt, daß der Verein in seiner Gesamtheit nicht geeignet ist, so über die Mittel zu verfügen, wie es das Allgemeininteresse erfordert und gebietet. Es soll deshalb eine kleinere Kommission gebildet werden, die ohne an die Beschlüsse des Kurvereins gebunden zu sein, über die Verwendung der Gelder verfügen kann.

Es gibt hier Differenzen zwischen dem Kurverein und den 3 Sanatorien.

### **§325 Kuranfragen**

Hinsichtlich der beim Kurverein bzw. der Kurverwaltung eingegangenen Anfragen ist es bisher so gehalten worden, daß die Adressen der Anfragenden für die Interessenten zur Einsichtnahme aufgelegt wurden. Dieses Verfahren findet die Neue Heilanstalt als nicht gangbar.

### **§326 Radioeinrichtung**

Die Insassen der beiden Liegehallen beim Rathaus wünschen die Einrichtung einer Radioanlage mit Kopfhörern.

### **3. Nov. 1927**

#### **§358 Katholische Kirche**

Der Vorsitzende bringt den Bau der katholischen Kirche und die Unterstützung desselben durch die Gemeinde, wie auch das zur Sprache, daß von anderer Seite hingegen Stimmung gemacht werde.

Es wird festgestellt, daß die Unterstützung des Baus der Förderung des Kurbetriebs dient und daß für die Beurteilung des Falles religiöse Gründe auszuschneiden haben.

Bei diesem Anlaß wird die Geneigtheit ausgesprochen, auch die evang. Kirche bei Durchführung von notwendigen Einrichtungen u. Verbesserungen zu unterstützen.

### **15. Nov. 1927**

#### **§363 Voranschlag 1927**

Voranschlag für den Gemeindehaushalt 1927

158440 RM

#### **§372 Verbesserung der Schulräume**

Auf Grund einer Äußerung des ev. Bezirksschulamts hat das Oberamt erklärt, die Zurückstellung der Schulhausfrage nicht zulassen zu können.

Nach lebhafter Erörterung wird beschlossen festzustellen:

Daß der beanstandete Schulraum nur durch einen Neubau zu verbessern ist.

Daß bei einer baulichen Veränderung des Schulhauses viel Geld für eine unvollkommene, unbefriedigende Sache ausgegeben, ferner der ganze Schulbetrieb auf längere Zeit eingestellt werden müßte.

Nochmals zu bitten, die Verbesserung des Schulraums für geraume Zeit zurückstellen zu dürfen.

### **30. Nov. 1927**

#### **§391 Kurkommission**

Die Kurtaxe wird zu 2/3 von Kurgästen der Sanatorien und zu 1/3 von Kurgästen in privat Häusern erbracht. Billigerweise sollte den Sanatorien auch bei der Bestimmung über die Verwendung der Kurtaxe ein maßgeblicher Einfluß zukommen.

Dies zu ermöglichen wird beschlossen:

Den Reinertrag der Kurtaxe dem Kurverein mit der Maßgabe zu überlassen, daß über die Verwendung derselben eine vom Gemeinderat bestimmte Kommission beschließt.

In diese Kommission sind zu berufen:

Den Ortsvorsteher, als Vorsitzenden,

2 Vertreter der Neuen Heilanstalt

2 Vertreter des Sanatoriums Schömberg

2 Vertreter des Sanatoriums Schwarzwaldheim

2 private Kurärzte

2 Vertreter des Gemeinderats

2 Vertreter des Kurvereins- Ausschusses

#### **§393 Katholische Kirche**

Es wird beschlossen: Der katholischen Kirche als Bauplatz eine Fläche beim Rathaus anzubieten.

#### **§394 Kanalisation und Kläranlage**

Bezüglich der Durchführung wird in die Erörterung eingetreten. Weiterhin werden die Deckungsmöglichkeiten und Gebührenfragen besprochen.

**16. Dez. 1927**

**§404 Drogerie Eckstein**

Erwin Eckstein, Kaufmann hier, hat die Anzeige erstattet, daß er in seinem Haus in der Liebenzeller Str. 263 einen Handel mit Drogen eröffnen werde.

**§407 Kanalisation und Kläranlage**

die Frage der Ausführung und Finanzierung des Unternehmens wird weiter besprochen.

**1928**

**4. Jan. 1928**

**§6 Kurtaxe – Umsatzsteuer**

Die Gemeinde ist durch das Finanzamt Neuenbürg bezüglich der von ihr zur Erhebung kommenden Kurtaxe zur Umsatzsteuer herangezogen worden.

Beschluß: gegen den Bescheid Rechtsbeschwerde einzulegen.

**§8 Baukostenbeitrag an die Ev. Kirche**

Das Ev. Pfarramt hat einen Beitrag zu kirchlichen Bauten beantragt. Es bezieht sich dabei auf einen Beschluß des Gemeinderats vom 4. Nov.

Das Pfarramt legt eine lange Liste von als notwendig bezeichneten Einrichtungen vor. (zus. ca 40 – 50000 RM)

Beschluß. Die Höhe des Beitrags erst festzusetzen, wenn feststeht, was der Kirchengemeinderat auszuführen beschlossen hat und wie hoch sich die Kosten belaufen würden.

**§15 Gasversorgung**

Mehr und mehr wird von den Gemeinden ohne Gaswerk eine Gasfernversorgung angestrebt. Wie sich die Gaswerke zu diesem Zweck zusammengeschlossen haben, wollen sich auch die Gasabnehmergemeinden zusammenschließen. An die hiesige Gemeinde ist die Einladung zum Beitritt und zur Gründungsversammlung ergangen.

Beschluß: Von einem Beitritt zunächst abzusehen.

**25. Jan. 1928**

**§ 39 Durchführung der 8 jährigen Schulpflicht**

Die Gemeinde hat die Freistellung von der 8 jährigen Schulpflicht nicht beantragt. Da in vielen Gemeinden mit ähnlichen Verhältnissen der Aufschub genehmigt worden ist, wird von einem großen Teil der Eltern- und der Einwohnerschaft die Nichteinreichung des Gesuchs stark kritisiert und die nachträgliche Einreichung eines Gesuchs verlangt.

Inzwischen sind auch mehrere Einzelbefreiungsgesuche eingereicht worden. Die Kinder werden hier größtenteils in den eigenen Landw. und anderen Betrieben benötigt.

Mit Rücksicht hierauf und auf eine einheitliche Konfirmation in dem hiesigen Kirchspiel, das 5 Gemeinden umfasst, von denen eine Gemeinde bereits befreit ist, wird beschlossen:

Nachträglich Antrag auf Aufschub der Durchführung zu stellen.

**§40 Verbesserung der Schulräume**

Das Oberamt und das ev. Bezirksamt sind damit einverstanden, daß die Frage der Verbesserung der Schulräume äußerstenfalls bis 1. April 1930 zurückgestellt wird.

**22. Febr. 1928**

**§69 Schule, Durchführung des 8 Schuljahres**

Das Württ. Kultusministerium hat den Aufschub zur Durchführung des 8 Schuljahres genehmigt.

**5. März 1928**

**§91 Schulkasse**

Die Schulkasse wurde früher als besonderes Hauptbuch geführt. Der Vereinfachung wegen, wird die Rechnung der Schulkasse seit 1924 im Hauptbuch der Gemeinde geführt.

**23. März 1928**

**§114 Gemeindepfleger Wahl**

Mit dem 31. März 1928 ist die Wahlzeit des Gemeindepflegers abgelaufen. Am 2. d. M. wurde darüber verhandelt, ob die Stelle nicht mit einem Techniker besetzt werden sollte, um zugleich einen Ortsbaumeister zu haben.

Auf Grund dieser Verhandlung wurde die kombinierte Stelle ausgeschrieben.

Über die Art der Besetzung der Stelle wird nochmals in eine Erörterung eingetreten. Hierbei wird festgestellt, daß sich die Geschäfte der Gemeindepflege immer mehr vergrößern und daß sie, sollen sie ordentlich geführt werden, nicht mehr so nebensächlich behandelt werden dürfen. Für die Führung der Geschäfte im Nebenamt würde sich deshalb hier wohl niemand finden, jedenfalls aber müßte mit der Zahlung eines weit höheren Gehalts gegenüber bisher gerechnet werden. Weiter wird festgestellt, daß eine ständige technische Beratung und eine technische Leitung und Aufsicht der einschlägigen Gemeindegarbeiten und Einrichtungen Bedürfnis geworden ist.

Schließlich wird einstimmig beschlossen:

1. die Stelle des Gemeindepflegers mit einem geprüften Baumeister zu besetzen;
4. den Gemeindepfleger zunächst auf die Dauer von 3 Jahren anzustellen.

**§115 Gemeindepflege**

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß ein unvermuteter Kassensturz bei dem Gemeindepfleger, dem sich eine vollständige Nachrechnung der Rechnungsakten 1925 bis 1927 anschloß, größere Unstimmigkeiten gezeitigt haben. Diese sind hauptsächlich auf unrichtige und unterlassene Buchungen zurückzuführen.

Sicherheit ist durch Eintragung von Grundschulden auf die Grundstücke des Gemeindepflegers geleistet.

**§116 Ortsname**

Der Kurort Schömberg, dessen offizielle Ortsbezeichnung „Schömberg O/A Neuenbürg“ ist, leidet schon immer unter Verwechslungen mit Orten gleichen Namens.

Schömberg als Kurort, dem einzigen ausgesprochenen Lungen- Kurort in Württemberg, sowie dessen wirtschaftlichen Wert, der aus Zahl der Verpflegungstage (1927: 257830) ersehen werden kann und der dieser Zahl nach alle Kurorte in Württemberg übertrifft,

wird beschlossen:

Das Innenministerium zu bitten, Die Änderung des Ortsnamens in  
„Schömberg im Schwarzwald“

genehmigen zu lassen.

**28. März 1928**

**§117 Kanalisation**

Es sind 3 Angebote für die Grabarbeiten eingegangen.

**§119 Kanalisation (Anleihen)**

Die Anerkennung als Notstandsarbeit für den Bau der Kanalisationsanlage mit Kläranlage ist der Bescheid des Landesamtes eingegangen,

Die verstärkte Förderung erfolgt durch Hingabe eines Darlehens in Höhe von 40000 RM zu 5%.

**4. April 1928**

**§122 Kanalisation**



Der Auftrag wird an den hiesigen Bauunternehmer Völlnagel mit einer Schlußsumme von 30000 RM vergeben.

## **12. April 1928**

### **§134 Kraftfahrlinie Bieselsberg - Calmbach**

Jakob Pfrommer in Bieselsberg beabsichtigt auf der Strecke Bieselsberg Schömberg Calmbach eine Kraftfahrlinie insbesondere zur Beförderung von Arbeitern zu betreiben.

### **§136 Ev. Kirche, Beitrag zu den Kosten der Erneuerung**

Es sind Erneuerungen und Umbauten vorgesehen deren Kosten sich auf ca. 20000RM belaufen. Davon hat die Kirchengemeinde 16500 RM aufzubringen.

Es wird beschlossen: der ev. Kirchengemeinde eine Zuschuß von 3000 RM zu verwilligen.

## **27. April 1928**

### **§159 Kath. Kirchenneubau**

Über das Projekt liegen nun 2 von Architekt, Reg. Baumeister Herkommer Stgt. gefertigte Entwürfe vor. Die Gebäulichkeiten würden den ganzen, zwischen Rathaus und dem Neubau Bühler liegenden Platz beanspruchen, sie würden auch das Rathaus überragen, so daß dessen Bedeutung und dessen Ansehen völlig verloren ginge.

Bei Einräumung des Platzes ist von einer kleinen Kirche oder Kapelle ausgegangen worden. Nach der neuen Sachlage erscheint der vorgesehene Platz als nicht mehr geeignet.

Es wird daher beschlossen, einen anderen Bauplatz zur Verfügung zu stellen.

### **§163 Kraftwagenverkehr**

Die Klagen über zu rasches Fahren der Autos und über unnötiges und schnelles Fahren der Motorräder mehrten sich. Um den Kampf hingegen rechtswirksam aufnehmen zu können, müssen die internationalen Verkehrsschilder an den Straßen angebracht werden.

### **§167 Bau der Kath. Kirche**

Beratung über den möglichen Bauplatz.

### **§168 Kanalisation**

Führung des Kanals auf dem Gelände des Sanatoriums Schömberg oder des Schwarzwaldheims?

## **23. Mai 1928**

### **§181 Gewerbeschule**

Diese Frage ist vom hiesigen Gewerbeverein wieder aufgegriffen worden. Ein der Einrichtung einer solchen Schule hinderlicher Umstand ist weggefallen, insofern als eine technische Lehrkraft in Person des Ortsbau-meisters vorhanden wäre.

### **§184 Maul- und Klauenseuche**

Bei der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche hat sich die Impfung der Viehbestände mit Serum bewährt.

## **13. Juni 1928**

### **§201 Kläranlage**

Im Bezug auf die für die Kanalisation zu erstellende Kläranlage hat das Abwasseramt mitgeteilt, daß es die Vorarbeiten durchgeführt habe. Hiernach ist ein Emscherbrunnen und eine Berieselungsanlage vorgesehen.

### **§205 Voranschlag des Gemeindehaushalts für das Rechnungsjahr 1927**

Durch außerordentliche Ausgaben für Grunderwerb, Kanalisation und Kläranlage wird der Voranschlag in Einnahmen und Ausgaben auf 160440 RM erhöht.

### **§207 Alter Friedhof**

Der ältere Teil des früheren Friedhofs sollte zu seiner besseren Pflege und Unterhaltung aufgeräumt werden. Zu diesem Zweck sollen die Angehörigen der darin Beerdigten aufgefordert werden, die Grabsteine und Grabeinfassungen zu entfernen.

#### **§211 Sägmühlenplatz**

Der Grabarbeiten für die Kanalisation wegen ist der Grasertrag des Sägmühlenplatzes verkauft worden.

#### **§215 Gewerbeschulgeld**

Ein Sohn des G. Schroth, der bei Schreinermeister Kübler hier in der Lehre ist, besucht die Gewerbeschule in Calw. Der Vater sucht nun um Übernahme des hälftigen Schulgeldes nach.

### **3. Aug. 1928**

#### **§254 Straßenbau (Leipziger Platz)**

Bei der Aufstellung eines Ortsbauplanentwurfs aus Anlaß der Fertigung eines Rücksicht hierauf ist die Kanalisation in diesen Straßenzug eingelegt worden.

Dieser Umstand gab Anlaß, die Frage der Durchführung einer Straße zu erörtern. Die beteiligten Grundstückbesitzer dachten hierbei zunächst an die Anlegung einer Privatstraße.

Aus der Erörterung geht hervor, daß die Anlegung der Straße im öffentlichen Interesse liegt und daß es sich beim Bau derselben nicht um eine Privatstraße handeln könne.

#### **§256 Schule**

Zur Kenntnis wird gebracht, daß der Vorstand der hiesigen 3 klassigen Schule den Titel „Oberlehrer“ führt.

#### **§257 Schule- Instandsetzung der Räume**

Beschluß:

Im Sommer 1929 in das Schulhaus eine zentrale Warmwasserheizung einzubauen.

### **22. Aug. 1928**

#### **§276 Kurtaxe – Umsatzsteuer**

Die Rechtsbeschwerde gegen den Bescheid des Finanzgerichts bei Landesfinanzamt Stgt. wird zurückgewiesen.

Gründe: Es wird zwar anerkannt, daß die Leistungen der Gemeinde, die durch die Kurtaxe abgegolten werden, teilweise gemeinnützig sind. Dem Zweck des Unternehmens fehlt aber das Merkmal der ausschließlichen Gemeinnützigkeit.

Beschluß. Wie bisher auch künftig von der eingehenden Kurtaxe 2/3 für gemeinnützige Zwecke und 1/3 für gewerbliche Leistungen zu verwenden.

#### **§281 Ortsbausatzung (Heilstätten)**

Für den Zweck der Errichtung einer Ortsbausatzung hinsichtlich des Baugebiets für die Erstellung von Heilstätten u. ä. durch soziale Versicherungsträger und Organisationen ähnlicher Art wurde ein Übersichtsplan übergeben.

#### **§283 Tuberkulösen Siedlung**

Der Verein hat nun ein Gesuch zur Genehmigung der Erstellung einer Arbeitssiedlung im Staatswald Abt. Tannmühleberg eingereicht. Die beabsichtigte Siedlung ist nicht im Interesse der Gemeinde.

#### **§288 Kanalisation (Bacheindohlung)**

Der Regenauslass der Kanalisation vom Schacht am Leipziger Platz wird in den Eulenbach eingeleitet. Der Bach wird aus diesem Grund teilweise verdolt, im übrigen muß das Bachbett mehr oder weniger vertieft werden. Es ist Anlaß gegeben, zu erwägen, ob das Bachbett in dem restlichen Stück zwischen Post und Hauptstraße nicht doch noch eingedolt werden soll

Nach Besichtigung und Diskussion wird beschlossen:

Die Eindolung des Bachbettes mit Zementrohren DN800 vorzunehmen.

#### **§289 Kläranlage**

Die Unterlagen für den Bau der Kläranlage sind vom Abwasseramt immer noch nicht geschaffen worden.

#### 4. Sept. 1928

##### §296 Kläranlage

Das Abwasseramt hat nun ein Angebot der Süddeutschen Abwasserreinigungs G.m.b.H. in Ulm auf Erstellung einer mechanischen Kläranlage nach dem Plan des Abwasseramts übermittelt.

Nach Verhandlung wurde der Preis auf 28000 RM herabgesetzt

Das Projekt wurde im Einzelnen vom Ortsbaumeister Röcker vorgetragen. Dieser äußert Bedenken insbesondere hinsichtlich der Frist bis Ende Dez.

Auch wegen der fortgeschrittenen Jahreszeit wird beschlossen:

Die Arbeiten nicht zu vergeben und die Ausführung bis zu Frühjahr 1929 zurückzustellen.

##### §301 Einreihung der Beamtenstellen

Für die Einreihung der Beamtenstellen in Besoldungsgruppen ist, soweit sie sich nach der Einreihung nach der Bevölkerungszahl richtet, die bei der jeweils letzten Volkszählung ermittelte Wohnbevölkerung zu Grunde zu legen.

Schömberg hat nach der letzten Volkszählung eine Wohnbevölkerung von 1284 und eine ortsanwesende Bevölkerung von 1983. Demzufolge wäre der fachmännisch vorgebildete Ortsvorsteher in die Besoldungsgruppe 7 b einzureihen, Schon aus der Zahl der ortsanwesenden Bevölkerung ist zu schließen, daß es sich nicht um einen Ort mit stabiler Einwohnerzahl, mit Wohnbevölkerung gleich ortsanwesender Bevölkerung handelt, daß vielmehr besondere Verhältnisse vorliegen müssen. Solche bestehen denn auch in einem starken Fremdenverkehr und hier wieder im Gegensatz zu anderen Bade- u. Kurorten, darin, daß der Fremdenverkehr das ganze Jahr über herrscht und gleichmäßig stark ist, Dies ergibt sich aus der Zahl der Übernachtungen. So hatte Schömberg im Jahr 1927 eine Fremden- Übernachtungszahl von 257 830 - unter den Württ. Bade- und Kurorten nach Bad Mergentheim mit 265 464 die 2. höchste Zahl. Diese Fremden bringen für die Gemeindeverwaltung im Allgemeinen und den Ortsvorsteher im Besonderen eine erhebliche Mehrarbeit mit sich. Sie ist auch größer als in anderen Bade- u. Kurorten, da Kurgäste mit längerem Aufenthalt, wie dies hier der Fall ist, die amtlichen Stellen naturgemäß mehr in Anspruch nehmen als solche mit nur kurzem Aufenthalt.

Dazu kommt, daß die ganze Kurverwaltung bei der Gemeindeverwaltung liegt. Kureinrichtungen, Veranstaltungen usw. zu schaffen, ist Sache der Gemeinde bzw. des Ortsvorstehers. Die Kurorteigenschaft bedingt weiter, darauf zu achten u. zu sinnen, daß der Ort gegenüber anderen ähnlichen, Kurorten konkurrenzfähig bleibt und daß er sich in seinen Einrichtungen hygienischer und anderer Art vervollkommnet, zumal er als Kurort noch verhältnismäßig jung ist. In letzterer Hinsicht geschieht und ist geschehen was möglich ist. So wurden 1927 die Straßen staubfrei gemacht u. 1928 die Kanalisierung des Orts mit Erstellung einer Kläranlage, in Angriff genommen. Weitere dringende Aufgaben, wie Erweiterung der Wasserversorgung, Erstellung einer Desinfektionsanlage u.a. stehen bevor und harren der Lösung.

Die Entwicklung des Orts geht ständig aufwärts, was nachstehende Statistik zeigt. Es betrug die Zahl der ,Kurgäste und der Übernachtungen

im Jahr	1923	1 709	141 456
1924		2 621	187 837
	1925	3 109	207 974
	1926	3 503	234 539
1927		3 735	257 830

Aus alledem erhellt, daß Schömberg mit den Orten der Einwohnerzahl von 801-1500 nicht verglichen werden kann, daß der Ort vielmehr schon aus dem Grund, daß dauernd u., gleichzeitig 700-800 Fremde anwesend sind, die mehr Arbeit verursachen als die Wohnbevölkerung, in die Reihe der Gemeinden gehört, die aber 1501, ja über 2001 Einwohner zählen.

#### 19. Sept. 1928

##### §320 Straße nach Igelsloch

Die Straße befindet sich in einem teilweise sehr schlechten Zustand. Soll sie den heutigen und künftigen Verkehrsbedürfnissen gerecht werden, dann muß sie gründlich korrigiert werden.

Beschluß. Das Projekt aufzugreifen und die beteiligten Markungsgemeinden zur Teilnahme daran aufzufordern.

### **§321 Straße nach Pforzheim**

in dieser Sache hat nun das Schultheißenamt Langenbrand wieder zu einer Besprechung eingeladen.

### **§322 Molkerei**

Eine Molkerei ist in hiesiger Gegend geplant.

## **3. Okt. 1928**

### **§341 Straße nach Pforzheim**

Bei der Besprechung in Sachen des projektierten Straßenbaus nach Pforzheim bzw. bis zur Landesgrenze bei Büchenbronn stellten sich die Vertreter der Gemeinden Grunbach, Salmbach, Engelsbrand und Langenbrand auf den Standpunkt, daß jede an dem Straßenbau interessierte Gemeinde zu denen sie auch Schömberg rechnen, sich mit 1/5 an den Kosten beteiligen solle.

Da die Gemeinde an einer Straße nach Pforzheim wohl interessiert, die Straße aber für sie kein absolutes Bedürfnis ist, insofern als gute Straßen nach Höfen, Neuenbürg, Liebenzell und Unterreichenbach führen, kann es sich um eine unmittelbare Beteiligung der Gemeinde nicht handeln,

Es wird die Bereitschaft erklärt einen angemessenen einmaligen Beitrag zu leisten.

### **§342 Motorräder – Straßensperrung**

Um den Klagen über ruhestörenden Lärm der Motorradfahrer zu begegnen, ist beabsichtigt, die Ortsstraßen von nachts 10 Uhr bis früh 7 Uhr zu sperren.

### **§356 Kanalisation**

Die Arbeiten nähern sich ihrem Ende. Es sind deshalb die Abrechnungsarbeiten in Angriff zu nehmen. Nach dem Vertrag mit der zu Grunde gelegten Reichsverdingungsordnung hätte der Auftragnehmer die Schlußrechnung vorlegen müssen. Da dieser aber keinerlei Berechnungsunterlagen hat, wird es für rätlich gefunden, die Schlußrechnung samt Zubehör durch die Bauleitung in gegenseitiger Abstimmung aufstellen zu lassen.

## **21. Nov. 1928**

### **§387 Krankenpflegestation**

Die Krankenpflegestation wird regelmäßig mit 4 Schwestern besetzt sein. An Ausstattung besitzt die Gemeinde 2 eigene vollständige Betten und ein 3. Bett ohne Bettlade.

### **§394 Wasserversorgung**

Wiederholt hat sich gezeigt, daß das Quellwasser eine Trübung hat. Der Grund konnte nicht festgestellt werden. Chemisch und bakteriologisch ist das Wasser einwandfrei.

## **12. Dez. 1928**

### **§418 Viehzählung**

Das Ergebnis der Viehzählung wird bekannt gegeben. Mit Bedauern wird festgestellt, daß der Rindviehbestand um ein erhebliches zurückgegangen ist.

## **21. Dez. 1928**

### **§427 Ev. Kirche**

am 23. Dez. 1928 findet die Einweihungsfeier der erneuerten Kirche statt.

### **§431 Kanalisation (Abrechnung)**

Über die beendigte Kanalisation liegt die Abrechnung vor.                      Kosten: rund 47000 RM

**9. Jan 1929**

**§1 Geschäftsbericht**

Der Vorsitzende erstattet Bericht über die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung im Jahr 1928 deren wichtigstes Ereignis die Durchführung der Kanalisation war und wirft einen kurzen Ausblick auf die Aufgaben in diesem und den nächsten Jahren. Hier sind es die Erstellung einer Sammelkläranlage und die Erweiterung der Wasserversorgung.

**§2 Gemeinderat: Einführung und Verpflichtung**

Die neu gewählten Mitglieder des Gemeinderats werden eingeführt und verpflichtet, ebenso die wiedergewählten Gemeinderatsmitglieder auf ihre frühere Verpflichtung hingewiesen.

**§17 Arbeiter Autoverkehr**

Die Oberpostdirektion Stgt. zeigt Bereitwilligkeit zur Einrichtung von Kraftpostfahrten zur Arbeiterbeförderung. Bedingung ist die Erbreiterung der Straße von Höfen nach Langenbrand und die Bereitstellung von Unterstellräumen in Höfen und Schömberg.

**§19 Kuranlagenerweiterung**

Es besteht der Plan, die Kuranlage in den Ort hereinzuziehen und dazu die sogenannten Schuläcker, beginnend am neuen Rathaus und endigend an der bestehenden Anlage, zu verwenden. Diese Äcker erscheinen aber für eine Kuranlage zu schmal. Es sollen daher noch Teile von den angrenzenden Grundstücken dazu erworben werden.

**14. Jan 1929**

**§21 Kanalisation. Abrechnung**

In Anwesenheit von Oberbaurat Brehm und Bauinspektor Mentkheim vom Abwasseramt wird die Nichtanerkennung der Abrechnung über die Kanalisationsarbeiten durch den Unternehmer Völlnagel verhandelt.

**§25 Gemeindepfleger: Urlaub und Vertretung**

Ortsbaumeister und Gemeindepfleger Röcker beabsichtigt sich zu verhehelichen. Er bittet um einen 4 wöchigen Urlaub.

Urlaub wird bewilligt. Im Einverständnis mit dem Rechner wird die Führung der Kasse über die Dauer des Urlaubs dem Gehilfen, Verw. Kand. Hennige übertragen.

**§26 Gehilfenanstellung**

Die Kanalisationsarbeiten nahmen den Ortsbaumeister und zugleich Gemeindepfleger und die Verwaltung erhöht in Anspruch.

Zur Entlastung und Unterstützung macht sich deshalb die Anstellung eines weiteren Gehilfen auf die Dauer einiger Monate erforderlich.

**29. Jan. 1929**

**§30 Fremdenstatistik**

Die Statistik über den Fremdenverkehr im Jahre 1928 wird zur Kenntnis gebracht. (Keine Zahlen)

**8. Febr. 1929**

**§49 Kur-Einrichtungen für Privatkurgäste**

In einem Schreiben weist der Kurarzt Dr. Wahl darauf hin, daß ein Bedürfnis dafür bestehe, den Kurgästen, die außerhalb der Sanatorien wohnen, mehr Gelegenheit zu deren Unterhaltung zu schaffen. Es sei dies für den Ruf Schömbergs ein dringendes Erfordernis und geeignet die Frequenz zu heben. Schömberg soll damit ein ganz besonderes Gepräge vor anderen Kurorten zu bekommen, es soll sich alles auf einen wirksamen und dabei doch schönen und angenehmen Kuraufenthalt für die Kurgäste einstellen.

Verlesen und zur Kenntnis gebracht.

### **§50 Kuranlagen Erweiterung**

In Sachen der für später in Aussicht genommen Erweiterung der Kuranlage wird weiter verhandelt. Es müßten Grundstücke im Bereich der Schuläcker angekauft oder getauscht werden. Hier wird auch die Frage berührt, ob von einer Erweiterung der bestehenden Kuranlage in der Richtung gegen das Rathaus nicht abgesehen und dafür eine Neuanlage in den Talwiesen zwischen den Sanatorien Schömberg, Schwarzwaldheim und der Neuen Heilanstalt vorgesehen werden soll. Die Sache ist noch nicht spruchreif.

### **§52 Privatkrankenanstalt Bühler**

Christian Bühler, Oberpostschafner hier sucht um die Erlaubnis zum Betrieb einer Privatkrankenanstalt in seinem Gebäude Nr. 276, der Villa Bergfrieden nach. Es wird beschlossen: Das Gesuch zu befürworten.

### **§57 Vergnügungssteuer**

Der Radfahrverein bittet um Ermäßigung der Vergnügungssteuer bei seine steuerpflichtigen Veranstaltungen.

In Anerkennung der Mitwirkung der Vereine bei Gemeindeveranstaltungen wird beschlossen: Den Vereinen 50% der Steuer zu erlassen.

### **§58 Wasserzins**

Der Wasserzins für Badezimmer, in denen Bäder gegen Entgelt abgegeben werden, beträgt 20RM. Die Inhaber solcher Bäder bitten um Ermäßigung der Grundgebühr, da durch die Errichtung vieler Badezimmer in Privatwohnungen, Pensionen usw. die Frequenz ihrer Bäder sehr stark zurückgegangen sei. Diese Tatsache wird festgestellt und daher beschlossen: Die Grundgebühr auf 15 RM herabzusetzen.

### **§59 Fernsprechverkehr**

Es wird zur Kenntnis gebracht, daß mit der Verkabelung des Orts-Fernsprechnetzes in diesem Frühjahr begonnen werden wird.

## **27. Febr. 1929**

### **§63 Privatkrankenanstalten**

Zur Kenntnis werden die Erlasse des OA Neuenbürg betr. die Abweisung der Gesuche von Jakob Bertsch, Fritz Dittus und Elise Menges, um Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb einer Privatkrankenanstalt in deren Häusern.

Anlaß zu den Gesuchen gab den Hausbesitzern hauptsächlich der Umstand, daß öffentliche und private Krankenkassen und Versicherungen den Kuraufenthalt ihrer Mittglieder mehr und mehr nur dann unterstützen, wenn diese sich in staatlich anerkannte Krankenanstalten begeben.

### **§64 Wald Nutzungsplan**

Nach dem Nutzungsplan des Forstamts Langenbrand beträgt der Derbholzertrag 1929 25 fm.

### **§71 Kraftpostfahrten zur Arbeiterbeförderung**

Das Problem ist der ungenügende Zustand der Straße nach Höfen. Es wird beschlossen:

Sich mit den Gemeinden Höfen, Langenbrand und der Amtskörperschaft an den Kosten einer Korrektur der Straße Höfen bis Schömberg zu beteiligen.

### **§73 Staßenbewalzung und Teerung.**

Nach Eingabe der Sanatorien und des Schwarzwaldheim wird beschlossen:

Die Bewalzung und Teerung folgender Straßen vorzusehen:

Hauptstraße, Talstraße bis zum Löwenaufgang, Schillerstr. bis zur Lindenstr., den Schröder Weg.

## **8.März 1929**

### **§92 Bauplatz Kath. Kirche**

Nach Mitteilung des Katholischen Stadtpfarramts Wildbad wäre nun die Finanzierung des Baus einer Katholischen Kirche gesichert. Er bittet daher um die Übereignung des Bauplatzes und um Baugenehmigung. Es gibt noch Probleme mit der geplanten Straßenführung und in Sachen der Kuranlage und eines Kursaals. Angelegenheit wird vertagt.

### **15. März 1929**

#### **§105 Bauplatz Kath. Kirche**

Längere Abhandlung über Lage der Kirche, Führung der Straße und Grundstückserwerb.  
Beschluß: Bauplatz an die Kath. Kirchengemeinde abzutreten. (Rahmenbedingungen zur Lage)

#### **§106 Notariat**

Es wird davon Kenntnis genommen, daß der Sitz des zur Wiederbesetzung gekommenen Notariats wieder nicht nach hier gekommen ist.  
Als Gründe werden genannt, daß die angebotene Wohnung nicht geeignet und bei den Bewerbern die Furcht von Ansteckung vorhanden ist.

### **27. März 1929**

#### **§121 Kureinrichtungen**

In Sachen der Erstellung eines Kur- und Lesesaals, sowie der Veranstaltungen von weiteren Konzerten, von Vorträgen und anderen Darbietungen wird beschlossen:  
Eine Kommission zu bilden, die sich mit dieser Materie befaßt und Vorschläge unterbreitet

### **10. April 1929**

#### **§ 136 Kath. Kirche (Kostenbeitrag)**

die Erwerbung des Platzes hat bedeutend höhere Kosten verursacht. Demzufolge wird der Beitrag mit 5000RM bewertet.

### **26. April 1929**

#### **§160 Schulgarten**

Um die Hauptstraße korrigieren und auf ihr einen Gehweg anlegen zu können wird u.a. auch ein Teil des Lehrerbesoldungsgartens benötigt.

#### **§161 Gewerbeschule**

Es besteht die Aussicht auf die Genehmigung zur Einrichtung einer Gewerbeschule. Voraussetzung ist die Leitung unter einem hauptamtlichen Gewerbelehrer.  
Obwohl der Gemeinderat gewillt ist, den gewerblichen Nachwuchs zu fördern, wird beschlossen:  
Zunächst die finanziellen Auswirkungen festzustellen.

#### **§167 Fußweg zwischen Sägemühle und Schröder Weg**

Es ist vorgesehen, für Kurgäste einen neuen Fußweg im Wiesental zu schaffen. Hierzu ist nötig, die erforderliche Grundfläche käuflich zu erwerben. Der Weg käme auf den Kanalisationsstrang zu liegen.

#### **§168 Bausache Andreas Burkhardt**

A. Burkhardt, Bäckermeister hier, beabsichtigt an sein Wohnhaus Nr. 61 einen Laden einzubauen.

### **17. Mai 1929**

#### **§204 Schule (Einrichtung der Zentralheizung)**

Zur Beheizung der Schullokale wurde die Einrichtung einer zentralen Warmwasserheizung beschlossen.  
Auch die Lehrerdienstwohnung soll mit dieser beheizt werden.  
Lehrer Schick hat davon Kenntnis genommen.

#### **§205 Schule – Turnunterricht**

Das Schülerturnen vollzog sich bisher auf dem, dem Turnverein zur Verfügung gestellten Platz beim Rathaus und in dessen Turnhalle dabei.

Nun hat der Turnverein einen eigenen Spielplatz und als Turnraum die frühere Wald Liegehalle des Sanatoriums Schwarzwaldheims. Für diese hat der Verein Pachtzins und Unterhaltskosten zu zahlen.

31. Mai 1929

### **§213 Kriegerverein Schießgelände**

Der Vorstand des hiesigen Kriegervereins teilt mit, daß der Verein, der 130 Mitglieder zähle, die Gründung einer Kleinkaliberschützenabteilung beabsichtige und da es ihm an einem geeigneten Schießgelände mangle, um die Überlassung eines solchen bitte.

Beschluß: Dem Kriegerverein Schömberg ein Geländes bei der oberen Herdgasse in stets widerruflicher Weise zu überlassen.

### **§223 Ev. Kirche**

Die Erneuerungsarbeiten in der ev. Kirche haben Kosten verursacht, die den Voranschlag weit überschreiten. Im Hinblick darauf, daß die Erneuerung der Kirche nunmehr den kurörtlichen Interessen Rechnung trägt wird beschlossen:

Der ev. Ortskirchenpflege einen weiteren Beitrag von 2000 RM zu verwilligen.

### **§228 Straßensperrung für Motorräder**

Der Motorradverkehr innerhalb des Orts, der vielfach nur dem Zeitvertreib und dem Unfug dient, wird immer mehr zur Plage. Den Auswüchsen des Motorradverkehrs und den Belästigungen dadurch muß daher im Interesse des Kurbetriebs mit allen Mitteln zu begegnen gesucht werden.

19. Juni 1929

### **§239 Herstellung der Ortsstr. Nr. 6 (Schillerstraße)**

Auf der Schillerstraße zwischen Linden- und Hauptstraße liegt -wie auf diesen Straßen- ein sehr starker Kraftwagenverkehr. Da die Straßenstrecke nicht befestigt und geteert ist, entwickelt sich ein äußerst lästiger Staub. Es empfiehlt sich diesen Straßenabschnitt, zusammen mit der Hauptstraße richten zu lassen, da in absehbarer Zeit keine Straßenwalze mehr benötigt wird.

### **§240 Bodenwaage**

Für die Aufstellung einer Bodenwaage ist nun ein günstig gelegener Platz gefunden worden. Es handelt sich um die der Gottlieb Kugele Wwe. gehörige Parzelle Nr. 41 an der Schillerstr. Auf den Grundstück befindet sich eine Strehütte und ein Backofen. Diese müssen abgerissen werden.

12. Juli 1929

### **§261 Schule – Abteilungsunterricht**

Die Unterklasse der hiesigen Schule zählt über 70 Kinder. Demzufolge muß an dieser Klasse Abteilungsunterricht eingeführt werden.

### **§268 Plakatwesen**

In Ermangelung von Plakatsäulen oder Plakattafeln werden Plakate an Gebäuden und Masten angebracht. Dies wirkt ungeordnet. Es sollten deshalb Säulen oder Tafeln aufgestellt werden. Es wird hier an 3 –4 Säulen gedacht.

### **§269 Bezintankanlage**

Die Deutsche Vertriebsgesellschaft für russische Ölprodukte sucht um die Genehmigung zum Einbau einer Benzinzapfsäule auf dem Grundstück des Flaschners Karl Maisenbacher, Geb. Nr. 256 nach. Es wäre dies die 4. Zapfsäule im Ort.

### **§273 Verfassungsfeier (Flagge)**

Am 11. August d. J. jährt sich der Tag der Vollendung des Weimarer Verfassungswerks

In Rücksicht auf die Kurgäste wird von einer Feier abgesehen aber die Anschaffung einer Reichsflagge beschlossen.



## **26. Juli 1929**

### **§290 Weg – Grunderwerb**

Für Zwecke der Herstellung eines Gehwegs, der von FW Nr. 12 (Ölschlägerweg) zu FW Nr. 16 (unterer Dickweg) führen soll, ist von der Parz. Nr. 312/2 ein Trennstück in der Breite von 3 m erworben worden.

### **§295 Kläranlage**

Die für die Berieselung durch die Abwässer aus der Kläranlage vorgesehenen Wiesen im Eulenloch sollten nun zweckentsprechend eingerichtet werden. Die Arbeiten hierzu bestehen in der Anlegung von Gräben und von Fallen zur Verteilung der Abwässer.

### **§298 Röcker Eugen, Bausache**

Otsbaumeister Röcker beabsichtigt auf seinem Grundstück Parz. Nr. 265/20 beim Friedhof ein Wohnhaus zu erstellen. Das Grundstück liegt an einer im Ortsbauplanentwurf vorgesehenen, noch nicht ausgeführten Straße.

### **§319 Gehilfe**

Zur Kenntnis gebracht wird, daß der Gehilfe Verw. Kand. Hennige auf den 22. d. M. beim Oberamt Brackenheim eintritt und an dessen Stelle der Verw. Kand. W. Gebhardt beim Schulheisenamt eintritt.

## **14. August 1929**

### **§323 Sanatorien**

Der Vorsitzende bringt die mutmaßliche Verkaufsabsicht des Sanatoriums Schömberg und den beabsichtigten Neubau eines größeren Sanatoriums in Todtmoos zur Kenntnis.

## **4. Sept. 1929**

### **§335 Kläranlage**

Einsprüche gegen die Kläranlage. Ausführliche Stellungnahme

### **§340 Kurtaxe**

Nach dem Erlaß des Oberamtes sollen Vorschläge über eine anderer Verwendung der Kurtaxe gemacht werden.

### **§351 Kurwesen**

Bekanntgegeben wird ein Schreiben einer Unterstützungskasse in dem über die ungenügende Staubbekämpfung und Straßensprengung geklagt wird.

Es wird bedauert, daß die Bekämpfung des Staubs durch Colasierung der Straßen mit einem Aufwand von annähernd 100000 RM nicht anerkannt zu werden scheint.

Im übrigen sollen die Straßen häufiger gesprengt werden.

### **§352 Feldwege (Instandhaltung und Unterhaltung)**

In Ermangelung anderer Spazierwege werden die Feldwege von Kurgästen mehr und mehr als solche begangen. Diese Wege befinden sich aber in einem wenig gut begehbaren Zustand. Eine bessere Unterhaltung der Feldwege für Zwecke der Begehung kann jedoch den unterhaltspflichtigen Grundbesitzern nicht zugemutet werden.

Um die von Kurgästen begangenen Feldwege in einen besser begehbaren Zustand zu bringen, wird beschlossen: Diese Feldwege aus Mitteln der Kurverwaltung zu richten.

### **§353 Staubbekämpfung auf Bezirksstraßen**

Längere Abhandlung und Vergleich mit den Straßen in Wildbad und Herrenalb.

Es wird beschlossen, Das Bezirksamt zu bitten, die Mittel für die Staubfreimachung der Straßen Höfen-Schömberg und Liebenzell – Schömberg zu bewilligen.

### **§354 Tuberkulösensiedlung**

Längere Abhandlung zu diese Planung

**9. Okt. 1929**

**§356 Kanalisation**

Nachdem die Kanalisation und die Sammelkläranlage fertiggestellt und in Betrieb genommen worden ist, ist die Aufstellung einer Gebührenordnung notwendig.

**§361 Bühlweg**

Dr. Schwermann, leitender Arzt des Kurhauses Waldeck, beschwert sich darüber, daß den Patienten des Kurhauses der Aufenthalt und die Durchführung einer Liegekur dadurch unmöglich gemacht wurde, daß sie es vor Gestank von Jauche nicht aushalten können,

**§362 Sanatorium (Jüdisches)**

Es ist ein Haus für 30 – 60 Betten geplant mit einer Erweiterungsmöglichkeit. Aufgenommen werden sollen männliche mittellose Kranke. Angegliedert werden soll eine Privatklinik

Eine Kommission soll die Verhältnisse in Nordrach, wo es bereits ein solches Sanatorium gibt, prüfen.

**§363 Voranschlag des Gemeindehaushalts 1929**

Der Vorsitzende trägt den Voranschlag vor. Gegenüber 1928 ergibt sich ein größerer Abmangel. (keine Zahlen)

**§364 Apotheke**

Dr. Bozenhardt bittet, beim Innenministerium dahin vorstellig zu werden, daß die derzeitigen unklaren Zustände bei der hiesigen Zweigapotheke eine Lösung in dem Sinne finden mögen, daß die Apotheke selbständig werde.

In der Gemeinderatssitzung kommt die Meinung zum Ausdruck, daß die Konzessionsinhaber nur an einer Zweigstelle Interesse haben.

Um einer Schädigung der Interessen der Gemeinde vorzubeugen, wird beschlossen:

Das Innenministerium zu bitten, die hiesige Zweigapotheke in eine selbstständige Vollapotheke umwandeln zu wollen.

**23. Okt. 1929**

**§367 Sanatorium (jüdisches)**

Nach Besuch vor Ort und Einholung von Informationen sieht die Gemeinde keine Grund das Unterfangen finanziell zu unterstützen.

**§373 Kanalisation und Kläranlage - Kosten**

Die Kosten belaufen sich nach Abzug der Beiträge auf rund 115000 RM

Die Kosten wurden teilweise auch aus Kurtaxmitteln beschritten.

**§379 Räge, Fußwegvertrag**

Die Erstellung der katholischen Kirche lassen das Vorhandensein eines Fußwegs vom Rathaus an der Lindenstraße aus zu dem Feldweg Nr. 15, der zur Kuranlage führt, erwünscht erscheinen.

**6. Nov. 1929**

**§406 Wasserversorgung**

Bei Eintritt von Regen zeigt sich das Wasser der Brunnenwiesenquellen verunreinigt.

**4. Dez. 1929**

**§438 Friedhofweg**

In einer Eingabe suchen die Besitzer der an den Friedhofweg liegenden Häuser (Egginger, Menges) und einige Kurgäste um Instandhaltung dieses Wegs und um Anbringung eine Lampe nach. Bei dem Weg handelt es sich um einen unbeständigen, im Eigentum der Besitzer der anliegenden Grundstücke stehenden Feldweg.

Es wird beschlossen: Den Weg instand zu setzen, wenn sich die Eigentümer bereit erklären das Gelände in das Eigentum der Gemeinde überzuleiten.

#### **§448 Friedhof Halle**

Eine Vergrößerung wird wegen zu hoher Kosten abgelehnt.

#### **§458 Bäuerle, Gemeinderat**

Längere Abhandlung wegen Äußerungen eines Gemeinderats die zu Streitigkeiten mit der Feuerwehr und zu Beleidigungen führte.

Nicht eindringlich genug muß verurteilt werden, daß immer wieder Äußerungen von Mitgliedern des Gemeinderats unter deren Namensnennung – in nicht öffentlichen Angelegenheiten – verbreitet werden. Die Folge solcher Unsolidarität muß sein, daß zum Nachteil der Gemeinde mit der freien Meinung zurück gehalten wird.

1930

**24. Jan. 1930**

#### **§10 Kurtaxe**

Die Überlassung des Reinertrags der Kurtaxe an den Kurverein ist vom Oberamt bemängelt worden.

Es wird beschlossen:

Den GR-Beschluß vom 30. 11. 1927 aufzuheben und zu bestimmen

Daß ab 1.4.30 über die Mittel der Gemeinderat selbst verfügt.

#### **§22 Karle, Kaffeekonzession**

Georg Karle, früherer Besitzer des Gasthauses zum Lamm beabsichtigt um die Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb eines Kaffees in seinem Hause Geb. Nr. 242 nachzusuchen.

Die Bedürfnisfrage für ein weiteres Kaffee wird verneint.

**14. Febr. 1930**

#### **§36 Kurtaxe**

Gegen den Beschluß des Gemeinderats vom 24. Jan. 1930 hat das Sanatorium Schwarzwaldheim Einspruch erhoben.

**26. Febr. 1930**

#### **§69 Kanalisation – Gebührenordnung**

Der Bau der in den Jahren 1928 und 1929 ausgeführten Teilkanalisation und der Sammelkläranlage hat Kosten von rund 120000 DM verursacht. Davon sind 100000 DM zu verzinsen und zu tilgen. Inklusive Unterhalt ist mit jährlichen Kosten von 13600 RM zu rechnen. Davon soll die Kurkasse 8000 RM übernehmen. 5600 RM sollen über Gebühren gedeckt werden. Die soll geschehen durch;

Eine Grundgebühr, durch einen Steigerungssatz des Wasserzinses, durch einen Steigerungssatz nach den Verpflegungstagen in den Kurbetrieben.

**14. März 1930**

#### **§88 Ortsbauplan Poststraße**

Die Poststraße, eine Ortsstraße, weist Unregelmäßigkeiten in der Bauflucht auf, die für den Verkehr hemmend sind.

Das Ortsbauamt hat einen Ortsbauplan aufgestellt. Nach diesem ist eine Straßenbreite von 5m, eine beiderseitige Vorgarten bzw. Vorplatzbreite von 2m und (talseitig) ein Gehweg von 2 m Breite vorgesehen.

Beschluß: Den Ortsbauplan für die Poststr. (FW Nr. 12) festzustellen.

#### **§89 Straße vom Leipziger Platz zur Hauptstraße**

Nach Beschluß des GR. Hat das Ortsbauamt einen Entwurf für die vorgesehene Straße gefertigt.

Da die Straße in absehbarer Zeit nicht zur Ausführung kommen kann und wird, wird die Angelegenheit zurückgestellt.

## **28. März 1930**

### **§97 Wasserversorgung**

Die außerordentliche Trockenheit in den letzten Jahren, führt zu einem erheblichen Nachlassen der Quellen und des Wassers zum Betrieb des Pumpwerks. Andererseits steigert sich der Wasserbedarf von Jahr zu Jahr. Aus diesen Gründen und in Erwägung dessen, daß bei Eintritt eines Defektes im Pumpwerk die Gemeinde für kürzerer oder längere Zeit wasserlos werden würde, ist der Anschluß an die Schwarzwaldwasserversorgung dringend notwendig.

In Anbetracht der hohen Kosten ist an eine Vollversorgung nicht zu denken.

Es wird beschlossen: Nach Feststellung der Teilversorgung eine Leitung zum Rohrnetz der Schwarzwaldwasserversorgung in Oberlengenhardt zu bauen.

### **§98 Wasserversorgung Schwarzwaldheim**

Das Sanatorium hat eine eigene Wasserversorgungsanlage. Es nimmt eine zusätzliche und in trockenen Zeiten volle Wasserversorgung der Gemeinde in Anspruch. Dies kann in Zukunft nur bei einem Anschluß an die Schwarzwaldwasserversorgung gewährleistet werden. Die Reichsversicherungsanstalt ist dafür um ein verbilligtes Darlehen angesprochen worden.

### **§101 Spazierwege**

Die Klagen von Kurgästen über schlechte Spazierwege sind schon alt und kehren immer wieder. Sie wünschen insbes. die Schaffung besserer Wald- und guter Fußwege für ihre Spaziergänge. Die Berechtigung solcher Wünsche kann nicht abgesprochen werden. Ihnen stattzugeben liegt im Interesse der Erhaltung des Rufes und der Empfehlung unseres Kurortes.

Es ist vorgesehen:

1. Die Herstellung eines besondere Gehwegs am sogenannten Ölschläger Weg (FW 12)
2. Eines solchen von da zur Kuranlage
3. Ebenso von da zum unteren Dickweg (FW16)
4. Im Einvernehmen mit der Gemeinde Oberlengenhardt die Instandsetzung, Erneuerung und teilweise Neuanlegung von Wegen in deren Waldungen.

### **§102 Gehweg (Liebenzeller Straße)**

Der talseitige Gehweg sollte nun angelegt und zunächst bis zum Postamt durchgeführt werden.

### **§104 Gieswagen**

Die Gemeinde Bieselsberg führt zur Zeit einen Straßenbau gegen Schwarzenberg aus. Hierbei wird die Gemeinde Schömberg um die Überlassung des Gieswagens gebeten.

### **§105 Fernleitungskabel**

Die Dt. Reichspost beabsichtigt die Auslegung eines Fernleitungskabels Schömberg – Wildbad über die Charlottenhöhe.

### **§110 Elektr. Werk Teinach Station**

Der Gemeindeverband „Teinach Station“ schüttet für 1930 erstmals Gewinnanteile nach Maßgabe der Stromgelder aus den einzelnen Gemeinden aus. Nach der Berechnung des Verbandes entfallen auf die hiesige Gemeinde 9200 RM die in 2 gleichen halbjährlichen Raten bezahlt werden.

## **15. April 1930**

### **§118 Elektr. Werk**

Das Oberamt Neuenbürg erklärt die vorgesehene Verteilung der Anteile für gesetzlich unzulässig.

### **§119 Oberlengenhardt Gemeindewald**

Der dem hiesigen Ort nächst gelegene Wald befindet sich auf Oberlengenhardter Gemarkung und steht im Eigentum dieser Gemeinde. Die Kurgäste suchen in erster Linie den Oberlengenhardter Gemeindewald für ihre Spaziergänge auf. Sie erwarten von der Schömberger Kurverwaltung, daß die Waldwege in einem gut begehbaren Stand versetzt werden. Dies ist nur mit Genehmigung der Gemeinde Oberlengenhardt möglich. Nach Unterhandlungen mit Oberlengenhardt wäre eine jährliche Vergütung von 1000 RM zu zahlen und täglich weitere 50 l Milch (zus. 180l) abzunehmen.

#### **§135 Brunnen**

Die Entfernung des sich nicht mehr im Betrieb befindlichen Brunnenstocks beim Hause Wilhelm Haug wird beschlossen.

### **30. April 1930**

#### **§138 Wasserversorgung**

Der Vorsitzenden berichtet über den Stand des Anschlusses an die Schwarzwaldwasserversorgung. Um eine Gewähr der Wasserversorgung zu erreichen ist der Anschluß in Oberlengenhardt nicht ausreichend. Es müßte eine Leitung bis Oberreichenbach gebaut werden. Dies erfordert eine hohen finanziellen Aufwand. Wenn dieser nicht geleistet werden kann bleibt die Möglichkeit den eigenen Wasserverbrauch einzuschränken. Ein Mittel wäre das Setzen von Wassermessern.

Nach Erörterung wird beschlossen:

Das Sanatorium Schwarzwaldheim davon zu verständigen, daß seine Wasserversorgung durch die Gemeinde in Zeiten der Wassernot mit Rücksicht auf die ordentlichen Abnehmer nicht mehr möglich ist.

#### **§140 Feldweg beim Bühlhof (Sägmühlenweg)**

Bezüglich der Benutzung dieses Weges hat das Forstamt Langenbrand einen Vertrag vorgelegt.

### **23. Mai 1930**

#### **§154 Straße nach Langenbrand**

Die Straße nach Langenbrand – eine Bezirksstraße – befindet sich in einem sehr schlechten Zustand. Sie ist nicht befestigt und liegt in einem feuchten Gelände mit wenig Licht- und Luftzutritt. Die Straße müßte befestigt und gleichzeitig korrigiert werden. Die Straße liegt auf Gemarkung Schömberg. Die Verbesserung der Straße auf 1500m Länge und 5m Breite würde ca 75000 RM Kosten verursachen. Nach Abzug der Zuschüsse würde sich der Gemeindeanteil auf 25000 RM belaufen.

Im Hinblick auf die starke Belastung der Gemeinde kann dem an sich notwendigen Projekt nicht näher getreten werden.

#### **§164 Kath. Kirche**

Das Stadtpfarramt Wildbad ladet zur Teilnahme an der am Himmelfahrtsfest, den 29. Mai 1930 stattfindenden Weihe der Kirche und den sich anschließenden Festlichkeiten ein.

#### **§168 Poststraße**

Feldweg Nr12/1, die Poststraße, der im Grundbuch nicht eingetragen ist, steht im Eigentum der ursprünglichen Besitzer. Diese haben den Weg nun an die Gemeinde abgegeben bzw. verkauft

### **5. Juni 1930**

#### **§181 Kurverwaltung – Voranschlag**

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1930 beläuft sich auf 36080 RM

#### **§182 Römpler Platz**

Gründer unseres Kurortes ist der verstorbene Direktor Hugo Römpler. Er hat sich um die Entwicklung des selben große Verdienste erworben. In Würdigung dieser und um das Gedächtnis an den Gründer von Schömberg als Kurort auch der Nachwelt zu erhalten, wird einstimmig beschlossen:

Den Platz vor dem Sanatorium Schömberg, dem Lebenswerk des Verstorbenen die Bezeichnung

**„Hugo Römpler Platz“**

zu geben und sich hierzu das Einverständnis der Angehörigen zu erbitten.

### **§183 Römpler Platz**

Der Platz um die Linde am Steigle beim Sanatorium Schömberg hat eine Einfassung und dadurch schönere Gestaltung erhalten. Das Sanatorium Schömberg befürchtet nun, daß er zu einem allgemeine Sitzplatz oder zu einem Aufenthaltsort für Kinder wird.

### **§185 Schwarzenberger Wald**

Die Kurverwaltung hat verschieden Fußwege angelegt. Einer dieser Wege führt auf kurze Strecke über eine Waldparzelle der Gemeinde Schwarzenberg. Hierfür verlangt diese eine Entschädigung.

### **27. Juni 1930**

#### **§200 Turnplatz**

Der Turnverein hat durch Unterpacht den Platz des Sanatoriums Schwarzwaldheim (der Gemeinde Oberlengenhardt gehörig) beschafft. Dieser Platz wurde vom Turnverein mit einem Aufwand von 4000 RM zweck entsprechend hergerichtet. Mit dieser Sache hängt auch die Verlegung oder Entfernung der auf dem Platz beim Rathaus stehenden Turnhalle zusammen.

#### **§205 Turnverein (Kinderfest)**

Der Turnverein beabsichtigt am 13. Juli 1930 seinen neu hergerichteten Turn- und Sportplatz mit einer kleinen Feier zu eröffnen. Mit dieser will er ein Kinderfest verbinden.

#### **§206 Hochwasserschäden**

Am Freitag den 13. Juni 1930 und Samstag den 14. Juni gingen über Schömberg Wolkenbrüche nieder, die große Schäden anrichteten. Den größten Schaden erlitt die Gemeinde an der Kläranlage durch einen Dammbruch und Überschwemmung der Anlage. Weiterer Schaden ist der Gemeinde an Straßen und Wegen entstanden.

#### **§208 Hochwasser**

Bei dem Hochwasser am 13. Und 14. Juni mußte die Feuerspritze zum Auspumpen der überschwemmten Keller in den Georg Maisenbacher'schen Häusern verwendet werden. Die Spritze wurde von einem Teil der Feuerwehrmannschaft bedient. Diese verlangt entsprechende Vergütung.

Für solche Fälle sollten noch weitere Pumpen dienstbar gemacht werden. Zur Verfügung steht außer der Feuerwehrspritze noch eine Güllenpumpe und eine Handpumpe.

### **11. Juli 1930**

#### **§215 Voranschlag 1930**

Der Voranschlag für den Haushalt 1930 wird auf 163070 RM festgestellt.

#### **§225 Kläranlage – Hochwasserschäden**

Ursächlich für die Überschwemmung der Kläranlage war die Verstopfung der Dolen. Dies für die Zukunft unmöglich zu machen schlägt das Abwasseramt vor, die Dolen am ober- und Unterlauf des Baches zu entfernen und statt diese einen offenen Durchlaß und eine Überführung der Abwasserleitung zu schaffen. Der Aufwand wird auf ca. 4100 RM veranschlagt.

Da mit einem solchen Hochwasser in langer zeit nicht mehr zu rechnen sein wird, glaubt der Gemeinderat drohende Hochwasserschäden in einfacherer und billiger Weise beseitigen zu können.

### **8. Aug. 1930**

#### **§261 Wiesenaufforstung**

Die Gemeinde hat für Zwecke der Berieselung mit dem Abwasser aus der Kläranlage eine größerer Fläche von Wiesen unterhalb der Kläranlage erworben. Das Futter dieser Wiesen ist nicht mehr begehrt. Um die Wiesen weiter nutzbar zu machen, wird angeregt, diese aufzuforsten. Hiegegen bestehen Bedenken insbesondere in klimatischer Beziehung. Die Meteorologische geophysikal. Abteilung des Statistischen Landesamts und der Württ. Forstwirtschaftsrat sollen ein Gutachten abgeben.

### **§262 Poststraße**

Der Ortsbauplan für die Poststraße zwischen Schiller- und Lindenstr. Hat die Billigung der Angrenzer nicht gefunden. Es wird beschlossen:

Den Ortsbauplan zu ändern. Die Herstellung der Straße selbst aus Mangel an Mitteln bis auf weiteres zurückzustellen.

### **§263 Igellocher Straße**

Die Straße von Schömberg nach Oberreichenbach wird mehr und mehr als Durchgangs- und Verbindungsstr. zwischen dem Enz- und Nagoldtal benützt. Auf ihr liegt ein immer stärkerer werdender Kraftwagenverkehr. Sie wird insbes. täglich 2x mit Landkraftpostwagen befahren. Die Straße ist größtenteils in einem gut befahrbaren Zustand.

Die Straße hat die Bedeutung einer Bezirksstraße erlangt und solle im Unterhalt von der Amtskörperschaft übernommen werden.

### **§264 Straße zur Katholischen Kirche**

Die vom Rathaus zur kath. Kirche führende Straße ist stark beschottert und deshalb nicht begehbar. Sie sollte und muß in begehbar Zustand gesetzt werden.

Beschluß: Der höheren Kosten wegen von einer Bewalzung abzusehen und die Straße durch Besandung begehbar machen.

### **§265 Kriegerverein - Schießstand**

Der Kriegerverein, der in der „oberen Herdgasse“ einen Schießstand errichtet hat, sucht um die Herstellung eines Zugangswegs von der Calmbacher Str. aus nach.

### **§280 Glauner, Lichtspieltheater**

In Sachen der Genehmigung des von Ernst Glauner im Saal des Gasthofes zum Ochsen betriebenen Lichtspieltheaters wird über den Stand der Sache berichtet. Hiernach ist es insbes. der Bildwerferraum, der den Vorschriften nicht entspricht und weshalb der Betrieb nicht wieder aufgenommen werden kann.

### **§306 Gemeindepfleger und Ortsbaumeisterstelle**

Am 23. März 1928 wurde mit Wirkung vom 1. April 1928 an als Gemeindepfleger und gleichzeitiger Ortsbaumeister Eugen Röcker, Baumeister aus Reutlingen gewählt. Die Anstellung desselben erfolgte auf die Dauer von 3 Jahren. Die Anstellungszeit läuft somit am 31. März 1931 aus. Wegen Erneuerung der Anstellungsverhältnisse ist schon jetzt Beschluß zu fassen.

Aus der Erörterung des Verhandlungsgegenstandes geht hervor, daß für die Frage der Erneuerung des Anstellungsverhältnisses hauptsächlich bestimmend sei, ob die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben der Gemeinde solche gebieten. Bei der Größe und der durch Art und Lage des Orts beschränkten Entwicklungsfähigkeit desselben, bei der nahezu vollkommenen Befriedigung der äußeren örtlichen Bedürfnisse, sowie bei dem dringenden Gebot der Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung und der deshalb auch bedingten Verlangsamung des Tempos in der Ausführung geplanter Unternehmungen wird auf lange Sicht betrachtet – dies als nicht zutreffend bezeichnet. Dementsprechend würden sich auch die Geschäfte der Gemeindepflege vermindern.

Nach eingehender Prüfung und Erwägung aller für und wieder sprechenden Umstände glaubt der Gemeinderat, daß ein hauptberuflicher Beamter in der Eigenschaft als Ortsbaumeister und Gemeindepfleger fernerhin nicht mehr voll beschäftigt und ein Ortsbaumeister daher entbehrlich wäre.

Es ist hierauf Beschluß:

Das Anstellungsverhältnis des Gemeindepfleger und Ortsbaumeisters Eugen Röcker hier nicht zu erneuern, vielmehr auf 31. März 1931 die Kündigung auszusprechen.

## **24. Sept. 1930**

### **§314 Desinfektionsanstalt**

Das nächst dringende Bedürfnis hygienischer Art ist die Erstellung einer Desinfektionsanstalt für Sputum, mit Erweiterungsmöglichkeit für Betten und Wäsche.

### **§319 Lichtklimatische Station**

die Württ. Gesellschaft zur Erforschung des Grenzgebiets zwischen Heil- und Wetterkunde hat mitgeteilt, daß sie für dieses Jahr zu den Kosten der Warte einen Zuschuß von 2100 RM verbilligen, unter der Voraussetzung, daß die Warte mindestens noch während der nächsten Jahre weiter bestehe.

### **§320 Eulenloch Wiesen Aufforstung**

Die Württ. Landeswetterwarte kommt in ihrer Stellungnahme zu dem Schluß, daß eine Aufforstung eine nachteilige Wirkung ausüben würde. (Die Nachttemperatur werde etwas niedriger ausfallen) Das genaue Ausmaß läßt sich jedoch im Voraus nicht angeben.

### **10. Okt. 1930**

#### **§344 Burkhardt Friedrich, Privatkrankenanstalt**

F. Burkhardt hier, sucht um die Erlaubnis zum Betrieb einer Privatkrankenanstalt in seinem Gebäude Nr.166 in der Liebenzeller Str. nach. Zur Aufnahme solle Leicht-Lungenkranke kommen.

Auf den Vortrag des Vorsitzenden, der es für dringend notwendig hält, daß Häuser und Betriebe, die sich für die Aufnahme von lungenkranken Kurgästen eingerichtet haben, den Charakter einer Privatkrankenanstalt um deswillen erhalten, weil Versicherte und Versorgte nur solche Anstalten aufsuchen dürfen, die dem entsprechen und weil dies auch in Fürsorgefällen entscheidend ist.

Beschluß: Das Gesuch dringend zu befürworten.

### **24. Okt. 1930**

#### **§349 Dr. Schröder, 60. Geburtstag**

Am 20.d.M feierte der Chefarzt Dr. Schröder, der Ehrenbürger der Gemeinde ist seinen 60 Geburtstag.

Seine überaus großen Verdienste um die Gemeinde als Kurort finden höchste Anerkennung und Würdigung.

#### **§374 Gemeindepfleger und Orstbaumeisterstelle**

In Eingaben bittet Röcker ihn weiterhin als Beamten zu beschäftigen. Röcker ist durch den Neubau eines Wohnhauses in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

### **20. Nov. 1930**

#### **§411 Preissenkung**

Der Vorsitzende bringt zur Kenntnis, daß nachdem die Preise für Kolonialwaren, für Fleisch u. a. eine Senkung erfahren haben nunmehr auch die Bäcker eine Ermäßigung des Brotpreises um 2Pfg für 1 kg ab 1. Dez des Jahres eintreten lassen.

### **12. Dez. 1930**

#### **§433 Schulhauserweiterung**

Oberbaurat Winker aus Stuttgart legt 2 Entwürfe zur Schulhauserweiterung vor. Dies Entwürfe würden Kosten in Höhe von 40 – 50000 RM verursachen.

Vor Erörterung der Pläne wird in eine Grundsatzdiskussion eingetreten und die Frage gestellt ob angesichts der wirtschaftlichen Notlage die Ausführung verantwortet werden kann.

*Es folgt eine länger Abhandlung über die allgemeine und die besondere Lage der Gemeinde.*

Es wird schließlich der Antrag gestellt das Evang. Oberschulamt zu bitten, von dem Verlangen der Erweiterung des Schulhauses im jetzigen Stadium der Wirtschaft Abstand zu nehmen.

### **23. Dez. 1930**

#### **§434 Gemeindepfleger – Stellvertreter**

Ortsbaumeister und Gemeindepfleger Röcker ist seit längerer Zeit krank. Es macht sich deshalb die Bestellung eines Stellvertreters notwendig.

Im Hinblick auf den Geschäftsstand der Gemeindepflege, und im Hinblick darauf, daß auf 1. April 1931 die Stelle des Gemeindepflegers neu zu besetzen ist, empfiehlt sich die Stelle vertretungsweise zu besetzen.

Diese Stelle übernimmt der Verw. Prakt. Heinrich Gebhardt der diese Geschäfte seit einiger Zeit führt.



#### **§444 Schüler Untersuchung**

Auf Veranlassung durch den Schularzt sollen die Schulkinder durch Einreiben auf Tuberkulose untersucht werden.

Da der Gesundheitszustand der Kinder anderer Gemeinden nicht ebenfalls untersucht und festgestellt wird und deshalb Vergleiche nicht gezogen werden können, besteht die Möglichkeit, daß die Ergebnisse ungünstig bewertet und verwertet werden, wie dies schon mehrfach geschehen ist, und worunter der Ruf Schömbergs dauernd zu leiden hat.

## 1931

### **2. Jan. 1931**

#### **§3 Gehaltskürzung**

Es wird davon Kenntnis gegeben, daß die Angestellten der Gemeinde, soweit sie mehr als 1500 RM jährliches Einkommen haben, sich damit einverstanden erklärt haben, daß ihre Bezüge ab 1 Febr. 1931 in gleichem Ausmaße wie die Bezüge der Angestellten des Reiches und der Länder herabgesetzt werden.

### **21. Jan. 1931**

#### **§16 Keser, Gemeinderat**

Herr Fritz Keser, Gemeinderat, konnte am 20. Jan. 1931 eine 25 jährige Tätigkeit als Direktor der Neuen Heilanstalt zurückblicken. Zu diesem Jubiläum werden Herrn Keser die besten Glückwünsche ausgesprochen.

#### **§28 Schulhaus Erweiterung**

Das Oberschulamt hat beschlossen, daß von einer Erweiterung bis 1933 Abstand genommen werden kann, daß aber 1933 der Raum für die Oberklasse nicht mehr groß genug wäre eine Erweiterung bis dahin dringend notwendig sei.

#### **§31 Kursaal**

die Frage der Schaffung eines Kursaals ist wieder Gegenstand der Betrachtung geworden. Der Wunsch nach einem Unterhaltungs- Musik- und Lesezimmers ist in den Kreisen der Kurgäste immer lauter geworden. Die Verwendung des Rathusaales wird nicht befürwortet. Es wird die Möglichkeit der leerstehenden Räume im EG des Gemeindehauses angesprochen.

### **30. Jan. 1931**

#### **§37 Verwaltungsbericht**

Der Vorsitzende erstattet den Verwaltungsbericht für das Jahr 1930 (*keine Zahlen*)

#### **§44 Festsetzung der Zahl der Gemeinderatsmitglieder**

Die Zahl der Mitglieder des Gemeinderats muß laut Gesetz neu festgelegt werden. Schömberg gehört der Gemeindeklasse II an und kann zwischen 10 –16 unbesoldete Gemeinderäte haben.

Beschluß: Die Zahl der Mitglieder ab 1. Jan 1932 auf 14 festzusetzen.

#### **§51 Kursaal**

Im Gemeindehaus ließe sich ein Saal unter Verwendung von 3 Räumen einbauen. Dies kann aber nur eine Zwischenlösung sein. Die Umbaukosten werden im Verhältnis zum Nutzen als zu hoch betrachtet. Es gibt auch noch andere Möglichkeiten, die noch nicht spruchreif sind.

Als Zwischenlösung wird beschlossen den Rathausaal an 1 Tag in der Woche zu Konzertzwecken zur Verfügung zustellen.

### **13. Febr. 1931**

#### **§56 Lichtklimatische Station**

Auf ein Schreiben vom 24. Jan. d.J. wegen Verbilligung des Aufwands auf die lichtklimatische Station und evtl. Aufhebung derselben, hat der Leiter der Landeswetterwarte, Prof. Dr. Kleinschmidt Stgt. geantwortet.

Hiernach rät dieser von einer Aufhebung der Station dringend ab und sichert die weitere finanzielle Unterstützung derselben zu.

#### **§65 Tagelöhne**

Im Hinblick auf die gegenwärtige Zeit werden die Tagelöhne neu festgesetzt.  
Diese betragen je nach Alter zwischen 55 – 65 Pf/Std.

#### **§69 Gemeindepflegerstelle**

Es wird nochmals ausführlich darauf eingegangen, warum die Stelle eines Ortsbaumeisters und Gemeindepflegers geschaffen wurde. Es wird nochmals festgehalten, daß die Notwendigkeit einer Orstbaumeisterstelle nicht mehr gesehen wird. Die Stelle des Gemeindepflegers war früher nebenberuflich besetzt. Dies wird wieder angestrebt.

#### **§71 Gemeindepflegestelle**

Die Stelle des Gemeindepflegers ist auf 1. April neu zu besetzen. Die dienstliche in Anspruchnahme wird mit ca 45 – 50% angenommen. Es wird beschlossen:

1. Den festen Gehalt des Gemeindepflegers – zugleich Fronmeisters auf jährlich 1400 RM festzusetzen.
2. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens 24 Std.
3. Das Dienstverhältnis läuft 3 Jahre
4. Anspruch auf Urlaub besteht nicht
5. Es ist freiwillig eine Sicherheit von 3000RM zu leisten.
6. Der Bewerber soll nicht unter 30 und nicht über 45 Jahre alt sein.
7. Einen Bewerberaufruf unter den hiesigen Bürgern zu erlassen.

#### **§72 Schutzmann**

Nach dem Tode des Schutzmann Schwemmler wird das Amt in der Weise versehen, daß der Amtsbote zum Hilfsschutzmann bestellt und für den Nachtdienst ein stellvertretenden Schutzmann nebenberuflich aufgestellt worden ist. Die damit gemachten Erfahrungen sind befriedigend. Die Polizeiaufgaben konnten bei dieser Dienstregelung voll und ganz erfüllt werden.

#### **11. März 1931**

##### **§86 Fremdenverkehrsstatistik**

Es wird bekannt gegeben, daß die Zahl der Fremden sich gegenüber 1929 vermindert hat, die Zahl der Übernachtungen aber gestiegen ist.

##### **§89 Grunderwerb im Talgrund**

Die Schaffung eines staubfreien Spaziergangs im Talgrund des Orts ist der Kurgäste wegen dringend erforderlich. Zu diesem Zweck ist geplant, einen Verbindungsweg zwischen dem Schröder Weg und dem Hohlweg zu schaffen und den Sägmühlenweg als Gehweg herzurichten.

##### **§96 Rathausbauschuld Tilgungsplan**

Die Gemeinde hat durch Auflösung von Rücklagen seitens des Elektrizitätswerks Teinach Station eine Ausschüttung von 22080 RM erhalten. Diese Summe soll mit dem Darlehen beim Elektrizitätswerk verrechnet (getilgt) werden.

##### **§97 Gemeindepfleger Wahl**

Aus 5 Bewerbern wurde Kaufmann Konstantin Eitel gewählt.

#### **27. März 1931**

##### **§102 Ortsbautechniker**

Um der Gemeindebehörde die Zuständigkeit in baupolizeilichen Angelegenheiten zu erhalten empfiehlt es sich, wieder den Oberamtsbaumeister als Ortsbautechniker aufzustellen.

##### **§103 Schule - Abteilungsunterricht**

Im Schuljahr 1931/32 sinkt die Schülerzahl der Unterklasse auf 63 zurück. Damit fallen die Voraussetzungen für Erteilung von Abteilungsunterricht an dieser Klasse weg.

#### **§104 Schulhaus Erweiterung**

Das Evang. Oberschulamt regt an, schon jetzt sich darüber schlüssig zu werden in welcher Weise die Erweiterung des Schulgebäudes erfolgen soll.

Beschluß:

Das Oberschulamt um Auskunft zu bitten, wie die Aussichten auf die Erlangung eines Staatsbeitrags bei einer Erweiterung oder bei einem Neubau sind.

#### **§113 Straße Schömberg – Langenbrand**

Der Bezirksbaurat brachte wieder vor, daß die Straße Schömberg – Langenbrand, soweit sie durch den Wald führt dringend einer Befestigung bedürfe, da sie gar keinen Halt mehr habe.

#### **§113 Oberamtssparkasse – Agentur**

Der Erwerbslosenausschuss stellt in einer Eingabe vom 17 März den Antrag, dahin zu wirken, daß die Doppelverdiener abgeschafft und die frei werdenden Stellen den Arbeitslosen übertragen werden. Vor allen Dingen beantragt er, daß die Agentur der Oberamtssparkasse Neuenbürg aus dem Schulhaus herauskomme. Begründung: Der Inhaber dieser Agentur hat als Lehrer ohnedies ein ausreichendes Einkommen.

### **10. April 1931**

#### **§121 Notstandsarbeiten**

Die Grundförderung von 2,75 RM/Tag ist für folgende Arbeiten bewilligt:

1. Herstellung des Sägmühlenwegs und eines Gehwegs im Wiesental
2. Herstellung von Wegen in Erweiterung der Kuranlage
3. Bearbeitung der Rieselwiesen im Eulenloch
4. Bearbeitung der des Weberackers
5. Umbrachen des Rasens in der Kuranlage
6. Korrektion der Lindenstr. zwischen Linde und Haus Amann

#### **§122 Desinfektionsanstalt**

Nachdem ein Bauplatz für die Erstellung einer Desinfektionsanstalt erworben ist, sollte nun auch dem Bau der Anstalt näher getreten werden.

Beschluß: Pläne und Kostenschätzung aufstellen zu lassen.

#### **§129 Kuranlage**

Der Laubengang in der Kuranlage, den ein Sturm teilweise niedergelegt hat und dessen anderer Teil baufällig ist, muß erneuert werden.

### **29. April 1931**

#### **§135 Schneeschuhsport – Sprungschanze**

Der Schwarzwaldverein und die Schneeschuhabteilung haben um die Erstellung einer Sprungschanze nachgesucht.

Anfänge, Schömberg zu einem Wintersportplatz zu erheben, sind gemacht. Der Ausbau dazu verdient die Unterstützung und Förderung durch die Gemeinde, weil diese geeignet ist, Fremde heranzuziehen und dadurch das wirtschaftliche Leben noch mehr zu befruchten

Beschluß: Die Erstellung der Sprungschanze finanziell zu unterstützen.

#### **§137 Kurtaxe**

Die Kurtaxe betrug bisher 20 bis 25 Pf. Die häufigen Gesuche um Ermäßigung dieser an sich niederen Sätze weisen auf die wirtschaftliche Notlage der Kurgäste hin und schon der geringste Nachlaß wird dankbar empfunden. Die Devise im Fremdenverkehr ist daher heute: Herabsetzung der Kurtaxe. Die Befolgung dieser bedeutet Reklame und Steigerung des Besuchs.

Die Herabsetzung der Kurtaxe in den Sommermonaten um 5 Pf würde einen Ausfall von ca. 3300 RM bedeuten.

Beschluß: Kurtaxe bis auf weiteres auf 20Pf/Tag festzusetzen.

#### **§140 Gemeindepfleger**

Gemeindepfleger Eitel hat sich verpflichtet freiwillig eine Sicherheit von 300 RM zu leisten. Er stellt diese Sicherheit durch 3 Bürgen.

Es wird festgestellt, daß diese Bürgen leistungsfähig sind.

#### **22. Mai 1931**

##### **§159 Schulhaus**

Das Kultusministerium kann über die Höhe eines Zuschusses nur anhand eines Kostenvoranschlages eine Aussage machen.

Da in den nächsten Jahren weder die Gemeindeumlage erhöht werden darf, noch Schulden aufgenommen werden dürfen muß die Erweiterung des Schulgebäudes bis auf weiteres zurückgestellt werden.

##### **§162 Hochwasser**

Das Hochwasser vom 7. Mai 1931 hat auch hier große Schäden an Häusern, Gärten und Straßen verursacht. Der entstandene Schaden wird für Privatpersonen auf 2000 RM. Für die Gemeinde auf 4600 RM und für den Staat auf 500 RM geschätzt.

Zur Verhinderung bzw., Minderung von Schäden durch Hochwasser vom Bühlweg her beim Haus des Joh. Rägler soll ein Geröllfang und von da bis zum Haus der Wwe. Nothacker und über die Straße soll eine Kanäle angelegt werden der größere Mengen Wasser aufnehmen kann.

##### **§167 Kurverwaltung Voranschlag für 1931**

Der Voranschlag schließt mit Einnahmen und Ausgaben von 29500 RM ab.

Es wird beschlossen:

Den Beschluß vom 22. Sept. 1927 wonach Mittel aus der Kurtaxe für Reklamezwecke nicht mehr verwendet werden sollen rückwirkend aufzuheben.

##### **§168 Gemeindehaushalt, Voranschlag 1931**

Der Voranschlag beläuft sich auf 143028 RM

#### **12. Juni 1931**

##### **§188 Dickweg**

Durch Hochwasser ist der obere und untere Dickweg stark beschädigt worden. Da dieser Weg stark von Kurgästen begangen wird, soll er aus Mitteln der Kurverwaltung wieder instand gesetzt werden.

##### **§191 Fernsprechanchlüsse**

Die Gemeinde hat einen Fernsprechhauptanschluß und 3 Nebenanschlüsse. Von den Nebenanschlüssen ist 1 entbehrlich ( Ortsbauamt und Gemeindepflege)

##### **§196 Desinfektor (Zimmer)**

Als Zimmer Desinfektor ist Georg Erlemaier, (Schreiner) aufgestellt. Er hat bei jedem Wohnungswechsel die von Kurgästen in Privathäusern bewohnten Zimmer zu desinfizieren, wofür der Inhaber der Wohnung eine Gebühr zu entrichten hat. Diese Gebühr beträgt 8 RM, davon erhält der Desinfektor 2 RM Belohnung.

##### **§198 Reisachgerechtigkeit**

Nach dem mit der Staatsforstverwaltung abgeschlossenen Vertrag erhält die Gemeinde an Stelle des Reissachs aus den mit der Reisachgerechtigkeit der Gemeinde belasteten Staatswaldungen eine Abfindung von jährlich 1800 RM.

##### **§202 Ausrufen**

Das öffentliche Ausrufen besorgt der Schutzmann Rathfelder; dann und wann werden auch private Bekanntmachungen durch diesen ausgerufen.

Die Gebühr für das Ausrufen wird auf 1,50RM festgesetzt. Diese wird dem Schutzmann überlassen.

## **1. Juli 1931**

### **§215 Kinderfest**

Der Kriegerverein mit Schützenabteilung beabsichtigt am 26. Juli in Verbindung mit einem Schützenfest auch ein Kinderfest abzuhalten.

Wenn sich die allgem. politische und wirtschaftliche Lage, die Zeit der Arbeits- und Verdienstlosigkeit, das Festen verbieten würde, so läßt sich die Ermöglichung der Veranstaltung doch auch aus Gründen der Förderung des Kur- und Fremdenverkehrs rechtfertigen

### **§220 Kurwesen – Wegenlagen –**

Zur Anlegung des Gehwegs für Kurgäste in Fortsetzung der Poststraße bis Wald Klause wurde durch Kaufvertrag die dazu erforderliche Fläche zum Preis von 1 RM/m<sup>2</sup> erworben.

### **§221 Desinfektion (Auswurf)**

Der Apparat zur Desinfektion des Auswurfs der in Privathäusern wohnenden lungenkranken Kurgäste ist defekt. Aber die ganze Desinfektionseinrichtung die in der Friedhofshalle untergebracht ist, ist primitiv und entspricht nicht den hygienischen Anforderungen. Dem Plan eine neue Desinfektionsanstalt zu bauen muß deshalb näher getreten werden.

Es ergibt sich die Möglichkeit der notwendigen Apparate aus einer Konkursmasse billig zu erwerben. Dies wird beschlossen.

### **§224 Liegehallengebühr**

Der Rückgang der Zahl der Privatkurgäste einerseits und die Erstellung von Liegehallen andererseits wirkt sich mehr und mehr auf die Belegung der Gemeindeliegehallen aus. So sind die 3 Hallen z. Zt. nur mit 8 – 9 Kurgästen belegt.

## **17. Juli 1931**

### **§235 Privatkrankenanstalten**

Verschiedene Pensionsinhaber beabsichtigen Anträge auf Konzessionierung für Privatkrankenanstalten zu stellen. Als Sachverständiger wurde Obermedizinalrat Dr. Kreuser benannt.

Dieser teilt in einem Schreiben mit, daß er im Bezug auf eine Konzessionierung zu einem ablehnenden Standpunkt kommt, und deshalb um Entbindung von der Aufgabe eines Gutachtens bittet.

## **6. August 1931**

### **§269 Schülerzahlen**

Die Staatshauptkasse hat die für die Anteile der hiesigen Gemeinde am Einkommen- und Körperschaftssteuererwerb des Rechnungsjahres 1931 maßgebende Schülerzahl nach dem Stand vom 1. Mai 1931 auf 138 festgestellt.

### **§273 Privatkrankenanstalten**

Um die Erlaubnis zum Betrieb einer Privatkrankenanstalt in ihren Häusern suchen nach:

Christian Bühler, Friedrich Burkhardt, Albert Großmann, Franz Luig, Elise Menges, Fr. Stöhr, Fritz und Robert Zillinger

In diesen Häusern werden seit Jahren leicht Lungenkranke zur Durchführung von Kuren aufgenommen und gepflegt. Sie sind für einen solchen Betrieb vollständig eingerichtet und eingestellt, Bei den zur Aufnahme kommenden Kranken handelt es sich vielfach um Gäste die die Kur von Versicherungen bezahlt bekommen. Mehr und mehr macht sich nun bemerkbar, daß die Belegung dieser Häuser zurückgeht. Die Erforschung der Ursachen dieses Rückgangs ergab, daß er hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß diese Kassen und Fürsorgestellen die Übernahme der Kurkosten von staatlich konzessionierten Krankenanstalten durchgeführt wird. Bei einer solchen Einstellung der Versicherungen usw. müßte der hiesige private Kurbetrieb nach und nach zum Erliegen kommen.

Es wird beschlossen: Die Notwendigkeit der Konzessionierung als dringlich zu bezeichnen und die Gesuche zu befürworten.

### **§275 Charlottenhöhe**

Der Verein für Volksheilstätten hat seine Rechenschaftsbericht für das Jahr 1930 mitgeteilt. Der Inhalt wird zur Kenntnis genommen und festgestellt, daß die Kurkosten in der Heilstätte nicht billiger zu stehen kommen als hier in den Kurhäusern und Pensionen.

### **§278 Kurbetrieb**

Der Vorsitzende berichtet über die Auswirkungen der Notverordnungen im Kurbetrieb und Fremdenverkehr. Diese Schwierigkeiten haben den Reiseverkehr etwas gehemmt, andererseits hat die Notverordnung über die Auslandsreisen viele vom Besuch des Auslands abgehalten. Für die deutschen Kur- und Badeorte wirkt sich diese VO zweifellos günstig aus. Um eine zu frühe Aufhebung zu verhindern, ist eine Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gemacht worden.

### **26. August 1931**

#### **§296 Apotheke**

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die Grundstücke des Johann Völlnagel die dem Betrieb der Apotheke dienen versteigert werden.

Hieran ist die Gemeinde insofern interessiert, Als die Apothekenkonzessionsinhaber die Mietzins vorausbezahlt haben und die Gemeinde für einen evtl. Ausfall haftbar machen wollen.

### **28. Sept. 1931**

#### **§315 Apotheke**

Längere Abhandlung und wirtschaftliche Überlegungen über den evtl. Kauf des Hauses Nr. 237 (Völlnagel). Die Gemeinde ist verpflichtet die Räume für die Apotheke zu stellen. Es wird erwartet daß ab 1932 eine Vollapotheke eingerichtet wird.

#### **§318 Sanatorium Schwarzwaldheim - Steuer -**

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs ist das Schwarzwaldheim ab 1929 von der Gemeindeumlage freigestellt. Dieses verlangt die Rückzahlung der Steuern ab 1929. Der Vorsitzende hat eine Eingabe gemacht, diesen Steuerausfall bei der Bemessung des Zuschusses aus dem Ausgleichsstock zu berücksichtigen..

#### **§324 Desinfektionsanstalt**

Die Vorarbeiten für den Bau einer Desinfektionsanstalt sind nun so weit gediehen, daß mit dem Bau demnächst begonnen werden kann.

Architekt Rest legt 2 Entwürfe vor. Der eine beschränkt sich auf die Einrichtung einer Sputumdesinfektion, der andere sieht auch Räume für eine Bettendesinfektion vor.

Der Gemeinderat entscheidet sich für die kleinere Lösung.

#### **§325 Bettler- und Stromertum**

Dies bildet eine schwere Belastung für die Einwohnerschaft. Ein Mittel, es zu bekämpfen, wäre die Einführung und Ausgabe von Wohlfahrtsmarken die den Bettlern an Stelle von Bargeld auszuflagen wären und die diese im Rathaus einzulösen hätten gegen eine Gutschein für Speisen

### **9. Okt. 1931**

#### **§327 – 329 Neuwahl des Ortsvorstehers**

Infolge Ablaufs der Wahlzeit des seitherigen Amtsinhabers Bürgermeister Gustav Hermann ist die Neuwahl eines Ortsvorstehers für die hiesige Gemeinde notwendig geworden.

Bürgermeister Hermann erklärt sich bereit eine Wiederwahl unter den bisherigen Bedingungen anzunehmen. Zur Frage der Ausschreibung wird vom Gemeinderat beschlossen: Die Stelle nicht auszuschreiben.

#### **§330 Apotheke**

Das Gebäude des Joh. Vollnagel wurde von der Kreditbank Calw zum Preis von 16000 RM ersteigert. Damit sind die Rechte der Gemeinde gedeckt.

Für ein Unterkommen nach Verselbstständigung der Apotheke zu sorgen ist nicht mehr Sache der Gemeinde.

### **§336 Besoldungskürzung**

Nach der Ersten Notverordnung des Staatsministeriums vom 26. Sept. 1931 sind die Bezüge der Beamten und Angestellten in der Gemeinde vom 1. Oktober 1931 ab zu kürzen

### **§343 Poststraße zwischen Schiller- und Lindenstraße**

Die notwendigen Vorarbeiten (Pläne, Einsprüche usw.) sind abgeschlossen. Die finanzielle Lage der Gemeinde und der Anlieger hat sich allerdings stark verschlechtert.

Es wird daher beschlossen: Die Planung fertigzustellen aber die Ausführung bis zum Eintritt besserer Zeiten zurück zustellen.

### **§345 Nothilfe**

Der Vorsitzende berichtet über von der Wohltätigkeit geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der für den kommenden Winter drohenden Not. Von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege will ein umfassendes Hilfswerk zu Gunsten der Notleidenden durchgeführt werden.

### **23. Okt. 1931**

#### **§348 Kläranlage**

Die Schlammbeete bei der Kläranlage sind seit längerer Zeit gefüllt. Sie sollen nun entleert werden. Dazu erhebt sich nun die Frage, wohin der Schlamm verbracht werden soll?

### **27. Okt. 1931**

#### **§355 Kfz-Verkehr – Geschwindigkeit**

Am 8. Jan 1925 wurde beschlossen die Höchstgeschwindigkeit für KFZ innerhalb des Ortsetters und auf der Liebenzeller Straße auf 15 km / Std. festzusetzen. Diese Beschränkung wurde vor allem wegen der Staubplage erlassen.

Da nun die Straßen befestigt sind, kann diese Vorschrift aufgehoben werden. Es gilt dann die vom Gesetz vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit von 30km/h.

### **§360 Bürgersteuer**

Nach den Reichsnotverordnungen müssen Gemeinde unter bestimmten Bedingungen eine Bürgersteuer erheben. Dies trifft für Schömberg zu.

Also der Not gehorchend, nicht aus eigenem Triebe entschloß sich der Gemeinderat bei der Feststellung des Gemeindehaushaltplanes für 1931 die Bürgersteuer einzuführen.

### **§364 Gü. Pa.**

Der ausgesteuerte Arbeitslose Pa. Gü. kommt der Zahlung seines Hauszinses und von Lebensmitteln nicht mehr nach. Seine Familie besteht aus Frau und 3 kleinen Kindern.

Es wird beschlossen: Um Gü. Die Zahlung seiner Verpflichtungen zu ermöglichen, ihn voll mit einem Stundenlohn von 55 Pfg. zu beschäftigen. Teile seines Lohnes zur Begleichung seiner Zahlungsrückstände einzuhalten.

### **13. Nov. 1931**

#### **§365 Kathol. Kirche**

Am Sonntag den 15. Nov. findet die Glockenweihe für die katholische Kirche in Anwesenheit des Bischofs statt.

### **§380 Arbeitslosigkeit**

Das Sanatorium Schömberg sah sich zu Personal Kündigungen genötigt. Von den Kündigungen wurden auch einige verheiratete hier wohnende Arbeiter betroffen.

### **§381 Gehaltskürzungen**

Bekannt gegeben wird das Ergebnis der Kürzungen der Gehälter der Gemeindebeamten und Angestellten auf Grund der bisherigen Notverordnungen. Die gesamten Kürzungen belaufen sich bis jetzt auf jährlich 4111 RM.

**7. Dez. 1931**

**§390 Ortsvorsteherwahl**

Der Vorsitzende bedankt sich bei der Bürgerschaft und dem Gemeinderat für das Vertrauen und die Unterstützung die er anlässlich seiner Wiederwahl erfahren durfte.

Gemeinderat Keser beglückwünscht den Vorsitzenden namens des Gemeinderats.

**§406 Gebhardt Willy, Gehilfe**

Der Gehilfe Eberhard Höfele konnte wegen Antritts einer Dauerstelle den Abschluß der Rechnung 1930/31 nicht mehr bewerkstelligen. Zu diesem Zweck und zur Fertigstellung der Finanzstatistik 1930 machte sich deshalb wieder die Anstellung einer Hilfskraft notwendig.

Als solche wurde auf 26. Okt 1931 angestellt der Verw. Kand. Willy Gebhardt aus Willsbach.

**§407 Wasserversorgung**

Das Ergebnis der Untersuchung der Quellwasser wird bekannt gegeben. Hiernach enthält das Wasser sehr viel aggressive Kohlensäure, ist im übrigen aber gut und rein.

Durch die Kohlensäure werden die Rohrleitungen erheblich angegriffen, was zu einem starken Zuwachsen der Rohrleitungen führt.

Über den Stand der Projekte für eine Entsäuerungsanlage wird in diesem Zusammenhang Aufschluß gegeben.

**§425 Schuldentilgung**

Nach dem Stand vom 31. März 1931 soll der Schuldenstand der Gemeinde für die Zwecke des Rathausbaus, des Gemeindehauses der Kanalisation und der Kläranlage 134631 RM betragen.

Tatsächlich betragen die Schulden noch 145049 RM

Die Gemeinde ist als mit 10418 RM mit der Tilgung im Rückstand.

Gründe hierfür liegen in der Minderüberweisung aus dem Ausgleichsstock und höheren Kosten als geplant vor allem bei der Kanalisation und der Kläranlage.

**1932**

**8. Jan. 1932**

**§1 Geschäftsbericht**

Der Vorsitzenden erstattet einen Bericht über die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung im Jahr 1931. Sie stand im Zeichen der Not und der Hemmungen, der Spar- und Fürsorgemaßnahmen und der Personalveränderungen

**§2 Einführung und Verpflichtung des neue gewählten Gemeinderats.**

**27. Jan. 1932**

**§29 Mietsenkung**

Nach der Reichsnotverordnung vom Dez. 1931 sind u. a. die Mietzinse zu senken. Für die Gemeinde kommen Wohnungen in Neubauten in Betracht.

**§33 Gehaltskürzungen**

Auf Grund der Reichsnotverordnung sind die Gehälter und Löhne der Gemeindebeamten und Angestellten um weitere 9 bzw. 4% zu kürzen.

**§35 Blessing – Konzerte –**

Oskar Blessing und ein großer Teil der Privatkurgäste suchen darum nach, die von der Kurverwaltung zu Veranstaltung kommenden Konzerte nicht nur im Ochsenaal, sondern auch abwechslungsweise im Kaffee Blessing abzuhalten.

**§38 Charlottenhöhe**



Die Volksheilstätte Charlottenhöhe wirkt sich mehr und mehr als eine Konkurrenz für die hiesigen Heilstätten aus. Sie macht Reklame, preist sich an und wirbt um Patienten. Sie nimmt nicht nur Württemberger, sondern auch Patienten aus ganz Deutschland und dem Ausland auf.

Von einer Gemeinnützigkeit, die zur Erlangung der Steuerfreiheit geltend gemacht wird, kann keine Rede sein. Die Heilstätte konnte an den Verein 16233 RM an Überschuß abliefern.

### **§39 Notstandsarbeiten**

Die Arbeitslosigkeit wird immer größer und die Zahl der Ausgesteuerten nimmt von Tag zu Tag zu. In gleichem Maß steigt die seelische und finanzielle Not. Nur Arbeit kann diese Nöte beheben. Die Beschaffung solcher ist aber für die Gemeinde mit untragbaren Kosten verbunden. Eine Möglichkeit, die Beschaffung von Arbeit für die Gemeinde tragbar zu machen, besteht in der Einführung eines freiwilligen Arbeitsdienstes.

Das Wesen eines solchen wird vorgetragen und besprochen.

**17. Febr. 1932**

### **§57 Notstandsarbeiten**

An Arbeiten sind vorgesehen:

Herstellung folgender Wege: Gehweg in der Klause, die Wege zum Friedhof, die Poststraße den Salmbacher Weg und Feldwege.

### **§58 Tagelöhne**

Die Tagelöhne werden gesenkt

Verheiratete; von 55 auf 48 Pf/h; Ledige von 55 auf 40 Pf/h

### **§60 Sprungschanze**

Dank der Bemühungen des Schwarzwaldvereins hat sich Schömberg zu einem Wintersportplatz entwickelt. Dieser Sport hat schon viele auswärtige Anhänger des Schneeschuhs auf unsere Höhe geführt. Er verdient daher von der Gemeinde unterstützt zu werden.

Um einen weiteren Anziehungspunkt für Schneeschuhläufer und für Freunde des Wintersports zu schaffen, hat der Verein im Eulenloch eine Sprungschanze errichtet.

**9. März 1932**

### **§68 Fremdenstatistik**

Die Zahl der Passanten ist 1931 von 3422 auf 3129 und die der Übernachtungen von 292029 auf 247863 zurückgegangen.

**15. April 1932**

### **§114 Doppelverdiener**

Über die Einschränkung von Doppelverdienst hat der Staat durch eine Verordnung Maßnahmen getroffen.

Es wird auch den Gemeinden dringend nahegelegt, ihrerseits Maßnahmen zur Einschränkung von Doppelverdienst mit dem Zweck der Freimachung von Arbeitsstellen für erwerbslose Personen zu treffen.

### **§116 Arbeitsdienst**

Zur Anlegung eines Gehwegs am Ölschlägerweg werden Steine für die Vorlage gebraucht.

Dafür wird von G. Keppler einer Hecke gekauft.

### **§118 Arbeitslose**

Auch die ausgesteuerten Arbeitslosen suchen um Beschäftigung nach. Es haben sich gegen 30 Personen gemeldet.

### **§108, 117, 121, 123 Poststraße**

Die Poststraße zwischen Schiller- und Lindenstr. wird ausgebaut

**4. Mai 1932**

### **§128 Gebührensenkung**

Auf Veranlassung des Oberamts werden die Mieten und Gebühren ab 1. April gesenkt  
Die Änderungen belaufen sich auf 10 – 20%

### **§132 Röcker -Zwangsversteigerung**

Das Haus des früheren Ortsbaumeisters und Gemeindepflegers soll zwangsversteigert werden.

### **24. Mai 1932**

#### **§147 Fürsorge –Kurgäste-**

Es mehren sich die Fälle, daß Kurgäste hilfsbedürftig werden. Zu vorläufigen Unterstützung ist in solchen Fällen die hiesige Ortsfürsorgebehörde verpflichtet.

### **16. Juni 1932**

#### **§204 Wohlfahrtsarbeitslose**

..... Die Lage der an Zahl zunehmenden ausgesteuerten Arbeiter wird je länger je mehr mißlicher, weshalb für die fernere Zeit mit einer größeren Inanspruchnahme der Fürsorge gerechnet werden muß.

Beschluß: Es wird bis auf weiteres eine Unterstützung gewährt. (4,20 –7,20 RM/Wo)

Für diese Unterstützung wird eine Pflichtarbeit von 2- 4 Tagen /Woche verlangt.

#### **§206 Haushaltsplan 1932**

Der Haushaltsplan für 1932 wird mit 129565 RM festgestellt. Der Abmangel beträgt 78000 RM

#### **§207 Kurverwaltung Voranschlag 1932**

Der Voranschlag beläuft sich in Einnahmen und Ausgaben auf 19000 RM

### **6. Juli 1932**

#### **§219 Arbeitslosen- und Krisenunterstützung**

Nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ist die Arbeitslosenunterstützung von der 7. Woche an vom Vorliegen der Hilfsbedürftigkeit abhängig.

#### **§227 Lichtklimatische Station**

Der Aufwand für die Lichtklimatische Station –Gehalt des Beobachters und sachliche Kosten- wurden bisher aus Mitteln der Kurverwaltung bestritten. Es gab wechselnde Zuschuß. Da der Aufwand die Kurverwaltung zu stark belastet, wird die Aufhebung der Station in Erwägung gezogen. Die hiesigen Ärzte und Sanatorien sowohl als auch die Landeswetterwarte legen größten Wert auf die Erhaltung derselben im Interesse des Kurorts.

Hinsichtlich der Kosten ist nun eine Vereinbarung dahin getroffen worden, daß die Kurverwaltung nur noch einen Aufwand bis zu 800 RM zu tragen hat und die übrigen Kosten von der Staatskasse getragen werden.

### **29. Juli 1932**

#### **§240 Friedhof**

Der neue Friedhof ist seit 1912 im Betrieb, also bereits 20 Jahre lang. Er ist schon stark belegt und die Belegungsmöglichkeit geht deshalb auch ihrem Ende zu. An eine Erweiterung des Friedhofs muß gedacht werden. Als Raum für diese Erweiterung hat man sich die Wiese hinter dem Friedhof gesichert.

### **19. August 1932**

#### **§259 Fremdenstatistik**

Nach dem Bericht des Verkehrsverbandes Württemberg-Hohenzollern steht Schömburg in der Zahl der Übernachtungen unter den Bade- und Kurorten an 3ter, in Württemberg überhaupt an 4ter Stelle. Stuttgart steht an 1. Stelle.

#### **§260 Charlottenhöhe**

Nach dem vorgelegten Rechenschaftsbericht wird die Heilstätte nur noch mit ca. 30% Württembergern belegt. Die Konkurrenz zu den Privatsanatorien wird immer stärker, da die Heilstätte steuerfrei ist, und daher günstige Preise machen kann.

### **§273 Pensionen**

Weiter kommt zu Sprache, daß die Pensionspreise teilweise stark unterboten werden, was zu großen Unzuverlässigkeiten führen werde und die Rentabilität der Fremdenbetriebe in Frage stelle.

### **§276 Lichtklimatische Station**

Der Gehalt des Leiters der lichtklimatischen Station, Dipl. Ing. Oberland ist auf 100 RM/Monat festgesetzt. Den Aufwand für die Wohnung trägt die Gemeinde, den Aufwand für die Verpflegung teilen sich die Sanatorien.

### **§278 Notstandsarbeiten**

Die Entlohnung der Notstandsarbeiter wird wie folgt festgesetzt:

Verheiratete 40Pf/Std, Ledige 33 Pf/Std.

### **16. Sept. 1932**

#### **§292 Waldnutzungsplan 1933**

Der Plan sieht für 1933 eine Nutzung von 50 fm vor.

### **§309 Straße Schömberg – Langenbrand**

Diese Straße befindet sich seit langer Zeit in einem schlechten Zustand, dessen Beseitigung immer und immer wieder verlangt wird. Eine Korrektur der Straßenstrecke wird für dringend geboten gehalten.

Da dieses Projekt evtl. für Notstandsarbeit geeignet ist, wird beschlossen:

Einen Plan und einen Kostenvoranschlag ausarbeiten zu lassen.

### **§311 Schotterlieferung**

Zur Straßenschotterung werden 50 m<sup>3</sup> benötigt. Es erhebt sich die Frage, ob ausschließlich Schotter oder unzerkleinerte Steine zum Schlagen durch Arbeitslose bezogen werden sollen.

Beschluß: 50% als unzerkleinerte Steine zu beziehen.

### **30. Sept. 1932**

#### **§317 Apotheke**

Das Innenministerium hat nun verfügt, daß die hiesige Zweigapotheke in eine Vollapotheke umgewandelt werden soll und hat die Verleihung der Apothekenberechtigung zur Bewerbung ausgeschrieben.

### **§333 Liegehallen**

Durch die Erstellung von Privat-Liegehallen und den Rückgang an Kurgästen ist eine Gemeindeliegehalle entbehrlich geworden.

### **25. Okt. 1932**

#### **§373 Desinfektionsanlage**

Das Desinfektionsgebäude ist fertig und in Betrieb.

### **1. Nov. 1932**

#### **§378 Apotheke**

eröffnet wird der Erlaß des Innenministeriums vom 4. Nov. 1932 wonach die persönliche Berechtigung zur Errichtung und zum Betrieb einer (Voll-) Apotheke in Schömberg dem appr. Apotheker Carl Eggensperger in Stuttgart verliehen worden ist. Der Betrieb der Apothekenberechtigung ist tunlichst bis 1. Juni 1933 zu eröffnen.

### **§385 Kohle – Verbilligung**

Zur Linderung der Not der Unterstützungsbedürftigen lassen die Kohlensyndikate eine Preisermäßigung eintreten.

### **§391 Rathaus, altes**

Die 2 Räume im früheren Rathaus wurden bisher den Spielleuten der freiwilligen Feuerwehr und dem Mandolinen Club zu Übungszwecken unentgeltlich überlassen

### **§399 Kleinkinderschule**

Wie bisher sollen auch dieses Jahr wieder die Kinderschüler zu Weihnachten beschenkt werden. Vorgeschlagen wird die Knaben mit einem Hemd und die Mädchen mit Schlupfhosen zu beschenken. Für die Lieferung dieser Sachen kommt in Betracht: Jakob Bertsch, Kaufmann.

### **§406 Ölschläger Joh. Georg, früherer Kirchenpfleger**

Am Sonntag, den 20. Nov. 1932 begehen die Eheleute die Goldene Hochzeit.

### **§407 Wahlen**

Gemeinderat W. Bäuerle bringt vor, daß die Aufstellung von Pforten u. von SA-Leuten der NSDAP in der Nähe und vor dem Rathaus anl. der letzten Reichstagswahl verschiedentlich Anstoß und Ärgernis erregt habe. Es sei dies herausfordern und für die Gefühle der Kurgäste anderer Richtung verletzend gewesen. Der Vorsitzende und Gemeinderat Lörcher erklären, daß sie das Aufstellen der Pforten nicht billigten und gewünscht hätten, daß es unterlassen worden wäre.

Es wird hierzu beschlossen:

Die Aufstellung von Pforten u. ä. auf Gemeindeeigentum und das Aufstellen uniformierter Parteiangehöriger in den Rathausarkaden und im Rathaus nicht zuzulassen und dies den Parteien zu eröffnen.

**14. Dez. 1932**

### **§422 Statistik**

Die Personenstandserhebung vom 10. Okt. 1932 hat eine Zahl von 1251 ortsanwesenden Personen ergeben.

**21. Dez. 1932**

### **§430 Gewerbeschutz**

Der Autobesitzer Eberhardt in Langenbrand veranstaltete in der letzten Zeit verbilligte Autofahrten nach Pforzheim. Durch Anschläge an Masten und Bäumen lud er die hiesige Einwohnerschaft zur Benützung der Fahrten ein. Diese machte hiervon reichlich Gebrauch und benützte die Gelegenheit zu Wareneinkäufen. Der ansässige Handel- und Gewerbestand wird hierdurch nicht unerheblich geschädigt. Wenn die Fahrten auch nicht unterbunden werden können, so muß ihnen doch wenigstens dadurch begegnet werden, daß die Anschläge an den Masten und Bäumen verboten werden.

Dies wird gebilligt.

### **§431 Milchwirtschaftlicher Zusammenschluß**

Der Vorsitzenden gibt die Satzung des „Milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses nördl. württ. Schwarzwald“ bekannt.

Im Rahmen dieses Zusammenschlusses hat sich hier nun eine Molkerei Genossenschaft gebildet, mit dem Zweck alle hier zur Erzeugung kommende Milch aufzunehmen und diese, soweit sie nicht als Frischmilch abgesetzt werden kann, zu Rahm und Butter zu verarbeiten.

Bei den Verbrauchern löst diese Absicht ein gemischtes Gefühl aus, hauptsächlich deshalb, weil eine Verteuerung der Milch befürchtet wird.

### **§433 Ortsvorsteher – Dienstjubiläum**

Heute jährt sich der Tag, an dem vor 25 Jahren Bürgermeister Hermann als Ortsvorsteher der hiesigen Gemeinde in sein Amt eingesetzt wurde.

Dieses Ereignis feierlich zu begehen hat der Gemeinderat in heutiger **Festsitzung** Anlaß genommen.

Namens des Gemeinderats übermittelt Gemeinderat Keser die Glückwünsche desselben unter Vorhebung der Leistungen und Verdienste des Jubilars um die Gemeinde.

1933

**14. Febr. 1933**

### **§20 Milchversorgung**

Die hiesigen Milcherzeuger haben sich zu einer Milcherzeuger- Vereinigung zusammen geschlossen und unter sich wieder eine Molkereigenossenschaft gegründet. Letztere strebt die Errichtung einer Milchzentrale und Molkerei an.

Vorgesehen ist ein Grundstück in der Talstraße der Barbara Lörcher Wwe.

#### **§21 Holzhauser Wilh. – Unterstützung**

W. Holzhauser war Eigentümer des Anwesens zum Lamm. Dieses Anwesen wurde zwangsversteigert und kam dabei in den Besitz und das Eigentum des Georg Karle hier. Dieser will den Betrieb des Gasthauses wieder selbst übernehmen und hat Holzhauser zur Räumung veranlaßt. Holzhauser ist vollständig mittellos und hat deshalb Antrag auf Unterstützung und Zuweisung einer Wohnung gestellt.

#### **§22 Wald – Ausforstung**

Die Not der Zeit macht die Nachfrage nach landw. Grundstücken wieder größer. Die Feldmarkungsfläche beträgt etwa 25 % der Gesamtmarkungsfläche; Der Hauptbestand der Fläche ist Staatswald. Um die landwirtschaftlich benutzbare Fläche zu vermehren, kann nur die Ausforstung von Staatswald in Betracht kommen. Eine geeignete Fläche zur Ausholzung wäre die Paz. Nr. 167/1; 172 im Eulenloch.  
Beschluß: Einen entsprechenden Antrag bei der Staatsforstverwaltung zu stellen.

**1. Febr. 1933**

#### **§23 Straße Schömberg – Langenbrand**

Die Straße befindet sich in einem äußerst schlechten Zustand. Sie ist mit Kraftwagen kaum mehr befahrbar. Der Grund liegt darin, daß die Straße in sumpfigem Gelände liegt. Der Zustand ist so, daß bei nasser Witterung der ganze Straßenkörper lebendig wird.

Dem Übelstand kann nur durch einen Umbau abgeholfen werden. Nach einem Kostenvoranschlag würde diese Projekt bis zur Markungsgrenze Langenbrand 28000 RM kosten.

Diese Mittel stehen der Gemeinde in absehbarer Zeit nicht zu Verfügung. Eine Möglichkeit besteht, wenn diese Arbeit im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung anerkannt wird.

Es wird beschlossen: entsprechende Anträge zu stellen. Das Oberamt um die Genehmigung zur Aufnahme einer Schuld bis zu 25700RM zu bitten.

#### **§34 Notwerk der deutschen Jugend**

Dieses „Werk“ umfaßt folgende Aufgaben:

1. arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahre durch ernste praktische berufliche Bildungsarbeit gegen die Folgen der erzwungenen Untätigkeit zu schützen.
2. Sie gemeinschaftlich zu verpflegen und ihnen zu helfen, ihre Arbeitsleistung zu erhalten und zu ergänzen.
3. ihnen Gelegenheit zu sportlicher Betätigung zu geben und sie dadurch körperlich zu stählen.
4. ihnen geistige Anregung und Fortbildung zu geben.

#### **§41 Ortsarzt – Wartegeld**

Der Ortsarzt Dr. Wahl bezieht ein jährliches Wartegeld von 250 RM. Dies ist die Gegenleistung für die unentgeltliche Behandlung Kranker die in öffentlicher Fürsorge stehen. Im Hinblick auf die Kürzung der Bezüge der Beamten wird auch das Wartegeld des Ortsarztes auf 200 RM gekürzt.

#### **§44 Kursachen**

Beschlüsse:

1. Kurtaxe:

Herabsetzung der Kurtaxe in der Wintermonaten auf 15Pf/Tag

2. Veranstaltungen:

Der Herabsetzung der Kurtaxe entsprechend einzuschränken.

3. Konzerte:

In der Regel nur noch alle 3 Wochen  
4. Lichtspiele:

künftig wieder alle 2 Wochen statt wie bisher alle 4 Wochen  
5. Inserate:

Durch Kürzung des Inseratentextes soll eine Kosteneinsparung von 38% erreicht werden.  
6. Führer

Als Reklamemittel sollen die Führer von Schömberg vom Verlag Kabitsch-Leipzig zum Preis von 30Pf/Stück abgenommen werden.  
Beschluss: Das Notwerk durch das zur Verfügung stellen von Räumen zu unterstützen.

## **24. März 1933**

### **§ 75.**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er auf die 4 großen Ereignisse hinweist, die sich im Laufe der letzten Wochen im Deutschen Reich zugetragen haben. Das 1. u. größte Ereignis war die Berufung von Adolf Hitler zum Reichskanzler, gleichbedeutend mit der Rettung Deutschlands vor dem Untergang, dem Kommunismus; das 2. Ereignis, brachte der 5. März mit einer Neuwahl des Reichstags, die zu einem Sieg der nationalen Parteien, vor allem der NSDAP führte; der 3. denkwürdige Tag am 12. März hat die Fahne Schwarz-weiss-rot mit der Fahne der nationalen Erhebung, der Hakenkreuzflagge verbunden und vereint; Die legale nationale Revolution wurde damit auch äußerlich bestätigt u. gekennzeichnet. Das 4. Ereignis war am 21. März, dem Tag der feierlichen Eröffnung des neuen Reichstags in der Garnisonkirche zu Potsdam.

So haben der Reichspräsident Hindenburg und der Führer der Freiheitsbewegung der Reichskanzler Adolf Hitler, ein neues Deutschland geschaffen. Hinter sie uns zu stellen, ist unser Aller Pflicht. Er führte weiter aus, daß auch der Gemeinderat gewillt sei, einmütig und rückhaltlos, freudig u. pflichtgetreu mitzuarbeiten an dem großen gewaltigen Werk der Regierung. Dieses Gelöbnis wird dadurch bestätigt u. bekräftigt, daß sich der Gemeinderat von den Sitzen erhebt.

Um dem Bekenntnis zu Adolf Hitler noch einen besonderen Ausdruck zu verleihen, schlägt der Vors. vor, den Namen des Führers mitten in das Herz von Schömberg einzubrennen, dadurch, daß eine Straße u. zwar die Hauptstraße, die nach alle Seiten ausstrahlt, nach seinem Namen als

### Adolf Hitler – Straße

benannt wird

Dieser Vorschlag wird einmütig zum Beschluß erhoben.

Im Protokoll gibt es einen handschriftlichen Eintrag von unbekannter Hand:

*Das war der größte Irrtum, der größte Fehler und das folgenschwerste Geschehen*

### **§77 Bekanntgaben**

Nach einem Erlaß des Innenministeriums wird beschlossen:

Sämtlichen amtlichen Bekanntmachungen, die für das Bezirksamtsblatt bestimmt sind, auch der von der NSDAP herausgegebenen „Schwarzwaldwacht“ zugehen zu lassen.

## **24. März 1933**

### **§89 Reichspost**

Die Dt. Reichspost beabsichtigt an der Nordseite ihres Postgebäudes Nr. 234 an der Liebenzeller Str. einen Anbau zu erstellen. Durch den Anbau wird die im posteigenen Grundstück Parz. 214/1 liegende Hauptdole überbaut.

### **§100 Molkerei**

Die Molkereigenossenschaft beabsichtigt an der Talstr. Eine Molkerei zu erstellen. Die Genossenschaft sucht darum nach, für ihre Kühlzwecke den Überlauf des Gemeindebrunnens zu überlassen. Außerdem würden täglich etwa 2000 Liter Wasser benötigt.

### **§103 Rathaus, altes**

Der Leiter des hiesigen Stützpunktes der NSDAP hat um Überlassung der Räume des alten Rathauses für Sprechabende nachgesucht.

Dem Gesuch wird stattgegeben.

### **7. April 1933**

#### **§108 Gemeinderatsauflösung**

Die Reichsregierung hat am 31. März 1933 ein Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich beschlossen. Danach ist u. a. auch der Gemeinderat aufzulösen. Die Auflösung ist mit Wirkung 3. April eingetreten. Bis zum 30. April ist der Gemeinderat neu zu bilden.

Bis zur Neubildung tritt der Ortsvorsteher an die Stelle des Gemeinderats.

### **§109**

An Stelle des Gemeinderats werden vom Ortsvorsteher folgende Beschlüsse gefaßt:

Beifuhr von Holz, Reisachgerechtigkeit, Rathaus- Heizung

Die Unterschrift unter dieses Protokoll lautet:

*Für den Gemeinderat: Bürgermeister Hermann*

### **26. April 1933**

#### **III Apotheke**

Ab 1. Mai übernimmt Apotheker Eggensperger in Stuttgart den Betrieb der hiesigen, nunmehr selbständigen Apotheke. Er bezieht die bisherigen Apotheken- und Wohnräume im früheren Völlnagelschen Gebäude.

### **29. April 1933**

#### **I Gemeinderatsneubildung**

Mit Schreiben vom 27. April sucht der auf Grund des Wahlvorschlags der NSDAP in den Gemeinderat gewählte Direktor Fr. Keser um Entbindung vom Antritt dieses Amtes nach.

Dem Gesuch wird entsprochen.

Nach dem Wahlvorschlag rückt als nach: Konstantin Eitel, Gemeindepfleger

### **5. Mai 1933**

#### **§110 Gemeinderatverpflichtung**

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des neu gebildeten Gemeinderats und hebt die weltgeschichtlichen Ereignisse hervor, die seit dem Sommer 1933 im Dt. Reich eingetreten sind, dem Tag an dem der Führer der NSDAP Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt worden ist.

Seine Taten und das von ihm in Angriff genommene Werk sind so groß und wunderbar, daß man sein ganzes Vertrauen auf ihn setzen darf. An seinem Werk mitzuhelfen und mitzuarbeiten macht sich der Gemeinderat zur Ehre und Pflicht.

Nach Bekanntgabe der einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnung und über die Rechte und Pflichten des Gemeinderats werden die Mitglieder durch Ablegung des Diensteides mit Handschlag verpflichtet.

Die Verpflichtung bestätigen:

Brechtel, Breitling, Lörcher, Kusterer, Wankmüller, Bischoff, Eitel, Schröter,

### **§122 Gehilfe**

Die Rathausgeschäfte haben sich wieder angehäuft. Die Aufarbeitung derselben mit nur 1 Gehilfen ist nicht möglich. In Frage kommt die Anstellung einer einfachen Schreibhilfe oder eines Verwaltungsmannes. Der Anstellung eines Verwaltungsmannes zur vorübergehenden Beschäftigung wird der Vorzug gegeben.

### **§123 Notstandsarbeiten**

Um die Arbeitslosen wieder einer Beschäftigung zuzuführen sollen einige Arbeiten als Notstandsarbeiten vorgesehen werden.

1. Herstellung des Misenwegs
2. Plättelung des Bühlgrabens.
3. Herstellung eines Wegs zur Kläranlage
4. Arbeiten am Wasserwerk
5. Arbeiten am Kriegerdenkmal
6. Kanalisation der Talstraße (Molkerei)

### **15. Mai 1933**

#### **§129 Ortsschulrat**

Nach dem Gesetz der Gleichschaltung erlischt die Amtsdauer der Ortsschulräte, die vom Gemeinderat und der Lehrerschaft gewählt sind.

### **31. Mai 1933**

#### **§181 Rathaus, altes**

Das alte Rathaus, diente bislang dem freiw. Arbeitsdienst als Speise- und Aufenthaltsraum.

Die Ortsgruppe der NSDAP sucht nunmehr der Überlassung der Räume für Zwecke der SA, der Frauenschaft, des Bundes deutscher Mädchen usw. nach.

### **16. Juni 1933**

#### **§193 Gartenarbeiten**

Die gärtnerische Pflege der Kuranlage, des Friedhofs und der übrigen Anlagen ist den Gärtner Enderle hier übertragen.

#### **§196 Straße Schömberg - Pforzheim**

Unter dem Vorsitz des Kreisleiters der NSDAP fand eine Besprechung statt. Es soll eine Eingabe an das Wirtschaftsministerium gerichtet werden, in der unter Hervorhebung der strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung einer Höhen –Auto – Straße von Pforzheim bis Freudenstadt und unter der Schilderung der finanziellen Unmöglichkeit des Straßenbaus durch die beteiligten Gemeinden, die Reichsregierung gebeten werden soll, denn Straßenbau in das Reichsarbeitsbeschaffungsprogramm aufzunehmen.

### **30. Juni 1933**

#### **§221 Volkszählung vom 16. Juni 1933**

Ortsanwesende Bevölkerung 1783 (1925: 1983)

Wohnbevölkerung 1253 (1925: 1284)

Die Abnahme hat ihren Grund in dem notleidenden Kurbetrieb

#### **§222 Eggensperger Apotheker – Bausache –**

Apotheker Eggensperger beabsichtigt auf einem von Wilh. Kusterer erworbenen Bauplatz an der Lindenstr. Neben dem Rathaus ein Wohnhaus zu erstellen.

### **21. Juli 1933**

#### **§228 Amtsblatt**

Für die Oberamtsbezirke Freudenstadt, Horb und Neuenbürg ist an Stelle der Schwarzwald-Wacht die in Freudenstadt erscheinende „Schwarzwald-Zeitung als einzig anerkannte nationalsozialistische Tageszeitung getreten. Diese Zeitung bildet auch das Amtsblatt

#### **§239 Straße Bad Liebenzell – Schömberg**

eine Anregung von Liebenzell. Beschluß:

Den Bau der Straße nach Pforzheim über den Höhenrücken für die Waldgemeinden als wichtiger und wertvoller zu bezeichnen. Gleichwohl auch die Verbesserung des Straßenzugs Weil der Stadt – Schömberg – Neuenbürg als dringende Arbeit vorzuschlagen.



## **§245 Desinfektion**

Zur Desinfektion von Betten und Kleidern wurde vor Jahren ein gebrauchter fahrbarer Militär – Desinfektionswagen beschafft. Dieser Wagen ist inzwischen so mangelhaft geworden, daß er nicht mehr brauchbar ist.

## **§246 Kurwesen**

Nach Anhörung der Kurkommission werden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Außer der Werbung durch Anzeigen in Zeitschriften usw. auch den Rundfunk in den Dienst der Werbung zu setzen und zwar durch die Sender Berlin und Langenberg. Für diesen Zweck werden zunächst 200RM zu Verfügung gestellt.
2. An Stelle des stummen Films den Tonfilm einzuführen und zu diesem Zweck dem Vorführer Glauner bei der Beschaffung eines solchen finanziell beizustehen.
3. In der Kuranlage eine bedeckte Halle zu erstellen.
4. Die Kurtaxe ab Sept. 33 wieder auf 20 Pf/Tag festzusetzen bei einer Ermäßigung bis zu 75% bei einem Aufenthalt von über 12 Monaten.

## **9. August 1933**

### **§249 Charlottenhöhe**

Der Rechenschaftsbericht 1932 wurde übermittelt. Beachtenswert ist und zu denken gibt, daß die Volksheilstätte, steuerlich und sonst begünstigt, im Gegensatz zu den hiesigen Privat – Heilstätten das ganze Jahr hindurch sehr gut belegt war.

### **§260 Sanat. Schwarzwaldheim**

Das Sanatorium hat das Haug`sche Metzgereianwesen an der Adolf Hitler Straße käuflich erworben. Zur Abrundung seines neuen Besitzes wünscht es den früheren Brunnenplatz vor dem Haug`schen Hause, der der Gemeinde gehört zu erwerben.

### **§262 Straßenbau Pforzheim – Schömburg**

Das Wirtschaftsministerium teilt mit, daß nach Lage der Dinge nicht damit gerechnet werden könne, daß das Reich seine Zustimmung zur Erstellung einer solchen Straße gibt.

Um den Ausbau der Straße vorzubereiten, empfiehlt das Wirtschaftsministerium daß die Oberamtsbezirke Calw und Neuenbürg vorerst einen Entwurf über den Straßenzug Pforzheim Schömburg Oberreichenbach mit späterem Anschluß in Simmersfeld erarbeiten zu lassen.

### **§273 Spazierweg Bezeichnung**

Zu einer besseren Orientierung wird von den Kurgästen gewünscht, den Hauptspazierwegen eine Bezeichnung zu geben.

Der Vors. schlägt vor folgende Bezeichnungen zu vergeben:

1. Dem Fußweg im Täle: „Horst  
Wessel Weg“
2. Dem Fußweg von der NH zur Kuranlage: „Schlageter – Weg“
3. Dem Fußweg von der Kuranlage zum Bühl: „Panoramaweg“

## **30. August 1933**

### **§282 Wasser – Entsäuerungsanlage**

Durch das Wasser entstehen der Gemeinde und den Hausbesitzern große Schäden die mit der Erstellung einer Entsäuerungsanlage beseitigt werden können.

ein Projekt liegt vor, der Ausführung stehen jedoch finanzielle Gründe gegenüber.

Es ist nun um Gewährung eines Reichsdarlehens aus Mitteln de Arbeitsbeschaffungsprogramms nachge sucht worden.

### **§283 NSDAP – Dankopfer – Reichsparteitag**

Gemeinderat Brechtel, NS-Fraktionsführer hat den Antrag gestellt, zur Beschaffung der Mittel für eine Neueinkleidung der SA, SS, HJ und PO ein Dankopfer zu verbilligen.

Es werden 30 RM verwilligt.

**13. Sept. 1933**

**§295 Entsäuerungsanlage**

Längere Abhandlung über die Notwendigkeit dieser Anlage. Kostenpunkt ca 10500 RM. Bau nur möglich wenn entsprechende Kredite genehmigt werden

Beschluß: Entsprechende Anträge zu stellen.

**§307 Waldausstockung**

Zur Hebung und Förderung der Landwirtschaft erscheint die Abholzung weiterer Waldgebiete dringend erwünscht. Hier soll auch die Parzelle Nr. 116 an der Langenbrander Str. vorgeschlagen werden. Das käme auch dem Schutz der Straße zu gute.

**27. Sept. 1933**

**§319 Evang. Kirche Jubiläum**

Am 1. Okt. 1933 begeht die Kirchengemeinde die Hundertjahrfeier ihrer Kirche. Es wird um eine Spende zur Erneuerung und Erweiterung der Orgel nachgesucht.

**§326 Mäusevertilgung**

Die stark auftretenden Feldmäuse bilden eine Gefahr für die Landwirtschaft. Zu deren Vertilgung werden 2 Zentner „Phosphorroggen“ zum Auslegen durch die Landwirte bestellt.

**§327 u. 328 Dränung durch Notstandsarbeiten**

Die Arbeiten im Gewand Bühlhof sind fertig. Als weitere Arbeit ist die Dränung im Gewand Straßenäcker vorgesehen.

**§330 Straße Schömberg –Langenbrand**

Am 1. Febr. 33 ist die Ausführung für den Fall beschlossen worden, daß dafür ein Darlehen aus dem sogen. „Gerekeplan“ verwilligt wird. Das ist nicht geschehen.

Da der Zustand immer bedenklicher wird, muß versucht werden, die Durchführung der Verbesserung auf andere Art zu ermöglichen, In Frage kommt die Durchführung im Wege der Notstandsarbeit mit verstärkter Förderung.

Es wird beschlossen einen Antrag auf Förderung beim Arbeitsamt Pforzheim zu stellen.

**§331 Wasserversorgung Erweiterung**

Die Besichtigung der Wasserversorgungsanlage im Calmbachtal führte zu der Erkenntnis, daß eine Erweiterung der Anlagen möglich und durchführbar ist.

**§334 Steuer – Stundungsgesuche**

Um Stundung ihrer Steuerschuldigkeiten haben weiter nachgesucht:

36 Personen namentlich genannt.

Beschluß: Stundung bis 31 Dez. 1933 zu erteilen.

**13. Okt. 1933**

**§340 Kraftwagenfahrten nach Pforzheim**

Durch Anschläge und direkte Zuschriften hat das Postamt hier bekannt gegeben, daß es für jeden Donnerstag der Woche eine Kraftpost-Omnibusfahrt nach Pforzheim veranstaltet, zu einem Preis von 1,20 RM

Dies hat den Unmut der hiesigen Kraftwagenbesitzer, die selbst mit ihren kleinen Personenkraftwagen regelmäßige Fahrten nach Pforzheim veranstalten und der Gewerbetreibenden hervorgerufen. Es wird gewünscht zu veranlassen, daß die Post die Sonderfahrten nach Pforzheim wieder einstellt.

Die Schritte dazu sind unternommen.

**§343 Wasserzins**

Der trockene Sommer und Herbst brachte einen Rückgang des Quell- und Betriebswassers. Dadurch mußten die Motoren zur Förderung zur Hilfe genommen werden. Dies erhöht die Betriebskosten.

Es wird beschlossen den Wasserzins bei Abnahme durch Wassermesser auf 15 – 20Pf/m<sup>3</sup> zu erhöhen. (je nach Abnahmemenge)

#### **§344 Straße Pforzheim - Schömberg – Freudenstadt.**

Es wird festgestellt, daß der Straßenbau Sache der Gemeinden ist und die Amtskörperschaft fördert diesen durch Gewährung von Beiträgen.

Als Mangel wird der Zustand der Straße von Schömberg über Igelsloch nach Oberreichenbach empfunden. Der vorhandene Weg ist schmal und hat keine Steinvorlage. Dieser Straßenbau ist ein geeignetes Projekt für die Arbeitsbeschaffung.

Das Straßenbauamt Calw wird gebeten, Pläne und Kostenvoranschlag zunächst unentgeltlich zu fertigen.

#### **§ 345 Straße Schömberg- Langenbrand -Höfen**

Unter Übersendung eines Beschlusses des Gemeinderats Langenbrand in Sachen Arbeitsbeschaffung sucht dieser um Beteiligung der Gemeinde Schömberg an den Kosten der Erbreiterung der Bezirksstrasse Höfen-Langenbrand nach.

Die Kosten sind, soweit es die Markungsgemeinde Langenbrand betrifft, zu 33600 RM

veranschlagt. Gerechnet wird mit einer Förderung im Betrag von 15000RM und einem Beitrag der Amtskörperschaft in Höhe von 6 200 RM, so daß für die Gemeinde Langenbrand noch 12400RM verbleiben.

Bald zu allem, was in der Umgebung gemacht wird, soll die Gemeinde Schömberg beitragen. Dabei wird vergessen, daß Schömberg durch die hohen Steuern, die aus dem Ort fließen, und durch seinen hohen Anteil an der Amtskörperschafts Umlage schon indirekt Beiträge leistet. Von einer Notgemeinschaft kann auch nicht gesprochen werden, insoweit Schömberg keinen Wald und ein geringes sonstiges Vermögen besitzt, dagegen viel Schulden u. eine hohe Gemeindeumlage hat, die andern Gemeinden aber reich an Wald sind und keine oder wenig Schulden, sowie eine niedrigere Gemeindeumlage haben. Aus diesen Gründen, hauptsächlich jedoch deshalb, weil Schömberg selbst vor der Ausführung größerer Arbeitsbeschaffungsprojekte wie Straße Schömberg- Langenbrand, Straße Schömberg- Oberlengenhardt, Bau einer Wasser- Entsäuerungsanlage, Erweiterung der Wasserversorgungsanlage steht, ist Beschluß:

Eine Beteiligung an den Kosten diese Projektes abzulehnen

#### **§350 Steuersachen**

Von 6 Personen werden Wechsel zahlungshalber für Steuern angenommen

*(Bemerkung: Es ist auch in den Vormonaten stark üblich mit Wechseln zu bezahlen)*

Zwangsvollstreckungen:

8 Personen wird die Aussetzung der Zwangsvollstreckung bewilligt.

#### **§381 Filmvorführungen**

Zur Unterhaltung der Kurgäste hat die Kurverwaltung in den Herbst- und Wintermonaten seit einigen Jahren Filmvorführungen veranstaltet. Diese Filme werden durch den Lichtbildner Ernst Glauner vorgeführt, wofür er von der Gemeinde subventioniert wurde.

Die Kurgäste verlangen Tonfilm –Vorführungen. Diesem Wunsch kann nicht widersprochen werden.

Ein neuer Apparat käme auf 4300 RM.

Es wird beschlossen, dem Glauner die Mittel zur Beschaffung des Gerätes unter bestimmten Bedingungen vorzuschießen.

#### **§382 Geldanlage**

Um Steuerschuldsigkeiten besser hereinzubringen wurden zahlungshalber verschiedentlich Wechsel angenommen. Diese Wechsel wurden jeweils der Oberamtskasse Neuenbürg zur Diskontierung übersandt. Nun darf sie diese Wechsel nicht mehr in Zahlung nehmen. Die Wechsel werden nunmehr der hiesigen Darlehenskasse vorgelegt, die sie auch diskontiert hat. Die Darlehenskasse hat aber nur beschränkte Haftpflicht.

#### **§383 Schwarzwaldheim - Abtretung des Platzes vor dem früheren Haug'schen Anwesen.**

Die RfA wünscht den sogenannten Brunnenplatz zu erwerben. Es handelt sich hierbei um den Platz, auf dem jahrzehntlang ein laufender Brunnen stand, der der Wasserversorgung der Allgemeinheit diente. Es standen

auf ihm auch Brunnenröge, an denen das Vieh getränkt wurde. Gespeist wurde der Brunnen aus einer in Parz 208/1 zu Tage tretenden Quelle, an die die Gemeinde seit unvorordenklichen Zeiten ein Benützungsrecht hat.

Die Überlassung des Platzes soll durch Geld entschädigt werden.

Nach Abwägung wird beschlossen der RfA das Grundstück zu verkaufen. Bei der Preisbemessung wird davon ausgegangen, daß der See in Parz 208/1 als Feuersee erhalten und ausgebaut wird und der Feuerwehr zu Verfügung gestellt wird.

#### **§384 Schuldenaufnahme für Molkerei**

Obwohl Schömberg Bedarfsgemeinde für Milch ist, können die hiesigen Milcherzeuger ihren Milchanfall nicht restlos abdecken. Von täglich 600 Liter Frischmilch nehmen die Verbraucher nur etwa 400 Liter ab. Auch die Milcherzeuger der Nachbargemeinden leiden unter dem Mangel des Milchabsatzes. Dieser Umstand veranlaßte die Milcherzeuger sich zu einer Genossenschaft zur Verwertung der überschüssigen Milch zusammenzuschließen.

Um diesen Zweck erfüllen zu können nahm die Genossenschaft den Bau eines Gebäudes in Angriff, in dem zunächst eine Sammelstelle und Rahmstation, später u. Umständen auch eine Molkerei betreiben will.

Die Kosten des Neubaus mit Einrichtung werden sich auf etwa 16000 RM belaufen. Sie sollen bestritten werden mit den Geschäftsanteilen der Genossen und mit einem Darlehen.

Die Genossenschaft hat zur Zeit 216 Mitglieder. Der Geschäftsanteil jedes Mitglieds beträgt 100 RM, die Haftsumme 300 RM.

Sie bittet nun die Gemeinde beim Elektrizitätswerk Teinach-Station ein Darlehen über 10000 RM aufzunehmen und ihr dieses zu gleichen Bedingungen zu überlassen.

Dies wird so beschlossen.

**15. Nov. 1933**

#### **§387 Ausländische Früchte**

Nach dem Erlaß des Wirtschaftsministeriums kann der Verkauf von ausländischen Früchten nicht verboten werden..

#### **§389 Amtsblatt**

Durch Verfügung ist als Bezirksamtsblatt der „Enztäler“ bestimmt worden, der inzwischen nat. soz. Tageszeitung geworden ist. Etwaige amtliche Beschlüsse kommen nun im „Enztäler“ zur Veröffentlichung.

#### **§394 Fremdenverkehr**

Zur Zusammenfassung aller verkehrsfördernder Stellen sind Landesverkehrsverbände gebildet worden. Das ist für Schömberg der „Verkehrsverband Württemberg- Hohenzollern“, dem die Kurverwaltung anzugehören hat, und dessen Aufsicht sie untersteht.

#### **§397 Privatkrankenanstalten**

Verschiedene Hausbesitzer hatten um Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb von Privatkrankenanstalten nach gesucht. Diese Gesuche werden vom Oberamt abgelehnt. Gegen diese Entscheidung haben die Antragsteller Rekurs erhoben. Diese wurden nun als unbegründet abgewiesen.

#### **§44 Steuernachlaß**

Die Neue Heilanstalt hat um Nachlass von Gewerbesteuer- Nachholungen gebeten.

Da das Gewerbesteuerkataster der Neuen Heilanstalt für 1933 ganz gewaltig zurückgegangen ist und die Gemeinde dadurch einen Ausfall von rund 7000 RM Gemeindeumlage erleidet, kann dieser Nachlaß nicht gewährt werden.

#### **§408 + 413 Straße Langenbrand – Schömberg**

Der Umbau wird vom Landesarbeitsamt als Notstandsarbeit und zur verstärkten Förderung anerkannt.

Diese Förderung beträgt 7800 RM + verbilligtes Darlehen über die gleiche Summe.

**1. Dez. 1933**

#### **§413 Straße Pforzheim – Schöberg – Oberreichenbach**

Das Straßen- und Wasserbauamt Calw wird für die Höhenstraße einen Entwurf ausarbeiten.

#### **§422 Waldausstockung**

Das Forstamt Langenbrand hat seine Bereitwilligkeit zur Ausstockung der Parz 167/1 und 172 im Eulenloch erklärt.

#### **§425 Arbeiterweg nach Calmbach**

Die Calmbacher Arbeiter klagen auch über den schlechten Weg, der von der Charlottenhöhe ab zu ihrer Arbeitsstätte führt. Da es sich hierbei um einen Weg der Staatsforstverwaltung handelt, soll diese um Instandsetzung angegangen werden.

#### **§431 Bühlweg**

Der Bühlweg ist stellenweise eng und unübersichtlich. Dies gefährdet den Verkehr auf diesem Weg. Es sollen deshalb einige Erbreiterungen vorgenommen werden. So beim Hause G. Maisenbacher und bei J. Wankmüller.

#### **§339 Weihnachtsbaum (*Bemerkung: Hier ist bei der Numerierung ein Sprung*)**

Um auch den Kurgästen und sonstigen Fremden, die Weihnachten nicht zu Hause im Kreis der Familie feiern können, eine weihnachtliche Freude zu bereiten, soll über Weihnachten an der Adolf Hitler und der Linden-Straße ein Christbaum aufgestellt werden.

Die Mittel dazu, insbes. zur elektr. Beleuchtung werden bewilligt.

### **2. Dez. 1933**

#### **§342 SA-Männer, Pflichtarbeit**

Nach Erlaß des Innenministeriums dürfen SA-Männer nur in Übereinstimmung mit örtlichen Dienststellen zur Pflichtarbeit herangezogen werden.

#### **§357 Hitlerjugend**

Der Führer des Unterbannes I/126 der Hitlerjugend bittet in einem Schreiben um Verwilligung eines Zuschusses an die Hitlerjugend.

Es wird ein Jahresbeitrag von 25 RM verwilligt

#### **§358 SA-Reiter-Sturm**

Die SA-Reiterschar Schöberg bittet um Überlassung eines Übungsplatzes.

Es wird die Wiese hinter dem Friedhof überlassen.

#### **§359 Altes Rathaus, NSDAP**

Das alte Rathaus ist nur gründlich instandgesetzt. Es wird der hiesigen Ortsgruppe der NSDAP unentgeltlich zur beliebigen Verfügung gestellt.

## **1934**

### **17. Jan. 1934**

#### **§1**

Vor Eintritt in die 1. Sitzung des 2. Jahres im 3. Reich entbietet der Vorsitzende dem Gemeinderat herzliche Glückwunsch und Gruß und verbindet damit aufrichtigen Dank für die Mitarbeit und Unterstützung im Dienst an die Gemeinde. Er gedenkt der gewaltigen Ereignisse, die sich im letzten Jahr im Reich vollzogen haben, gedenkt der wundervollen Taten, unseres großen Führers Adolf Hitler, des durch in geschaffenen Befreiungs- und Einigungswerks, seines erfolgreichen Generalangriffs gegen die Geisel der Arbeitslosigkeit und seines tätigen Werks an der nationalen Volkswohlfahrt.

Dem Führer dankend und ihm unverbrüchliche Gefolgschaftstreue versichernd, wünscht er, daß das 2. Jahr des 3. Reiches ausbauen möge, was das 1. Jahr des nat. soz. Deutschland, das Schicksalsjahr 1933, begon-

nen hat, daß es vor allem auch unserer Gemeinde Wege weisen möge, die zu einer schöneren und besseren Zukunft führen. Daran mitzuarbeiten im Sinn und Geist unseres Führers und mit Gottes Hilfe und Beistand, bitter er den Gemeinderat  
Heil Hitler

#### **§5 Ausgleichsstock**

Die Veranlagung der Gewerbetreibenden zur Gewerbesteuer durch das Finanzamt für 1933 ist nunmehr abgeschlossen.

Das Ergebnis ist, daß der steuerbare Gewerbeertrag von 134168 RM in 1932 auf 80639 RM zurückging. Dies bedeutet für 1933 einen Ausfall an Gemeindeumlage von rund 11000 RM.

#### **§8 Wühlmausfänger**

Um die Wühlmäuse, die in den Obstplantagen erhebliche Schäden verursacht, wirksam bekämpfen zu erlernen, hält die Landwirtschaftskammer Wühlmausfangkurse ab.

#### **§11 Feuerwehr**

Die Feuerwehr bedarf einer Neuorganisation, mitbedingt durch die Kleinmotorspritze. Der Kommandant sieht vor, statt der seitherigen 4 Züge, nur noch 1 Löschzug und 1. Reservezug zu bilden. Die Mannschaft wird sich dadurch von 104 auf etwa 88 Mann einschl. Spielleute verringern.

#### **§18 Arztfrage**

Mehr und mehr macht sich der Mangel eines weiteren privaten Kurarztes bemerkbar. Wenn auch der Rückgang im Besuch des Kurorts überwiegend auf die wirtschaftliche Notlage des Volkes zurückzuführen ist, so haben doch auch noch andere Umstände dazu beigetragen, Umstände, die auf Vertrauen beruhen.

Als einzige Maßnahme, die geeignet ist, den Ruf und das Vertrauen für eine Kur außerhalb der Sanatorien wieder herzustellen, muß darin erblickt werden, einen weiteren privaten Arzt zu gewinnen. Das zu erreichen ist nicht so einfach und sehr kompliziert.

#### **§19 Kurwesen**

Immer wieder muß beobachtet werden, wie einzelne Pensionsinhaber und Zimmervermieter die Pensionspreise drücken und schleudern. Alle Mahnungen blieben erfolglos.

#### **§25 Molkerei**

Die Molkereigenossenschaft Schömberg und Umgebung will ihren Betrieb am 18. Jan eröffnen. Sie lädt dazu den Gemeinderat ein.

### **9. Febr. 1934**

#### **§28 Kraftpostfahrpreise**

Es wird zur Kenntnis genommen, daß die Fahrpreise der Kraftpostlinien eine Ermäßigung erfahren haben.

#### **§33 Fürsorge – Handhabung**

Vom Inhalt eines Schreibens des Deutschen Gemeindetags vom 15. Jan. 1934 an die Fürsorgeverbände betr. Handhabung der öffentlichen Fürsorge wird Kenntnis genommen.

Hiernach sind, nat. soz. Grundsätzen Rechnung zu tragen, öffentliche Mittel da einzusetzen, wo es sich um die Erhaltung wertvoller Volksgenossen handelt und sind die öffentlichen Mittel auf das aller notdürftigste zu beschränken, wo es sich um unheilbare, körperlich, geistig und moralisch minderwertige Personen handelt. Bei wertvollen Volksgenossen muß die Fürsorge auch vorbeugend helfen um drohende Hilfsbedürftigkeit zu verhüten.

#### **§37 Straßenumbau Schömberg – Langenbrand**

Der Plan zum Umbau der Straße sieht u. a. auch eine flüssige Straßenführung vor. So ist vorgesehen, die Straße auf einer Länge von ca. 350 m zu verlegen.

#### **§38 +39 Straßenumbau Schömberg – Langenbrand**

Die Bauarbeiten können nun ausgeschrieben und vergeben werden.

Die Kosten des Umbaus sind auf 26240 RM –ohne Grunderwerb- berechnet. An Fördermitteln sind zus. 15600 RM bewilligt.

Es wird beschlossen: um die Verwilligung von Mitteln des Staates und des Kreisvereins zu bitten.

#### **§52 Arztfrage**

Besprochen werden die Bemühungen zur Erlangung eines weiteren Arztes, zu denen sich der Verband der Ärzte Deutschlands wiederholt ablehnend verhält.

Auch andere Kurfragen und die Möglichkeit durch die Organisation „Kraft durch Freude“ Kurgäste zu bekommen, werden erörtert.

#### **§53 Burkhardt Friedrich, Pensionsbesitzer**

Der Pensionsbetrieb des Fr. Burkhardt ruht seit einiger Zeit aus Mangel an Kurgästen. Aus diesem Grund wird ihm am Wasserzins für das Rechnungsjahr 1933 ein Nachlaß von 25 RM verwilligt.

**23. Febr. 1934**

#### **§55 Polizeistunde**

Nach einem Erlaß des Innenministeriums soll Gesuchen der nationalen Wehrverbände um Verlängerung der Polizeistunde aus Anlaß von besonderen Veranstaltungen, insbes. bei Nachtmärschen stattgegeben werden.

#### **§66 Pauschalkuren**

Der Bund Deutscher Verkehrsverbände und Bäder hat u. a. auch Bestimmungen über „Pauschalkuren“ getroffen. In dem Bemühen, den notleidenden Kurbetrieben aufzuhelfen, soll der Versuch gemacht werden, von seiten der Kurverwaltung pauschale Vergütungskuren einzuführen und anzubieten.

#### **§67 Bahnhof Reklame**

In den Stationsgebäuden in Höfen und Bad Liebenzell sind Plakate mit Hinweis auf den Kurort Schömburg angebracht. Diese Plakate (Tafeln) sind erneuerungsbedürftig.

#### **§73 Sanatorium Schwarzwaldheim – Platzabtretung**

Der schon einmal gesenkte Preis für den Platz vor dem „Haug'schen Haus“ ist dem Liebhaber immer noch zu hoch.

In Anbetracht auf die große Bedeutung, die der Betrieb des Sanatoriums bei einer durchschnittlichen Belegung von 110 Patienten täglich für den Ort hat, usw. usw. .... und darauf, daß der Vorplatz eine schöne Ausgestaltung bekäme wird beschlossen

Den Preis zu ermäßigen (*Hinweis: halber Preis wie am Anfang*)

**13. März 1934**

#### **§89 Arztfrage**

Dem Vorhaben ein Niederlassungsgesuch auszuschreiben, stehen noch die Einwendungen des Ärzteverbandes entgegen.

#### **§90 Ladenschluß**

Zur Sprache kommt der „Ladenschluß“ auf dessen Einhaltung gesehen werden soll.

**5. April 1934**

#### **§103 Wasserversorgung -Erweiterung-**

Das Technische Landesamt Stgt. hat nun die Unterlagen für die Erweiterungen der Wasserversorgungsanlage übersandt. Außer den Quellfassungen und Zuleitungen ist beim Quellsammler noch die Erstellung eines Filters mit einer Entsäuerungsanlage, sowie eines Sammelbehälters mit einem Nutzraum von 185 m<sup>3</sup> vorgesehen. Der Filter würde 15800 RM und der Sammelbehälter 720 RM kosten.

Die Inangriffnahme der Arbeiten macht die Herstellung eines Zufahrtswegs notwendig.

#### **§110 Luftschutz**

Der Vorsitzende berichtet über den Luftschutz und über die Maßnahmen zum Selbstschutz. Hiernach sind u. a. in allen Dienstgebäuden der Gemeinden als Selbstschutzmaßnahmen zu treffen.

1. Brandschutz auf den Dachböden und
2. Die Herrichtung von Schutzräumen.

#### **§112 Einzelhandel**

Die Drogerie u. das einzige Geschäft, das sich mit der Herstellung photographischer Arbeiten u. dem Handel mit photog. Artikeln befaßt, befindet sich in jüdischen Händen. Da ein solches Geschäft für den hiesigen Kurort lebenswichtig ist, andererseits vielen Leuten der Besuch des jüdischen Geschäfts unmöglich ist und nicht zugemutet werden kann, erhebt sich die Frage, ob nicht ein weiteres Geschäft dieses Faches zugelassen werden soll.

Es soll versucht werden, den bereits ansässigen Handel zur Führung der in Betracht kommenden Artikel zu bewegen.

#### **§113 NS Wohlfahrt**

Die Aufgabe des Bezirkswohltätigkeitsvereins Neuenbürg werden von der NS Wohlfahrt übernommen.

#### **§116 Schulradio**

Der Vorsitzende der NS-Fraktion, Gemeinderat Brechtel, bringt vor und beantragt, eine Rundfunkübertragung einzurichten und ein Radio mit Lautsprecher anzuschaffen.

Dem Antrag wird entsprochen.

#### **§118 Straße Schömberg- Langenbrand**

Der Aufwand soll zunächst gedeckt werden:

7800 RM Grundförderung, 7800 RM verbilligte Darlehen und 14400 RM eigene Mittel.

### **4. Mai 1934**

#### **§123 Deutschtum im Ausland**

In Anerkennung und Förderung der Bestrebungen des Volksbundes für Deutschtum im Ausland wird diesem ein Jahrebeitrag von 10 RM verwilligt.

#### **§128 Feuerwehrrkommando**

Die Niederlegung ihrer Ämter in der freiwilligen Feuerwehr erklärten:

- |                           |                        |
|---------------------------|------------------------|
| 1. Burkhardt Friedrich,   | Kommandant             |
| 2. Maisenbacher Gottlieb, | stellvertr. Kommandant |
| 3. Fuchs Johann,          | Führer des 1. Zuges    |

Für den Rücktritt werden geschäftliche Gründe geltend gemacht. Das Oberamt, hiervon in Kenntnis gesetzt, hat dazu erklärt, daß die Niederlegung des Amtes vor Ablauf der Wahlperiode, das ist der 31. März 1935, nicht bzw. nur in Krankheitsfällen zulässig sei.

#### **§130 Straße Schömberg – Langenbrand**

Das Oberamt drängt darauf daß die Verbesserung der Bezirksstraße nicht nur auf dem Teil der Gemeinde Schömberg sondern auch auf der Gemarkung Langenbrand bis zur Kreuzung nach Höfen ausgeführt wird.

### **25. Mai 1934**

#### **§137 Bekanntgaben:**

Das Oberamt Neuenbürg gibt die Gründung einer Ortsgruppe des Reichsluftschutzbundes bekannt.

#### **§145 Adolf Hitler Eiche**

Die Anlage um die Adolf Hitler Eiche soll zu ihrem Schutz eingefriedet werden

#### **§148 Photogeschäft**

Damit Deutsche das jüdische Geschäft nicht mehr betreten brauchen, soll versucht werden einen Filialbetrieb hierher zu bringen.



### **§151 Arztfrage**

Die Frage harret noch immer ihrer Lösung. Es scheint so zu sein, daß wir einen Arzt bekommen können wenn Dr. Schwermann ausscheidet.

Interessant für die 3. Arztstelle ist Dr. Braun in Worms. Zur Bedingung einer Niederlassung macht er die Übernahme einer Garantie für eine monatliche Einnahme von mindestens 500 RM.

Das Risiko kann übernommen werden. Das Risiko würde sich zu 2/3 die Gemeinde und zu 1/3 das Kindersanatorium teilen. Die Hoffnung besteht darin, daß der neue Arzt Patienten beibringt und daß er sonst Patienten zu verarzten bekommt.

### **§152 Schulhauserweiterung**

Durch Erlaß ist die Gemeinde aufgefordert worden diese Sache wieder aufzunehmen und zur Durchführung zu bringen.

Die verschiedenen Möglichkeiten, Anbau Umbau, Neubau werden nochmals besprochen und einem Neubau der Vorzug gegeben. Alles ist eine Frage der Finanzierung. Es wird beschlossen 10 Bausparverträge über je 4000 RM abzuschließen und für 1934 einen Beitrag von 2000 RM einzustellen.

### **§167 Förderung der NSDAP**

Nach Erlaß des Innenministeriums sollen Grundstücke und Gebäude zum Gebrauch durch die NSDAP und ihrer Gliederungen nur gegen Miet- und Pachtzins überlassen werden.

## **29. Juni 1934**

### **§173 Schwimmbad**

Im Programm des NS Staates, das die Ertüchtigung des Körpers zum Ziel hat, wird neben anderen Sportarten dem „Schwimmen“ eine besondere Bedeutung zugelegt. Das Schwimmen soll zum Volksbrauch gemacht werden. Der Gedanke hier eine Badeanlage zu erstellen, geht auf Jahre zurück. Für Kurgäste kommt die Benützung einer Freibadanlage nicht in Frage. Nun sollte dem Gedanken aber doch näher getreten werden. Eine Bade- und Schwimmgelegenheit ließe sich durch einen Feuerlöschsee schaffen.

### **§174 Turn- und Sportplatz**

Als Platz für die turnerische und sportliche Betätigung, die Allgemeingut werden muß, dient der der RfA gehörige Platz auf Gemarkung Oberlengenhardt. Dieser Zustand befriedigt auf Dauer nicht. Weil der Platz auch von verschiedene Formationen der SA, HJ u. a. benützt wird, kann dies zu Unzuträglichkeiten führen.

### **§178 Einzelhandelsschutzgesetz**

Im Hause des Adolf Amann beabsichtigt der Photograph Alfred Kunzmann aus Pforzheim das Gewerbe eines Photographen auszuüben und auch eine Handlung mit fotogr. Artikeln zu eröffnen.

Da das einzige Photogeschäft in jüdischen Händen ist, muß das Bedürfnis eines weiteren arischen Photogeschäftes anerkannt werden.

### **§179 Kuranlage**

Als eine Maßnahme für die Arbeitsbeschaffung kommt auch die Erweiterung bzw. der Ausbau der Kuranlage in Betracht. Eine Hemmung ist dabei, daß immer wieder von einer Verlegung der Kuranlage in das Tal des Eulenbachs gesprochen wird.

Um hierin ein für allemal Klarheit zu schaffen, wird auf Vorschlag des Vors. Beschlossen:

Einen Gartenarchitekten um Beratung und Begutachtung zu bitten.

## **3. Aug. 1934**

### **§200 Reichspräsident**

Der Vorsitzende widmet dem verstorbenen Reichspräsidenten von Hindenburg eine Nachruf

## **28. Aug. 1934**

### **§212 Vereidigung der Beamten**

In heutiger öffentlicher Sitzung werden die Mitglieder des Gemeinderats und die Beamten der Gemeinde auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler vereidigt.

Die Bestätigungen sind in besonderen Urkunden enthalten- Der Vereidigung ging eine Ansprache des Ortsvorstehers voraus.

### **§216 Wasserversorgung**

Die nun seit langem anhaltende Trockenheit hat zu einem ganz erheblichen Rückgang der Ergiebigkeit der Wasserversorgung zu Verfügung stehenden Quellen geführt. Es müssen daher Ergänzungsmöglichkeiten gesucht werden.

Eine solche bestände in dem Übereich von Quellen im Fördelbachtal. Diese Quellen dienen der Versorgung von Langenbrand, werden von dieser aber nicht voll benötigt.

**19. Sept. 1934**

### **§224 Haushaltsplan 1934**

Die Ausgaben 1934 betragen 108901 RM

### **§229 Konzerte**

Um den Kurgästen mehr Unterhaltung bieten zu können, wurde schon früher der Gedanke erwogen, in der Kuranlage ein Lautsprecheranlage und Rundfunk Übertragung einzurichten. In jedem Haus und an jedem Liegestuhl befinden sich Höreinrichtungen, so daß eine Übersättigung eintreten könnte.

Nun aber soll diese Gedanke doch verwirklicht werden.

Beschluß. In den Kuranlagen eine Rundfunk Übertragungsanlage mit Lautsprechern einzurichten.

### **§234 Wasserversorgung**

Als Kräfte zum Betrieb des Wasserwerks dienen: 1 Turbine und ein Dieselmotor.

Die Wasserkraft hat in diesem Jahr infolge Trockenheit versagt. Eines Defekts wegen war auch der Dieselmotor außer Betrieb, so daß am Sonntag den 16. Sept. die Gemeinde ohne Wasser war. Um sich von solchen Überraschungen zu sichern ist die Beschaffung einer Ersatzkraft notwendig. Die Möglichkeit besteht in der Verfügung über eine Zugmaschine.

### **§235 Wasserversorgung**

Es sollte geprüft werden in wieweit die Wasserversorgungsanlagen im Calmbachtal ausbaufähig sind.

Der Gutachter kam zu dem Ergebnis:

1. Fassung einer etwa 300 m unterhalb dem Quellsammler entspringenden Quelle (Hardtbrunnen)
2. Erstellung eines Quellsammlers und einer Filteranlage
3. Verwendung der bisherigen Quellen zur Verstärkung des Betriebswasser und Erstellung einer Stauanlage für das Betriebswasser
4. Einbau einer neuen Turbine und einer gleichgeschalteten neuen Pumpe.

Es wird beschlossen:

Die Vorarbeiten zur Durchführung dieses Plans einzuleiten.

Den Plan zur Erlangung der Langenbrander Quelle aufzugeben.

### **§236 Straße Schömberg Langenbrand**

Der Umbau der Straße ist nun vollzogen. Mit der Heißterung der Straße soll demnächst begonnen werden.

**31. Okt. 1934**

### **§269 Wasserzins**

Die Pauschalsteuer wird ab 1. April 1934 wie folgt festgesetzt.

PKW	10 RM;	LKW	4 RM
Omnibusse	20 RM	Apotheke	30 RM
Ärzte- Sprechzimmer	10 RM		

### **§274 Arbeitsheilstätte**

Im Hinblick auf den eingetretenen Rückgang des Besuchs unseres Kurortes und auf die zu erwartenden gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose erhebt sich für die Gemeinde die Frage, ob sie sich mehr zu einem freien Kurort (Luftkurort) umstellen oder sich zu einem ausgesprochenen Kurort für Tuberkulose bekennen soll.

Das Vorhandensein von 3 großen Sanatorien für Lungenkranke wird einen freien Luftkurort ähnlich Freudenstadt oder Herrenalb niemals aufkommen lassen und Lungenkurort und freier Kurort lassen sich auch nicht miteinander vereinbaren. So muß sich Schömberg mehr und mehr als das bekennen, was es ist, als

#### **Ein Heilort für Tuberkulose**

Stellt man sich auf das ein, dann kann man auch dem Dr. Dorn'schen Gedanken auf Gründung einer Arbeitsheilstätte für Tuberkulose näher treten. Die bisherige Ansicht eine solche in oder beim Ort könnte den Kurbetrieb schädigen, muß der weichen, daß eine Arbeitsheilstätte ihm förderlich und nützlich würde, zumal wenn sie, wie Dr. Dorn glaubt, die einzige im Gebiet Südwestdeutschland werden würde. Eine solche Arbeitsheilstätte würde nicht nur das ganze wirtschaftliche Leben befruchten, sondern auch einen allgem. Aufschwung des Kurbetriebs zur Folge haben. Aus diesen Erwägungen heraus sind deshalb die Bestrebungen der Gemeinde dahin zu richten, daß die Dr. Dorn'schen Arbeitsheilstätte nach Schömberg kommt. Die vorbereitenden Schritte dazu sind getan.

**16. Nov. 1934**

#### **§287 Arbeitsheilstätte**

In Sachen der Gründung einer Arbeitsheilstätte in Schömberg ist auch die Frage einer besseren Verbindung zwischen hier und der Charlottenhöhe.

#### **§292 Gehwege**

Zur Ausführung als Notstandsarbeiten werden weiter vorgesehen:

Der Gehweg vom Haus des Fritz Maisenbacher bis zur Villa Elisabeth (NH) an der Liebenzeller Str.

Vom Haus Wacker bis zu Leipziger Platz an der Lindenstraße

#### **§294 Feldweg Aufhebung**

Die Feldwege

Nr. 2 sogenannter Sägmühlweg,

Nr. 4 Untere Herdgasse

Nr. 34 Obere Herdgasse

Werden schon längst nicht mehr als Feldwege benutzt. Die Wege stehen im Eigentum der Gemeinde. Beschluß. Die genannten Wege als entbehrlich aufzuheben.

**5. Dez. 1934**

#### **§301 Kleinkinderpflege**

Das Mutterhaus für evang. Kinderschwestern in Großheppach hat einen neuen Vertrag vorgelegt.

Zu zahlen sind an die Schwester 70 RM/M und an das Mutterhaus 7 RM/M.

#### **§311 Reichs – Straßenverkehrsordnung**

Zum 1. Okt. 1934 ist diese Ordnung in Kraft getreten. Damit wird zum erstenmal der gesamte Straßenverkehr in Deutschland geregelt. Dieses Gesetz gibt auch die rechtliche Grundlage Verkehrsbeschränkungen zu erlassen. (Sperrung für Durchgangsverkehr, Motorräder)

## **1935**

**9. Jan. 1935**

#### **§9 Verkauf des Eugen Röcker'schen Hauses.**

Die Württ. LKA Stuttgart, als Bevollmächtigte des Eugen Röcker (fr. Ortsbaumeister) beabsichtigt, dessen Wohnhaus Geb. Nr. 288 in den Brunnenäckern an Dr. Braun in Worms zu verkaufen.

Da die Gemeinde für einen Kredit eine Ausfallbürgschaft übernommen hat, muß sie diesem Verkauf zustimmen, was beschlossen wird.

#### **§17 Gärtnereiarbeiten**

Die bei der Gemeinde- und Kurverwaltung bisher angefallenen Gartenarbeiten wurden vom Gärtner Enderle hier ausgeführt. In seinen Diensten stand bisher der Gärtner Hermann Bräuning. Dieser hat sich nun als Gemeinde Obstbaumwart und Gärtner selbstständig gemacht.

### **§30 Waldausstockung**

Im Verhältnis zur Landwirtschaft treibenden Bevölkerung des hiesigen Orts ist die Feldmarkung klein. Dazu kommt, daß sich mehr und mehr Einwohner deshalb der Landwirtschaft wieder zuwenden, weil sie in der Industrie ihren Arbeitsplatz verloren haben und arbeitslos geworden sind, sie auch keine Aussicht haben, in ihrem Beruf wieder Arbeit zu finden. Es sind nur wenige landwirtschaftliche Betriebe am Platz, die vom Ertrag ihrer Felder und ihres Waldes leben können. Alle anderen Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebs sind Kleinlandwirte, die auf einen Nebenverdienst angewiesen sind. Solchen finden sie teilweise als Holzhauer, als Fabrikarbeiter und als Tagelöhner. Einem anderen Teil ist aber nicht möglich, einen Nebenverdienst zu finden, dieser ist auf Arbeitslosen- Krisen- oder Wohlfahrtserwerbslosen- Unterstützung angewiesen. Manche dieser Arbeitslosen könnten ihr Los nun erleichtern, wenn sie Frucht und Kartoffeln bauen, oder 1 Stück Vieh halten, oder wenn sie einer Kleinlandwirtschaft mit Kleintierzucht gründen könnten. Aus Mangel an Baufeld ist das aber nicht möglich. Solches neu zu schaffen, ist daher ein Gebot der Zeit. Die Gemeinde selbst hat dazu leider nicht den nötigen Grundbesitz. Für die Ausstockung kann daher nur Staatswald in Frage kommen.

An Interessenten für Pachtgrundstücke fehlt es nicht. Es haben sich bereits 14 Personen gemeldet, die Flächen von ½ Morgen zu pachten wünschen. Nun könnte noch bezweifelt werden, ob die abzuholzende Fläche auch dauernd und nicht nur vorübergehend landwirtschaftlich genutzt werden würde. doch solche Bedenken müssen schon deshalb zurücktreten, weil es sich neben der Arbeitsbeschaffung um eine Sache des Nährstandes handelt, aber auch darum, weil die Nachfrage nach landw. benutzbaren Boden auch aus dem Grund immer vorhanden sein wird, weil sich die Zahl der Landwirte vergrößert hat und noch vergrößern wird.

Beschluß: Die Forstverwaltung zu bitten, die Parzellen Nr. 167/1 und 172 ausstocken zu lassen.

**1. Febr. 1935**

### **§39 Straße Hirsau- Oberreichenbach**

Das Oberamt Calw hat dem OA Neuenbürg Akten und Planunterlagen über den Bau einer Nachbarschaftsstraße von Hirsau nach Oberkollbach übersandt, mit der Bitte um Feststellung ob die am Bau der Straße interessierten Gemeinden bereit sind Baubeiträge zu leisten.

Beschluß: festzustellen, daß die Straße für Schömberg keine Bedeutung hat.

**26. April 1935**

### **§1**

Die Beratung mit den Gemeinderäten wird mit einem Vortrag des Bürgermeisters Hermann über die neue **Deutsche Gemeindeordnung** vom 30. Jan. 1935 eröffnet.

*Anmerkung: Die nun folgenden Protokolle beginnen in einem neuen Band mit neuen Formularen.*

*Die Formulierung ändert sich in einem wesentlichen Teil grundsätzlich.*

***Bisher hat der Gemeinderat nach Beratung beschlossen.***

***Jetzt werden die Gemeinderäte gehört, dann trifft der Bürgermeister die entsprechende EntschlieÙung.***

*Die Paragraphen fangen wieder bei 1 an.*

### **§12 LandstraÙen**

Die bisherige Kreisstraße Neuenbürg -Schömberg -Liebenzell ist als Landstr. 1. Ordnung erklärt worden. Die Unterhaltung derselben einschl. der Ortsdurchfahrt im Zuge dieser Straße erfolgt künftig durch die Straßenbauverwaltung.

### **§15 Jagdverpachtung**

Die hiesige Gemeindepacht ist an Friedrich Lörcher (Linde) und Jakob Bäuerle (Schlossermeister) hier verpachtet. Die Jagdnutzung umfaÙt eine Fläche von 380 ha

### **§17 Geldanlage**

Auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderats vom 27. Juli 1920 wird eine **Kurtaxe** erhoben. Der Reinertrag wurde zur Erfüllung der Kuraufgaben bis zum 31. 3. 1930 dem Kurverein zur Verfügung gestellt. Aus diesen Mitteln hat der Kurverein für außerordentliche Zwecke (z. B. Kurhaus) Rücklagen gemacht und diese bei der hiesigen Darlehenskasse angelegt.

Diese Rücklagen haben zum 31. 12. 1934 einen Stand von 13396 RM erreicht.

Nach einem Rezess des Oberamts sind diese Gelder in das Vermögen der Gemeinde zu überführen. Dies ist durch Umschreibung geschehen.

Ein Verlangen der Rückzahlung ist nicht möglich, da der Darlehenskassenverein das Geld nicht flüssig machen kann. Der Verein müßte sonst eine Massenkündigung ausgeliehener Gelder aussprechen, was zum Ruin manchen Schuldners führen würde.

### **§18    Nachtwache**

Nach einer Verfügung des Innenministeriums ist in Gemeinden mit mehr als 1000 Einw. eine genügende Straßenbeleuchtung und ein feuerpol. Sicherheitsdienst einzurichten.

In Schömberg besteht ein ausgedehntes Straßenbeleuchtungsnetz. Die Beleuchtung dauert nachts bis 12 Uhr, außerdem ist die Polizei täglich nachts bis 12.30 tätig.

Deshalb wird die Einführung einer Nachtwache nicht für notwendig empfunden.

### **§20    Autowartehalle**

Im Verein mit dem Sanatorium Schömberg und dem Schwarzwaldheim alle 3 Wochen für je 1 Woche die Reinigung der Autowartehalle am Leipziger Platz zu übernehmen.

### **31. Mai 1935**

**§21**    Vertrag mit dem Forstamt Langenbrand über die Benutzung des Sägmühlewegs (Müllablagerungsplatz)

### **§27a    Autowartehalle**

Die Wartehalle bedarf einer Instandsetzung. Die Halle wurde seinerzeit vom Kurverein und den Sanatorien „Schömberg“ und Schwarzwaldheim auf einem Grundstück des Wilhelm Kusterer erstellt. Sie dient allgem. öffentlichen Zwecken.

### **§30    Feuerweiher zugl. Badeanlage**

Aus feuerpol. Gründen erscheint die Einrichtung eines Feuerweiher und aus gesundheitlichen Gründen die einer Badeanlage geboten. Beides kann zusammengefaßt werden.

Die Erstellung ist nur möglich wenn sie durch Zuschüsse gefördert wird.

### **§32    TBC-Untersuchung Kinder**

Vor kurzem wurden sämtliche Schüler auf TBC untersucht. Die Untersuchungen sind diesmal recht günstig ausgefallen,

### **§33    Feuerwehrjubiläum**

Am 21. Juli findet hier der Kreisfeuerwehrtag statt. Bei diesem Anlaß feiert die hiesige Feuerwehr ihr 50 jähriges Jubiläum.

### **14. Juni 1935**

#### **§45    Hauptsatzung der Gemeinde**

Der Entwurf einer Hauptsatzung der Gemeinde Schömberg wird heute zur Beratung vorgetragen. Der Bürgermeister fordert jeden Gemeinderat auf, sich zum Entwurf zu äußern. Gegen den Entwurf hatte keiner der Gemeinderäte eine Einwendung.

Der Bürgermeister faßt folgende EntschlieÙung:

Für die Gemeinde Schömberg folgenden Hauptsatzung zu erlassen:

*Es folgt die Satzung*

### **3. Juli 1935**

#### **§53    Schulhaus Neubau**

In Sachen des geplanten Schulhaus Neubaus hat der Berater der Oberschulbehörde, ein Gutachten über die Bauplatzfrage abgegeben.

Der bautechnische Berater gibt dem Platz auf der Höhe hinter dem Löwen den Vorzug. Hinsichtlich dieses Platzes macht aber schon das Sanatorium Schömburg Bedenken wegen möglicher Störung der Kuren geltend.

#### **§55 Wasserwerk**

Es wird bekannt gegeben, daß die Bauarbeiten in dem Pumpstationsgebäude (neue Turbine, neue Pumpe) ihrem Ende zugehen.

#### **§57 Straßen**

Im Verfolg der Durchführung des Gesetzes über die einstweilige Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung ist das Netz der Landstraßen II- Ordnung festzulegen. Die Landstraßen II. Ordnung kommen in die Unterhaltung der Kreisverbände, während die Landstraßen I. Ordnung, zu denen auch die Straße Neuenbürg- Schömburg- Bad Liebenzell gehört, vom Staat zu unterhalten sind. Zur Aufnahme in das Netz der Landstraßen II. Ordnung ist auf hiesiger Markung vorgesehen die Straße Schömburg- Igelsloch- Oberreichenbach. Nicht aufgenommen soll werden die bisherige Beitragsstraße Schömburg – Calmbach. Deren Aufnahme hat der Bürgermeister beantragt. Außerdem wurde beantragt, die Straße Schömburg –Igelsloch vom Ort bis zu Wald an der Kuranlage staubfrei zu machen.

#### **§61 Waldhalle**

Die Waldhalle beim Sportplatz, die von dem Eigentümer und Pächter der Allgemeinheit zur Benützung überlassen ist, mußte des Feuerwehreffestes wegen, das sich in ihr abwickeln soll, instand gesetzt werden.

#### **§65 Berufung der Gemeinderäte**

Der Beauftragte der NSDAP, Kreisleiter Böpple in Herrenalb hat für die 6 Jahre vom 1. April 1935 – 31. März 1941 zu Gemeinderäten der Gemeinde Schömburg folgende 6 Bürger berufen:

Bansbach Karl,           Lehrer (Ortsgruppenleiter)

Bischof Emil,           Gärtner

Kusterer Wilhelm       Gastwirt

Lörcher Friedrich,     Gastwirt

Schröter Gottlieb       Landwirt

Wankmüller Jakob      Landwirt

Die Berufungsurkunde ist den Genannten ausgehändigt worden. Auf Grund dieser Berufung werden dieselben unter Berufung in das Beamtenverhältnis zu Gemeinderäten ernannt.

#### **§66 Berufung der Beigeordneten**

Nach §2 Der Hauptsatzung der Gemeinde sind 2 ehrenamtliche Beigeordnete zu berufen. Der Beauftragte der NSDAP hat die eingegangenen Bewerbungen mündlich bekannt gegeben. Von diesen Bewerbungen beabsichtigt er der Aufsichtsbehörde zur Berufung vorzuschlagen:

1. Beigeordneter;           Brechtel Ludwig,        Friseur

2. Beigeordneter           Breitling August        Buchbindermeister

Der Gemeinderat hat gegen den Vorschlag des Beauftragten der NSDAP nichts vorzubringen.

### **2. August 1935**

#### **§79 Fußweg: Charlottenhöhe – Calmbach**

Der Ortswalter der DAF, Ing. Wilh. König hier, sucht um Instandsetzung des täglich von etwa 50 Arbeitern begangen werdenden Fußwegs von der Charlottenhöhe nach Calmbach nach. Der Weg soll sich in einem sehr schlechten, kaum brauchbaren Zustand befinden.

Der Weg führt durch Staatswald. Wegen Instandsetzung desselben ist an das Forstamt Langenbrand wie auch an die Volksheilstätte Charlottenhöhe herangetreten worden.

#### **§80 Kursachen**

Der Bürgermeister berichtet über

Eine Eingabe des Erwin Eckstein hier wegen Belästigung seiner Kundschaft (Eckstein ist ein jüdisches Geschäft)

Eine Eingabe an das Luftamt Stuttgart wegen des lichtklimatischen Observatoriums und dessen Übernahme auf das Reich.

### **§82 Lautsprecheranlage**

Die Beschaffung einer Lautsprecheranlage, insbes. für Zwecke des Gemeinschaftsempfangs von politischen Rundfunksendungen, aber auch zur Übertragung von Konzerten für die Unterhaltung der Kurgäste in den Kuranlagen macht sich mehr und mehr zum Bedürfnis.

Entschliebung: Die Anlage zu beschaffen.

### **28. August 1935**

#### **§87 Freimaurerlogen**

Die Regierung hat veranlaßt, festzustellen, ob Beamte Freimaurerlogen, anderen Logen oder logenähnlichen Organisationen und deren Ersatzorganisationen angehört haben oder angehören.

Die Feststellung hat ergeben, daß keiner der Beamten solchen jemals angehört hat.

#### **§88 Zur Kenntnis der Gemeinderäte**

Hauptlehrer Friedrich Schick hier, ist auf eine ständige Lehrstelle an der evang. Volksschule in Vaihingen a. d. Enz versetzt.

Bei Wiederbesetzungen der erledigten Lehrstellen dürfen nur solche Lehrkräfte berücksichtigt werden, die im Vollbesitz von Gesundheit und Kraft sind.

Die zur Feststellung der für die Gemeindeanteile am Einkommen- und Körperschaftssteueraufkommen 1935 maßgebenden Schülerzahl beträgt 114.

#### **§90 Waldnutzung**

Der Nutzungsplan für 1936 sieht die Nutzung von 20fm Holz vor.

#### **§97 Charlottenhöhe**

Die Volksheilstätte Charlottenhöhe hat die Eingemeindung nach Calmbach beantragt, da sich der ganze Verkehr mit der Gemeinde Calmbach abwickelt.

Der Bürgermeister hat sich entschieden gegen eine Ausgemeindung von Schömberg gewendet.

### **§98 – 102 Einstufung der Landstraßen**

#### **§118 Judenfrage**

In der Judenfrage bringt der Bürgermeister einige Vorfälle, die sich auf den Besuch des Ecksteinischen Judengeschäftes beziehen zur Sprache, u. a. einen Beschwerdefall, in dem die Beschwerde vom Oberamt abgewiesen worden ist.

In dieser Frage werden auch ein Erlaß des Reichs- und Preuss. Ministers des Innern vom 20. Aug. 1935 und ein Rundschreiben des Landesverkehrsverbandes bekannt gegeben.

#### **§120 Fremdenpension**

Antrag auf Genehmigung zum Betrieb einer Fremdenpension haben gestellt:

Bertsch Otto,	Daheim
Burkhardt Friedrich,	Kurhaus
Bühler Christian,	Kurhaus Bergfrieden
Luig Franz,	Pension Westfalia

Gengenbach Otto, Großmann Albert, Zillinger Fritz, Egginger Josef, Erlenmaier Friedrich, Blaich Martin.

Bei allen handelt es sich um mehr oder weniger lang bestehende Pensionsbetriebe.

Das Bedürfnis für das Bestehen derselben bedingt der Kurbetrieb.

#### **§121 Luftschutz**

In Wildbad findet ein Schulungskurs im Luftschutz statt. Zur Teilnahme sind 5 –10 Personen aufzufordern.

### **§122 Arbeitsvergebung**

Einige Handwerker und Geschäftsleute stellen sich insofern noch außerhalb der Volksgemeinschaft, als sie sich weigern einer NS-Organisation beizutreten. Sie lassen die andern die Beiträge, die der Zusammenschluß zur Erreichung seiner Ziele erfordert, bezahlen, wollen den Nutzen daraus aber genießen. Dementsprechend schlägt der Bürgermeister folgende EntschlieÙung vor, der die Gemeinderäte zustimmen. „Aufträge der Gemeinden werden künftig nur noch an solche Handwerks- und Geschäftsleute vergeben, die seit mindestens 1 Jahr Mitglied der Deutschen Arbeitsfront sind“.

### **§123 Schwermann**

Dr. Hans Schwermann wurde zur Aufnahme in die Heilanstalt Schussenried abgeholt. Da Dr. Schwermann mittellos ist, übernimmt die Gemeinde die endgültige Fürsorgepflicht.

### **10. Okt. 1935**

#### **§125 + 126 Gemeinderäte Beigeordnete**

Dem Gemeinderat Karl Banspach, Lehrer ist eine Lehrstelle in Möhringen übertragen worden. Der Bürgermeister schlägt vor dem Beauftragten der NSDAP zur Berufung zu empfehlen:

1. Beigeordneter August Breitling
2. Beigeordneter Friedrich Lörcher, Gemeinderat
3. Gemeinderat für diesen: Konstantin Eitel, Kassenverwalter.

### **§129 Schulhaus Neubau**

In Sachen Schulhausneubau sollten weitere Vorbereitungen getroffen werden. Der Bürgermeister beabsichtigt dazu folgende EntschlieÙung zu treffen.

1. Sicherung des Bauplatzes,
2. das Raum- und Bauprogramm festzulegen,
3. auf Grund dieses Programms die Baupläne fertigen zu lassen
4. um die Bewilligung eines Staatsbeitrages nachzusuchen

### **§131 Turn- und Sportplatz**

Die Reichsversicherungsanstalt hat mitgeteilt, daß sie es für das zweckmäßigste halten würde, wenn die Gemeinde das von der Gemeinde Oberlengenhart an die RVA und von dieser wieder an den hiesigen Turnverein verpachtete Gelände käuflich erwerben würde.

### **§132 Vergabung öffentlicher Aufträge**

Die EntschlieÙung des Bürgermeisters, daß Aufträge der Gemeinde nur noch an solche Geschäftsleute vergeben werden dürfen, die Mitglied der Deutschen Arbeitsfront sind, verstößt gegen die Richtlinien zur Vergabung öffentlicher Aufträge.

Die Verfügung vom 28. Aug. 1935 wird deshalb zurückgenommen.

### **§139 Fremdenverkehrsstatistik**

Im Sommerhalbjahr 1935 ist in der Zahl der Fremden und auch der Übernachtungen gegenüber 1934 eine wesentliche Erhöhung eingetreten.

### **1. Nov. 1935**

#### **§144 Gemeinderäte**

Zur Bestellung des Gemeindepflegers Eitel als Gemeinderat ist eine Ausnahme erforderlich. Das Oberamt hat Bedenken. Der Ortsgruppenleiter Brechtel schlägt nunmehr Wilhelm König, Ing. vor

### **§154 Arbeitsbeschaffung**

Die Durchführung von Notstandsarbeiten ist durch die neuen Vorschriften erschwert, es ist auch der Nutzen für die Gemeinden nicht von großer Bedeutung.

### **§164 Kuranlage**



Es wurden Pläne des Gartenbauinspektors Wegner-Höring zur Erweiterung und Umgestaltung des Kurparks vorgelegt. Weitere Entschließungen werden zurückgestellt.

#### **4. Nov. 1935**

##### **§166 Zweckvermögen**

Nach einer vorläufigen Berechnung betragen die angesammelten Zweckvermögen für Erweiterung der Wasserversorgung und für Kuranlagen 114480 RM. Dieser Betrag sollte in Wirklichkeit vorhanden und verzinslich angelegt sein. Dies ist aber nur zu einem kleinen Teil der Fall. Größerer Summen sind für andere Aufwendungen verwendet worden, in der Annahme und der Absicht, die Zweckvermögen im Laufe der Jahre wieder zu ergänzen. Die inzwischen eingetretene Verschlechterung der Steuerverhältnisse (Rückgang des Gew. Kat. von 134168 RM im Jahre 1930 auf 40279 RM im Jahre 1935) machen dies aber unmöglich.

*Es folgt eine Aufstellung der größeren Maßnahmen und deren Kosten in den letzten Jahren.*

##### **§174 Schulhaus Neubau**

In Anwesenheit des Bezirksschulrat wird die Bauplatzfrage und das Raumprogramm beraten.

Die Beratung ergibt:

1. Als Bauplatz den Platz am Südhang, oberhalb des Gasthauses zu Löwen vorzusehen
2. Folgende Räume vorzusehen
- 3 Schulsäle, 1 Lehrmittelraum, 1 Hauswirtschaftsküche, 1 Schülerbad mit Ankleideraum, 1 Wohnung für einen Hausmeister.

#### **13. Dez. 1935**

##### **§188 Friedhoferweiterung**

In der Friedhoferweiterungsfrage hat sich ergeben, daß der vorhandene Platz im Friedhof noch Raum gibt für Gräber von 156 Erwachsenen und 33 Kinder.

Bei einer durchschnittlichen jährlichen Belegung des Friedhofs mit 12 Erwachsenen und 2-3 Kindern würde dieser Raum noch für etwa 13 Jahre ausreichen. Nach Ablauf dieser Zeit könnte dann mit der Umgrabung des im Jahr 1912 eröffneten Friedhofs begonnen werden.

Im Hinblick darauf wird von einer flächenmäßigen Erweiterung vorerst abgesehen.

##### **§197 Schule- Hauptlehrer Schick**

Der Erlaß des Kultusministers betr. Die Enthebung des Hauptlehrers Schick vom Amtsantritt einer Lehrstelle in Vaihingen/Enz wird Kenntnis genommen.

## **1936**

#### **23. Jan. 1936**

§11

Hans Karcher betreibt das von E. Eckstein übernommene Drogen- und Photogeschäft

##### **§21 Schulhaus Neubau**

Die Frage des Bauplatzes wird erörtert. Es wird eine Besichtigung von neuen Schulhäusern vorgenommen.

##### **§22 Zufahrt Charlottenhöhe**

Besprochen wird die Frage der Herstellung eines besseren und kürzeren Verbindungswegs mit der Heilstätte Charlottenhöhe in Zusammenhang mit dem in Angriff genommenen Neubau eines Wegs vom Enztal her.

#### **20. Febr. 1936**

##### **§23 Ortsgeschichtsbücher**

Ein Erlaß des Württ. Innenministeriums macht den Gemeinden die Anlage und Fortführung von „Ortsgeschichtsbüchern“ zur Aufgabe.

Entschließung:

Das Amt des Ortsgeschichtsschreibers wird dem Hauptlehrer Schick hier übertragen.

Dieser soll die für die Eintragungen vorgesehenen Bücher zu beschaffen.

### **§34 Siedlung**

Verschiedene Arbeiter, die zur Miete wohnen, tragen sich mit dem Gedanken, eine eigene Heimstätte zu erstellen.

Die Frage, ob die Bauten in der Form einer „Siedlung“ oder in einer anderen Form erstellt werden sollen, ist noch nicht abgeklärt. Als Siedlungsgelände ist das sogen. Kugele'sche Ackergelände ins Auge gefaßt.

### **§35 Waldausstockung**

Es mangelt hier an nutzbarer Feldfläche. Die verschiedenen Gesuche an die Staatsforstverwaltung geeignetes Waldgelände für landwirtschaftliche Zwecke abzuholzen, wurden immer wieder abschlägig beschieden.

### **§36 Charlottenhöhe Weg**

Mit Schreiben ist die Forstdirektion gebeten worden, zur Fortsetzung des im Bau begriffenen sogenannten Hengstberghaldenwegs über die Charlottenhöhe in Richtung Schömberg ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit auszusprechen und in Verhandlungen hiewegen einzutreten.

Nach Mitteilung des Forstamts Langenbrand hat die Forstdirektion kein Interesse über den Schleifweg eine weitere Zufahrt zur Charlottenhöhe zu erstellen.

### **§37 Trauungen**

Reichsinnenminister Dr. Frick u.a. andere Stellen empfehlen den Gemeinden als Mittel für die nat. soz. Erziehung den Hochzeitspaaren bei der standesamtlichen Trauung des Werk des Führers „Mein Kampf“ überreichen zu lassen.

Nach Anhörung der Gemeinderäte trifft der Bürgermeister die „Entschliebung“ die Brautleute mit diesem Buch zu beschenken.

### **§39 Saalfrage**

Der Mangel eines großen ansprechenden Saals für öffentliche Veranstaltungen, für Zwecke der NSDAP oder NSG- Kraft durch Freude wird immer fühlbarer. Die Wirtschaftssäle „Löwen“ und „Ochsen“ sind zu klein. Mit der Erstellung eines Kursaales könnte dem Mangel abgeholfen werden. An die Ausführung kann aber wegen Geldmangel nicht gedacht werden. Für einen Kurort für Lungenkranke ist es auch fraglich, ob ein Kursaal die Benützung fände, wie sie Kursäle in anderen Kurorten finden.

Weil die Lösung der Saalfrage aber nicht aufschiebbar ist, wäre es am zweckmäßigsten, wenn sich einer der Wirte zur Erstellung oder Erweiterung der vorhandenen Säle entschließen könnte.

Für diesen Fall wird dem Unternehmer weitgehende Unterstützung und Förderung zugesichert.

## **18. März 1936**

### **§60 Siedlung**

Um die Zulassung als Siedler haben sich nun 14 Einwohner beworben. Diese haben den vom Reichsheimstättenamt der NSDAP herausgegebenen Siedlerfragebogen ausgefüllt.

Entschliebung: Die der Gemeinde gehörigen Kugele'schen Acker zum Preis von 50 Pf. als Baugelände zur Verfügung zu stellen. Das Gelände mit Strom, Wasser und Kanal zu erschließen.

### **§61 Alter Friedhof –Anlage-**

Der hiesige frühere Friedhof steht im Eigentum der Staatsfinanzverwaltung. Er war belastet mit dem Recht auf Bestattung der Toten der Gemeinde. Diese Last ist durch den Vertrag vom 10. August 1911 abgefunden worden. Der staatliche Friedhof ist nach Eröffnung des neuen Friedhofs der Gemeinde im Jahre 1912 geschlossen worden. Er steht seitdem zur freien Verfügung der Staatsfinanzverwaltung.

Der verlassene Friedhof eignet sich nach seiner Lage ganz besonders für eine Anlage der Kurverwaltung.

Wegen Überlassung des Platzes (kauf- oder pachtweise) sind deshalb Verhandlungen mit dem Staatsrentenamt gepflogen worden.

Das Finanzministerium ist bereit den Platz der Gemeinde pachtweise zu überlassen.

Entschliebung: Das Gelände zu pachten und den Platz nach Entfernung der Grabsteine einzuebnen und zu einer Kuranlage umbauen zu lassen.

## **23. April 1936**

### **§78 Müllablagerung**

Der Müllablagerungsplatz, ein verlassener Steinbruch auf dem Bühlhof, ist in Bälde aufgefüllt. Es ist deshalb nach einem anderen geeigneten Platz Umschau zu halten.

## **8. Mai 1936**

### **§95 Lehrmittel**

Anträge von Eltern auf unentgeltliche Überlassung von Schulbüchern.

Entschliebung :

Zur Abgabe an bedürftige Schüler sollen beschafft werden: 8 Sprachbücher, 6 Lesebücher und 3 Atlasse

### **§96 Talstraße**

Die Vorarbeiten für die Verbesserung der Talstraße vom Sanatorium Schömberg bis zur Molkerei sind nun soweit, daß die Bauarbeiten vergeben werden können.

### **§98 Haushaltsplan**

Die Ausgaben für 1936 werden mit 114385 DM festgestellt.

## **14. Mai 1936**

### **§99 Talstraße**

Zur Korrektur der Talstraße steht das dem Löwenwirt Burghard gehörige Waschhaus beim alten Rathaus hinderlich im Wege. Auch die Stützmauer zwischen diesem und dem Hause des Friedrich Traub sollte zu rückversetzt werden.

Beschluß: Das Waschhaus zu erwerben und abzureißen.

## **10. Juni 1936**

### **§113 Lichtklimatische Station**

Die hiesige Station untersteht dem Luftamt Stuttgart und dem Reichsamt für Wetterdienst. Auf diesem Gebiet geht eine neue Organisation vor sich.

Die hiesige Station soll zu einer strahlungsklimatischen Beobachtungsstelle ausgebaut werden, wenn die Stelle zweckentsprechend und vor allem ausreichend und ansprechend untergebracht wird und wenn die Sanatorien und die Kurverwaltung sich wie bisher an der Finanzierung des Beobachters beteiligen.

Die Erhaltung der Station ist für einen Kurort für Lungenkranke von größtem Wert, es werden aus ihr medizinische, klimatologische Werte geschaffen, die den Ruf Schömbergs in weite Kreise tragen.

Die Station muß, soll sie vom Reich gefördert werden, räumlich erweitert werden.

## **2. Juli 1936**

### **§124 Einzelhandelsschutzgesetz -Kunzmann-**

Alfred Kunzmann, Inhaber eines Photogeschäfts hier, hat beim Oberamt Neuenbürg beantragt, ihm die Zunahme des Verkaufs von Briefpapier und Postkarten zu gestatten. Er begründet seinen Antrag damit, daß er wunschgemäß im Jahre 1934 ein Photogeschäft hier eröffnet habe, um das jüdische Photogeschäft auszuschalten. Nun sei das jüdische Geschäft in arische Hände übergegangen und von diesem aus werde nun versucht, ihn auszuschalten. Unter diesen Umständen könne er sein Geschäft, beschränkt auf das Photogewerbe und den Photohandel, nicht mehr lebensfähig erhalten

## **2. Juli 1936**

### **§133 Straßen Staubbekämpfung**

Die Zugangsstraßen nach Schömberg sind immer noch nicht staubfrei gemacht. Zur Staubbekämpfung vorgesehen ist die Straße von Höfen nach Langenbrand. Dringend notwendig ist auch die Straße nach Bad Liebenzell.

### **§135 Reklamebildpostkarten**

Die bei der Deutschen Reichs Postreklame bestellten 150 000 Stück Bildpostkarten sind nun erschienen und an die größeren Postämter zur Verteilung gelangt.

### **§137 Hitlerjugend – Kleinkinderschule**

Die Hitlerjugend, der das alte Rathaus zur Benützung überlassen ist, sucht um Anbringung eines Halters für einen Flaggenmasten an diesem Gebäude nach.

Diesem Wunsch wird entsprochen.

Auch für die Kleinkinderschule wird die Anbringung eines Flaggenmasthalters für nötig erachtet.

### **15. Juli 1936**

#### **§139 Schule**

Aus der Erwägung heraus, daß im einigen Reich auch nur eine Volksschule Platz haben kann und nach dem Vorgang in vielen württ. Gemeinden beabsichtigt der Bürgermeister, beim Kultusministerium die Einführung der Deutschen Volksschule in der Gemeinde Schömberg zu beantragen.

Er trägt den Gemeinderäten vor, daß auch an der Deutschen Volksschule nach Zusicherung des Kultusministeriums der Religionsunterricht im bisherigen Umfange gewährleistet bleibt.

#### **§147 Lichtklimatische Station**

Das Reichsamt für Wetterdienst hat in Baden-Baden eine Kurortklima Kreisstelle für den Nordschwarzwald eingerichtet. Zur Durchführung der Arbeiten dieser Stelle sollen die Bäder und Kurorte dieses Gebietes zusammengeschlossen werden. Dazu findet in Baden-Baden eine Besprechung statt.

Um nicht zur Teilnahme an den Kosten der Stelle herangezogen zu werden, weil Schömberg selbst eine strahlungs-klimatische Beobachtungsstation bekommen soll, die für die Kurverwaltung erhebliche Kosten bringen wird, empfiehlt sich die Beschickung der Tagung.

### **31. Juli 1936**

#### **§149 Schule**

Durch Erlaß des Kultusministers vom 17. Juli 1936 ist die Einführung der Volksschule genehmigt worden.

#### **§157 Straße Schömberg – Oberreichenbach**

Das Straßen und Wasserbauamt Calw hat sich nun bereit erklärt, die Straße vom Ort bis zum Wald bei der Kuranlage zu teeren.

#### **§159 Poststraße – Teerung**

Der Staubplage wegen sollten ein Teil der Poststraße, zwischen dem Leipziger Platz und der Schillerstraße und das Verbindungsstück der Calmbacher Str. zwischen Schiller- und Bergstr. ebenfalls geteert werden.

#### **§160 Siedlung**

Das Heimstättenamt Gau Württemberg hat nun die „Eignungsscheine“ für 11 Siedler übersandt.

#### **§165 Kursachen – Bekanntgaben**

- 1 Begehung von fremden Wäldern durch Kurgäste. Der LFVV hält das Begehen der Wälder auf den angrenzenden Markungen durch Kurgäste für etwas ganz Normales und eine Behinderung für eine Handlung, die mit den Zielen des neuen Reiches im Widerspruch steht.
- 2 Mitteilung desselben Verbandes vom 19. 7. 1936 nach der die Bezeichnung Schömbergs als „heilklimateischer Kurort“ nicht beanstandet wird.
- 3 Erlaß des OA Neuenbürg vom 14. 7. 1936 nachdem die Gemeinde Schömberg zur „Fremdenverkehrsgemeinde“ erklärt werden soll

### **3. Sept. 1936**

#### **§185 Feuerwehr**

Durch Runderlass des Reich- und Preuss. Ministers des Innern vom 8. Mai 36 ist eine Neuordnung des Feuerlöschwesens angeordnet worden. Insbes. haben sich die Freiw. Feuerwehren eine neue Satzung zu geben, für die ein einheitlicher Entwurf aufgestellt worden ist.

Es ist nun Aufgabe der Freiw. Feuerwehr über den Satzungsentwurf zu beschließen.

#### **§187 Unfruchtbarkeitsmachung**

Bezüglich des \*\* von hier der zur Zeit in der Heilanstalt Weisenhof untergebracht ist, schwebt ein Verfahren zur Unfruchtbarkeitsmachung.

\*\* gehört der Krankenversicherung nicht an.

Falls der Kranke oder seine Angehörigen die Kosten nicht selbst übernehmen können wird die Gemeinde die Kosten übernehmen.

### §193 **Kursachen**

1 Lichtklimatische Station:

Es liegen nun Planentwürfe vor für einen völligen Neubau der Station auf dem Bühlhof und für einen Erweiterungsbau an das bestehende Stationsgebäude auf dem Zimmermann Burkhardt'schen Platz. Von interessierten Stellen wird angenommen, daß das Unternehmen von der Kurverwaltung finanziert wird. Bei dem Erweiterungsbau wäre mit einem Aufwand von etwa 3000 RM, bei einem Neubau mit einem solchen von 6000 RM einschl. Bauplatz zu rechnen

2 Umgebungskarten

Die vor mehreren Jahren vom württ. Statistischen Landesamt, topogr. Abt., hergestellten Karten von Schömburg mit Umgebung (1:12500) sind vergriffen. Weil Spazierwege nach dieser Karte bezeichnet sind und durch Tafeln auf diese Karte verwiesen wird, wird mehr und mehr nach dieser Karte gefragt. Die Karte soll daher neu gedruckt werden. Es werden 3000 Stück in Auftrag gegeben.

3 Stagma: Aufführung musikalischer Werke.

4 Begehung von Waldwegen durch Kurgäste: Im Gutachten des Deutschen Gemeindetages wird festgestellt, daß Waldwege im allgemeinen unbeschränkt benützt werden dürfen, sofern keine besonderen forstwirtschaftlichen und jagdlichen Gründe entgegenstehen. Das Gutachten dient der Abwehr ungerechtfertigter Forderungen der Gemeinden Oberlengenhardt und Schwarzenberg deren Wälder von hiesigen Kurgästen begangen werden.

5 Alter Friedhof: In Sachen der Umgestaltung zu einer Erholungsanlage für Kurgäste hat Dr. Schröder gegen die Entfernung der Grabstätte seiner Eltern protestiert.

### §197 **Siedlung**

Vertreter des Gauheimstättenamts haben eine Besichtigung des Geländes vorgenommen. Diese halten das Gelände seiner Lage und seiner Unzulänglichkeit wegen für nicht geeignet. Sie schlagen ein Gelände im Unterdorf vor.

### §198 **Gehilfenstelle**

Der Bürgermeister berichtet über seine Bemühungen eine Gehilfen zu erlangen. Es besteht großer Mangel an fachmännischen Hilfsarbeitern. Andere als fachmännische Hilfskräfte kommen nicht in Frage.

24. Sept. 1936

### §201 **Geldanlage**

Die Gemeinderäte nehmen davon Kenntnis, daß der Bürgermeister die Anlage von weiteren 8000 RM als Festgeldanlage bei der Kreissparkasse verfügt hat. Der Stand der Festgeldanlagen beträgt nun 27468 RM

### §203 **Feuerwehr**

Die Freiw. Feuerwehr hat in ihrer Versammlung vom 21. 9. 1936 die Annahme der Mustersatzung beschlossen und die Wahl des **Führerrats** vorgenommen

### §212 **Schulhaus Neubau**

Der Antrag auf ein Darlehen bei der Württ. Gebäudebrandversicherung ist abgelehnt worden, da der Fall nicht besonders dringlich ist.

In Sachen Bauplatzfrage macht sich eine nochmalige Besichtigung verschiedener Plätze notwendig.

### §217 **Lichtklimatische Station**

In Anwesenheit des Direktors des Reichsamts für Wetterdienst. Prof. Dr. Knoch, Berlin fand eine Gelände besichtigung und Besprechung statt. Das Gelände auf dem Bühlhof wurde als nicht geeignet bezeichnet, weil die Erforschung auf diesem Platz Ergebnisse zeitigen würden, die den sich aus der Lage des Orts und der Kuranstalten ergebenden heilklimatischen Faktoren nicht entsprechen würden.

Vorgeschlagen wird deshalb, die bestehende Station zu erweitern oder eine neue Station auf dem Gelände dieser zu erstellen.

### **§218 Wasserversorgung**

Es wird das Ergebnis mehrerer Untersuchungen zur Wasserqualität zur Kenntnis gebracht.. Beanstandet wurden die Quelle I im Calmbachtal (die äußerste obere) und die Bronnenwiesenquelle.

### **§220 Milchversorgung**

Der Landrat hat die Verfügung getroffen, daß in Schömberg mit sofortiger Wirkung als Trinkmilch nur noch hocherhitzte Milch abgegeben werden darf.

### **§223 Fernsprechverkehr mit Höfen**

Am Stichtag dem 1.1.1936 waren in Schömberg 84 und in Höfen 38 Hauptanschlüsse vorhanden.

## **6. Okt. 1936**

### **§231 Lichtklimatische Station**

Der Präsident des Reichsamts für Wetterdienst hat mitgeteilt, daß er dem Plan für den Ausbau seine Zustimmung gegeben hat.

EntschlieÙung:

Bauplatz bei der bestehenden Station von Zimmermeister Burkhardt zu erwerben. Den Bau nach Plänen des Architekten Rest Neuenbürg auszuführen, Den Aufwand aus Mitteln des Zweckvermögens der Kurverwaltung zu bestreiten.

## **21. Okt. 1936**

### **§244 Lichtklimatische Station**

Nach dem von Architekt Rest gefertigten Kostenvoranschlag würde der Bau der neuen Station eine Aufwand von ca. 7000 RM verursachen. Seither wurde von einem Aufwand von ca. 4700 RM ausgegangen.

Es fragt sich, ob der Mehraufwand den Wert und die Bedeutung rechtfertigt, die man der Station beimißt.

Die Ärzte legen der Station ein großes Gewicht bei, sie betrachten die Erhaltung und den Ausbau der Station als für den Kurort lebenswichtig. Der Leiter der Station, Dr. Kramer, antwortet auf die an ihn gestellten Fragen in Bezug auf den wissenschaftlichen Wert der Station, ihre Bedeutung für den Kurort und ihre Ausbau- und Verwertungsmöglichkeit auch für andere Zwecke.

Die Gemeinderäte sprechen sich grundsätzlich für den Ausbau der Station aus.

### **§246 Vergnügungssteuer**

Die Kurverwaltung veranstaltet Konzerte und Lichtspielvorführungen. Die Konzerte finden in den 3 Sanatorien und in einem der Gasthöfe statt. Eintrittsgeld wird dabei nicht erhoben, dagegen werden in den Gasthöfen während der Veranstaltungen Speisen und Getränke verabreicht.

Ähnlich ist es mit den Lichtspielvorführungen, soweit sie Erwerbszwecken dienen. Für den Unternehmer Glauner, der zwar von der Kurverwaltung zusätzlich unterstützt wird trifft dies zu.

## **§247 2. Vierjahresplan**

Der Bürgermeister gedenkt des vom Führer und Reichskanzlers Adolf Hitler auf dem Parteitag der Ehre zu Nürnberg verkündeten 2. Vierjahresplans. der zum Ziel hat, Deutschland unabhängig zu machen in der Ernährung und im Rohstoffbedarf, mit dem Gelöbnis, dem mit der Durchführung des Planes beauftragten Ministerpräsidenten Generaloberst Göhring dabei zu helfen.

### **§248 Bekanntmachung**

Der Erlaß des Württ. Innenministers vom 22. 7. 1936 betr. Bezeichnung der Gemeinden, nach dem die Bezeichnung „Kurort Schömberg“ als Gemeindebezeichnung nicht mehr geführt werden darf. (Reg. Nr. 1150)

### **§250 Feuerwehrausrüstung**

Die Neugliederung der Feuerwehr hat eine Verringerung der Mannschaftszahl zur Folge gehabt. Es werden dadurch etwa 30 Tüchröcke frei

### **§252 Luftschutz, Schutzraumerfassung**

Beschaffung von Schutzräumen für die Bevölkerung. Die Grundlagen dafür zu schaffen ist Sache des Reichsluftschutzbundes. An der Durchführung der Aufgabe haben sich die Gemeinden zu beteiligen in der Weise, daß sie durch den Baukontrolleur die Kellerräume auf ihre Eignung prüfen lassen und für listen- oder karteimäßige Erfassung der von der Ortspolizeibehörde bestimmten Luftschutzräume sorgen. Ferner haben die Gemeinden durch Beschriftung mit Signierschwarz oder Menningerot sämtliche als Schutzraum in Betracht kommenden Räume als „Luftschutzraum“ zu bezeichnen.

### **§235 Schulung Luftschutzwarte**

EntschlieÙung:

Die Kosten für Schulungsräume zu übernehmen, als Schulungsgerät noch weitere 8 Gasmasken zu beschaffen. Sich an den weiter nötig werdenden Kosten für Schulungsgerät zu beteiligen.

### **§258 Schießstand Pistolen**

Nach der Mitteilung des Kreisleiters der NSDAP soll u. a. auch hier ein Pistolen Schießstand für die politischen Leiter der NSDAP erstellt werden.

Nach den übersandten Plänen soll der Schießstand an den Kleinkaliber Schießstand des Kriegervereins angebaut werden. Die Baukosten sind auf 800 RM veranschlagt. Der Kreisleiter bittet, diese Kosten auf die Gemeindekasse zu übernehmen.

## **3. Dez 1936**

### **§280 Elven, Ehrenbürger**

Der Bürgermeister widmet dem am 30. Nov. 1936 verstorbenen Ehrenbürger Joseph Elven, Major a. D. wohnhaft gewesen in Stuttgart einen Nachruf.

### **§287 Alter Friedhof -Anlage-**

Das Württ. Landesamt für Denkmalpflege ist um ein Gutachten gebeten worden. Es äußert sich im Sinne der Erhaltung der Gräber bzw. Grabsteine der Eltern des Dr. Schröder und des Dr. Baudach der als 1. Arzt hier Mitbegründer des Kurortes war.

EntschlieÙung: Die vorgenannten Grabsteine zu erhalten und den Umbau des alten Friedhofs nunmehr vorzunehmen.

### **§289 Siedlung**

Es bestehen immer noch Streitigkeiten wo die Siedlung gebaut werden kann. Das der Gemeinde gehörende Grundstück wird vom Gauheimstättenamt abgelehnt, die anderen zur Verfügung stehenden Plätze werden von den Siedlern abgelehnt. Eine Enteignung andere Grundstücke wird vom Gemeinderat nicht befürwortet.

### **§309 Kursachen**

Den Gemeinderäten wird eine Eingabe des Dr. Gebhardt, Arzt am Kreiskrankenhaus Neuenbürg, an den Herrn Landrat zur Kenntnis gebracht, nach der verhindert werden soll, daß hier eine chirurgische Operationsgelegenheit für Lungenkranke errichtet wird.

Die Schaffung einer solchen Möglichkeit wäre zweifellos im Interesse des Kurortes wie auch der Kranken gelegen. Es sollten daher die Bestrebungen des hier ansässigen Fachchirurgen Dr. Michelsson, diese Möglichkeit zu schaffen, weitgehend unterstützt werden.

1937

## **27. Januar 1937**

### **§14 Hitlerjugend Heim**

Für die Hitlerjugend sollen überall Heime beschafft werden. Hiewegen hatte der Reichsstatthalter sämtliche Landräte und Bürgermeister zu einem Vortrag des Stabschefs des Reichsjugendführers nach Stuttgart eingeladen. Für Schömburg, das der HJ das alte Rathaus als Heim überlassen hat, ist die Frage damit gelöst.

## **§18 Luftschutz**

Für Zwecke des Luftschutzes werden künftig dann und wann Verdunkelungsübungen stattfinden. Hierfür sind für die öffentlichen Gebäude die notwendigen Vorbereitungen zu treffen. Es sind Einrichtungen zu treffen, die Verhindern, daß Lichtschein aus den Gebäuden nach außen dringt.

## **§19 Kursachen**

Liegehalle im Täle: Diese bedarf einer Neudeckung und der Anbringung neuer Vorhänge. Die Halle ist gegenwärtig mit 7 Personen belegt.

Lichtklimatische Station: Bei den wertvollen Instrumenten, die in und außerhalb der Station aufgestellt sind und noch werden, sollte das Gelände eingefriedet werden.

Orts- (Lage-) Bezeichnung In einem Schreiben vom 12. 1. 1937 beklagt sich der Bürgermeister in Wildbad darüber, daß sich Schömberg in Prospekten u. a. der Bezeichnung „bei Wildbad“ bediene. Er befürchtet daraus Nachteile für Wildbad und ersucht, diese Bezeichnung künftig nicht mehr zu erwähnen. Ohne die rechtliche Seite des Verlangens zu prüfen, wird festgestellt, daß die Erwähnung „bei Wildbad“ zweifellos sich auch als Reklame für Wildbad auswirke, daß es sich um eine geographische Bezeichnung handelte, daß man schon seit längerer Zeit dazu übergegangen ist, sich als „Schömberg Kreis Neuenbürg“ zu bezeichnen und daß man auf das Anhängsel „bei Wildbad“ schon deshalb verzichten kann, weil es die Geltung des Kurorts Schömberg nur verkleinert.

**Kursaal** : An Hand von Plänen, gefertigt von Dr. Ing. Krüger in Stuttgart, wird die Kursaalfrage besprochen. Vor allem anderen wird der Bürgermeister an die Lösung der Finanzierungfrage gehen.

## **17. Februar 1937**

### **§32 Altmaterial**

Im Rahmen des Vierjahresplanes ist das Alt- und Abfallmaterial in den Haushaltungen und kleingewerblichen Betrieben zu erfassen. Dazu sind in jeder Gemeinde Sammelstellen einzurichten.

### **§33 Müllablagerungsplatz**

Der Müllablagerungsplatz auf dem Bühl ist demnächst aufgefüllt. Schon seit längerem wird deshalb nach einem geeigneten Platz für diesen gesucht. Als geeignet wurde das dem A. Fischer in Kapfenhardt gehörige Waldgrundstück Parz. Nr. 162/7 im Meßgehalt von 1 ha 6a 68qm befunden. Die Verhandlungen haben zu einem Kaufabschluss geführt.

### **§38 Besoldungssatzung**

Der seit 1. April 1931 im Dienst der Gemeinde stehende Gemeindepfleger Konstantin Eitel ist nebenberuflich angestellt. Seine dienstliche Inanspruchnahme war mit 50% angenommen. Die Geschäfte des Gemeindepflegers (Kassenverwalters) haben sich seit seiner Anstellung verschiedentlich vermehrt.

Gemeindepfleger Eitel hat deshalb den Antrag gestellt ihn hauptberuflich einzustellen.

Entschliebung: Den Gemeindepfleger ab 1. April hauptberuflich mit einer dienstlichen Inanspruchnahme von 75% anzustellen.

## **12. März 1937**

### **§49 Geldanlage**

Es wird zur Kenntnis gebracht, daß bei der Kreissparkasse weitere 8000 RM als Festgeld angelegt worden ist.

### **§55 Siedlung**

Am 9. März 1937 fand in der Siedlungssache noch einmal eine Geländebesichtigung und eine Beratung mit den Siedlungsanwärtern statt.

Die Besichtigungen einiger Gelände und die Verhandlungen führten nach längeren Auseinandersetzungen zu dem Ergebnis, daß die Siedlungsanwärter sich mit dem sog. „Haller Busch“ als Siedlungsgelände einverstanden erklärten.



Das der Gemeinde gehörige Grundstück genügt allein nicht für die Siedlung. Es ist daher noch anschließendes Gelände zuzukaufen. Dafür kommen in Betracht die Grundstücke Parz. Nr. 355 und 354/10 –im Gewand Straßenäcker.

Entschliebung: Das Gemeindegrundstück Parz Nr. 354/4 zum Preis von 40 Pf für Siedlungszwecke abzutreten, Die anderen Grundstücke käuflich zu erwerben und das Gelände durch Zuleitung von Wasser zu erschließen.

### **§58 Kursachen**

Reklame: Als Reklamemittel wurden im letzten Jahr erstmalig Bildpostkarten verwendet. Diese Art der Werbung hat Schömberg zweifellos in weiten Kreisen bekannt gemacht. Die Bildpostkarten sind vergriffen.

Entschliebung: Weitere 100000 Bildpostkarten gegen eine Gebühr von 450 RM zu bestellen

### **7. April 1937**

#### **§71 Siedlung**

In Sachen Siedlungsangelegenheit ist alles erforderliche eingeleitet.

#### **§72 Schulhaus Neubau**

In dieser Sache fand in Anwesenheit des Landrats, des Schulrats, und des Oberbaurats eine nochmalige Besichtigung geeigneter Bauplätze statt.

Als geeignet wurde das Gelände zwischen der oberen Herdgasse und dem Bühlweg hinter dem Schmied Schleeß'schen Haus, dem Jakob Wankmüller und dem Michael Rentschler gehörig befunden.

Das gem. Oberamt in Schulsachen hat nun mit Erlaß vom 3. April 1937 zur ungesäumten Erwerbung dieses Platzes aufgefordert, ebenso zur Aufstellung eines Bauprogramms. Sodann empfiehlt es einen kleinen Wettbewerb unter einigen bekannten tüchtigen Architekten zu veranstalten.

### **29. April 1937**

#### **§78 Brücke**

Der Hohlweg führt über eine Holzbrücke. Diese Brücke ist schadhaft.

Entschliebung: Die schadhafte hölzerne Brücke durch eine Betonbrücke zu ersetzen.

#### **§82 Gemeindearbeiterlöhne**

Die z. Zt. bei der Gemeinde beschäftigten Arbeiter suchen um Erhöhung des Lohnes nach. Er beträgt stündlich 50 Rpf. Begehrt werden 55 Rpf

Entschliebung: In Rücksicht auf die in Privatbetrieben gezahlten Löhne und auf die Zeitumstände von einer Lohnerhöhung abzusehen.

### **27. Mai 1937**

#### **§96 Kurverwaltung**

Mit der Übernahme des Geschäfts des Kurvereins auf die Kurverwaltung wurden u. a. auch die von letzterem angestellt gewesenen Personen übernommen. Es waren Dipl. Ing. Eugen Obenland, der Leiter der lichtklimatischen Station und der Kuranlagenwärter Karl Keppler.

#### **§102 Tuberkulose Erkrankungszahlen**

Dr. Ellinghaus von der Charlottenhöhe hat in der Zeitschrift „Der öffentliche Gesundheitsdienst“ eine Abhandlung „Aus der 15 jährigen Tätigkeit einer Tuberkulösenfürsorgestelle in ländlichem Bezirk“ veröffentlicht. Hierbei handelt es sich um den Bezirk Neuenbürg. Mehrfach wird in ihr auch Schömberg (Sch.) berührt. Von dem Inhalt dieser interessanten Abhandlung nehmen die Gemeinderäte Kenntnis.

#### **§103 Alter Friedhof**

Die Umgestaltung des alten Friedhofs zu einer Anlage geht nun ihrem Ende entgegen. Der Haupteingang zu ihr befindet sich an der Adolf Hitler Straße. Die Schaffung eines weiteren Zugangs von der Liebenzeller Str. aus hat sich als notwendig erwiesen. Dazu ist mit Jakob Bäuerle ein Vertrag abgeschlossen worden.

### **§105 Kurkonzerte**

Früher wurden große Konzerte in den Kuranlagen gegeben, jedoch nur alle 2-3 Wochen. In der Zwischenzeit fanden dann kleine Konzerte statt. Nun werden alle Sonntage und vom 15. 5. 37 ab auch Mittwochs, also wöchentlich 2 Konzerte in kleiner Besetzung gegeben.

### **§116 Kenntnisgabe von Erlassen.**

Einrichtung einer Meldestelle des Wehrmeldeamts Calw in Neuenbürg  
Erlaß der Geh. Staatspolizei Berlin betr. Wahl einer Generalsynode  
Erlaß derselben betr. Totenfeiern Deutschgottgläubiger auf Friedhöfen.

### **§117 Kureinrichtungen**

Die Gemeinde steht vor verschiedenen Neuerungen im Kurwesen, so vor der Frage der Erstellung eines Kurhauses, eines Schwimmbads u. a. Da empfiehlt es sich, die Einrichtungen in anderen Kurorten zu besichtigen.

### **8. Juli 1937**

#### **§140 Kursachen, Stand der Kurtaalfrage**

Aus der Erörterung geht hervor, daß der hohen Kosten wegen wohl vom Bau eines größeren, besser ausgestatteten Kurtaales wird abgesehen werden müssen und daß den derzeitigen Anforderungen auch der Bau eines einfacheren Saales genügen könnte zu mal bei dem Charakter des hiesigen Kurortes und der 4-Gliederung (Kurgäste in den 3 großen Sanatorien und solche in Fremdenheimen) Gemeinschaftsfeiern weniger in Frage kommen.

#### **§142 Gemeindepolizei**

Nach Erlassen der Innenministerien dürfen Gemeinden bis 2000 Einwohner keine eigenen Gemeindepolizeivollzugsbeamte haben.

Dies hat zur Folge, daß nunmehr auch der mit der üblichen regelmäßigen Überwachung der Polizeistunde beauftragte Hilfsamtsbote seine Tätigkeit nicht mehr ausüben darf. Er wird deshalb entlassen.

### **4. August 1937**

#### **§156 Turnplatz für die Schule**

Nach den neuesten Bestimmungen erhalten, sämtliche Schulklassen täglich mindestens 10 Minuten Turnen im Freien. Da der Platz vor und hinter der Schule dazu nicht geeignet ist, wird der Schule der Platz bei den Liegehallen für diese Zwecke überlassen.

### **18. August 1937**

#### **§177 Haushaltsplan für 1937**

Ausgaben ordentlicher Haushalt Gemeindeverwaltung	116024 RM
Ausgaben Kurverwaltung	30440 RM

### **24. Sept. 1937**

#### **§194 Wirtschaftskonzession**

Georg Karle hier hat sein Wirtschaftsanwesen zum Lamm hier an Karl Friedrich Schwab, Metzgermeister in Pforzheim verkauft. Dieser hat nun ein Gesuch um Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb einer Gastwirtschaft in dem Anwesen Geb. Nr. 44

### **20. Okt. 1937**

#### **§196 und 198 Unfruchtbarkeitsmachung**

*Ein weiterer Fall. Es geht hier um die Übernahme der Kosten durch die Gemeinde. Die Maßnahme wird nicht begründet*

#### **§215 Gewerbesteuer und Grundsteuer der Privatkrankeanstalten**

Neue Gesetze sehen verschiedene Steuerbefreiungen vor. Die beiden hiesigen Privatkrankeanstalten „Neue Heilanstalt“ und „Sanatorium Schömberg“, die bisher voll grund- gebäude- und gewerbesteuerpflichtig waren, scheinen Anträge auf Steuerbefreiung gestellt zu haben.

Volle Steuerbefreiung angenommen, würde die Gemeinde gegenüber 1936 einen Ausfall von rd. 11130 DM erleiden. Bei einem Gesamtaufkommen von 38830 RM sind das rund 30 %. Um diesen Ausfall durch Katastersteuern wieder zu decken, müßten statt 21% Gemeindeumlage 30% erhoben werden.

### **§218 Wasserversorgung**

Zur Frage der Wasserversorgung haben schon wiederholt Beratungen stattgefunden. Dies hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Ein Anschluß an die Schwarzwaldwasserversorgung ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich,

Es muß deshalb die eigene Anlage der Gemeinde ausgebaut werden. Dazu ist nötig:

Die Elektrifizierung des Betriebs

Die Erstellung eines Quellsammlers mit einem Fassungsvermögen von 300 m<sup>3</sup>

Eine Entsäuerungs- und Entkeimungsanlage sowie

Die Erstellung eines Pumphauses über dem Quellsammler

Die Vorbereitungen für die Finanzierung und den Ausbau der Wasserversorgungsanlage sind zu treffen.

**15. Dez 1937**

### **§235 Geldanlage**

Für Zweckvermögen können weitere 5000 RM angelegt werden.

### **§245 Turn und Sportplatz**

In einem Runderlaß werden die Gemeindeverwaltungen auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Pflege von Leibesübungen in erhöhtem Maße Beachtung zu schenken.

Eine gemeindeeigene Übungsstätte ist nicht vorhanden. Dagegen hat der Turnverein eine solche geschaffen.

Die Umstände geben Veranlassung, nochmals mit dem Turnverein zu unterhandeln und an die Gemeinde Oberlengenhardt mit dem Ansinnen heranzutreten, den Platz der Gemeinde Schömberg käuflich zu überlassen. Nun hat sich die Gemeinde Oberlengenhardt bereit erklärt den Platz zu verkaufen. Die Parzellen 295/2, 296/1 und 296/2 haben eine Fläche von 66a 69m<sup>2</sup>. Er liegt auf Gemarkung Oberlengenhardt.

Entschliebung:

Die Schuld des Turnvereins (*aus dem Ausbau des Platzes*) bei der Darlehenskasse zu übernehmen wenn der Turnverein sich bereit erklärt sein Turngebäude bei der katholischen Kirche für den Fall zu entfernen, daß die Gemeinde das ihr gehörige Gelände für andere Zwecke braucht.

Das Grundstück von der Gemeinde Oberlengenhardt zu erwerben.

### **§246 Friedhofsordnung**

Der Reichsminister des Inneren hat „Richtlinien für die Gestaltung der Friedhöfe“ aufgestellt. Die Gemeinden sind angewiesen diese Friedhofsordnung innerhalb eines Jahres entsprechend aufzustellen.

Dies wird so festgestellt.

### **§255 HJ-Heim, Zweckverband zur Finanzierung**

Nach einem Runderlaß des Innenministeriums haben die Gemeinden bei der Schaffung von Heimen für die HJ mitzuhelfen. Zur Erleichterung und Durchführung dieser Aufgabe sollten die Gemeinden sich zu einem Zweckverband zusammenschließen.

Das hiesige HJ-Heim genügt und entspricht den Anforderungen in keiner Weise. Auch die hiesige Gemeinde muß deshalb ein neues Heim beschaffen. Aus eigener Kraft ist dies in absehbarer Zeit nicht möglich.

Entschliebung: Dem Zweckverband zur Beschaffung von HJ-Heimen im Kreis Calw (Calw Neuenbürg, Na gold) beizutreten.

1938

### **Der Gemeinderat setzt sich zusammen aus:**

Bürgermeister Hermann

1. Beigeordneter: Breitling;

2. Beigeordneter: Lörcher

Gemeinderäte: Brechtel, König, Bischoff, Schröter, Wankmüller, Kusterer

**2. Febr. 1938**

**§4 Feuerwehrangelegenheiten**

Es wird bekannt gegeben, daß der Führer der Wehr, Friedrich Burkhardt, Kaufmann, auf 1. April 1938 seine Rücktritt – alters- und gesundheitshalber – erklärt hat.

**§5 HJ- Heim Zweckverband zur Finanzierung**

Dem in Bildung begriffenen Zweckverband zur gemeinschaftlichen Finanzierung von HJ- Heimen im politischen Kreis Calw sind nun auch die Gemeinden des Kreises Neuenbürg beigetreten. Über den Zeitpunkt und die Reihenfolge, in der die Heime in den einzelnen Gemeinden erstellt werden, ist noch nichts bekannt.

**§12 Lichtklimatische Station**

Vom Reichsamt für Wetterdienst ist für die Kurortklimatologischen Arbeiten der hiesigen Station ein Beitrag bewilligt.

Die Kurortklima Kreisstelle Nordschwarzwald in Baden Baden hat wieder um den Beitritt zur Kurortklima Organisation und Verwilligung eines Beitrags von 60 RM nachgesucht. Da in Schömberg eine eigene Station besteht, bitte die Gemeinde um Aufnahme in die Organisation aber um Befreiung vom Beitrag.

**§13 Arbeitsheilstätte auf dem Bühlhof**

Der Plan von Dr. Dorn- Charlottenhöhe, eine Arbeitsheilstätte zu erstellen, hat dadurch neue Gestalt gewonnen und ist dadurch wieder wach gerufen worden, daß Karl Koch auf dem Bühl sein Anwesen dem Verein für Volksheilstätten in Württemberg für diesen Zweck zum Kauf angeboten hat.

Dieser Umstand bewegt die Gemüter im Sinne von „Für und Wieder“. Die Gegner befürchten, daß durch Erstellung einer Arbeitsheilstätte der Ruf Schömbergs leiden und daß die Gemeinde noch unbekannte Lasten bekommen könnte.

Da aber Schömberg ein Lungenkurort ist und andere Kurgäste in solange nicht kommen, als Lungenkranke am Platze sind und da die Heilstätte außerhalb Schömbergs zu stehen käme, ist in dieser Richtung ein Nachteil und Schaden nicht zu fürchten, ja die Heilstätte würde die Wirtschaft befruchten. Bedenken in fürsorglicher Hinsicht bestehen nicht, weil durch den Eintritt in die Heilstätte ein gewöhnlicher Aufenthalt hier nicht begründet würde.

So sieht der Bürgermeister keinen Anlaß, wie er auch keine Mittel hat, das Projekt zu verhindern, zumal der Bau doch dem Bau eines Fremdenheims oder einer privaten Heilstätte gleichkommt.

**25. Febr. 1938**

**§7 Kurverwaltung**

Bekanntgegeben wird ein Schreiben des Bürgermeisters von St. Blasien.

Hiernach treten nun auch dort zunehmend die Erscheinungen zu Tage, daß nicht infektiöse Erholungsuchende der Lungenkranke wegen, die sich in St. Blasien aufhalten, den Kurort meiden. Erscheinungen, wie sie hier seit längerem zu beobachten sind. St. Blasien glaubt, dem dadurch begegnen zu können, daß Vorkehrungen getroffen werden, die verhindern, daß Lungenkranke und Nichtinfektöse beisammen sind.

Eine solche Maßnahme wird sich nicht, oder nur sehr schwer durchführen lassen.

**§12 Siedlung**

Für die Siedlung hat die Gemeinde ihr Grundstück am Weberackerweg Parz. Nr. 354/4 käuflich zur Verfügung gestellt. Dieses Grundstück reicht jedoch nicht aus. Es wird das angrenzende Grundstück des Adam Burkhardt Parz. 355 zu einem Teil benötigt. Der Besitzer ist nur zum Verkauf des ganzen Grundstücks (9151 m<sup>2</sup>) bereit. Der Kaufpreis erscheint hoch.(4600RM) Die hohen Preise haben hier ihre Ursache darin, daß ein Landhunger besteht und daß die Feldmarkung sehr klein ist.

In der Voraussicht nun, daß sich die Siedlung im Laufe der Zeit noch ausdehnen wird und anderes billigeres Siedlungsgebiet nicht zu bekommen ist, faßt der Bürgermeister die Entschliebung das Grundstück zu kaufen.

**§18 Turn- und Sportplatz**

Der Abschluß eines Vertrages ist noch nicht zustande gekommen. Die Gemeinde Oberlengenhardt möchte einer gleichzeitigen Markungsänderung nicht zustimmen.

Es wird beschlossen, den Platz auch ohne Markungsänderung zum Preis von 2500 RM zu kaufen.

### **§19 Schulhausneubau**

In längeren Unterhandlungen ist mit den in Frage kommenden Grundbesitzern Wankmüller und Rentschler eine Einigung erzielt worden. Diese sind bereit den Platz zu einem Preis von ca. 2RM/m<sup>2</sup> abzugeben.

Das Ergebnis ist dem Oberamt mit der Bitte um Stellungnahme zur Preisfrage übermittelt worden.

Auf gütlichem Wege günstigere Bedingungen zu erzielen wird für unmöglich gehalten.

### **§21 Wandzeitung „Die Parole der Woche“**

Die Reichspropagandaleitung der NSDAP gibt eine parteiamtliche Wandzeitung heraus, auf deren Verbreitung allergrößter Wert gelegt wird.

Zur Förderung und Unterstützung dieser Aufklärung wird ein Stück dieser Wandzeitung bestellt und im Rathaus aufgehängt.

### **§22 Kurverwaltung Prospekt**

Der Vorrat an Prospekten geht zur Neige. Es macht sich deshalb die Herausgabe eines neuen Prospekts notwendig.

Der Druck von 20000 Stück wird an die Fa. H. Osterwald in Hannover vergeben.

## **17. März 1938**

### **§1**

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Bürgermeister der Ereignisse, die sich in den letzten Tagen durch die Großtaten des Führers Adolf Hitler vollzogen haben, indem er Österreich von seinem Joch befreite und es mit Deutschland vereinte.

### **§3 Gemeindetag**

Der Deutsche Gemeindetag hat mitgeteilt, daß im Zuge der Neugestaltung Berlins demnächst auch die Dienstgebäude der Geschäftsstelle des Deutschen Gemeindetags in Anspruch genommen und abgerissen werden. Als Ersatz muß ein neues Verwaltungsgebäude errichtet werden dessen Baukosten auf die Gemeinden umgelegt werden.

### **§12 Sportplatz**

Der Platz genügt nicht für die Austragung von Fußballspielen. Dafür ist er zu schmal. Will die Halle belassen werden, dann müßte eine Erweiterung gegen den Oberlengenhardter Gemeindewald erfolgen.

*Es werden verschiedene andere Grundstücksmöglichkeiten erwogen*

Entschießung:

Den bestehenden Sportplatz unter der Voraussetzung zu erwerben und beizubehalten, daß die Gemeinde Oberlengenhardt gleichzeitig eine Markungsänderung eingeht.

Die Erbreiterung des Sportplatzes zu dem Zeitpunkt vorzusehen, in dem die Erneuerung und Versetzung der stehenden Halle notwendig wird

Die Halle dann in den Wald der Gemeinde Schömberg bei der Kuranlage zu versetzen.

## **28. April 1938**

### **§7 Feuerwehr**

Die Gemeinderäte nehmen davon Kenntnis, daß sich durch den Rücktritt des Führers der Freiwilligen Feuerwehr, Friedrich Burkhardt, Änderungen im Führerrat der Feuerwehr notwendig machen, sowie daß für die Besetzung bzw. Ergänzung des Führerrats dem Herrn Landrat folgende Personen nach Anhörung der Mitgliederversammlung der Freiwilligen Feuerwehr vorgeschlagen worden sind:

Als Führer der Wehr: Ulrich Großmann, bisheriger Stellv. Des Feuerwehrführers

Als Stellvertreter: Friedrich Dürr

Als Gerätewart: Karl Bertsch

Weiteres Mitglied: Gustav Wacker

## **§16 Schulhaus Neubau**

Das Oberamt beanstandet den Preis für den zu erwerbenden Schulhausplatz nicht.

Um die Baupläne in Auftrag geben zu können muß der Ortsbauplan für diese Gelände festgestellt werden.

## **§17 Siedlung**

Die Genehmigung des Siedlungsvorhabens muß bis zum nächsten Besuch des Herrn Baurat Stoll zurückgestellt werden, da die endgültige Lage der Umgehungsstraße noch festgestellt werden muß

## **§21 Kurwesen**

Den hiesigen Kurgästen mangelt es an Möglichkeiten der Unterhaltung und zum Zeitvertreib. Als eine Art, diesem Mangel teilweise abzuhelpfen erscheint die Erstellung eines Vogelfluggeheges in dem zur Anlage umgestalteten früheren Friedhofes geeignet. Dadurch würde auch erreicht, daß diese Anlage, deren Besuch vielfach noch gemieden wird, gerner aufgesucht werden würde.

Entschliebung: Diese Anlage zu erstellen.

## **§22 Schießstand**

Als ein weiteres Mittel zur Unterhaltung der Kurgäste erscheint geeignet, denselben die Ausübung des Schießsports zu ermöglichen.

Ein Schießstand ist vorhanden. Er steht im Eigentum der hiesigen Kriegerkameradschaft. Die Benützung derselben ist derzeit gesperrt. Es müssen noch Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Ein Pistolenstand soll eingebaut werden.

Diese Maßnahmen erfordern einen großen Aufwand, den die Kriegskameradschaft allein zu tragen nicht in der Lage ist. Weil die Anlage sportlichen Zwecken und der Wehrrertüchtigung dient und auch den Kurgästen zur Unterhaltung und der NSDAP zur Verfügung gestellt werden soll, wird sich die Gemeinde mit 2/3 der Kosten beteiligen.

## **23. Juni 1938**

### **§7 Musikverein**

Ein Musikverein ist im Entstehen und die für eine Kapelle nötigen Musiker haben sich zusammen gefunden. Sie steht unter der Leitung von Georg Emmerich hier, der sich uneigennützig in den Dienst der Sache stellen will.

Die Bildung einer Kapelle liegt sowohl im Interesse des Kur- und Fremdenbetriebs als auch in den örtlichen Veranstaltungen, insbes. bei nationalen Anlässen.

## **§14 Schulungslager der Bürgermeister**

Das Bauamt für Kommunalpolitik hat für die Bürgermeister Schulungslager festgesetzt. Zur Teilnahme ist Bürgermeister Hermann einberufen worden.

## **21. Juli 1938**

### **§ 5 HJ –Heim**

Der Zweckverband teilt mit, daß für Schömberg und Schwarzenberg ein gemeinsames Heim mit einem Bauaufwand von ca. 30000 RM vorgesehen ist. Der jährliche Anteil von Schömberg beläuft sich auf 1300 RM, der von Schwarzenberg auf 300 RM.

## **§6 Arbeitsdienstlager weibl.**

Der Mangel an weiblichen Arbeitskräften zur Unterstützung der bäuerlichen Bevölkerung in den sogen. Waldgemeinden hat der Kreisleitung der NSDAP Veranlassung gegeben die Frage der Errichtung eines weiblichen Arbeitsdienstlagers zu prüfen.

Um das Lager hat sich Langenbrand beworben. Es fand eine Besprechung statt.

Ergebnis:

Das Lager soll nicht in Langenbrand sondern in Oberlengenhardt erstellt werden. Die Gemeinde Oberlengenhardt hat einen geeigneten Platz zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden Beinberg, Bieselsberg, Igelsloch, Maisenbach, Oberlengenhardt, Schömberg, Schwarzenberg und Unterlengenhardt erklären sich bereit, den 60000 RM übersteigenden Bauaufwand von ca. 80000 RM für das Lager zu übernehmen.

## **§12 Siedlung**

In der Siedlungsangelegenheit ist deshalb eine Stockung aufgetreten, weil in dem Plan eine Umgehungsstraße zu berücksichtigen ist und die Verhandlungen über die Führung dieser Straße eine längere Zeit beanspruchten, da verschiedene Vorschläge über die Linienführung für die Gemeinde nicht annehmbar waren. Über die Linienführung ist nun ein Einvernehmen zwischen dem Straßenbauamt Calw, der Ortsbauplanberatungsstelle im Innenministerium und der Gemeinde erzielt worden.

Die Umgehungsstraße kommt nicht über die Siedlung, sondern hinter dieselbe und sie durchschneidet nun nicht mehr die Kuranlagen und sonstige Gärten nahe der Häuser und des Orts, sondern führt hinter der Kuranlage und hinter dem Friedhof durch Wald zur Liebenzeller Str. Dadurch ist der Ort in seiner Entwicklung nicht mehr so eingengt. Und gehemmt, wie er dies nach den 2 ersten Entwürfen geworden wäre; Der Festungsgürtel wurde weiter abgerückt.

Diesen höheren Belangen müssen sich die Siedler unterordnen.

*In den Akten der Gemeinde gibt es einen Plan mit dem Datum 17. Mai 1938. Das ist nicht der Stand wie oben beschrieben.*

## **§18 Heilklimatischer Kurort**

Nach der Anordnung des Reichsfremdenverkehrsverbandes müssen die Orte, welche als „heilklimatische Kurorte“ anerkannt werden wollen, die dazu nötigen Unterlagen einreichen. Dazu ist auch ein Fragebogen zu beantworten. Fragen und Antworten werden bekannt gegeben.

## **15. Sept. 1938**

### **§2 Krankenpflegegebühren**

Der Kurbetrieb, d. h. die Pflege der sich hier zur Kur aufhaltenden Kranken hat die Einrichtung einer Krankenpflegestation notwendig gemacht. Die Station ist mit 2 – 3 Schwestern besetzt. Der mit der Station verbundene Aufwand wird von der Kurverwaltung getragen. Zur Deckung des Aufwands wird von den betreuten Gebühren erhoben.

*Es folgt eine Gebührenordnung (vom Nachtschiff bis zur Urinflasche)*

### **§5 Kurtaxe**

Die Kurtaxe wird nach Aufenthaltsdauer gestaffelt und beträgt für Privatpatienten zwischen 5 und 20 Rpf und für Kassenpatienten 4 – 15 Rpf/Tag

### **§7 Kleinkinderschule**

Für den Besuch der Kleinkinderschule wird ein Schulgeld erhoben.

Ein Zwangsschulgeld wird nicht erhoben.

Für das freiwillige Schulgeld werden folgende Sätze festgesetzt:

Für 1 Kind 10 Pf/Woche

Für 2 Kinder 15 Pf/Woche

Für 3 und mehr Kinder 20 Pf/Woche

### **§8 Hygiene- (Desinfektions-) Gebühr**

Die hier zur Kur weilenden Kranken sind verpflichtet, ihren Auswurf in hierfür bestimmte Gefäße (Spucknapfe) zu verbringen. Die Entleerung und Desinfektion des Auswurf und der Gefäße der in Kur- und Fremdenheimen untergebrachten Kranken erfolgt durch Beauftragte der Kurverwaltung.

Dafür werden Gebühren erhoben.

Die Kliniken sorgen hierfür in eigener Verantwortung.

## **22. Sept. 1938**

### **§3 Schulhaus Neubau**

Es wird festgestellt, daß Entwürfe für den Neubau gefertigt werden.

### **§11 Kursachen**

Kinderfest: Der Gesangverein Germania hielt vor kurzem hier ein Waldfest ab und verband damit auch ein Kinderfest. Diese Feste dienen auch der Unterhaltung der Kurgäste und werden dementsprechend auch ausgestaltet.

#### **„Führer durch Schömberg“**

Im Jahre 1922 kam die 3. Auflage der Broschüre von Chefarzt Dr. Schröder hier heraus in einer Auflage von 4000 Stück. Fast die gesamte Auflage nahm der Kurverein bzw. die Kurverwaltung ab.

Herr Dr. Schröder fragt nun an, ob ein Interesse für eine 4te Auflage besteht.

Nach den bisherigen Erfahrungen wurde das Buch im Buchhandel ganz wenig verkauft und fand auch bei den Kurgästen am Platze wenig Abnehmer. Es besteht deshalb kein Bedürfnis an einer neuen Auflage.

#### **§14 Auto Wartehäuschen**

Durch die Erbreiterung der Lindenstraße und durch die Anlage eines Gehwegs ist das Wartehäuschen zu nahe an die Straße gerückt. Über die Möglichkeiten wird beraten.

#### **§15 Gebäudenummerierung**

Die Gebäude sind hier in der Reihenfolge ihrer Erstellung numeriert. Die Straßen und Wege an denen sie stehen haben Namen. Ein Auffinden der Häuser ist bei dieser Art der Numerierung für Fremde fast unmöglich. Dieser Mangel kann dadurch behoben werden, daß die Gebäude straßenweise numeriert werden.

Der Landrat soll gebeten werden, die straßenweise Numerierung zu zulassen.

#### **§16 Kurhaus (Gemeindehaus)**

Der Bürgermeister bespricht mit den Gemeinderäten wieder die Frage der Erstellung eines Kursaals und die Möglichkeiten der Finanzierung eines solchen Baus. Die Möglichkeit, für die Kurgäste und die Einwohner ein Haus zu schaffen, das ein politischer, kultureller und gesellschaftlicher Mittelpunkt werden würde, rückt hiernach näher. Neben dem vorhandenen Fonds für diesen Zweck sollten freiwillige Spenden als Grundlage für den Bau bilden.

#### **§17 Siedlung**

Die Probleme für die Siedlung sind gelöst. Es kann mit den Erschließungsarbeiten begonnen werden.

#### **§19 Lichtklimatische Station**

Die Station ist im Jahr 1936/37 neu erstellt und erweitert worden. Sie untersteht dem Reichsamt für Wetterdienst in Berlin. Eine Wohnung für den Leiter der Station wird bei Fr. Burkhardt, Zimmermann angemietet der auch den Platz für die Station überlassen hat.

### **2. Nov. 1938**

#### **§4 Schulspeisung im WHW 1938/39**

Wie in früheren Jahren soll auch über die Dauer des WHW 1938/39 eine Schulmilchspeisung durchgeführt werden. Voraussetzung ist, daß die Gemeinde einen Teil der Kosten übernimmt.

Die Gesundheit der Kinder ist durch die Anwesenheit so vieler Lungenkranker gefährdet. Sie zu kräftigen und widerstandsfähig zu machen darf daher kein Mittel gescheut werden.

Es wird ein Zuschuß bewilligt.

#### **§9 Führer und Prospekt von Schömberg**

Der leitende Arzt des Waldsanatoriums Dr. Schröder hat die Herausgabe einer 4. Auflage angeregt.

Hierüber, insbes. wegen der Gestaltung der Schrift, der Kosten und des Vertriebs sind Meinungsverschiedenheiten entstanden. Außerdem ist bei der Auflistung der Ärzte der Facharzt Dr. Michelsson vergessen worden.

#### **§10 Kuranlagen Wald**

Der zur Kuranlage gehörige Wald ist einheitlich mit Fichten bestockt. Dies macht auf die Besucher einen eintönigen und düsteren Eindruck. Der Wald sollte mehr Mischung und Farbe erhalten.

#### **§13 Turn- und Sportplatz, Markungsänderung**



Es besteht der Beschluß den Sportplatz käuflich zu erwerben und eine Markungsänderung herbeizuführen. Beides ist im Hinblick darauf nicht vollzogen worden, daß die Möglichkeit einer Zusammenlegung der beiden Gemeinden besteht.

## **§20 Eingemeindung der Charlottenhöhe und der Tannmühle nach Calmbach**

Die Gemeinde Calmbach hat Antrag auf Eingemeindung der Volksheilstätte Charlottenhöhe und der Tannmühle nach Calmbach gestellt.

## **§21 Schulhaus Neubau**

Die mit der Ausarbeitung von Entwürfen und Kostenvoranschlägen für ein neues Schulhaus betrauten Architekten Elsässer und Müller, beide in Stuttgart haben nun ihre Entwürfe vorgelegt.

Die Entschließung hierzu wird ausgesetzt.

## **3. Dez. 1938**

### **§15 Kurort**

Die Kurortklimakreisstelle Nordschwarzwald mit Sitz in Baden Baden hat am 19. 11. 1938 ein Gutachten abgegeben. Dieses besagt, daß Schömberg ein sehr günstiges Klima hat, welches sich nicht nur erfahrungsgemäß durch zahlreiche Heilerfolge erwiesen hat, sondern welches auch aus exakten meteorologischen Beobachtungen einwandfrei hervorgeht. Es spreche daher meteorologisch und klimatologisch betrachtet nichts dagegen, daß Schömberg als „Heilklimatischer Kurort“ bezeichnet werde.

### **§17 Lichtklimatische Station**

Das Verhältnis der Kurverwaltung zum Leiter der Station ist nicht ganz klar. Berufen ist er vom Reichsamt für Wetterdienst, von dem er auch die Barbezüge über die Kurverwaltung erhält. Die Kurverwaltung hat des weiteren für freie Wohnung und Verpflegung zu sorgen.

Das Reichsamt ist der Meinung daß der Leiter der Station nicht Angestellter des Reichsamts ist, daß er lediglich der wissenschaftlichen Weisungsbefugnis des Reichsamtes unterstehe. Demnach wäre der Leiter der Station als Angestellter der Kurverwaltung zu betrachten und wäre von dieser zu versichern.

### **§21 Kleinkinderschule**

Die Kleinkinderschule wird von einer Schwester des Mutterhauses Großheppach betreut. Diese ist älter und häufig krank, so daß ihr der Dienst an der Schule mehr und mehr schwer fällt.

Dieser Umstand gibt Veranlassung, die Überleitung der Kinderschule in einen NSV- Kindergarten vorzubereiten.

## **1939**

## **6. Jan. 1939**

§1 Vor Eintritt in die Beratungen gedenkt der Bürgermeister der im Jahr 1938 eingetretenen politischen Ereignisse und der Schaffung Großdeutschlands durch den Führer. Er beglückwünscht die Beigeordneten und Gemeinderäte zum Neuen Jahr.

### **§2 Gemeinderat**

Infolge Ausscheidens des Gemeinderats Wilhelm Kusterer durch seine Berufung als 2. ehrenamtlicher Beigeordneter hat der Beauftragte der NSDAP im Benehmen mit dem Bürgermeister für die Restzeit bis 31. März 1941

den Arzt Dr. med. Ludwig Braun

zum Gemeinderat berufen.

### **§7 Gewerbesteuer 1938**

Wie das „Waldsanatorium Dr. Schröder“ und das „Sanatorium Schömberg“ ist nun auch das Kindersanatorium und die Privatkrankenanstalt Menges steuerfrei geworden.

### **§17 Müllabfuhr**

Die Müllabfuhr erfolgt nunmehr auf den neuen Platz im Fischer'schen Wald bei der Kläranlage.

Der Müll wird in den Sommermonaten Juni – September alle 3 Woche abgefahren, in der übrigen Zeit bis auf weiteres wie bisher alle 4 Wochen.

## §20 Kursaal

Der Bürgermeister berichtet über die von ihm eingeleiteten Verhandlungen mit der Deutschen Arbeitsfront wegen Erstellung eines Gemeinschaftsraumes.

## §22 Ausgemeindung der Volksheilstätte Charlottenhöhe und der Tannmühle nach Calmbach

*3 seitiges Protokoll zu diesem Thema Auszug:*

Als Gründe für eine Eingemeindung nach Calmbach werden insbes. angeführt, daß

- 1) sich der gesamte wirtschaftliche Nahverkehr nur mit Handwerkern, Lebensmittellieferanten usw. aus Calmbach abwickle. Postamt und Bahnstation Calmbach für die Heilstätte gelten und die vollständige politische Verbindung nur mit Calmbach bestehen würde.
- 2) Durch den täglichen regelmäßigen Lastwagen- und besonderen Personenwagenverkehr, mündliche Verhandlungen des Bürgermeistersamts mit Patienten oder Angestellten der Heilstätte rascher und leichter ermöglicht werden könnten.
- 3) Im Zusammenhang mit dem Kraftwagenverkehr und durch den beiderseitigen Fernsprechananschluß in Wildbad Ersparnisse an Fernspreckgebühren und an Postauslagen entstehen würden.
- 4) Besonders ungünstig ist die ungefähr 30 km lange Fahrt mit dem Kraftwagen nach Schömberg und zurück.

*Es folgt die vom Landrat in Calw gewünschte Stellungnahme Schömbergs Auszug:*

Die Tannmühle gehört seit unvordenklichen Zeiten zur Gemeinde Schömberg und die Volksheilstätte Charlottenhöhe seit ihrem Bestehen (1907). Die Volksheilstätte hat auf dem Bühl 1938 eine Arbeitsheilstätte eröffnet, die noch erweitert werden soll und die stark mit der Charlottenhöhe zusammenhängt.

Schömberg ist in Württemberg der Lungenkurort. Die Heilstätten sind auf hiesiger Gemarkung vereinigt. Dies hat den Nachteil, daß Schömberg von vielen Ängstlichen gemieden wird. Es gab auch eine Zeit in der sich Wildbad und Calmbach gegen die Errichtung einer (Lungen-) Arbeitsheilstätte in der Nähe der Charlottenhöhe wehrten, in der Befürchtung, ihre Orte könnten dadurch in Verruf kommen.

Eine Ausgemeindung in dem von Calmbach beantragten Umfang hätte für Schömberg große finanzielle Auswirkungen. 18% der Gemarkungsfläche mit dem entsprechenden Steuerwert. Auch die Schömberger Wasserversorgung liegt in diesem Gebiet.

Der Weg ist für Fußgänger nach Schömberg bequemer, da fast eben.

Für den Kraftwagenverkehr fehlt der direkte Weg. Diesem Mangel kann abgeholfen werden. Die Gemeinde Schömberg erstrebt seit Jahren eine bessere Fahrwegverbindung mit der Charlottenhöhe- Die Möglichkeit dazu sieht sie darin, daß der von der Forstverwaltung neu erbaute Weg ab der Reichsstraße zwischen Höfen und Calmbach zur Charlottenhöhe von da bis zur Einmündung in den Schleifweg in Richtung Schömberg weiter geführt wird- Verhandlungen mit der Forstverwaltung hiewegen werden aufgenommen.

Entschliebung: Die zuständigen Behörden zu bitten, dem Antrag des Bürgermeisters der Gemeinde Calmbach nicht statt zugeben.

**15. Febr. 1939**

## §15 Haushaltssatzung

Ordentlicher Haushalt	1938	118186 RM
Außerordentlicher Haushalt		5800 RM

**28. März 1939**

## §2 Schulhaus Neubau

Es liegen nunmehr Baupläne der Architekten

Reg. Baum.	Karl Ellsäcker,	Stuttgart	
Dipl. Ing.	Fritz Mükker	Stuttgart	
Architekt	Ludwig Rest	Neuenbürg	vor.

## §4 Siedlung

Die Ausführung der Siedlung ist dadurch ins Stocken geraten, daß die Baugenehmigung nicht erteilt wird, in solange die Württ. Landeskreditanstalt die zur Beschaffung des erforderlichen Bauholzes nötigen Holzeinkaufsscheine nicht erteilt hat.

Die Dringlichkeit wird von dieser Stelle zwar anerkannt. Einer Zuteilung von Holzeinkaufsscheinen stehen noch höhere, staatspolitische Interessen entgegen.

#### **§5 Wasserversorgung (neuer Sammelbehälter und neue Pumpstation)**

Um die Wasserversorgung zu sichern, ist vorgesehen, im Calmbachtal bei der Wehranlage einen Quellsammelbehälter und eine weitere Pumpstation darauf zu erstellen. Als Bauplatz kommt das Wiesengrundstück Parz Nr. 447 am Calmbächle (2730 m<sup>2</sup>) in Frage.

Entschliebung: Grundstück vom Fiskus zu erwerben.

#### **§9 Kursachen**

Der Präsident des Reichsfremdenverkehrsverbandes hat dem Kurbetrieb Schömberg die Anerkennung der Bezeichnung „heilklimatischer Kurort“ in der Werbung ausgesprochen.

Freudenstadt hat diese Anerkennung gleichzeitig erhalten.

Die Kurortkreisklimastelle Baden-Baden teilt über die Witterung im Febr. 1939 mit, daß Schömberg die höchste Sonnenscheindauer von allen in Betracht kommenden Kurorten hatte.

#### **§10 Kursachen Werbung**

Aus Anlaß der Reichsgartenschau in Stuttgart beteiligt sich die Gemeinde mit einer Anzeige in dem Führer.

#### **§12 Kurort – Tuberkulose**

In einem vertraulichen Rundschreiben des Fremdenverkehrsverbandes betr. Schutz der Bäder und Kurorte vor dem Besuch ansteckungsfähiger Tuberkulöser wird Klagen von Bädern und Kurorten über die Einbringung getarnter ansteckungsfähiger Lungenkranker in zahlreiche indifferente Kurorte und Heilbäder hingewiesen. Es soll nun die Frage des Schutzes und der Sanierung der Bäder und Kurorte vor dem Besuch solcher Kranker einerseits und die Unterbringung von Tuberkulösen in Bädern und Kurorten andererseits im Einvernehmen mit den Reichsstellen überprüft werden.

Vom Gesichtspunkt des heilklimatischen Kurorts Schömberg aus ist dieses Vorhaben nur zu begrüßen.

#### **§13 Kurort - Führer**

Besprochen wird die Frage der Herausgabe eines neuen „Führers“, den Chefarzt Dr. Schröder und der Leiter der Lichtklimatischen Station, Dr. Kramer verfassen.

Die Entschliebung wird ausgesetzt.

#### **§16 Eberhaltung**

In hiesiger Gemeinde wird derzeit 1 Mutterschwein gehalten. Zur Begattung wird dieses einem Eber, den Gottlieb Mönch zur unteren Mühle in Bieselsberg-Kapfenhardt hält, zugeführt. Der Eber wird von Mönch privat gehalten. Er begehrt nun von der Gemeinde Bieselsberg ein Wartegeld. Diese fragt an, ob sich die Gemeinden, in denen Zuchtsauen gehalten werden und die von dem Eber des Mönch belegt werden an dem Aufwand für das Wartegeld beteiligen würden.

#### **§22 Baugrundstücke**

Immer wieder melden sich Fremde, die hier einen Bauplatz kaufen und sich ein Wohnhaus bauen wollen. Die Vorhaben sind aber immer daran gescheitert, daß Bauplätze nicht zu bekommen waren, oder daß für sie zu hohe Preise gefordert wurden. Die Auswahl an Bauplätzen ist gering. Die Gemeinde sollte wo irgend möglich zum Bauen geeignetes Gelände erwerben, um so auch die bauliche Entwicklung des Ortes zu fördern.

### **5. Mai 1939**

#### **§1 Bekanntgaben:**

Erlaß der Ortsbauplanberatungsstelle betr. Bearbeitung des Ortsbauplanentwurfs, demzufolge der Entwurf voraussichtlich im Mai d. J. zu erwarten ist.

Eingabe des Wehrmeldeamts Calw, in dem um die Abhaltung von Wehrversammlungen in Schömberg gebeten wurde.

#### **§4 Straßen**

Benennung von Straßen, Plätzen und Brücken bedarf der Zustimmung des Beauftragten der NSDAP

#### **§5 Siedlung**

Der Württ. Heimstätte GmbH ist es gelungen das Holz für die Siedlung zu beschaffen und sicherzustellen  
Der Baubeginn kann erfolgen.

#### **§7 Volkszählung**

Am 17. Juli d. J. findet eine Volkszählung statt.

#### **§9 Kindergarten (Kleinkinderschule)**

Die Übernahme der seitherigen Kleinkinderschule und die Fortführung derselben als Kindergarten durch die NSV ist nun genehmigt. Er ist am 2. Mai 1939 eröffnet worden.

Damit hat die Gemeinde zu einem guten Teil dazu beigetragen, daß die Erziehung der Kinder zum Nationalsozialismus von Kind auf erfolgen kann.

#### **§11 Forderung an den früheren Gemeindepfleger und Ortsbaumeister Eugen Röcker in Mössingen.**

Röcker hatte zum Bau seines Hauses eine Abfindung seines Wohnungsgeldes von der Gemeinde erhalten. Sein Vertrag wurde zum 31. 3. 1931 gekündigt. Dadurch kam er in Zahlungsschwierigkeiten. Für die Gemeinde blieb eine Restforderung.

Durch den Tod seines Vaters ist ihm nun ein Vermögen angefallen. Um wieder ein freier Mann zu werden, strebt er mit seinen Gläubigern Vergleiche an.

Entscheidung: Ein Vergleichsangebot anzunehmen.

#### **1. Juni 1939**

##### **§1 Bekanntgaben**

Ergebnis der Volkszählung:

Wohnbevölkerung	1307	(Nach dem statistischen LA = 1591)
Ortsanwesend	2227	
Kurgäste	952	
Vorübergehend anwesend	31	

#### **§6 Straßen**

Es sind noch nicht alle Straßen staubfrei gemacht. So der untere Teil der Talstraße, der obere Teil der Schiller- und der Poststraße.

#### **§9 bis 15 Fürsorgefälle**

#### **29. Juni 1939**

##### **§1 Bekanntmachungen**

Hauptlehrer Schick wird zum 1. 7. 1939 nach Heilbronn ersetzt

##### **§2 Gemeinderat**

Gemeinderat Wilhelm König hat sich verheiratet und in Calmbach niedergelassen. Er scheidet deshalb aus dem Gemeinderat aus.

#### **§11 Höhenstraße Schömberg – Pforzheim**

Der Kreisrat Calw hat sich damit einverstanden erklärt, diese Straße im Abschnitt Grunbach bis Langenbrand weiterzuführen. Die Vorarbeiten dazu sind eingeleitet worden.

## **22. August 1939**

### **§9 Höhenstraße Pforzheim – Schömburg**

Die Arbeiten zur Verbesserung der Landstraße II. Ord. Nr. 55 Büchenbronn – Grunbach – Salmbach sind wegen Inanspruchnahme der dabei beschäftigten Arbeitskräfte für andere staatspolitisch wichtige Bauten unterbrochen worden. Der Bau ist zu 2/5 fertiggestellt.

### **§11 Kursachen**

Es wird von Veröffentlichungen in Zeitschriften in denen Schömburg erwähnt wird Kenntnis gegeben.

- 1) „Der Fremdenverkehr“ 1.7.39 Nr26 „Kurort-  
klimaforschung in Großdeutschland.“
- 2) „Deutschland“ Aug. 1939  
„Deutsche Naturschätze für die Heilung der Tuberkulose“ (mit Bild)
- 3) „NS-Kurier“ 4.8.39 Nr. 360  
„Im Auto hoch hinauf in den Schwarzwald“
- 4) „Völkischer Beobachter“ Juni 1939 „Durch  
das schwäbische Bäderland“ (der Name Schömburg wurde vergessen anzugeben)
- 5) „Blätter f. d. Wohlfahrtspflege“ Juni 1939, Nr.6 „Arbeitsheilstätte  
auf dem Bühl“

### **§13 Auswanderer**

Den im Ausland wohnenden Gemeindeangehörigen wird als Weihnachtsgruß und Jahresgeleit der Heimat der „Schwäbische Heimatkalender“ übersandt.

### **§16 Luftschutz – Alarmanlage**

Gegen Fliegerangriffe ist ein Luftschutzwarndienst einzurichten. Der Fliegeralarm ist der gesamten Bevölkerung bekanntzugeben. Hierfür ist ein Gerät zu beschaffen.

## ***1. September 1939***

## ***Beginn des 2. Weltkrieges***

## **6. September 1939**

Der Krieg, verursacht durch die Kriegserklärungen von England und Frankreich, hat die Räumung im Operationsgebiet liegender Gebiete notwendige gemacht.

In Karlsruhe wurde u. a. das Städt. Krankenhaus geräumt. Die Kranken wurden in Krankenhäuser der Stadt Pforzheim gelegt. Da dort nicht alle Kranken aufgenommen werden konnte, wurde ein Teil derselben und zwar die Tuberkulosekranken hierher gebracht. Es sind 15 Kranke die hier in den Kurheimen Burkhardt, Stürmer, Bertsch-Daheim, Rentschler-Post, und Menges untergebracht worden sind.

Bis zur Feststellung der Kostenträger muß der Ortsfürsorgeverband Schömburg für die Verpflegungskosten aufkommen.

## **10. Okt. 1939**

### **§2 Kriegsbeitrag**

Nach der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4.9.1939 haben die Gemeinden einen Kriegsbeitrag über die Kreise und Länder an das Reich abzuführen.

Entschliebung: Die Gemeindepflege anzuweisen bis auf weiteres an die Kreispflege Calw als Kriegsbeitrag monatlich 1410,44 RM abzuführen (Hinweis: Das ist ca. 15% des Gemeindehaushalts)

## **14. Okt. 1939**

### **§2 Räumungs- Familienunterstützung hier: \*. \* und \*. \* aus Saarbrücken**

Die Vorstehenden befinden sich hier ihres Lungenleidens wegen zur Kur. Sie hatten die Kurkosten bisher selbst bestritten. Durch die Räumung bzw. Freimachung der Stadt Saarbrücken haben sie die Sicherung ihres notwendigen Lebensbedarfs, ihre Einnahmequellen verloren. Sie sind hilfsbedürftig geworden.

## **30. Okt. 1939**

### **Hilfskraft für die Geschäfte der Lebensmittelkartenausgabe und der Ausgabe von Bezugsscheinen**

Der Krieg hat die Einführung der Bezugsscheinpflicht für eine Reihe von lebenswichtigen Verbrauchsgütern notwendig gemacht. Ihr Zweck ist die gerechte Verteilung dieser Verbrauchsgüter auf die Gesamtheit des Deutschen Volkes,

Die Ausführung ist den Gemeinden als unterstes Glied der Verwaltung übertragen. Die Geschäfte haben einen Umfang angenommen, der die Anstellung einer Hilfskraft erfordert.

Entschließung:

Frau Lieselotte Hermann vom 1. Okt. an für die Geschäfte der Ausgabe der Lebensmittelkarten und der Bezugsscheine für Spinnstoff und für Schuhwaren einzustellen.

Der Gemeindepfleger ist zur Wehrmacht eingezogen worden.

#### **14. Dez. 1939**

Der Bürgermeister erklärt, daß es ihm durch den Krieg und die durch die Kriegsmaßnahmen notwendig gewordenen Mehrarbeiten, wie auch dadurch, daß Räume des Rathauses lange Zeit von einer einquartierten Luftwaffen – Baukompanie belegt waren, nicht möglich gewesen sei, mit den Gemeinderäten früher zu einer Beratung zusammenzutreten.

#### **§3 Mitteilung des Statistischen Landesamts über die Volkszählung:**

Ortsanwesende Bevölkerung:	2227	Personen
Wohnbevölkerung	1610	Personen

#### **Haushaltsplan 1939 Einnahmen und Ausgaben**

Ordentlicher Haushalt	123560 RM
Außerordentlicher Haushalt	35752 RM

#### **§7 Steuersachen**

Die hiesigen Krankenanstalten nehmen nicht nur Gewerbesteuerfreiheit sondern auch völlige Befreiung von der Grundsteuer in Anspruch.

#### **§10 Bausparkasse Schulhaus**

Die Bausparkasse hat mitgeteilt, daß die restlichen Bausparverträge mit zus. 25000 RM zugeteilt worden seien. Die Einzahlungen betragen 12588 RM. Vom Darlehen kann infolge des Krieges kein Gebrauch gemacht werden

#### **§11 Schulhaus Neubau**

Die Ministerialabteilung für Volksschulen hat seine Stellungnahme und ein Gutachten zu den vorgelegten Entwürfen für ein neues Schulhaus übersandt. Danach befriedigt keiner der Entwürfe.

#### **§15 Luftschutz Sirenen**

Als Fliegeralarmzeichen ist das Ziehen der großen Glocke der evang. Kirche vorgesehen. Zusätzlich sollen 2 Handbetriebssirenen beschafft werden.

## **1940**

#### **12. April 1940**

#### **§5 Feuerwehr**

Es gibt neue Bestimmungen für das Feuerlöschwesen. Die Freiw. Feuerwehr ist nunmehr eine technische Hilfspolizeitruppe für Hilfsleistungen bei örtlichen Notständen aller Art und eine Einrichtung der Gemeinde. Sie ist also im Vereinsregister zu löschen

#### **§6 Schule Hauptlehrerstelle**

Zum Hauptlehrer ist Lehrer Heinrich Hick aus Winterbach ernannt worden (Nachfolge für Lehrer Schick). Er hat diesen Dienst am 1. Febr. 1940 angetreten.

### **§7 Siedlung**

Der Bau einiger Siedlungshäuser schreitet nun voran. Eine Entwässerung des Geländes und der Häuser ist nicht vorgesehen. Früher oder später wird sich das aber als notwendig erweisen.

### **§9 Ortsbauplan**

Für die Siedlung ist noch der Ortsbauplan festzustellen. Zur Aufstellung des Ortsbauplans für das Siedlungsgelände soll Dipl. Ing. W. Hudelmaier in Dobel betraut werden.

### **Mit den Gemeinderäten wird erörtert:**

Behebung des Wohnungsmangels durch Verfügung über die Wohnung des Juden Erwin Israel Eckstein und der Frau Helene Ebert, die emigriert zu sein scheinen.

### **§13 Fürsorgesachen**

Die neuen Bestimmungen über das Fürsorgewesen werden zur Kenntnis gebracht. Träger der allgem. Fürsorge sind nun nicht mehr die Orts- sondern die Bezirksfürsorgeverbände. Die Geschäfte können jedoch den Gemeinden übertragen werden. Von dieser Möglichkeit ist für Schömberg Gebrauch gemacht worden. An dem Aufwand auf die Fürsorge, die allgemeine und die gehobene, haben die Gemeinden dem Kreisverband künftig 50% zu ersetzen. Das bedeutet in der allgem. Fürsorge eine Entlastung und in der gehobenen Fürsorge eine weitere Belastung der Gemeinde.

## **9. Juli 1940**

### **§14 Feuerwehr Kraftwagen**

Die Freiw. Feuerwehr hat den Wunsch, zum Zug der Kleinmotorspritze, von Schläuchen und anderen Geräten, sowie zur Beförderung der Bedienungsmannschaft einen Kraftwagen zu beschaffen. Für diesen Zweck ist ihr ein gebrauchter Wagen angeboten worden dessen Brauchbarkeit noch geprüft werden muß.

### **§18 Kriegerdenkmal**

Am Kriegerdenkmal werden häufig Kundgebungen, Feiern und dergl. abgehalten. Dabei sollte der Platz beflaggt werden können, wozu die Voraussetzungen noch fehlen.

### **§19 Kursachen – Bibliothek**

Der Umstand, daß seit Kriegsbeginn keine Konzerte mehr gegeben werden, hat die Kurgäste dazu geführt, daß sie ihre Zerstreuung im Lesen von Büchern suchen. Die Möglichkeit dazu gibt die Bibliothek der Ortsgruppe der NSDAP. Ihr Bedarf an Lesestoff ist dementsprechend bedeutend größer geworden.

### **§20 Kursachen Lichtspiele**

Der Unternehmer der Lichtspiele, Ernst Glauner, ist von der Reichsfilmkammer aufgefordert worden seine Eintrittspreise und Sitzplatzanordnungen neu zu gestalten. Es muß eine Dreistaffelung eingehalten werden.

### **Fischversorgung:**

Belieferung mit frischen Seefischen durch einen badischen Verteiler von Pforzheim aus ist nicht zu erreichen, sie muß von Stuttgart aus erfolgen.

### **Fleischversorgung:**

Der Schriftwechsel mit dem Viehwirtschaftsverband Württemberg über eine bessere Fleischversorgung blieb ohne Erfolg

## **10. Juli 1940**

Die Gemeindepflege hat auf ihrem Girokonto größere Geldbeträge (30000 RM) Es sind das großenteils Gelder die für Rücklagen bestimmt sind. Die Gelder sollen auf Sparbücher übertragen werden.

## **28. Aug. 1940**

## **§10 Siedlungsweg**

Die Überbauung des Siedlungsgeländes macht nunmehr die Verlegung des sogen. Weberackerwegs notwendig.

## **§12 Kanalisation – Erweiterungen**

Einige Häuser mit großem Abwasseranfall an der Liebenzellerstraße, so das Kindersanatorium, die Villa Waldheim, das Kaffee Blessing, die Kurheime Villa Elisabeth und Sonnenblick (Quell) sind noch nicht an das Kanalisationsnetz angeschlossen.

An dasselbe sollte auch die Arbeitsheilstätte auf dem Bühl angeschlossen werden.

Um die Projekte zu gegebener Zeit ausführen zu können, sollten die dafür notwendigen Unterlagen schon jetzt beschafft werden.

## **§16 Kurverwaltung**

### **1) Lichtspiele:**

Da die Lichtspielvorführungen immer sehr gut besucht sind, auch von Nicht-Kurgästen, ist das Bedürfnis der Bezuschussung des Unternehmens nicht mehr so groß. Der Zuschuß ist deshalb von 90 RM auf 60 RM (für 2 Wochen) gekürzt worden.

### **2) Freilichttheater:**

in Gemeinschaft mit der Ortswaltung NSG-KdF ist am Sonntag, den 25. Aug. 1940 in der Kuranlage ein „Sommer- Varieté“ veranstaltet worden. Den Kurgästen wurde freier Eintritt gewährt.

## **§17 Kurverwaltung – Oberlengenharter Wald:**

Der Vertrag mit der Gemeinde Oberlengenhart über die Benutzung eines Teils ihres Waldes zum Begehen war am 31.3.1940 infolge Kündigung durch die Gemeinde Schömberg abgelaufen. Inzwischen ist nichts unternommen worden. Die Gemeinde Oberlengenhart scheint aber mit einer Erneuerung des Vertrags zu rechnen. Die Bereitwilligkeit dazu unter einer geringeren Vergütung wird ausgesprochen.

**Kursaal:** Die Saalfrage ist immer noch eine äußerst dringliche Angelegenheit, die ihrer Lösung harret. Sie zu fördern wird mit der endgültigen Planfertigung der Architekt Krüger in Stuttgart betraut.

## **30. September 1940**

### **§9 Kraftpostlinie Schömberg – Pforzheim**

Der Bürgermeister bringt einen Schriftwechsel zwischen Dr. Schröder hier und dem Postamt Pforzheim wegen der Beförderung von Offen-Tuberkulösen mit dem Postkraftwagen zur Kenntnis. Dr. Schröder macht dabei den Vorschlag, zu den Hauptverkehrszeiten immer 2 Wagen laufen zu lassen u. 1 Wagen so zu kennzeichnen, daß er nur für Kurgäste benutzbar ist. Das Postamt Pforzheim lehnt das ab und erklärt, daß Personen mit offener TB künftig nicht mehr mit den Postkraftwagen befördert werden dürfen.

Diese Maßnahme ist sehr einschneidend und geeignet, Schömberg immer noch mehr zu isolieren und die Kranken einer Ächtung auszusetzen.

### **§12 Wasserwerk Maschinenmeister**

Der Maschinenmeister am Wasserwerk, Jakob Bäuerle (60 Jahre alt) betreut das Wasserwerk seit Bestehen desselben im Nebenberuf. Er betreibt noch eine eigene Schlosserei.

## **13. November 1940**

### **§13 Siedlung**

Von den Siedlungshäusern sind nun 5 erstellt und bewohnt. Ein weiteres geht der Vollendung entgegen.

### **§16 Kurwesen**

Der Betrieb eines Fremdenheims ist wie der einer Gaststätte konzessionspflichtig. Bisher bestanden Bedenken hiergegen seitens der Konzessionsbehörde. Sie wurden nach einer Besprechung mit Vertretern des Innenministeriums, des Wirtschaftsministeriums und anderer Herren fallen gelassen. Inzwischen ist bereits eine Reihe von Konzessionierungen ausgesprochen worden.

### **§18 Kursaal**

Das Nichtvorhandensein eines geeigneten Saales macht sich immer mehr nachteilig bemerkbar.



Der Ochsenaal ist für die Lichtspielvorführungen eingerichtet. Und der Löwensaal wird vom Besitzer mehr als Lagerraum für Getreide und andere Früchte benützt. Zu dieser Maßnahme kam er, weil ihm der Saal nichts mehr eintrage; es fänden keine Hochzeitsfeiern, keine Tanzunterhaltungen usw. mehr statt. Dabei müsse er aus dem Saal eine hohe Grundsteuer bezahlen.

Der Besitzer des Löwensaals, Hermann Burghardt, hat deshalb zur Erwägung gegeben, ob der Saal nicht pachtweise von der Kurverwaltung übernommen werden wolle, in solange ein Kursaal nicht erstellt werden könne.

Die Entscheidung wird ausgesetzt.

## 1941

### **§9 Kriegs- Liebesgabe für Soldaten**

Die Söhne der Gemeinde, die im Krieg gegen die Unterdrücker bei der Wehrmacht stehen, zeitweise mit einer Liebesgabe zu erfreuen, erachtet die Gemeinde als eine Ehren- und Dankespflicht gegenüber den Soldaten

**12. Febr. 1941**

### **§16 Verwaltungskostenbeitrag – Sanatorien**

Der Bürgermeister hat an die Sanatorien „Waldsanatorium Dr. Schröder“ und das „Sanatorium Schömberg“ die Bitte um Bewilligung eines Verwaltungskostenbeitrags, wie eine solchen die Reichsvers. Anstalt und die Volkshelstätte Charlottenhöhe bewilligt haben, gerichtet.

Beide Sanatorien haben die Bitte abgelehnt.

Kommentar überflüssig

### **§17 Steuerfreiheit Sanatorien**

Am Beispiel des Kindersanatoriums wird der Ausfall durch die Steuerbefreiung aufgezeigt. Der Ausfall für Gemeinde beträgt in 1940 1942 RM.

### **§18 Lebensmittelzulagen für Kranke**

Die Berechtigungsscheine für die Lebensmittelzulagen für Kurgäste konnten früher von der hiesigen Karten- ausgabestelle ausgestellt werden. Die Ausstellung diese Scheine erfolgt nunmehr durch den Herrn Landrat- Ernährungsamt. Diese Änderung hat zu Stockungen und anderen Schwierigkeiten in der Versorgung der Kranken geführt und den Kurbetrieb gefährdet.

Der Bürgermeister hat nun Schritte unternommen, daß die Befugnis zur Ausstellung der Scheine wieder nach Schömberg kommt.

### **§20 Alter Friedhof – Anlage**

Die Reichsversicherung f. A. hat an das Staatsrentenamnt in Hirsau die Anfrage gerichtet, ob die Möglichkeit besteht, den alten Friedhof, den die Kurverwaltung in Pacht und ihn zu einer Anlage umgestaltet hat, käuflich zu erwerben.

Das Staatsrentenamnt bittet die Gemeinde um Stellungnahme.

Entschließung des Bürgermeisters:

Das Staatsrentenamnt als Vertreter des Fiskus zu bitten den Platz im Falle der Verkaufsabsicht der Gemeinde zum Kauf anzubieten.

### **§25 Kursaal**

In heutiger wiederholter Beratung macht der Bürgermeister den Vorschlag, statt den Löwensaal zu pachten, dem Besitzer desselben einen Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung des Saales zu leisten.

Dies wird so beschlossen.

### **§26 Ortsbauplan**

Straßen- und andere Bauvorhaben machen eine weitere Ortsbauplanberatung notwendig. So u. a. die Herstellung von Verbindungswegen zwischen Adolf Hitler Straße und Leipziger Platz, zwischen dieser Straße

und dem Kirchweg, zwischen Liebenzeller Straße u. Schwarzwaldstraße, die Korrektur des Bühlwegs, die Schaffung eines Kurplatzes u.a. m.

Der Bürgermeister hat aus diesen Gründen die Beratungsstelle für Ortsbaupläne im Innenministerium gebeten, die Gemeinde beraten zu wollen.

Die Kosten hat die Gemeinde zu tragen.

#### **24. April 1941**

##### **§9 Kläranlage**

Die in den Jahren 1929/30 erstellte Kläranlage funktioniert seit einiger Zeit insofern nicht mehr einwandfrei, als sie den „Schlamm nicht mehr heraus schafft. Es scheint, daß viel Sand in den "Emscher-Brunnen" gespült worden ist und daß dieser sich so verhärtet hat, daß kein Schlamm mehr nachrutschen kann.

##### **§10 Karcher Hans, Übernahme der Drogerie**

Hans Karcher, Drogist hier hat das Baugrundstück Geb. Nr. 263 mit Parz. Nr. 211/1 des Juden Erwin Israel Eckstein käuflich übernommen. Dabei hat der Erwerber die Baudarlehensschuld mit übernommen.

Der Erwerber Karcher steht bei der Wehrmacht. Er ist im Dienst verunglückt. Er liegt seit längerer Zeit in Lazaretten. Sein Geschäft ist seit längerer Zeit geschlossen.

##### **§11 Straßensachen**

Für die Korrektur der Talstraße ist u. a. auch die Beseitigung der Hütte mit Backofen Geb. Nr. 4b des Friedrich Bauer erforderlich.

#### **20. Sept. 1941**

##### **Ausgleichsstock 1940**

Dem Antrag auf Bewilligung von Mitteln aus dem Ausgleichsstock für 1940 wurde nicht entsprochen.

Die durch die Nichtbewilligung entstandenen Einnahmeausfall soll durch Einsparungen in den Ausgaben, durch Mehreinnahmen und durch Restmittel gedeckt werden.

#### **11. Nov. 1941**

##### **Lichtspiele**

Der Unternehmer der hiesigen Lichtspiele Ernst Glauner erhielt bisher von der Kurverwaltung einen monatlichen Beitrag dafür, daß er in jedem der 3 Sanatorien Sonderveranstaltungen macht. Der Beitrag beträgt monatlich 60 RM.

Glauner erhebt für diese Veranstaltungen einen Eintrittspreis. Der Besuch der Veranstaltungen ist sehr stark. Die Eintrittsgelder belaufen sich auf 1000 bis 1200 RM monatlich. Die Unkosten des Unternehmers sind verhältnismäßig gering.

Hiernach liegt kein Grund mehr vor, das Unternehmen von der Kurverwaltung noch zu bezuschussen.

Entscheidung: Den Zuschuß einzustellen und den Unternehmer zur Vergnügungssteuer heranzuziehen.

##### **Haushaltsausgleich 1940**

Wegen Ausfall der Mittel aus dem Ausgleichsstock werden die Zuweisungen zu den Rücklagen um 7000 RM gekürzt.

##### **Rücklagenbildung**

Es können weiter 12000 RM bei Reichsschatzanweisungen angelegt werden.

(Hinweis: *Solche Geldanlagen sind in den Vormonaten des öfteren geschehen*)

## **1942**

#### **5. März 1942**

Der Bürgermeister gibt den Beigeordneten und den Gemeinderäten Kenntnis von seinen Entscheidungen.

##### **§7 Schule – Webstühle**

Als ein Lehrmittel wird die Beschaffung von Webstühlen empfohlen. Die Beschaffung solcher liegt zweifellos auch im volkswirtschaftlichen Interesse.

Die Gemeinderäte sprechen sich für die Beschaffung aus.

### **§13 Kurverwaltung - Sitzbänke**

Für die Kurgäste mangelt es bei ihren Spaziergängen noch an Sitzgelegenheiten. Bänke mit eisernen Füßen, wie sie hier üblich sind, können aus wehrwirtschaftlichen Gründen nicht hergestellt werden.

Es werden deshalb Bänke mit Eisenbetonfüßen beschafft.

### **§16 Sputum – Desinfektion**

Der Sputumdesinfektor Johannes Kraft ist seit längerer Zeit krank und hat seine Invalidierung beantragt.

Kraft versah diesen Dienst vom August 1929 an. Es wird ihm Anerkennung und der Dank für seine Dienste ausgesprochen.

### **30. April 1942**

Zu Beginn der Beratungen widmet der Bürgermeister dem am 24. April 1942 in Heidelberg verstorbenen Ehrenbürger Chefarzt Dr. med. Georg Schröder einen Nachruf unter Hervorhebung der Verdienste des Verstorbenen und die Entwicklung Schömbergs.

### **§3 Geldanlage**

Weitere 20000 RM werden in 3 ½ %igen Reichsschatzanweisungen angelegt.

### **§8 Grunderwerb von Friedrich Bauer**

Zur Korrektur der Talstraße soll gekauft werden: Das Gebäude 4a und Teile des Hofes von Gebäude 4.

Weiter ist von Seiten der Kurverwaltung vorgesehen, entlang dem Eulenbachtal vom Schröder Weg an einen Weg zu führen. Dieser würde über die Grundstücke des Bauer (Paz. 188/ und 188/2 führen.

Diese Grundstücke sollen gekauft werden.

## **5. Mai 1942 Fliegerangriff auf Schömberg** *(keine Eintragungen im Protokoll)*

### **20. Mai 1942**

Die Rechnung der Gemeinde für das Jahr 1941 wird nach dem Hauptbuch der Gemeindepflege mit einem größeren Überschuß abschließen. Hinsichtlich der Verwendung desselben faßt der Bürgermeister die Entscheidung: von den Überschüssen den Rücklagen für einzelne Vorhaben 18000 RM zuzuweisen.

Dafür werden weitere 25000 RM Schatzanweisungen gekauft.

### **21. August 1942**

#### **Zur Kenntnis wird gebracht:**

Der Erlaß des Herrn Landrats in Calw vom 7. 7. 1942 betr. Beauftragung des Bürgermeisters Hermann hier mit der Besorgung der Verwaltungsakturiatsgeschäfte für die Gemeinde Langenbrand für die Dauer der Einberufung des Bgm. Rottner in Engelsbrand.

### **27. August 1942**

Der ordentliche Haushaltsplan für 1942 schließt in den Ausgaben mit 156970 RM ab.

Der außerordentliche Haushaltsplan mit 0,-- RM

## **2. März 1943**

### **§1 Fliegerschaden Friedhofhalle**

Bei dem feindlichen Fliegerangriff auf Schömberg in der Nacht zum 5. Mai 1942 wurde u. a. auch das Leichenhaus der Gemeinde im Friedhof durch Brandbomben zerstört. Der Schaden wurde der Feststellungsbehörde gemeldet.

### **§3 Arbeitsheilstätte - Verwaltungsbeitrag**

Der Verein für Volksheilstätten in Württemberg betreibt hier in den Häusern „Kurhaus Waldeck“ „Kurheim Schwarzwald“ eine Arbeitsheilstätte. Aufgenommen werden Kranke, bei denen die Kosten von Fürsorgeverbänden oder anderen öffentlichen Kostenträgern übernommen werden. Die Kranken haben neben ihrer Kur noch während einiger Stunden im Tag leichtere Arbeiten zu verrichten.

Der Bürgermeister ist an den Verein wegen Entrichtung einer Kurtaxe herantreten. Im Hinblick auf den Charakter der Heilstätte bittet diese aber von der Erhebung einer solchen abzusehen. Er hat sich jedoch bereit erklärt, einen Verwaltungskostenbeitrag zu zahlen.

## **3. März 1943**

### **Elektrizitätswerk**

Längere Abhandlung über die Vermögensübertragung Elektrizitätszweckverband Teinach Station auf die EVS

## **9. März 1943**

### **§1 Geldanlage**

Wieder werden 25000 RM angelegt.

## **21. April 1943**

### **Kurverwaltung**

Im Jahre 1919 wurde ein Kurverein gegründet, der ins Vereinsregister eingetragen worden ist.

Zur Durchführung seiner Zwecke erhob der Verein Mitgliedsbeiträge nach der Zahl der Fremdenbetten und außerordentliche Beiträge. Die Gemeinde erhob eine Kurtaxe, die sie dem Kurverein zum gleichen Zweck überließ. Dieses Verfahren wurde von der Aufsichtsbehörde beanstandet.

Die Erfüllung der Kurortaufgaben wurde mehr und mehr von der Gemeinde übernommen, die die Geschäfte als Kurverwaltung weiter führte.

Der Kurverein hat noch ein Kapitalvermögen von 18000 RM. Er hat dieses Vermögen der Gemeinde überlassen.

## **16. Juli 1943**

### **Weg zur Charlottenhöhe**

Die auf Markung Schömberg liegende Volksheilstätte Charlottenhöhe steht auf einem Gelände, das der Staatsforstverwaltung im Forstbezirk Langenbrand – dem Hengstberg – gehört. Zu ihr führen auch nur forststeigene Wege, und nur 2 Strecken und zwar die alte Auffahrt, abzweigend von dem Hörnlesbergsträßchen und die neue Auffahrt, abzweigend von der Reichsstraße Höfen – Calmbach, sind von der Forstverwaltung freigegeben. Der nächste Weg von Schömberg zur Charlottenhöhe führt über den Schleifweg, FW. Nr. 20. Auch dieser ist forststeigen. Er ist gesperrt und auch für den Heilstättenverkehr geschlossen. So muß man um zur Charlottenhöhe zu kommen große Umwege fahren. Dieser Zustand ist sehr unbefriedigend und nicht mehr zeitgemäß. Die Heilstätte muß näher an den Mutterort herangebracht werden, um die verwaltungsmäßigen und die wirtschaftlichen Beziehungen enger zu gestalten. Ein Mittel dazu ist die Schaffung besserer Wegverbindungen. Hieran ist die Charlottenhöhe auch selbst deshalb interessiert, weil die hier und in Schwarzenberg „Arbeitsheilstätten“ unterhält.

Wegen Freigabe des „Schleifwegs“ ist der Bürgermeister an die Staatsforstverwaltung Forstamt Langenbrand herantreten. Diese hat sich nun bereit erklärt, der Gemeinde die Benützung des Fahrwegs zur Charlottenhöhe über den Schleifweg unter gewissen Bedingungen einzuräumen.

Die Übereinkunft soll auf die Dauer von vorläufig 10 Jahren, bis 30. 9. 1953, abgeschlossen werden.

## **7. Sept. 1943**

### **Haushaltsplan 1943**

Ausgaben im ordentlichen Haushalt	169794 RM
Ausgaben im außerordentlichen Haushalt	0,00RM

### **24. Dez. 1943**

Die Kriegszeit und der Mangel an Arbeitskräften stellte auch an die Angestellten der Gemeinde erhöhte Anforderungen. Sie wurden diesen durch Mehrbelastungen gerecht.

Als Anerkennung hält der Bürgermeister die Gewährung einer Weihnachtsgabe für geboten.

Angestellt sind:

Otto Gengenbach, Karl Kappler, Christian Bäuerle, Lieselotte Hermann und Ruth Kraft

## **1944**

### **3. Februar 1944**

#### **Feuerwehr**

Zur Gewinnung eines Platzes für die Anlegung eines Feuerweihers soll mit Frau Theurer von ihrem Grundstück Parz. 280 einen Teil von etwa 30 ar erworben werden.

### **28. März 1944**

#### **Kassenverwalter**

Konstantin Eitel ist erkrankt. Die Dauer ist unbestimmt Ein Stellvertreter ist noch nicht aufgestellt.

Mit der Versehung der Geschäfte des Kassenverwalter soll die Angestellte L. Hermann vorübergehend beauftragt werden.

### **25. Mai 1944**

#### **Kassenverwalter**

Da die L. Hermann durch die Geschäfte des Ernährungs- und Wirtschaftsamts voll beschäftigt ist wird zur Kassenverwaltung Frau Sofie Walter Inhaberin einer Buchhandlung hier, berufen.

## **1945**

**14. April 1945**     ***Besetzung Schömbergs durch die Französische Armee***  
*Kein Eintrag dazu im Protokoll*

### **10. Juli 1945**

Gemeindepfleger Konstantin Eitel hat einen Schlaganfall erlitten. Er ist körperlich und geistig geschwächt und dienstunfähig geworden. Er wird deshalb seines Amtes enthoben.

***Dies ist die letzte Eintragung von Bürgermeister Hermann***

### **31. Juli 1945**

*Gouvernement Militaire, Calw*

*Hiermit betätige ich den seitherigen Bürgermeister der Gemeinde Schömberg, Herrn Gustav Hermann in seinem Amt.*

*(gez.) Boulanger*

### **6. Nov. 1945**

*Der Landrat des Kreis Calw,*

*Verfügung*

*Ich bestelle mit sofortiger Wirkung Herrn Gustav Bäuerle, Schlosser in Schömberg, als Ehrenbeamten zum kommissarischen Bürgermeister der Gemeinde Schömberg.  
Gez. Wagner*

Niederschrift über den wesentlichen Inhalt der Beratung mit dem Vertrauensrat.

**9. August 1945**

### **Wohnungsmangel**

Der Wohnungsmangel macht sich immer stärker fühlbar. Die aus dem Krieg zurückkehrenden früheren Soldaten, die sich während des Krieges verheiratet hatten, wollen nun einen eigenen Hausstand gründen und wünschen bei der Zuteilung von Wohnungen mit in erster Linie berücksichtigt zu werden. Daneben ist auch das Los der Evakuierten zu berücksichtigen.

Verfügung: Gutgeheißen und vom Bürgermeister erlassen:

Der Zuzug nach Schömberg wird hiermit gesperrt!

Ausgenommen hiervon sind Kranke, die in einem Sanatorium oder Kurheim Heilung suchen, sowie Arbeitspersonal, das in Hausgemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen wird und da verbleibt.

Jede Vermietung eines oder mehrerer Zimmer mit oder ohne Küche, oder einer Küche allein, bedarf der Genehmigung. Wer solche Räume ohne Genehmigung vermietet oder bezieht, macht sich strafbar, auch hat er die Sperrung der Lebensmittel und zwangsweise Räumung zu gewärtigen.

Wer seine Wohnung verlassen hat – durch Flucht oder Evakuierung- hat keinen Wohnungsanspruch mehr.

### **Kleinkinderpflege.**

Die Kleinkinderpflege wurde in den letzten Jahren von der NSV betreut. Nach dem Zusammenbruch und nach Übernahme der Macht durch die Vereinten Nationen hat die Militärregierung für den Kreis Calw verfügt, daß die Kleinkinderpflege nicht mehr nach dem seitherigen System weiter betrieben werden dürfen, daß sie aber auf konfessioneller Grundlage wieder eröffnet werden könnten.

Letzteres ist geschehen. Die Leitung wird dem jeweiligen evang. Geistlichen übertragen.

Gez. Der Bürgermeister:

**Bäuerle**

Niederschrift über die Verfügung des Bürgermeisters

**15. Nov. 1945**

Kassenverwalter K. Eitel kann seinen Dienst nicht mehr aufnehmen. Er wird mit Wirkung 1. 9. 1945 in den Ruhestand versetzt.

Verw. Angestellte Hermann wurde ehrenamtlich und kommissarisch zum stellvertretenden Kassenverwalter bestellt.

Zur Führung der Kassengeschäfte der Gemeinde ist nun wieder ein besonderer Kassenverwalter zu bestellen. Um die Stelle hat sich der Kaufmann Georg Kastleiner aus Köln, als Evakuiertes wohnhaft in Oberlengenhardt beworben.

Verfügung:

Die endgültige Besetzung auszusetzen und kommissarisch G. Kastleiner zu bestellen.

**19. Nov. 1945**

Der Landrat hat die alsbaldige Auflösung des Zweckverbandes Calw für die Beschaffung von HJ-Heimen empfohlen.

**1946**

**31. Jan. 1946**

*Im Zuge der politischen Säuberung im Kreis Calw enthebe ich auf Anordnung der Militärregierung mit Wirkung vom 27. Okt. 1945 Herrn Gustav Hermann in Schömberg von seinem Amt als Bürgermeister der Gemeinde Schömberg mit der Maßgabe, daß er mit Zustimmung des Herrn Gouverneurs weiterhin die Rechnungs- und Steuergeschäfte der Gemeinde besorgt und erforderlichenfalls den Bürgermeister bei seiner Amtsführung unterstützt.*

### **30. April 1946**

Der Arzt Dr. med. Buddenberg in Säckingen wünscht und sucht um die Genehmigung nach, sich hier niederlassen zu dürfen. Er ist praktischer Arzt.

Die Niederlassung eines 3. Praktischen Arztes ist erwünscht

Es wird festgestellt, daß Dr. Buddenberg der Gemeinde Schömberg bekannt und empfohlen ist.

### **Kleinkinderpflege**

Nach Wiedereröffnung des Kindergartens ist die Betreuung der Kinder der früheren Kinderschwester Paula Trittlar übertragen worden. Die Versehung des Dienstes durch Schwester Paula Trittlar war von Anfang an als eine vorübergehende gedacht und bestimmt, da sie Ruhegeld bezieht und in höherem Alter steht.

Als Kindergärtnerin hat sich nun Lotte Stoll von hier beworben.

Nach Beratung mit dem Gemeinderatskomitee, dem ev. Pfarramt und dem ev. Gemeinderat faßt der Bürgermeister die EntschlieÙung Frau Lotte Stoll ab 1. 6. 1946 einzustellen.

### **15. September 1946**

### **Bürgermeister- und Gemeinderatswahl**

*gewählt wird Schlossermeister Gustav Bäuerle als einziger Kandidat*

*Die Gemeinderatsprotokolle beginnen wieder mit folgender Überschrift:*

### **Niederschrift über den wesentlichen Inhalt der Beratung mit den Gemeinderäten**

### **22. September 1946**

#### **Einsetzung der neugewählten Gemeinderäte**

In öffentlicher Sitzung und in Anwesenheit von Vertretern der Kirchen, der Schule, der Sanatorien und Kurbetriebe, sowie der Beamten und Angestellten der Gemeinde eröffnet der Bürgermeister die Sitzung.

Er gibt einen Rückblick über die geschichtlichen Ereignisse, einen Blick auf die Gegenwart, einen Ausblick auf die Zukunft, leitet über zu den Gemeindewahlen und gibt das Ergebnis der Gemeinderatswahl und das der Bürgermeisterwahl vom 15. September 1946 bekannt. Ferner dankt er dem bisherigen Gemeinderatskomitee und den Gemeindebeamten und Angestellten für ihre bisherige Mitarbeit und appelliert an diese und an die Einwohnerschaft mit der Bitte, den neuen Gemeinderat zu unterstützen und das Wohl der Gemeinde zu fördern.

Die bei der Gemeinderatswahl gewählten 6 Gemeinderäte werden heute in ihr Amt eingesetzt.

Gemeinderat Dr. Walder erinnert in seinem Vortrag ebenfalls an die Geschehnisse der zurückliegenden Zeit und weist auf die Schwere der Arbeit am Wiederaufbau des zertrümmerten Reiches und seiner Glieder hin.

Als Beigeordneter wird aus dem Gremium der Gemeinderat Albert Großmann gewählt.

Die gewählten Gemeinderäte sind:

Albert Großmann, Jakob Ölschläger (Wagner) Christian Gengenbach, Dr. med. Artur Walder, Georg Ebert, Karl Weller.

#### **Bildung von Kommissionen**

Es werden Sachbearbeiter für folgende Sachgebiete aufgestellt.

- |                                                                  |    |            |    |
|------------------------------------------------------------------|----|------------|----|
| 1. Wohnungs- und soziale Angelegenheiten<br>Weller und Ebert     |    |            | GR |
| 2. Politische, kirchliche, kulturelle und Schul- Angelegenheiten | GR | Dr. Walder |    |
| 3. Landwirtschaftliche Angelegenheiten<br>Gengenbach             |    |            | GR |
| 4. Ernährungsangelegenheiten                                     | GR | Ölschläger |    |
| 5. Kurangelegenheiten, Handel und Verkehr<br>Großmann            |    |            | GR |
| 6. Besatzungsangelegenheiten                                     | GR | Großmann   |    |

## **§7 Getreide- usw. Ablieferung**

Nach dem Erlaß des Kreisernährungsamts vom 16.9.1946 hat die Gemeinde im Wirtschaftsjahr 1946/47 an landwirtschaftlichen Erzeugnissen abzuliefern:

90 Zentner Brotgetreide; 50 Z. Hafer und 200 Zentner Speisekohlraben

Bei der Festsetzung diese Sollmengen ist zweifellos nicht berücksichtigt worden, daß durch eine starken Hagel ein Großteil der Früchte vernichtet worden ist. Das Erforderliche ist in die Wege geleitet.

## **§8 Viehaufbringung**

Der Vorsitzende bringt die monatlichen Aufbringungen an Schlachtvieh für die franz. Besatzung und für die Zivilbevölkerung zur Sprache. Er weist auf die Schwierigkeiten hierbei hin und gibt seinen Umlage- und Aufbringungsplan zur Kenntnis.

## **§11 Feuerlöschgerätehaus**

Der Feuerlöschgeräteaum im früheren Rathausgebäude hat sich schon längst als zu klein erwiesen. Da eine Erweiterung in diesem nicht möglich ist, muß an die Erstellung eines Zweckbaus gedacht werden. Die bestmögliche Lösung eines solchen Baus wird in folgendem Plan erblickt; den sie teilweise schon durchgeführt hat:

Die Gemeinde hat mit der Spar- und Darlehenskasse hier eine Vereinbarung dahingehend getroffen; die es ermöglicht an das Gebäude Nr. 261 ein Feuerlöschgerätehaus anzubauen,.

## **11. Oktober 1946**

### **§5 Politische Überprüfungen**

Für Zwecke der politischen Säuberung in der freien Wirtschaft hat der Gemeinderat einen Erlaß des Landratsamts Calw vom 13.8.1946 zufolge festzustellen, welche Personen des Wirtschaftslebens einer Prüfung zu unterziehen sind. Gemeinderat Dr. Walder berichtet in dieser Angelegenheit.

Nach längerer Beratung und Besprechung wird beschlossen:

Für eine politische Prüfung folgende Personen zu benennen.

*Es folgt die Auflistung von 34 Personen (vom Arzt bis zum Arbeiter)*

### **§6 Schulangelegenheiten**

Oberlehrer Stöcker ist aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt. Die Dienstwohnung ist noch von der Witwe des gefallenen Lehrers Hick belegt. Oberlehrer Stöcker ist politisch belastet und es steht noch nicht fest, ob er als Lehrer hier belassen wird.

(Es ist der Entscheid der Säuberungskommission bzw. der Spruchkammer abzuwarten 31.Okt.49 )

### **§7 Wohnungsangelegenheiten**

Der Vorsitzende berichtet über den Stand der Wohnungsfragen. Hiernach harren noch verschiedene Wohnungsgesuche ihrer Lösung, da immer wieder Beschwerden und Einsprüche der Betroffenen erfolgen, die auf ihre Berechtigung zu überprüfen sind.

#### ***Ein Beispiel***

Das Gesuch der Lehrerin Simon um Erteilung der Genehmigung des Zuzugs ihrer Eltern wird wegen Wohnungsmangel abgelehnt

## **31. Okt. 1946**

### **§1 Schulhaus Bauplatz**

Vertrag von 1938 mit Landwirt Michael Rentschler. *Gültig oder nicht?*

### **§3 XY**

Der Krankenpfleger XY ist während des Krieges wegen der Luftangriffe nach Schömberg gezogen. Demzufolge galt er als Flüchtling.

Der zwischen der amerikanischen und französischen Militärregierung getroffenen Vereinbarung über die Rückführung von Flüchtlingen aus dem französischen in die amerikanische besetzte Zone hat Mittermeier Schömberg verlassen.

### **§3 XYZ**



Der Evakuierte (Flüchtling) aus Pforzheim wohnt hier in einem Haus der Arbeitsheilstätte. Er ist total fliegergeschädigt und besitzt keine Möbel mehr, muß also möbliert wohnen.

Um ihm wieder zu Möbeln zu verhelfen werden ihm von der Gemeinde 2 Matratzen überlassen.

#### **§6 Karcher, Hans**

Das Vermögen des Drogisten Hans Karcher hier ist gesperrt. Der Bezirksbeauftragte der Abteilung Vermögenskontrolle in Calw hat nun ersucht, ihm den Mietwert der Wohn- und Geschäftsräume im Hause des Karcher, das er im Wege der Zwangsentjudung des Eigentums von Erwin Eckstein hier erworben hat mitzuteilen.

#### **§8 Dr. Zeuner - Wohnung**

Dr. Zeuner bittet wider um die Zuteilung einer Wohnung im Hause Ölschläger.

Dr. Zeuner ist Arzt und übt seine Praxis im Hause Dr. Braun aus, in dem er auch wohnt.

**§9 Dr. Buddenberg** geht als Arzt nach Engelsbrand.

#### **§11 Ortsschulrat**

Es wird wieder ein Ortsschulrat gebildet.

#### **§15 Fremdenverkehrsverband Neugründung**

Um den Fremdenverkehr wieder in Gang zu bringen, soll der Fremdenverkehrsverband neu gegründet werden. Die Landesdirektion für Wirtschaft in Tübingen hat nun den Bürgermeister Klepser in Bad Liebenzell beauftragt, die Neuorganisation des Verbandes in die Wege zu leiten und die vorläufige Geschäftsführung desselben zu übernehmen.

#### **§16 Kleinkinderschule**

Die Kleinkinderschule erfreut sich eines dauernd guten Besuchs. Bei der großen Zahl von Kindern macht sich für die Kindergärtnerin die Stellung einer Hilfe notwendig.

#### **§17 Fronmeister**

Die vielen Aufgabengebiete der Gemeinde im äußeren Dienst, wie Pflege der Straßen und Wege, der Materialien und Vorräte usw. erfordern die Aufstellung einer zuverlässigen, verantwortlichen Person, in der Form eines Fronmeisters.

Als geeignet für diesen Posten erscheint der Straßenwart Christian Bäuerle.

### **7. Dezember 1946**

#### **§2 Wasserwerk**

Die Stelle des Maschinisten und Wärters der Wasserversorgungsanlagen wird seit der Zurrücksetzung des früheren Inhabers dieser Stelle Jakob Bäuerle, kommissarisch von seinem Sohn Gustav Bäuerle versehen.

Die Stelle wurde inzwischen ausgeschrieben. Es haben sich 3 Bewerber gemeldet.

Es wird beschlossen, Gustav Bäuerle diese Stelle in Aussicht zu stellen.

#### **§3 Kläranlage**

Die Anlage konnte mit viel Mühe wieder in Gang gesetzt werden.

Beschluß:

Die Vorarbeiten für die Herstellung eines Fahrwegs zur Kläranlage zu treffen und das noch dazu erforderliche Gelände zu erwerben.

#### **§4 Feuerwehr**

Auf Anordnung der Militärregierung muß die Stärke der Feuerwehren herabgesetzt und eine Umorganisation vorgenommen werden. Die Sollstärke soll nur noch aus 14 Aktiven und 7 Ersatzmännern betragen. Diese Männer sind dem Landratsamt Kreisbrandmeister namentlich zu melden. Der Feuerwehrführer und der Maschinist für die Kleinmotorspritze haben in ihren Stellen zu verbleiben, die übrigen Mitglieder haben sich auf 5 Jahre zu verpflichten.

### **§7 Lebensmittelversorgung**

Der Vorsitzende erstattet Bericht über die Lage der Lebensmittelversorgung. Hiernach ist durch Bezug, so wie die Ausgabe und die Einlagerung von Kohlrüben dem Mangel an Speisekartoffeln einigermaßen abgeholfen worden. Mit einer Teillieferung von Kartoffeln kann noch gerechnet werden. Zu erwarten ist auch eine Zuteilung von Fischen. Zu großem Dank verpflichten die Zuteilungen von Zucker aus einer „Irlandspende“ und von Mehl, Kakao, Trockenmilch, Konserven und Obst aus Spenden des „Caritasverbandes“. Diese wurden bestimmt für TBC-Kranke und Kinder, sowie für sonstige Kranke, Kinderreiche und Hilfsbedürftige.

### **§8 Reisachgerechtigkeit**

Der Gemeinde steht das Recht auf Gewinnung von Abfallreisach- und Rinde in Staatswaldungen der Markung Schömberg zu.

Das Reisig soll an die Nutzungsberechtigten Bürger zur Verteilung kommen.

### **§10 Geldanlage**

Der Vorsitzende berichtet über die gegenwärtige Geldlage der Gemeinde.

Hierzu wird beschlossen:

Die noch vorhandenen Schulden auf den nächst zulässigen Termin zur Rückzahlung zu kündigen und die Zahlungen schon jetzt zu vollziehen.

Jede sich bietende Gelegenheit dazu benützen, Grundstücke zu erwerben.

### **§11 Sportverein**

Auf den 1. Dez. 1946 hat sich ein Sportverein gebildet. Zum Vorstand wurde Gastwirt Karl Mönch berufen.

### **§12 Auffüllplatz**

Als Auffüllplatz für Erde und Grabenaushub wird der Platz beim Desinfektionsgebäude bestimmt.

### **§15 Kino- Angelegenheit**

Dr. Walder wünscht, daß die Vorführungen durch den Wander-Tonfilm Rosewe auch abwechslungsweise in den Sanatorien erfolgen.

## **21. Dezember 1946**

### **§4 Soziales Hilfswerk**

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß eine große Zahl bedürftiger Einwohner, Flüchtlinge und Ausgewiesene zum kommenden Weihnachtsfest mit reichen Gaben aus dem „Sozialen Hilfswerk“ beschenkt worden sind.

### **§8 Sonstiges**

Durch die Kreisbaumeisterstelle wurden 12 m<sup>2</sup> Glas zugewiesen. Das Glas wird für Zwecke der Gemeinde und für andere Zwecke nach Bedürfnis abgegeben.

## **1947**

### **11. Jan. 1947**

**§1** Der Vorsitzende erstattet Bericht über die Versammlung der Bürgermeister, der Landw. Ortsobmänner und der Mitglieder der Marktleistungsausschüsse über Ernährungsfragen.

In dieser Versammlung wurde dargelegt, daß Maßnahmen erforderlich seien, zur Sicherstellung der Versorgung und zur Überwindung des gegenwärtigen Tiefpunktes. Die einschneidendste Maßnahme sei hierbei das Verbot des Mahlens von Brotgetreide in den Kundenmühlen. Statt der Mahlscheine würden nun Umtauschkarten von Brotgetreide gegen Mehl ausgegeben werden.

### **§2 Schulangelegenheiten**

Die hiesige Volksschule ist normalerweise mit 2 ständigen und 1 unständigen Lehrer besetzt. Die Lehrstellen sind seit 1945 vakant und werden von Stellvertretern versehen. Eine der 2 ständigen Lehrstellen soll nun wieder mit einem ständigen Lehrer besetzt werden. Bewerber um diese Stelle ist die derzeitige Inhaberin der Schulvorstandstelle, Fr. Simon hier.

Den Anlaß zu ihrer Bewerbung um diese Stelle gab der Umstand, daß die Mutter der Lehrerin Simon schwer lungenkrank und nach hier asyliert worden ist.

Fr. Simon wird als tüchtige Lehrkraft geschätzt und geachtet.

### **§3 Landespolizei**

Der hiesige Posten der Landespolizei ist z. Z. mit einem Beamten besetzt. Er soll verstärkt und mit einem weiteren Beamten besetzt werden. Dieser soll ebenfalls hier Wohnung nehmen.

### **§8 Bäckereien**

Das Forstamt Langenbrand gibt den hiesigen Bäckereien zur Auflage zur Einsparung von Brennholz ihre Backöfen von Monat zu Monat kalt zustellen.

### **§9 Ostflüchtlinge**

Die französisch besetzte Zone und u. a. auch der Kreis Calw werden nun auch mehr und mehr Ostflüchtlinge aufzunehmen haben.

### **§11 Kohlrüben**

Zur Sicherung der Lebensmittelversorgung, insbesondere zur Streckung der Kartoffeln, wurden mehrere 100 Zentner Kohlrüben eingelagert. Der Vorrat ist bis auf eine kleine Notreserve nunmehr an die Verbraucher ausgegeben worden.

### **§12 Tuberkulose des Rindviehs**

Mehr und mehr macht sich ein häufiges Auftreten der Tuberkulose des Rindviehs bemerkbar. Es fallen aus diesem Grund viele Notschlachtungen an.

**29. Jan. 1947**

### **§3 Zuchtviehablieferung**

Nach einem Runderlaß des Kreisernährungsamts Calw hat die Militärregierung angeordnet, daß auch aus dem Kreis Calw eine größere Anzahl von Nutztvieh abgeliefert werden muß.

**8. Februar 1947**

### **§1 Ernährungsangelegenheiten**

Es ist das Verbot der Lohn- und Umtauschmüllerei für Selbstversorger ergangen. Das hat viel Unruhe her vorgerufen. Das Verbot kann aufgehoben werden, wenn am Anschluß an die neue Ernte die benötigte Menge Brotgetreide sichergestellt ist.

Mit den hiesigen Bäckermeistern ist die Vereinbarung getroffen worden, im Interesse der Ersparnis von Brennmaterial im täglichen Wechsel –ausgenommen samstags – zu backen,

### **§9 Notariat**

Beschluß: Die Landesdirektion der Justiz in Tübingen zu bitten, den Sitz des Bezirksnotariats II wieder nach Schömberg zu verlegen und diesen Bezirk in vollem Umfang zu erhalten und dabei hervorzuheben, daß die Gemeinde dem Notar eine entsprechende Wohnung und eine Kanzlei zur Verfügung stellen wird.

### **§10 Elektrizitätswerk**

Das Bürgermeisteramt Bad Liebenzell ladet zu einer Versammlung ein, die in Calw stattfinden soll. Es soll die Frage besprochen werde:

Muß die durch die nat. soz. Regierung im Jahr 1939 vorgenommene Zwangsenteignung der Werksanlagen des Gemeindeverbandes Elektrizitätswerk Teinach-Station hingenommen oder soll für eine Wiedergutmachung gekämpft werden.

Dem Gemeindeverband gehörte auch die Gemeinde Schömberg an. Die Auflösung desselben und die Eingliederung in die Energieversorgung Schwaben AG. Erfolgte seinerzeit durch den Kreisleiter der NSDAP,

ohne vorher die Verbandsgemeinden zu hören, gegen deren Willen und ohne deren Zustimmung. Die Verbandsgemeinden wurden vor vollzogene Tatsachen gestellt.

## **22. Februar 1947**

### **§2 Zuzugssperre**

Für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollern ist eine vollkommene Zugangssperre angeordnet und besteht.

Diese Zugangssperre ist insbes. für den Kurbetrieb der Sanatorien und Kurheime nachteilig.

Versuche und Gesuche, den Tuberkulosekranken, die außerhalb des französisch besetzten Gebiets Württembergs und Hohenzollerns wohnen, den Besuch der hiesigen Heilstätte zu ermöglichen, sind bei den maßgebenden Stellen auf Verständnis und Berücksichtigung gestoßen.

### **§10 Sonstiges**

Besprochen wurden folgende Anregungen:

Die Wiederherstellung des Fußweges zwischen Schröderweg und Sägmühlenweg im Täle.

Die Wiedereinführung von Lichtspielen

## **8. März 1947**

### **§4 Nutztviehablieferung**

An die französische Militärregierung mußte eine größere Anzahl Nutztvieh abgeliefert werden. Die Gemeinde Schömberg ist von dieser Vorführung verschont worden. Für die gekauften Rinder wurden bis zu 1000 RM, bei besonders schönen Tieren auch bis zur 1200 Reichsmark bezahlt. Da es sich um allerbestes Zuchtvieh handelte, ist den Viehbesitzern, welche ein Tier abliefern mußten ein erheblicher Schaden entstanden. Dieser Schaden soll durch eine Umlage auf die übrigen Viehhalter des Kreises ausgeglichen werden.

### **§5 Weg zur Kläranlage**

Um den vorgesehen Fahrweg zur Kläranlage ausführen zu können, ist noch Erwerb von Gelände notwendig.

### **§6 Mettler, Platztausch**

August Mettler bietet die Flächen seines abgebrannten Hauses und des dabei liegenden kleinen Gemüsegartens der Gemeinde zum Tausch gegen Platz bei seinem neuen Haus in der Siedlung an.

Die Brandplatz Fläche beträgt zusammen 422 m<sup>2</sup>

### **§7 Handleiterwagen**

Das Kreiswirtschaftsamt Calw hat der Gemeinde einen Handleiterwagen zugeteilt.

In Erwartung dessen, daß Frau Günther die Rathaus Reinigung weiterhin versieht und daß sie den Wagen auch anderen Personen bei Bedarf zur Verfügung stellt, wird beschlossen: den Wagen der Frau Günter zuzu teilen.

### **§8 Requisitionen**

Das Kreiswirtschaftsamt, Beschaffungsamt, in Calw hat mitgeteilt, daß das Gouvernement Militaire die leihweise Überlassung von Gebrauchsgegenständen angeordnet habe. Der Herr Gouverneur habe verfügt, daß die Gemeinde Schömberg folgende Gegenstände abzuliefern habe:

1 Küchenherd, 20 Leintücher, 20 Bettbezüge, und 20 Kissenbezüge.

### **§16 Taxe**

Auf Grund von Vereinbarungen hat das Sanatorium Schwarzwaldheim Verwaltungskosten und Kurtaxe in Pauschalen bezahlt

Die Besiegung und Besetzung des Deutschen Reiches durch alliierten Truppen hat auch das Sanatorium Schwarzwaldheim in eine bedrängte finanzielle Lage gebracht insofern als ein hoher Geldbetrag verlustig ging, die Kranken abreisten, keine Gelder mehr eingingen und der Betrieb nur langsam wieder anlaufen konnte. Nur durch die Aufnahme eines Darlehens konnte er aufrecht erhalten werden.

Aus diesen Gründen konnte das Sanatorium Schwarzwaldheim bis jetzt auch keine Zahlungen mehr machen.

## **3. April 1947**

## **§8 Bürgermeister und Gemeinderäte**

Auf Grund der im Herbst 1946 stattgefundenen Bürgermeister- und Gemeinderatswahl sind die neu gewählten ehrenamtlichen Bürgermeister und die Gemeinderäte in ihr Amt eingesetzt worden. Es sind daher, einem Erlaß des Landratsamts zufolge, der bisherige Bürgermeister auch formell zu entlassen und den neu gewählten Bürgermeister und Gemeinderäten Ernennungsurkunden als Ehrenbeamte auszuhändigen.

## **§14. Politische Säuberung**

über das Ergebnis in der politischen Säuberung hinsichtlich der Gemeindebeamten und Angestellten, sowie in deren Folgerungen findet eine Aussprache statt. Ebenso über die Frage der Anstellung von Ersatzkräften.

**12. April 1947**

## **§6 Tagelöhne**

der Stundenlohn für Arbeiter, die unständig bei der Gemeinde tätig sind, wird auf 80 Pfennig festgesetzt.

## **§8. Heu Ablieferung**

Das Kreisernährungsamt hat mitgeteilt, daß mit einer baldigen Heuablieferung gerechnet werden muß. Da die Heu- und Öhmderte im letzten Jahre eine ungenügende und knappe war, ist verschiedentlich ein Futtermangel eingetreten.

## **§10 Politische Säuberung**

Der frühere Bürgermeister Gustav Hermann ist Beamter auf Lebenszeit. Er hat am 9.1.1947 sein 65. Lebensjahr zurückgelegt. Im Zuge der politischen Säuberung wurde über ihn in nach der im Amtsblatt des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollern vom 22.3.47 erschienenen Bekanntmachungen folgende Entscheidung getroffen:

Hermann, Gustav: Zurückstufung um zwei Stufen und Pensionierung.

Auf Grund dieser am 3.9.47 in Kraft getretenen Entscheidung ist dieser in den Ruhestand zu versetzen.

Verfügung: Der frühere Bürgermeister Gustav Hermann wird mit Wirkung von 29.3.1947 in den Ruhestand versetzt.

**26. April 1947**

## **§11 Gesangverein**

Der Gesangverein bittet, ihm wieder den Sitzungssaal im Rathaus für Gesangsübungen zur Verfügung zu stellen und zu wollen.

Dem Gesuch wird stattgegeben.

**3. Mai 1947**

## **§1 Politische Säuberung**

Den Gemeinderäten wird der Erlaß des Landratsamts betreffend politische Säuberung im Bereich der Stadt- und Gemeindeverwaltungen zur Kenntnis gebracht. Hiernach müssen einer Note des Herrn Kreisgouverneurs zufolge die ausgesprochenen Sanktionen in kürzester Frist durchgeführt werden. Auch ist die Einarbeitung der neu Anzustellenden, die die Betroffenen ersetzen können ohne Aufschub weiter zu betreiben. Ferner habe das Staatskommissariat für die politische Säuberung anlässlich eines Sonderfalls darauf hingewiesen, daß bei der Maßnahme "Entlassung ohne Bezüge" eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst in keinem Fall in Frage komme.

## **§2 Gemeinde Beamte und -Angestellte**

Im Zuge der politischen Säuberung wurde der frühere hauptamtliche Bürgermeister Gustav Hermann durch den ehrenamtlichen Bürgermeister Gustav Bäuerle ersetzt. In der Zwischenzeit war Bürgermeister a. D. Hermann vom Kreisverband als Verwaltungsaktuar angestellt und unter anderem auch für die Gemeinde Schömberg tätig. Er hat nun altershalber und auf Grund der Entscheidung des Staatskommissariats für die politische Säuberung, in den Ruhestand zu treten. Er war zum Beauftragten der Aufsichtsbehörde für folgende Aufgaben bestellt: Geschäftsführung in der Verwaltung in der Gemeinde, soweit dieselbe nicht vom Bürgermeister selbst wahrgenommen wird, Unterstützung und Beratung des neuen Bürgermeisters und Besorgungen der Verwaltungsaktuargeschäfte. Um nun den großen Geschäftsanfall zu bewältigen und um

einen geordneten Geschäftsgang zu gewährleisten ist notwendig, daß die Gemeinde Schömberg entweder einem anderen Verwaltungsbezirk zugeteilt wird, oder daß sie selbst einen Hilfsbeamten mit der Befähigung eines Verwaltungsaktuars anstellt.

Bei der Größe Schömbergs, bei seiner Eigenschaft als Jahreskurort mit einem starken Fremdenverkehr und bei seiner sonstigen Vielseitigkeit ist die Anstellung eines zum Verwaltungsaktuar befähigten Beamten für die Gemeinde dringend erforderlich.

#### **17. Mai 1947**

##### **§4 Politische Säuberung Dr. XY**

Auf Grund der Rechtsanordnung zur politischen Säuberung ist nach Bekanntmachung des Staatssekretariats im Amtsblatt bezüglich des Arztes Dr. XY folgende Entscheidung getroffen worden:

Dr. XY wird zur Zahlung einer Geldbuße von 50.000 Reichsmark und dem Entzug der ärztlichen Approbation auf fünf Jahren verurteilt

Diese Entscheidung ist inzwischen in Kraft getreten. Ihr zufolge darf Dr. XY keine ärztliche Tätigkeiten mehr ausüben.

Es muß für die von ihm betreuten Kranken versucht werden einen Vertreter zu finden.

#### **29. Mai 1947**

##### **§1 Politische Säuberung**

Die Wahl zur Landesversammlung und die Volksabstimmung zur vorgeschlagenen Verfassung, wie auch das Ergebnis der politischen Säuberung in Bezug auf Dr. XY schienen einer oder mehreren Personen Anlaß dazu gegeben zu haben, ihre Unzufriedenheit durch einen Anschlag am Postamt hier Ausdruck zu verleihen. In diesem Anschlag wurde das Mitglied des politischen Untersuchungsausschusses, Herr Gemeinderat Dr. Walder, in gröblich beleidigenden und verleumderische Worten angegriffen und beschimpft.

Der Vorsitzende in führte hierzu aus, daß er den Vorfall aufs tiefste bedauere und aufs schärfste verurteile.

Er weist ferner auf die Folgen hin, die derartige Handlungen hervorrufen können, zumal in einem Fall, wie dem vorliegenden, in dem nicht nur Dr. Walder sondern auch die verschiedenen Stellen, die bei der politischen Säuberung mitzuwirken haben, die alle unter dem Schutz der Militärregierung stehen, angegriffen wurden.

Herr Gemeinderat Dr. Walder macht dazu nähere Ausführungen und stellt ausdrücklich fest, daß er bei der Entscheidung über den Fall des Dr. XY nicht mitgewirkt und daß auch in Bezug auf den Anschlag nicht zur Verhaftung des Dr. XY beigetragen habe. Er mahnt in diesem Zusammenhang zur Schließung des antifaschistischen Bandes und zur Solidarität.

#### **28. Juni 1947**

##### **§14 Gemeindepfleger**

Die Stelle des Gemeindepflegers ist in der Form besetzt worden, daß zum kommissarischen Kassenverwalter auf jederzeitigen Widerruf der Kaufmann Georg Kastleiner bestellt wurde. Die Stelle sollte nun endgültig besetzt werden. Damit war bisher deshalb zugewartet worden, weil man sie einem Kriegsinvaliden oder einem aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Einwohner vorbehalten wollte.

Bewerber um die Stelle ist der bisherige kommissarische Kassenverwalter Georg Kastleiner.

Vom Gemeinderat wird hierzu einstimmig beschlossen:

Von einem Bewerberaufwurf um die Gemeindepflegestelle Abstand zu nehmen. Die Anstellungszeit des Gemeindepflegers auf drei Jahre festzusetzen.

Die Stelle mit einem nebenberuflichen Beamten zu besetzen und diesen auf privatrechtlicher Grundlage die Besorgungen um weiterer Verwaltungsgeschäfte zu übertragen. (Verhältnis 50 zu 50)

Als Gemeindepfleger wird Georg Kastleiner, Kaufmann, wohnhaft in Oberlengenhardt gewählt.

#### **2. August 1947**

##### **§1 Kleinkinderschule**

Im Hinblick auf die Ernährungslage im allgemeinen und die der Kinder im Besonderen wird vom Staatlichen Gesundheitsamt Nagold die Vornahme einer ärztlichen Untersuchung der Kleinkinderschüler für notwendig gehalten

Die Kinder sollen durch den Ortsarzt Dr. Wahl auf ihren Gesundheitszustand untersucht werden und wenn erforderlich und möglich eine allgemeine oder individuelle Kinderspeisung eingeführt werden.

## **§2 Kinderfest.**

Der Vorsitzende schlägt vor, die Kinder, die in der vergangenen Zeit so viel entbehren mußten, mit einem Kinderfest zu erfreuen. Dem Gesuch um die Genehmigung eines solchen hat die Militärregierung stattgegeben. Es ist für Sonntag den 10. August 1947 vorgesehen.

Vom Gemeinderat wird hierzu beschlossen:

das Kinderfest abzuhalten, und die Kinder entsprechend zu beschenken.

## **§5 Särge-Beschaffung**

Der Vorsitzende bringt zur Sprache, daß bei den hier eintretenden vielen Sterbefällen die Beschaffung von Särgen Schwierigkeiten insofern bereitete, als die hiesigen Schreiner die Lieferung solcher erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Dies habe dazu genötigt, sich die Lieferung von Särgen bei einem Schreinermeister in Calw zu sichern. Von dieser Maßnahme könne und werde wieder Abstand genommen werden, sobald die hiesigen Schreinermeister wieder zu einer normalen Särge Lieferung verstehen werden. Der Gemeinderat verurteilte das Verhalten der hiesigen Schreiner und billigt die Maßnahme des Bürgermeisteramts.

## **§7 politische Säuberung**

Dem Kreisuntersuchungsausschuß für die politische Säuberung der freien Wirtschaft wird bezüglich der Abgabe von Gutachten durch den Gemeinderat eine Antwort auf sein Schreiben vom 28.7.47 in der Sache erteilt, mit dem folgenden Wortlaut:

Auf Ihr Schreiben vom 28.7.47 teilen wir mit, daß es dem Gemeinderat Schömberg völlig fern gelegen hat, daran zu zweifeln, daß der Kreisuntersuchungsausschuß seine Arbeit gewissenhaft erledigt hat.

Da der Kreisuntersuchungsausschuß aber selbst bedauert, daß seine Vorschläge nicht die nötige Beachtung finden -das dann zu Fehlurteilen führte-, ist der Gemeinderat zu dem Entschluß gekommen, vorerst keine Stellung zu den eingereichten Fragebogen zu nehmen, es sei denn, daß die Spruchkammern dazu auffordern. Wir würden es für wünschenswert erachten, wenn denn dies geschehen würde und bitten, diese davon in Kenntnis zu setzen.

## **§8 Güter-Beförderung**

um die Stelle des Güterbeförderers haben sich in neben dem Michael Nothacker noch beworben:

Paul König, Autobesitzer hier und Marie Rentschler, Witwe, Fuhrgeschäft.

Beschluß: mit der Vergebung noch zuzuwarten, ist der Bescheid der Bahnverkehrsverwaltung Höfen eingetroffen ist.

## **§11 Sanatorien**

Der Vorsitzende teilt mit, daß nach einer Zuschrift des Landesstraßenverkehrsamtes Tübingen das Kraftfahrzeug des Karl Maisenbacher Witwe hierher mietweise für die Zwecke der Landesdirektion der Landwirtschaft und Ernährung beschlagnahmt ist und daß dem Antrag des Sanatorium Schwarzwaldheim auf Zulassung dieses Kraftfahrzeugs für seine Zwecke nicht entsprochen wurde. Letzteren, wie auch den übrigen Sanatorien und Kurbetrieben soll jeweils ein Kraftfahrzeug von den hier ansässigen Kfz- Haltern zur Verfügung gestellt werden. Dies würde eine Art Fahrbereitschaft oder Verkehrs Büro notwendig machen, sich aber nach Lage der Sache schwer durchführen lassen.

Die Angelegenheit wird zurückgestellt.

## **§12 Sanatorien**

Herr Gemeinderat Dr. Walder berichtet darüber, daß Verhandlungen zwischen der amerikanischen und französischen Militärregierung dazu geführt hätten, daß ab 18. August 1947 das "d" nur noch Kranke aus der amerikanisch besetzten Zone aufnehmen und daß die Versorgung dieser mit Lebensmittel usw. auch aus dieser Zone erfolgen werde. Die Kranken in den Sanatorien "Neue Heilanstalt" und "Schwarzwaldheim" sollen die gleiche Kalorienzahl an Lebensmitteln als Zusatz ebenfalls aus der amerikanischen Zone erhalten.

## **§14. Felddiebstähle**

Es mehren sich die Klagen über Felddiebstähle. Bei solchen wurden unter anderem auch hiesige Kurgäste betroffen und beobachtet. Über die Abhilfemaßnahmen wird in eine Erörterung eingetreten aus der folgendes hervorgeht:

durch Anschläge an den Ortstafeln und in den einzelnen Sanatorien und Kurbetrieben soll bekanntgegeben werden, daß

1. die Einwohnerschaft und die Kurgäste gebeten werden, bei der Erfassung von Frevlern mitzuhelfen.
2. Es Unbefugten verboten ist, Feldwege zu begehen.
3. Zuwiderhandelnden neben der Strafe noch Lebensmittel entzogen werden und Kurgäste und sonstige Fremde ein Ortsverbot erhalten.
4. wegen des Versands von Felderzeugnissen durch Fremde, Post- und Frachtkontrollen angestrebt werden.

## **20. August 1947**

### **§8 Ludwig Brechtel**

Nach der Bekanntmachung des Staatssekretariats über die Ergebnisse der politischen Säuberung ist bezüglich des früheren Ortsgruppenleiters Ludwig Brechtel folgende Entscheidung getroffen worden:

Ludwig Brechtel wird zur Zahlung von einer Geldbuße verurteilt. Er darf auf die Dauer von fünf Jahren nur als gelernter oder ungelerner Arbeiter oder Angestellter mit untergeordneter Tätigkeit beschäftigt werden. Brechtel ist Friseurmeister und betreibt ein selbständiges Friseurgeschäft. Einer Mitteilung des Kreisinnungsverbandes Calw zufolge, hat Brechtel sein Geschäft nunmehr zu schließen.

## **6. September 1947**

### **§7 Burkhardt Friedrich, Metzgermeister**

Friedrich Burkhardt, sucht um Zulassung eines Motorrades nach. Da er bereits einen zum Verkehr zugelassenen Pkw besitzt, muß das Bedürfnis nach Zulassung noch eines Motorrades verneint werden.

## **20. September 1947**

### **§1 Omnibuslinie Schömburg - Pforzheim**

Der Landrat in Pforzheim, hat mit Schreiben vom 7.9.47 mitgeteilt, daß der Kraftfahrtunternehmer Richard Eberhard in Büchenbronn bei ihm Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Eröffnung einer Omnibuslinie Pforzheim - Schömburg eingereicht habe. Der Landrat ersucht um die Stellungnahme darüber, ob ein dringendes Bedürfnis zur Eröffnung der beantragten Linie vorhanden ist.

Hierzu ist nach Erörterung Beschluß: festzustellen, daß für die Eröffnung der geplanten Linie ein dringendes Bedürfnis besteht.

### **§6 Post-Autolinie**

Schon einige Male mußte der Kraftpostverkehr auf der Linie Höfen –Neuenbürg – Schömburg - Bad Liebenzell wegen Reifen- und anderer Mängel unterbrochen werden. So auch jetzt wieder wegen Reifenmängel. Die Beschaffung von Reifen ist sehr schwierig. Um jedoch den Betrieb aufrechterhalten zu können, müssen die Bemühungen der Postverwaltung, Reifen zu bekommen, u.U. auch von der Gemeinde finanziell unterstützt werden.

### **§7 Kulturelles**

Zur Unterhaltung der Kurgäste tragen insbesondere die Leienspielschar und der Gesangverein durch Darbietungen bei. Um Ihnen auch Musik darbiehen zu können, bemüht sich seit einiger Zeit ein hiesige Musikkapelle in ihrer Ausbildung.

Beschluß: den Genannten Dank und Anerkennung auszusprechen und ihnen aus Mitteln der Kurverwaltung eine Gabe zukommen zu lassen.

## **4. Oktober 1947**

### **§4 Feuerlöschgerätehaus**

zum Bau des Feuerlöschgerätehaus werden noch 75 m<sup>3</sup> Bau Holz benötigt.



## **§5     Amtsgerichts und Notariatseinteilung**

Der Gemeinderat nimmt davon Kenntnis, daß durch Beschluß des Staatsministeriums in Tübingen neben anderen Gemeinden, die es seither zum Amtsgerichtsbezirk Neuenbürg gehörten, auch Schömberg vom Amtsgericht Neuenbürg abgetrennt und dem Amtsgericht Calw zugeteilt worden ist. Auch ist nun der Sitz des bisherigen „Notariats 2 Neuenbürg“ nach Schömberg verlegt. Dieses Notariat erhält nunmehr diese Bezeichnung "Bezirksnotariat 2 Calw ". Es umfaßt die Gemeinden: Bieselsberg, Grunbach, Igelsloch, Kapfenhardt, Maisenbach, Oberlengenhardt, Unterlengenhardt, Schömberg und Schwarzenberg des Amtsgerichtsbezirks Calw und die Gemeinden Engelsbrand, Höfen/Enz, Langenbrand und Salmbach des Amtsgericht Bezirks Neuenbürg.

**28. November 1947**

## **§5     Ludwig Neubeck - Zuzug**

Ludwig Neubeck aus Landau in der Pfalz teilte mit, daß er um die Erlaubnis zum Zuzug nach Schömberg bitte, da ihm in Aussicht gestellt sei, die Drogerie hier pachten zu können.

Er ist aufgefordert worden, einen Antrag auf Vordrucke zu stellen und diesen mit einem politischen Fragebogen oder mit dem Nachweis der politischen zur Übung vorzulegen.

## **§9     Georg Burkhardt**

Das dem Georg Burkhardt gehörige Tannenhaag am Kirchweg wurde zurückgeschnitten, um eine bessere Sicht zu bekommen. Aus dem gleichen Grund wurde auch die an diesem Weg stehende Eiche ausgeputzt.

*Hinweis: das ist der Bereich, an dem heute das Wohnhaus „Klein“ steht und die Sicht ins Tal verdeckt.*

**3. Dez. 1947**

## **§1     Kraftpostlinie**

Der Omnibus für die Kraftpostlinie Schömberg - Bad Liebenzell und Schömberg - Neuenbürg ist dauernd derart beansprucht, daß viele Reisende und namentlich auch zu- und abreisende Kranke nicht mitbefördert werden können. Er ist zu stark durch Schüler- und Arbeiter mit Wochenfahrkarten und hierin wieder von solchen in Gemeinden, die mehr an der Bahn liegen als Schömberg, blockiert.

Das Bürgermeisteramt hat diesen Übelstand der Oberpostdirektion in Tübingen mitgeteilt und darauf hingewiesen, daß die Kraftpostlinie in erster Linie dem Kranken und Kurverkehr dienen sollte, und daß der sichergestellt gewesene Omnibus der Post hauptsächlich für diesen Zweck zur Verfügung gestellt worden ist.

**1948**

**16. Januar 1948**

## **§1     Omnibuslinie Pforzheim**

In Sachen der Omnibus Linie Pforzheim - Schömberg wird die Antwort der Omnibuszentrale Pforzheim auf die Eingabe an das Städtische Verkehrsamt Pforzheim bekanntgegeben. Hiernach ist in die Errichtung eines Tages-Linienverkehrs Pforzheim - Schömberg in Aussicht gestellt, sobald der Zentrale weitere Omnibusses zusätzlich zur Verfügung stehen.

## **§2     Postkraftwagen**

Der Umstand, daß er der große Postomnibus zu einer Instandsetzung ausgeschaltet werden mußte und daß dafür ein kleiner Omnibus eingeschaltet wurde, brachte es mit sich, daß nur noch wenige Personen mit dem Postomnibus von und zur Bahn befördert werden können. Auf Weisung des Kraftpostamts Neuenbürg sollen nur noch Gehbehinderte, Arbeiter und Schüler befördert werden. Da der jetzige Omnibus kaum diesen Personenkreis faßt, besteht für die vielen Kranken zur Zeit fast keine Beförderungsmöglichkeit mehr, so daß die Kurbetriebe auf Selbsthilfe angewiesen sind.

Abhilfemaßnahmen werden besprochen.

## **§5     Hochwasser Katastrophe**

Die starken Regenfälle, verbunden mit rascher Schneeschmelze, hatte in den letzten Tagen des Monats Dezember 1947 in den Tälern der Enz und der Nagold mit ihren Seitentälern eine gewaltige Hochwasser Katastrophe ausgelöst, die hauptsächlich in den Talgemeinden Schäden, die in die Millionen gehen, anrichteten. Die Hochwassergeschädigten sind dadurch in eine große Not geraten. Dazu beizutragen, deren Not helfen zu lindern, ist ein Anliegen der Gemeinde.

Beschluß:

durch Aufruf die Einwohnerschaft zu bitten, den Hochwassergeschädigten durch Abgabe von Sach- und Geldspenden zu helfen, ebenso die Sanatorien und die Kurheime zu bitten, in ihren Bereichen eine Hilfsaktion durchführen zu wollen.

## **§16 Wohnungswesen**

Es mehren sich die Fälle, daß Personen, die als Kranke herkamen und hier bist jetzt in einem Sanatorium oder einem Kurheim Kur machen, nicht mehr an ihrem Wohnort zurückkehren wollen und sich hier niederzulassen beabsichtigen. Sie begehren, ja beanspruchen die Zuteilung von Wohnungen. Der Folgerungen wegen bedarf es zu solchen Anträgen einer grundsätzlichen Stellungnahme des Gemeinderats.

Nach Erörterung der Angelegenheit faßt der Gemeinderat den Beschluß:

1. Daß die Absicht einer bleibenden Niederlassungen hier einem Zuzug gleich kommt. In solchen Fällen sich sowohl gegen eine Befreiung von der Zuzugssperre als auch gegen die Zuteilung einer Wohnung auszusprechen.
2. Den eng gewordenen und immer enger werdenden Wohnraum für die Aufnahme von Tuberkulosekranken, sowie in für solche Person bereitzuhalten, die im öffentlichen und im Interesse des Kurbetrieb erforderlich sind.

## **5. Februar 1948**

### **§7 Lehrer Ernennungen**

Das Kultusministerium in Tübingen gibt bekannt, daß die bisher außerplanmäßige Lehrerin Paula Simon ab 1. 10.9.47 zur planmäßigen Lehrerin an der Volksschule hier ernannt wurde.

Nicht öffentlichen Sitzung

*Hinweis; das ist das erste mal, daß dieser Hinweis im Gemeinderatsprotokoll erscheint.*

### **§9 Beschlagnahme.**

Der Vorsitzende macht Mitteilung von der erfolgten Beschlagnahme und Wegnahme von Wohnungseinrichtungen hiesiger Bewohner durch die Militärregierung. Aus der Mitte des Gemeinderats wird angeregt, zu versuchen, durch Beschaffung von Bedarfsscheinen es den Eigentümern zu ermöglichen, sich ganzen oder teilweisen Ersatz zu beschaffen.

Nicht öffentlichen Sitzung

### **§14 Dienstjubiläum von Bürgermeister a. D. Hermann**

Bürgermeister a. D. Hermann ist am 30. Dezember 1947 40 Jahre lang ununterbrochen im Dienst der Gemeinde Schömberg tätig gewesen. Er wurde am 30. Dezember 1907 hier zum Bürgermeister gewählt und hatte dieses Amt bis zu seiner Außerdienststellung am 1.11.1945 inne. Anschließend stellte er seine Arbeitskraft als Verwaltungsaktuar der Gemeinde erneut zur Verfügung und ermöglichte es so dem Bürgermeister mit seiner Mithilfe die Verwaltung der Gemeinde auf ihrem heutigen geordneten Stand zu halten.

Der Vorsitzende und der gesamte Gemeinderat würdigt die Verdienste, die Bürgermeister a.D. Hermann sich im Dienst der Gemeinde erworben hat und möchte der Auffassung, daß es nichts Geringes ist, in einem so langen und verantwortungsvollen Dienst so ehrlich und doch treu auszuharren, auch öffentlich und sichtbarer Ausdruck geben.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde deshalb einstimmig beschlossen:

Der Gemeinderat ist sich darüber einig, daß Bürgermeister a. D. Hermann in einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderats für seine 40 jährige Tätigkeit im Dienst der Gemeinde geehrt werden soll. Das Programm zu

dieser Feier und den Kreis der hierzu besonders zu ladenden Personen in einer demnächst stattfindenden Besprechung noch näher festzulegen.

### **Besprechung am 17. Febr. 1948.**

#### **§1 Dienstjubiläum von Bürgermeister a.D. Hermann**

*Es folgt eine ca. zweiseitige Abhandlung zur Frage der Jubiläumsfeier.*

Gemeinderat Dr. Walder als Mitglied des Kreisuntersuchungsausschusses Calw spricht sich in einem Schreiben gegen eine öffentliche Feier aus.

Bürgermeister a. D. Hermann hat sowohl gegenüber Gemeinderat Dr. Walder als auch dem Vorsitzenden gegenüber kurz vor Beginn der Besprechung erklärt, daß er nicht wünscht das gefeiert werde.

Es wird vom Gemeinderat beschlossen:

1. Diesem Wunsch nachzukommen;
2. Festzuhalten, daß die Vertagung der Feier nur auf ausdrücklichen Wunsch von Herrn Bürgermeister a. D. Hermann erfolgt.

### **26. Februar 1948**

#### **§1 Postomnibusverkehr.**

Die Oberpostdirektion in Tübingen gibt in einem Rundschreiben bekannt, daß die französische Militärregierung in Tübingen neuerdings mit allem Nachdruck die Durchführung einer von ihr erlassenen Verordnung verlangt, wonach der Personenbeförderungsdienst der Deutschen Post an Privatunternehmen zu übertragen ist. Weil die betriebenen Linien sowohl den Personen- als auch den Postbeförderungsdienst betreiben, müßte der gesamte Postomnibusverkehr, der in der Hauptsache eine Zubringerverkehr zu Bahn darstellt, in private Hände über geleitet werden.

Diese Anordnung bedeutet nicht nur einen Eingriff in den Aufgabenkreis der Deutschen Post und der im Laufe der Jahre herausgewachsenen Verkehrsstruktur großer Teile unseres Landes, insbesondere der verkehrsarmen, sondern darüber hinaus gerade für unsere Gemeinde und die Nachbargemeinden eine totale Gefährdung der ohnedies auf das Äußerste geschrumpften Verkehrsmöglichkeiten überhaupt. Unter den heutigen Verhältnissen ist eine Überleitung des Überlandverkehrs von Personen und Post in private Hände fast unmöglich gemacht. Die Neubeschaffung von und einen Fahrzeugen ist wegen Fehlens jeglichen Angebots auf dem Markte ausgeschlossen, somit müssen die wenigen, noch im Verkehr stehenden Fahrzeuge zu jedem Dienst herangezogen werden. Dieser Einsatz kann nur wirkungsvoll erfolgen, wenn die Lenkung zentral geschieht, und keine privaten Interessen sondern ausschließlich das Allgemeinwohl den Ausschlag gibt. Die Ansicht, daß Einrichtungen, die dem öffentlichen Wohl dienen, dem privaten Kapital entzogen werden müssen, ist nicht nur in unserem Lande, sondern in fast allen Teilen der Welt unbestrittenes Gedankengut der Menschheit geworden.

Die Kraftpostverbindung Bad Liebenzell – Schömberg - Höfen an welcher unsere Gemeinde im Besonderen interessiert ist und deren reibungsloser Betrieb, hauptsächlich als Zubringerdienst von und zur Bahnstation für unseren Kurort, welcher ständig mit 800 bis 900 TBC-Kranken belegt ist eine Lebensfrage bedeutet, wird seit etwa 15 Jahren von der Deutschen Reichs Post betrieben. Der Verkehr wurde, abgesehen von den mißlichen Verhältnissen in der Nachkriegszeit, immer regelmäßig und absolut zuverlässig durchgeführt. Die Tarife waren niedrig, mindestens westlich billiger als jedes Privatunternehmen hierzu in der Lage gewesen wäre. Die Instandhaltung und Wartung verlangt gut eingerichtete Reparaturwerkstätten, denn an Fahrer und Wartung werden in unseren Bergen bezüglich Materialien und Betriebssicherheit außerordentliche Anforderungen gestellt. Kein Privatunternehmer könnte wohl diese Notwendigkeit notwendigen Voraussetzungen erfüllen.

#### **§2 Bodenreform**

Das Bodenreformgesetz, dessen erste Lesung kürzlich im Landtag vorgenommen wurde, sieht neben der Heranziehung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes auch die Heranziehung von forstwirtschaftlichem Grundeigentum dann vor, wenn es erforderlich ist., waldarmen, im Waldgebiet gelegenen Gemeinden zur besseren Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere der Unterbringung und Versorgung der ausgewiesenen Neubürger, ausreichenden Waldbesitz zu sichern. Dabei sollen die Grundsätze, die für das Privateigentum gelten, auch auf das land- und forstwirtschaftliche Grundeigentum des Staates Anwendung finden.

Allgemein gesehen liegt der Geltendmachung dieser Forderung auch die Ansicht zugrunde, daß es sich dabei letzten Endes um einen verspäteten gerechten Ausgleich handelt, denn der Staat hat früher bei der Säkularisierung der Klöster und bei der Übernahme der Herrensitze den gesamten Grund und Boden derselben an sich gezogen und die Städte und Dörfer leer ausgehen lassen. Der Bevölkerung wurde da und dort eine Holznutzung zugesprochen, wie im Falle der Gemeinde Schömburg, die seit unvordenklichen Zeiten auf einer Fläche von rund 584 ha Staatswaldbesitz ein Reisig- und Rindenrecht hat.

Es ist festzustellen, daß zu den Waldarmen im Waldgebiet gelegenen Gemeinden, auch die Gemeinde Schömburg zählt. Die Gemeinde besitzt an Wald ca. 6,4 ha, wogegen der Staat auf hiesiger Markung einen Waldbesitz von ca. 794 ha hat. Bei einer Gesamtfläche von 1.243,64 ha entfallen auf Wald ca. 959 ha, auf Felder 202 ha und auf ertraglose Flächen 82 ha. Bei einer Einwohnerzahl von ca. 1300 Einwohnern entfällt sonach auf einen Einwohner eine landwirtschaftliche Anbaufläche von 0,06 ha. Die Gemeinde selbst hat außer dem genannten Waldbesitz nur noch einen Feldbesitz von zirka 6 ha. Die Erträge hieraus sind gering und für den Haushalt ohne Bedeutung. Die Finanzwirtschaft der Gemeinde stützt sich einseitig nur auf den Kurbetrieb unter der Gefahr, die zweifellos hierin liegt, kann nur durch Vermehrung der Einnahmen aus dem Gemeindevermögen, das heißt aus dem Waldbesitz, begegnet werden.

In der Gemeinde wurden bis jetzt 73 Ausgewiesene untergebracht, außerdem befinden sich hier noch 86 Flüchtlingen. Um in Zukunft die Aufgabe der Gemeinden, diese Neubürger selbsthaft zumachen, durchführen zu können, müßte ihr in ihrem Besitz befindliches eigenes Gelände zur Verfügung stehen. Jede gesunde Bodenpolitik und erfolgreiche Einwirkung auf dem Wohnungs- und Kleinsiedlungsbau scheitert daran, daß die Gemeinde über kein eigenes geeignetes Gelände verfügt.

Die Gemeinde Schömburg ist Kurort für Lungen Tuberkulose. In ihren 5 großen und 23 kleineren Lungenheilstätten beherbergt sie ständig rund 900 Kranke. Zu seinen Heilfaktoren jedoch gehört Wald und gehören Spazierwege und Ruhebänke in Waldungen. Mangels eigenen Waldes sind wir in der Anlage von Wegen und im Aufstellen von Ruhebänken gehindert. Wir sind genötigt, mit Nachbargemeinden Verträge abzuschließen, die uns gestatten, Spazierwege anzulegen und Ruhebänke aufzustellen. An dem weiteren diesbezüglichen Ausbaus sind wir aber sehr interessiert, aber in so lange beschränkt und behindert, als wir nicht eigenen Wald besitzen.

Schließlich wären hier noch die in den Jahren 1920 bis 21 ausgestockten Flächen der staatlichen Waldparzellen im Meßgehalt von zirka 6 ha zu erwähnen, welche die Staatsforstverwaltung an hiesige Einwohner verpachtet hat. Diese Grundstücke sollten im Zuge der Durchführung der Bodenreform in das Eigentum der bodenbedürftigen Pächter übergeführt werden. Viele unserer kleinbäuerlichen Betriebe würden dadurch in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt.

Der Gemeinderat ist sich darüber einig, daß aus den ausgeführt und Gründen alles getan werden muß, die Bestrebungen zugunsten einer Waldreform der in Betracht kommenden Gemeinden zu unterstützen.

Es wurde beschlossen:

Den Standpunkten der Gemeinde in einer Eingabe an den Sachbearbeiter für den Kreis Calw, Herrn Bürgermeister Klepser in Bad Liebenzell, darzulegen und denselben um Weitergabe an den Landesvorstand des Gemeindetages zu bitten.

## **15. März 1948**

### **§3 Pflege von öffentlichen Einrichtungen**

Der Vorsitzende macht den Gemeinderat davon Mitteilung, daß es immer schwieriger werde, geeignete Arbeitskräfte zur Instandhaltung und Pflege der öffentlichen Einrichtungen zu erhalten. Er unterbreitet in diesen Zusammenhang folgende Vorschläge zur Begutachtung:

1. zu versuchen, die Linden Bäume an den Orts Straßen einheitlich und gemeinsam mit den Anliegern zu bescheiden.
2. den Friedhof, dessen pflegerischer Zustand ganz besonders stark zu wünschen übrig läßt, auch mit Rücksicht auf den Ruf der Gemeinde als bekannter Kurort sehr bedauerlich ist, durchgreifend und so weit möglich, einheitlich wieder in Ordnung zu bringen. Dabei soll der Einwohnerschaft durch öffentlichen Aufruf Gelegenheit zur tätigen Mitarbeiter gegeben werden.

### **§8 Wohnungssachen**

durch Verfügung der Militärregierung wurde dem. Drogisten Hans Karcher die Erlaubnis zur Fortführung der ehemals Eckstein'schen Drogerie abgesprochen.

**22 April 1948**

**§18 Beschwerde des Herrn H.**

H. führt Beschwerden darüber, daß er das bisher vor ihm benützte Klosett im ersten Stock des Hauses nicht benutzen könne, weil die Glastüre regelmäßig abgeschlossen sei. Das Verschlossenhalten der Glastüre wird von der Hausbesitzerin damit begründet, daß bei der Schwerhörigkeit der drei Bewohner des ersten Stocks bei offener Glastüre die Gefahr von Diebstählen bestehe. Beschluß.

1. die Berechtigung zum Verschlossenhalten der Glastüre anzuerkennen.
2. der Hausbesitzern vorzuschlagen, der Familie H einen Glastürschlüssel auszuhändigen, damit der Abort im ersten Stock von denselben nach wie vor benutzt werden kann.

**13. Mai 1948**

**§4 Kursachen**

Bürgermeister Bäuerle berichtet ausführlich über dringlich gewordener Probleme unseres Kurorts. Die Sanatorien und Kurheime sind ganzjährig voll belegt: sie beherbergen gegenwärtigen 900 bis 1000 Patienten aus allen Teilen Deutschlands und des Auslands. Die Kurve der Übernachtungszahlen ist seit 1945 erfreulicherweise stetig ansteigend. Die Gemeindeverwaltung und die am Kurwesen rege interessierte Bürgerschaft sind sich darin einig, daß alles Menschenmögliche getan werden muß, um jetzt und künftig im Kampf gegen die sprunghaft ansteigende Tuberkulose sich zur Verfügung zu halten.

Diesem Vorsatz stellen sich jedoch viele und oft schwer zu lösende Schwierigkeiten entgegen. Zu einem der schwersten Probleme ist der Mangel an Arbeitskräften geworden. Er hat jetzt einen Stand erreicht, der die Fortführung der Betriebe ernstlich in Frage stellt.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Arbeitnehmer Arbeitsplätze bevorzugen, welche Ihnen bei der Anwerbung außer Lohn und Gehalt Naturalleistungen in Aussicht stellen und auch gewähren. Demgegenüber sind unsere Betriebe hoffnungslos in Nachteil. Der Bürgermeister und der Gemeinderat vertreten mit Entschiedenheit die Auffassung, daß unsere Sanatorien und Kurheime, in vorderster Front im Kampf gegen die Volksseuche Tuberkulose stehend, eine Sonderstellung einnehmen.

Sie dienen der Volksgesundheit ohne Ansehen der Person und sind deshalb ebenso wichtig wie viele andere Unternehmen, die heute als Prioritätsbetriebe Sonderrechte genießen. Dadurch werden sie unter anderem in die Lage versetzt, genügend Arbeitskräfte zu werben.

Aus diesen Gründen sollte versucht werden, die maßgeblichen Stellen auf unsere Schwierigkeiten aufmerksam zu machen und im Rahmen des heute möglichen für Verständnis zu werben.

Anschließend stand die Frage der Pensionspreise zur Debatte. Dieselbe unterliegen seit Jahren der Preisstopverordnung und sind natürlich für heutige Verhältnisse unzureichend. Sie reichen höchstens dazu aus, die augenblicklichen Bedürfnisse der Betriebe zu decken. Die Notwendigkeit, die Substanz zu erhalten und einem, wenn auch bescheidenen Gewinn zu erzielen, besteht schon lange nicht mehr.

Der Vorsitzende gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die maßgeblichen Stellen sich diesen Argumenten nicht verschließen werden und schlägt vor, den ganzen Fragenkomplex in einer demnächst abzuhaltenden Versammlung der Kurinteressierten weiter zu erörtern.

Der Gemeinderat erklärt sich damit einverstanden.

**§5 Spende an Gesangs- und Musikverein**

Der Gesangverein Schömberg und der Musikverein Schömberg haben durch ihre Veranstaltungen am 1. Mai dieses Jahres zur Feiergestaltung dieses Festtages maßgeblich beigetragen.

Der Gemeinderat anerkennt diese Bemühungen um das kulturelle Leben unserer Gemeinde und beauftragt den Vorsitzenden, an die beiden Vereine Dank und Anerkennung auszusprechen.

Beschluß: den Vereinen eine Spende zu bewilligen.

**§7 Zuteilung des Wirtschaftsamts**

vom Wirtschaftsamt Calw ist ein größerer Posten Wäsche und Kleidung zur Verteilung zugeteilt worden. Um eine möglichst gerechte Verteilung zu erreichen wird eine Kommission gebildet.

**1. Juni 1948**

**§4 Kursachen**

Der Vorsitzende berichtet über im Verlauf und das Ergebnis der Versammlung der Kurinteressierten am 28. Mai dieses Jahres, an welche auch der Gemeinderat teilnahm.

Die Vertreter der hiesigen Sanatorien und Kurheime haben dabei zu den aktuellen Problemen des Kurorts, insbesondere dem drückenden Mangel an Arbeitskräften, eingehend Stellung genommen. Dabei wurde ohne Ausnahme zum Ausdruck gebracht, daß der Mangel an Arbeitskräften nachgerade eine Gefahr für die Fortführung und die Existenz unserer Anstalten und damit des ganzen Kurorts geworden ist. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß die Behebung dieses Notstandes gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt außerordentlich schwierig ist, einmal deshalb, weil die Arbeitswilligkeit kurz vor der Währungsreform allgemein sehr zu wünschen übrig läßt und weil von vielen Arbeitnehmern die Ansteckungsgefahr gescheut wird. Trotz dieser Schwierigkeiten ist sich die Versammlung darüber klar, daß alles, was irgendwie möglich ist, versucht werden soll, und der Schwierigkeiten Herr zu werden. Insbesondere soll darauf hingewirkt werden, daß durch Beschaffung von Berufskleidung und Schuhen ein Anreiz gegeben wird, genügend geeignetes Personal zu verpflichten. Weiter sollen die maßgeblichen Stellen des Landes auf unsere Notlage aufmerksam gemacht und um tatkräftige Unterstützung angegangen werden.

### **§5 Förderung des Sparsinns**

Die Sparkasse Neuenbürg läßt bei der Anmeldung von Geburten Gutscheine an die Neugeborenen im Betrag von 2 RM ausgeben.

Der Gemeinderat begrüßt diese Anregung zur Förderung der Sparsinns und beschließt:

im Falle der Einlösung des Gutscheins aus Mitteln der Gemeinde für jedes Neugeborene ein Geschenk der Gemeinde von 3 RM zu gewähren.

## **12. Juni 1948**

### **§2 Ankauf von Alkohol**

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß von der Landesmonopolverwaltung den hiesigen Sanatorien und Kurheimen Alkohol in beliebiger Menge zum Kauf freigegeben worden sei. Wie er jedoch erfahren habe, machen die Anstalten nur zögernd von dem Angebot Gebrauch, worüber er sich keine Erklärung geben könne, da die Gelegenheit zweifellos einmalig sei.

Die Krankenhäuser bzw. Sanatorien haben große Bedenken, daß beim Eintreten einer Währungsreform die Versicherung ihre Zahlungen einstellen werden und daß sie deshalb darauf bedacht sein müssen, ihre flüssigen Mittel zur Überbrückung dieser Zeit bereitzuhalten.

Bei der Aussprache kommt zum Ausdruck, daß die angesammelten Rücklagen der Kurverwaltung vorübergehend hierfür verwendet werden sollten, da es unsere Pflicht ist, hier helfend einzuspringen. In einer vorübergehenden Anlage dieser Gelder kann kein Risiko gesehen werden, weil Alkohol immer benötigt und durch eine Lagerung nicht schlechter sondern besser wird. Infolge der Zwangsbewirtschaftung war der Kurverwaltung jede Möglichkeit verschlossen, unseren Kranken etwas Besonderes zu bieten. Dies kann jetzt teilweise nachgeholt werden, in dem einem Notstand mit Mitteln der Kurverwaltung abgeholfen wird.

*Hinweis: Die Gemeinde hatte sehr viel Geld. Mit dem Kauf von Alkohol konnte dieses Geld vor der Abwertung bewahrt werden.*

## **16. Juni 1948**

### **§1 Währungsreform**

Bürgermeister Bäuerle berichtet dem Gemeinderat eingehend über die heute stattgefundene außerordentliche Bürgermeisterversammlung des Kreises Calw, in welcher den Bürgermeistern Anweisung organisatorischer Art für die kurz bevorstehende Währungsreform gegeben wurden.

Obwohl über den Inhalt der kommen Währungsreformgesetze, welche von den Militärregierungen erlassen werden, nichts amtliches bekannt geworden ist, kann doch vermutlich angenommen werden, daß das Geldvermögen der öffentlich rechtlichen Körperschaften und damit auch der Gemeinden nicht in die neue Währung umgetauscht wird und damit 100%ig abgeschrieben werden muß.

Nach eingehender Aussprache wird einstimmig beschlossen: den Bürgermeister zu ermächtigen, den Gläubigern der Gemeinde für Arbeiten und Lieferungen Kostenvorschüsse in bestimmt ausreichender Höhe ihrer Forderungen auszuzahlen. Die Anrechnung der Vorschüsse auf die Forderung sollen nach den zu erwartenden gesetzlichen Vorschriften geschehen.

## **§2 Auflösung von Wohlfahrtskonten**

Über die außerhalb der Gemeinderechnung verwalteten Geldern des Sozialen Hilfswerk, der Sammlung für Kriegsgefangenen, und der Dr. Walder Stiftung, soll noch vor der Währungsreform verfügt werden, da angenommen werden muß, daß diese Beträge nicht in die neue Währung umgetauscht werden können.

Beschluß:

Die Gelder des sozialen Hilfswerk der Sammlung für Kriegsgefangenen und der Dr. Walder Stiftung mit insgesamt 8552 Reichsmark werden sofort an hiesige bedürftige Einwohner verteilt.

*18. Juni 1948*

*Währungsreform*

*Geldvermögen und Forderungen werde im Verhältnis 10 : 1 umgetauscht  
Löhne und Mieten im Verhältnis 1 : 1*

**2. Juli 1948**

### **§2 Feuerwehrgerätehaus**

Der Vorsitzende berichtet über den Stand der Bauarbeiten am Feuerwehrgerätehaus. Infolge der Währungsreform sind die von der Gemeinde hierfür bereitgestellten Geldmittel im Betrag von 15.000 Reichsmark gegenstandslos geworden. Die Fertigstellung des Neubaus muß aus künftigen laufenden Etatmitteln der Gemeinde finanziert werden. Hieraus ergibt sich zwangsläufig die Frage, ob es im gegenwärtigen Zeitpunkt möglich ist, den Neubau in seinem projektierten Umfang zu erstellen und wie hoch sich die Kosten hierfür belaufen werden

Beschluß:

1. die Erstellung des Steigerturms zum Feuerwehrgerätehaus vorläufig zurückzustellen
2. den mit der Bauleitung beauftragten Architekten Georg Kappler zu beauftragen, einen genauen Kostenvoranschlag der noch zu fertigenden und in D-Mark zu bezahlenden Arbeiten und Lieferungen anzufertigen.

### **§3 Kurortbesichtigung**

der Vorsitzende berichtet eingehend über die durch eine Kommission des Innenministeriums und Vertretern des Landratsamts durchgeführte Besichtigung des Kurorts.

Die Besichtigung hatte den Zweck, sich über den Stand und die Leistungsfähigkeit des Kurorts zu informieren, insbesondere die Aufnahmefähigkeit seiner Sanatorien und Kurheime festzustellen.

Es wurden die Schwierigkeiten in der Versorgung der Kurbetriebe angesprochen.

Die Kommission zeigte sich für alle Fragen des Kurorts sehr aufgeschlossen und gab die Zusicherung ab, daß Schritte zur Abhilfe unternommen werden würden.

**23. Juli 1948**

### **§1 Feuerwehrgerätehaus**

Der Vorsitzende berichtet über die Arbeiten und Lieferungen zum Feuerwehrgerätehaus, insbesondere auch im Hinblick auf die nach der Währungsreform schwierig gewordene Finanzierung des Bauvorhabens.

Die bis jetzt beschafften Baumaterialien sollen verarbeitet und der Bau wenigstens im Rohbau unter Dach und Fach gebracht werden.

### **§7 Schulfragen**

Infolge Wiedereinführung der 3. ständigen Schulstelle sind alle drei Schulsäle belegt. Dadurch ist die Abhaltung des Handarbeitsunterrichts und des Religionsunterrichts unmöglich geworden. Die Gemeinde sieht sich aus diesem Grunde der Notwendigkeit gegenüber gestellt, zu versuchen, außerhalb des Schulhaus einen geeigneten Raum zu mieten. Ein geeignetes Lokal ließe sich mit verhältnismäßig geringen Mitteln im Haus Thöne hier einrichten.

### **§10 Kinderspeisung**

der Vorsitzende berichtet dem Gemeinderat über die zur Zeit stattfindende Kinderspeisung.

Der Gemeinderat nimmt mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Leitung des Sanatoriums Schömberg die Zubereitung der Speisen unentgeltlich übernommen hat.

Eine Anerkennung für diese im Interesse des Gemeinnutzes gemachten Aufwendungen soll in Form von Zuteilung von Koks versucht werden.

## **§18**

zur Aufklärung und Klarstellung verschiedener im Ort umgehender Gerüchte gibt der Vorsitzende folgende Erklärung ab:

*es folgt eine 3 seitige Erklärung, in der Bürgermeister Bäuerle auf verschiedene Unterstellungen die im wesentlichen aus der Zuteilungsbewirtschaftung kommen („**der andere hat etwas bekommen und ich nicht, warum?**“)*

*der Text schließt mit folgender Erklärung ab:*

„Jedenfalls habe ich mich immer davor gehütet, meiner Verwandtschaft oder mich selbst zu bevorzugen, was auch die Kartei des Wirtschaftsamts ausweisen wird.“

Gemeinderat Dr. Walder gibt anschließend seine Erwartung Ausdruck, daß mit der Einführung der Deutschen Mark Geschäfte des schwarzen und grauen Marktes künftig unterlassen werden und daß der Gemeinderat von allen Geschäften der Gemeinde, wie es die bestehende Gesetze vorschreiben unterrichtet wird.

## **§5 Haushaltsfrage**

Gemeinderat Dr. Walder hatte in der Sitzung vom 23. Juni den Antrag gestellt, den Gemeindeinspektor zu beauftragen, in der nächsten Gemeinderats Sitzung über den gegenwärtigen Stand der Gemeindefinanzen unter Berücksichtigung der Währungsreform zu berichten.

Aus dem heute vorgetragenen Zahlenmaterial ergibt sich, daß nach den bis jetzt bekannten Richtlinien über den in Aussicht stehenden Lastenausgleich, der Gemeindehaushalt 1948 ohne Erhöhung der Steuersätze ausgeglichen werden kann.

Für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses stehen voraussichtlich DM 9.000 zur Verfügung.

## **30. August 1948**

### **§2 Kommunalwahlen 1948**

Zwecks Überprüfung der Wahlberechtigten in politischer Hinsicht ist durch den Gemeinderat ein örtlicher Ausschuß zu bilden. Derselbe stellt die Liste A der Person auf, welche das Wahlrecht durch rechtskräftige Säuberungsentscheidung der Spruchkammerurteile aberkannt ist, sowie die Liste B der Personen, über deren politische Säuberung noch nicht rechtskräftig entschieden ist.

### **§3 Bürgerversammlung**

Aus der Mitte Gemeinderats wird die Anregung gegeben, vor Ablauf der Wahlperiode des Gemeinderats und als Auftakt der für den 10. Oktober vorgesehenen neuen Gemeinderatswahl eine öffentliche Bürgerversammlung abzuhalten.

Beschluß:

eine öffentliche Bürgerversammlung einzuberufen.

## **22. September 1948**

### **§7 Schulsachen**

Der Leiter der hiesigen Volksschule, Hauptlehrer Stöcke, berichtet in einem vorliegenden Schreiben eingehend über den Stand der Lehrmitteleinrichtung der Volksschule. Danach herrscht infolge der allseits bekannten Verhältnisse beim Einmarsch der Besatzungsarmee und infolge Ausraubung der Schule ein katastrophaler Mangel an den notwendigsten Einrichtungsgegenständen und der Lehrmittel.

Im Laufe der sich anschließenden Aussprache kommt einmütig die Bereitwilligkeit des Gemeinderats zum Ausdruck, die Einrichtung der Schule so rasch als möglich wieder auf einen guten Stand zu bringen.

Beschluß: die in einer Anlage zu dem Gesuch des zu des Schulvorstandes aufgeführten Einrichtungsgegenstände im Betrag von DM 300 sofort zu beschaffen.

### **§9 Vergütung des Kunstmalers Max Reimer**

der Kunstmaler Max Reimer aus Schömberg hat noch eine aus der Zeit vor der Währungsreform herrührende Forderung an die Gemeinde über 300 RM. Er bittet den Gemeinderat, ihm diesen Betrag in Berücksichtigung seiner persönlichen Verhältnisses auf DM 100 festzusetzen.



Der Gemeinderat stellt hierzu fest, daß eine Verpflichtung zur Bezahlung der gewünschten Summe nicht besteht. Ausnahmsweise soll die gesetzlich zulässige Umwertung von DM 35 auf DM 50 erhöht werden.

## **§12 Wohnungsache Heinz Natzke**

Heinz Natzke, kaufmännischer Angestellter im Waldsanatorium, stellt den Antrag auf Zuweisung einer Wohnung.

### **1. Oktober 1948**

#### **§3 Kreistagswahl**

Der Bürgermeister berichtet über die kürzlich abgehaltenen Versammlung der Bürgermeister, in welcher zu der vorgeschlagenen Wahlbezirkseinteilung Stellung genommen wurde.

Der Gemeinderat ist sich darüber einig, daß die Gemeinde Schömburg einen Sitz im Kreisrat erhalten muß. Die Benennung eines Vertreters wird vorläufig noch zurückgestellt.

#### **§4 Bürgermeister Wahl**

Der Vorsitzende gibt eine Erklärung ab, daß er kein Interesse daran habe, sich bei der kommenden Bürgermeisterwahl zur Wahl zu stellen. Er habe lediglich den Wunsch, daß das begonnene Werk des Wiederaufbaus in gute Hände kommen und ein Mann gefunden werde, der das Beste für die Gemeinde zu tun den Willen und die Befähigung habe

#### **§8 Anstellung des Verwaltungsangestellten Otto Gengenbach**

Der frühere Verwaltungsangestellte Otto Gengenbach, welcher im Zuge der politischen Säuberung entlassen werden mußte, hat Antrag auf Wiedereinstellung und Beschäftigung als Verwaltungsangestellter der Gemeindeverwaltung gestellt. Er begründet sein Gesuch damit, daß im kürzlich durchgeführten Revisionsverfahren das gegen ihn ergangene Urteil aufgehoben und damit auch die Voraussetzung für seine Entlassung hinfällig geworden seien.

#### **§11 Wohnraum in der Sanatorien**

Seit Bestehen der Wohnraumbewirtschaftung hat die Gemeindewohnungsbehörde mit Zustimmung der Sanatorien der Notwendigkeit Rechnung getragen, daß Belegschaftsmitglieder der Sanatorien innerhalb der Anstalt untergebracht werden. Das hatte zur Folge, daß die Gemeindewohnungsbehörde keinerlei Anspruch an den Wohnraum innerhalb der Sanatorien stellte, während andererseits das Personal derselben soweit sie nicht schon von früher her im Dorf wohnten, innerhalb der Anstalt untergebracht werden mußten.

In letzter Zeit mehren sich nun die Fälle, daß von Belegschaftsmitgliedern der Sanatorien, insbesondere entlassenen ehemaligen Angestellten und Arbeitern derselben Anspruch auf Zuweisung von Wohnraum gemacht werden

der Gemeinderat beschließt hierzu:

Angesichts der hier herrschenden Wohnungsnot an der bis jetzt geübten Praxis, daß die Sanatorien für die Unterbringung ihres Personals selbst Sorge zu tragen haben, festzuhalten.

### **15. Oktober 1948**

#### **§6 Politisches Zeugnis**

Der Gemeinderat ist, allgemein gesehen, einstimmig der Ansicht und Überzeugung, daß der Unterschied zwischen den harten Entnazifizierungsbestimmungen und Urteilen der Jahre 1945 bis Anfang 1947 und der heute üblichen Urteilsfindung große Ungerechtigkeiten zufolge hat.

Im vorliegenden Fall B. legt eine solche Härte vor. Derselbe war nie mehr als ein normales Mitglied der NSDAP. Dabei hat er aus seiner Ablehnung von vielen Maßnahmen der Partei nie einen Hehl gemacht und dies auch öffentlich ausgesprochen. Es ist bekannt, daß B. nur in die Partei eintrat, um seinen Posten als Beamter der Gemeinde zu behalten und seine Pensionsansprüche nicht zu verlieren.

Der Gemeinderat befürwortet daher die Aufhebung des ergangenen Urteils und Angleichung an die heutige Rechtsprechung.

### **29. Oktober 1948**

## §6 Schulspeisung

Auf Anordnung des Kultusministeriums soll demnächst eine Schulspeisung durchgeführt werden. Der Gemeinderat begrüßt die Möglichkeit zur Verbesserung der Ernährung unserer Jugend und beschließt: die entstehenden Kosten auf die Gemeindekasse zu übernehmen.

## §7 Pelzhandel Tadäus Zajac.

Tadäus Zajac bietet in einer Eingabe die Gemeindebehörde um Zustimmung zur Eröffnung eines Großhandels in Pelzen, sowie zur Ausführung von Kürschnerarbeiten in seinem Wohnhausneubau in der Talstraße.

## 9. November 1948

### §3 Kreisversammlung

der Vorsitzende berichtet über den Verlauf und die Beratungen der letzten Kreisversammlung. Weiter gibt er bekannt, daß ihn die Vertreter des Wahlbezirks 2 als Vertreter von Schömberg auf den Kreiswahlvorschlag gesetzt haben.

Die Kreis Wahlvorschläge werden mit Rücksicht auf die kommunale Tätigkeit des Kreisrates nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern ausschließlich nach kommunaler Zweckmäßigkeitserwägungen aufgestellt.

### §4 Schulwahlen

Der Gemeinderat nimmt zur Schulwahl am 12. 12.1948 Stellung.

Einmütig wurde dabei dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die christliche Gemeinschaft Schule für die Gemeinde Schömberg erwünscht sei.

### §6 Arbeiter Berufsverkehr Schömberg - Calmbach

Robert Kling, Fuhrgeschäft hier, bittet den Gemeinderat um Stellungnahme zu der Absicht, zwischen Schömberg und Calmbach einen Arbeiter Berufsverkehr einzurichten. Im Betrieb der Firma Gauthier in Calmbach arbeiten ständig ca. 24 Arbeiter aus Schömberg. In früheren Jahren bestand bereits einmal eine solche Verbindung. Es wäre zu begrüßen, wenn durch Wiedermehrung dieser Linie den Arbeitern von Schömberg und Umgebung das Erreichen der Arbeitsstelle erleichtert würde.

Beschluß: den Antrag wärmstens zu befürworten.

## 24. November 1948

### §1 Sitzung des neue gewählten Gemeinderats.

In feierlicher öffentlicher Sitzung fand heute durch den Bürgermeister die Einsetzung des am **14. November 1948** neue gewählten Gemeinderats statt.

Bürgermeister Bäuerle dankt zunächst den ausscheidenden Gemeinderäten Georg Ebert, Christian Gengenbach und Jakob Ölschläger in herzlichen Worten für ihre aufopferungsvolle und gewissenhafte Mitarbeit, die sie bereitwillig und ehrenamtlich und jederzeit kameradschaftlich geleistet haben.

Sodann begrüßte er die alten und die neuen Mitglieder des neuen Gemeinderats und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es dem neugewählten Kollegium gelingen möge, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen. Die Neugewählten werden zur Erfüllung ihrer Pflichten durch Handschlag verpflichtet und mit der gesprochenen Eidesformel die Vereidigung vollzogen.

*Gemeinderat besteht aus 10 Mitgliedern. Das sind*

*Jakob **Wankmüller**, Landwirt; Gottlieb **Maisenbacher**, Landwirt; Emil **Enderle**, Gärtner; August **Ackermann**, Zahnarzt; Karl **Weller**; Albert **Großmann**; **Dr. Walder**; Erwin **Ruppmann**; **Dr. Kurt Zeuner**; Wilhelm **Reule**,*

### §12 Bürgermeisterwahl

Bürgermeister Bäuerle gibt eine Erklärung ab, wonach er entgegen seiner am 1. Oktober abgegebenen Erklärung für die kommende **Bürgermeisterwahl am 5.12.48** sich zur Wiederwahl stellen wolle.

Weitergibt der bekannt, daß er sich für den Kreistagswahlvorschlag habe aufstellen lassen, um der Gemeinde Schömberg die Möglichkeit zu sichern, einen Sitz im Kreisrate zu erhalten.

Auf Anregung von Gemeinderat Weller wurde mit Unterstützung von Gemeinderat Ruppmann und Gemeinderat Dr. Walder beschlossen:

am Mittwoch den 1. Dezember 1948, abends 8:00 Uhr im Löwensaal eine Bürgerversammlung einzuberufen, um den Bürgermeisterkandidaten Gelegenheit zu geben, sich der Wählerschaft vorzustellen.

## **10. Dezember 1948**

### **§2 Sperre für das Hörnlesbergsträßchen.**

Der Vorsitzende gibt dem Gemeinderat von einem Schreiben des Forstamts Langenbrand an das Landratsamt Calw Kenntnis, wonach der Firma Auto - Kling in Schömberg, welche einen Arbeiterverkehrswagen von Schömberg nach Calmbach führen will, die Benützung des Hörnlesbergsträßchen untersagt wird. Das Hörnlesbergsträßchen als nächste Verbindung der Orte Schömberg und Calmbach wird von der Staatsforstverwaltung als deren Privatwege unterhalten.

Die Gemeinde bedauert die Absicht der Forstverwaltung, die genannte Straße für den öffentlichen Verkehr zu sperren. Der Gemeinderat ist der Auffassung, daß alles versucht werden muß, die Sperre der Straße wieder aufzuheben. Dies ließe sich am besten bewerkstelligen, wenn die Strecke in die Unterhaltung des Kreisverbandes übernommen wird. Der Antrag der Forstverwaltung, die Strecke in den in die Unterhaltung des Kreisverbandes zu übernehmen wird befürwortet.

### **§3 Schulspeisung**

Zwecks Durchführung der voraussichtlich am 1. Novembers 1940 an laufenden Schulspeisung ist ein Organisationsplan aufzustellen. Die Speisung wird unter der verantwortlichen Leitung des Bürgermeisters unter Aufsicht des Landrats durchgeführt.

### **§11 Liegehalle im Täle**

Herr Dr. Langebeckmann, Lungenfacharzt hier, bittet in einer Eingabe an den Gemeinderat dafür zu sorgen, daß die Gemeindeliegehalle im Täle wieder so hergerichtet wird, daß die dort befindlichen Patienten eine einwandfreie Liegekur durchführen können. Weiter bittet er darum, daß die andere Gemeindeliegehalle beim Rathaus wieder in Stand gesetzt und der Benutzung zugänglich gemacht wird.

Beschluß: Die Liegehallen auf ihre Reperaturfähigkeit zu untersuchen.

## **10. Dezember 1948**

### **§16 Verkauf von Alkohol.**

Der Vorsitzende fragt an, ob von dem lagerden Branntwein ausgegeben werden soll und welcher Verkaufspreis hierfür festzusetzen sei.

Beschluß: ein Faß Branntwein, enthaltend 194 l, an die hiesigen Sanatorien und Kurheime abzugeben. Den Verkaufspreis für dieses Quantum auf DM 10 pro Liter festzusetzen.

### **§17 Bürgermeisterwahl betreffend.**

Der Vorsitzende bringt verschiedene Vorkommnisse, insbesondere auch Gerüchte, welche über seine Person während der Bürgermeisterwahl umgingen zur Sprache. Er vertritt dabei die Meinung, daß diesen grundlosen Verunglimpfungen seiner Person energischer hätte entgegengetreten werden müssen.

Im Laufe einer lebhaften Debatte wird allgemein zum Ausdruck gebracht, daß der Gemeinderat diese Auswüchse des Wahlkampfes scharf verurteilt. Gemeinderat Dr. Walder stellte hierzu noch fest, daß die Wahlkandidaten selbst offenbar keine Schuld treffe.

## **21. Dezember 1948**

### **§3 Weihnachtsgeschenke.**

Den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Gemeinde soll auch heuer wieder in Anerkennung für während des vergangenen Jahres geleistete Dienste ein Weihnachtsgeschenk gewährt werden.

Beschluß: neben einem Geldgeschenk von 20 bis 25 DM werden noch zwei bis drei Flaschen Brandwein dazu gegeben.

### **§6 Bürgermeisterwahl.**

Der Vorsitzende gibt dem Gemeinderat davon Kenntnis, daß er die heutige Sitzung einberufen habe, um zu umlaufenden Gerüchten über die Bestätigungen des Herrn Kurt Freimüller zum Bürgermeister der Gemein-

de Stellung zu nehmen. Es werde davon gesprochen, daß an das Rathaus telefoniert worden sei, daß eine Bestätigung nicht erfolgen könne.

Daß sei unwahr.

Der Vorsitzende gibt weiter bekannt, daß der Herr Innenminister Dr. Renner am Freitag, den 17. 12.1948 auf das hiesige Rathaus gekommen sei und mit dem Bürgermeister und dem Gemeindeinspektor über die Bürgermeisterwahl zusprechen. Dabei erkläre der Herr Innenminister, daß im Landtag über die Wahlpropaganda und das Ergebnis derselben gesprochen worden sei und er sich jetzt persönlich von den Tatsachen überzeugen wolle.

*es folgt eine längere Erklärung von Bürgermeister Bäuerle über den Inhalt des Gespräches mit Innenminister Dr. Renner.*

Der Vorsitzende bittet erneut, den Umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, welche nicht der Wahrheit entsprechen, denn es liege dies auch im Interesse der Gemeinde, welche Gefahr laufe gänzlich uneins zu werden.

Anschließend erfolgte eine teilweise sehr scharfe Aussprache.

Gemeinderat Dr. Walder wandte sich scharf gegen Vorwürfe und gab folgende Erklärung ab: "Ich erkläre hiermit aufkommenden Gerüchten gegenüber, daß ich bei keiner Behörde, weder ausländischer, noch deutscher, Einspruch gegen die Wahl des Herrn Freimüller zum Bürgermeister erhoben habe. Hätte ich es getan, so hätte ich Herrn Freimüller davon zu gleicher Zeit in Kenntnis gesetzt."

Die lebhafte Debatte wird fortgesetzt.

Gemeinderat Ruppman führte noch aus: "daß die Jugend an unserem Unglück schuldlos sei und daß vergessen werden müsse, wenn ihr Leben nicht wertlos werden solle".

## 1949

### 5. Januar 1949

#### §16 Wasserversorgung.

Der Vorsitzende berichtet über die schwierige Lage, welche durch die monatelange Trockenheit in der Trinkwasserversorgung der Gemeinde entstanden ist. Er gibt insbesondere seine Bedenken bekannt, welche sich durch die Notwendigkeit, der Gemeindewasserversorgung zeitweise Oberflächenwasser zuzuführen, ergeben. Gemeinderat Dr. Walder regt an, die Einwohnerschaft durch öffentlichen Anschlag und Ausrufen darauf hinzuweisen, daß das Wasserleitungswasser für den menschlichen Genuß vorher abgekocht werden muß.

Beschluß:

Die Quellzuleitungen und Quellfassungen im Tal des Calmbächle auf ihre Ordnungsmäßigkeit zu überprüfen.

Die örtlichen Feuerlöschteiche raschmöglichst in Ordnung zu bringen.

Die Vorarbeiten zum Einbau einer Transformatoranlage in der alten Pumpstation zu beschleunigen.

Die Möglichkeit zu prüfen, in der Nähe der bisherigen Quellfassungen eine weitere Quelle zu finden.

#### §19 Bürgermeisterwahl.

Aus der Mitte des Gemeinderats wird angefragt, ob in der Angelegenheit der Bestätigung des Bürgermeisters noch nichts bekanntgeworden sei. Der Vorsitzende erklärt hierzu daß bis jetzt nichts amtliches bekanntgeworden und daß das Verfahren offenbar noch nicht abgeschlossen sei.

### 20. Januar 1949

#### §1 Wasserversorgung.

Die Überprüfung der Quellfassungen und Quellzuleitungen hat ergeben, daß dieselben teilweise schadhaft sind.

#### §10 Kanalisation der unteren Talstraße

Der Bau der Abwasserleitung für den Wohnhaus Neubau des Tadaus Zajac in der Talstraße gibt der Gemeinde Gelegenheit, die Abwasser eines Teils der unteren Talstraße unter günstigen Bedingung der Kanalisation zuzuführen.

#### **4. Februar 1949**

##### **§3 Kahlhieb im Dickwald.**

Im Staatswald Abt. Dickwald ist ein Kahlhieb vorgesehen. Der Kahlhieb soll im nächster Nähe des Kurortes und direkt anschließend an die Feldmarkung vorgenommen werden. Beschluß: das Landratsamt zu bitten, sich dafür zu verwenden, daß Kahlhiebe in nächster Nähe des Kurortes unterbleiben.

#### **18. Februar 1949**

##### **§1 Bildung des Altkreises Neuenbürg.**

In Anwesenheit von Bürgermeister Erlenmaier und Gewerbeschulrat Reule von Neuenbürg diskutierte der Gemeinderat über eine Eingabe des Gemeinderates Neuenbürg an den Landtag von Württemberg-Hohenzollern in welcher die Wiederherstellung des alten Kreises Neuenbürg gefordert wird.

Bürgermeister Erlenmaier erläutert an Hand vorliegenden Zahlenmaterials die Berechtigung der gestellten Forderung, insbesondere die Lebensfähigkeit des wiederherzustellen Kreises und bittet den Gemeinderat, die Bestrebungen der Stadt Neuenbürg zu unterstützen.

##### **§8 Benützung des Hörnlesbergsträßchen.**

das Forstamt Langenbrand, Staatsforstverwaltung, hat einen Vertragsentwurf vorgelegt, wonach der Gemeinde die Benützung des Hörnlesbergsträßchen für die Einrichtung eines Arbeitskursverkehrs zwischen Schömberg und Calmbach gestattet wird.

Die Gemeinde Schömberg hat hierfür eine jährliche Benützungsgebühr von DM 300 zu bezahlen. Die Firma Gauthier in Calmbach hat sich bereit erklärt, an den Kosten der Gemeinde jährlich DM 200 zu ersetzen.

##### **§18 Anstellung des Gemeindeamtmanns.**

der Gemeinderat hat am 15. 11.1947 beschlossen, die Stelle des Gemeindeamtmanns dem früheren Stadtpfleger in Bad Liebenzell Wilhelm Renz zu übertragen.

Infolge der Wahl des Gerichtsreferendars Kurt Freimüller zum Bürgermeister soll die Anstellung des Gemeindeamtmanns unter Berufung in das Beamtenverhältnis als außerplanmäßiger Beamter erfolgen.

#### **4. März 1949**

##### **§2 Bildung des Altkreises Neuenbürg.**

Der Gemeinderat befaßt sich wiederholt mit der Eingabe des Gemeinderats Neuenbürg an den Landtag Württemberg-Hohenzollern, in welchem die Wiederherstellung des alten Kreises Neuenbürg gefordert wird. nach Beratung wird einstimmig beschlossen:

1. Der Eingabe nicht beizutreten.
2. Den Bestrebungen der Stadt Neuenbürg und der einiger Gemeinden des früheren Altkreises Neuenbürg gegenüber eine abwartende Haltung einzunehmen, da für die Gemeinde Schömberg in der Wiederherstellung des Kreises Neuenbürg kein nennenswerter Vorteil gesehen wird.

##### **§8 Errichtung von Wohnhäusern auf Gemeindegrundstücken.**

Gemeinderat Dr. Walder stellt folgenden Antrag:

Bei der hiesigen Wohnungsnot und dem zu erwartenden Eintreffen von vielen Flüchtlingen erscheint als dringlichste und zugleich wichtigste soziale Aufgabe Schömbergs die Errichtung von Wohnräumen auf Gemeindegrundstücken.

In Frage kommt unter anderem die Umgebung der Siedlung westlich der Langenbranderstraße. Hiermit wäre verbunden:

1. die Erstellung der Kanalisation dieser Siedlung, auch schon im Interesse der dort wohnenden Siedler bei den dort zum Teil unhaltbaren Grundwasserzuständen.
2. Die Heranbringung von genügend Trinkwasser. Hierzu wären Gutachten von Sachverständigen einzuholen.

Falls es gelingen sollte eine Siedlungskolonie zu erstellen, wäre den Wohnungssuchenden insbesondere den Flüchtlingen, geholfen und eine Überbelegung des Tuberkulose -Kurortes Schömberg vermieden.

### **§9 Ausbau von Wohnungen:**

der Vorsitzende berichtet über das Ergebnis der Verhandlungen, welche mit verschiedenen Hausbesitzern über die Möglichkeit, durch Dachstockausbau usw., neuen Wohnraum zu gewinnen, geführt wurden. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß bei der augenblicklichen Höhe der Baupreise wenig Neigung besteht, durch Ausbau neuen Wohnraum zu gewinnen.

**17. März 1949**

### **§10 Vorgarten Marie Stoll.**

aus der Mitte des Gemeinderats wird festgestellt, daß die Anordnung desselben vom 19. Oktober 1948 nicht nur nicht befolgt, sondern daß durch Aufstellung des entfernten Vorgartenzauns mitten im Vorgarten die Anordnung des Gemeinderats grob mißachtet worden ist.

*Hinweis dazu: Der Vorgartenstreit mit Marie Stoll zieht sich in schon seit Jahren durch die Gemeinderats Protokolle und wird sich auch noch weiter ziehen.*

**8. April 1949**

### **§1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1948.**

Der Haushaltsplan wird wie folgt festgesetzt:

Im ordentlichen Haushalt in der Einnahme:

Gemeindepflege mit DM 98.896 und in der Kurverwaltung mit DM 20.925.

**29. April 1949**

### **§17 Konzessionsgesuch zur Wiedereröffnung der Wirtschaft "Zum scharfen Eck".**

Frau Martha Günther geb. Theurer hat Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb eines Cafés mit Wein und Bierausschank in Gebäude Nr. 41 der Hauptstraße gestellt.

Im genannten Gebäude haben die Eltern der Antragstellerin seit 1911 die Gaststätte "Zum Scharfen Eck" betrieben. Die Gaststätte war während des Krieges aus kriegsbedingten Gründen geschlossen.

Beschluß: die Bedürfnis Frage zu bejahen.

**13. Mai 1949**

### **§2 Zuzug des katholischen Geistlichen Josef Schneider.**

Als Nachfolger von Kaplan Franz Seubert ist Pfarrer Josef Schneider hier zugezogen.

### **§3 Schulspeisung.**

der Vorsitzende gibt bekannt, daß am 12. des Monats die Schulspeisung angelaufen ist und daß der Gemeinde Lebensmittel für 115 Schulkindern zugewiesen worden sind. Da die Schülerzahl nahezu 150 Kinder beträgt, soll durch Streckung der Portionen sämtliche Schüler in den Genuß der Speisung kommen. Für die Speisung selbst sollen einheitliche Essnäpfe beschafft werden. Die Kosten hierfür sollen von den Eltern der Kinder getragen werden.

**27. Mai 1949**

### **§12 Wohnung im Pfarrhaus.**

aus der Mitte des Gemeinderats wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß beim evangelischen Oberkirchenrat darauf hin zu wirken, daß die im Dachstock des Pfarrhauses leerstehenden Räume gerichtet, und dem Kurpfarrer Schmock, welcher eine Wohnung sucht, zugewiesen werden sollten. Mit Rücksicht auf den ausgesprochenen Kurcharakter des Ortes und die hier herrschende Wohnungsnot müßte eine bessere Ausnutzung des Wohnraums im evangelischen Pfarrhaus erreicht werden.

### **§14 Lehrmittelbeitrag für den Unterrichtsfilm.**

Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß jedes Kind in der Volksschule für den Unterrichtsstunden jährlich DM 2 entrichten. Kinder aus ganz bedürftigen Familien können von diesem Beitrag befreit werden, in diesem Fall hat die Gemeinde den Beitrag zu leisten.

**24. Juni 1949**

**§15 Waldstreu.**

Aus der Mitte des Gemeinderats wird der Antrag gestellt, das Forstamt zu ersuchen, für die hiesige, Landwirtschaft treibende Bevölkerung, Waldstreu aus Staatswaldungen zur Verfügung zu stellen.

**8. Juli 1949**

**§2 Lichtklimatische Station.**

Das Zentralamt für den Wetterdienst in der Bizone in Bad Kissingen hat durch in den letzten Leiter der hiesigen Lichtklimatischen Station, Herrn Dr. Kramer, an die Kurverwaltung die Anfrage gerichtet, ob die Kurverwaltung Schömberg bereit ist, die Lichtklimatische Forschungsstation wieder in dem Maße zu unterstützen, wie sie es früher getan hat.

Das Zentralamt will nach der Zonenvereinigung mit der Forschungsstation wieder die wissenschaftliche Tätigkeit aufnehmen, um die seit 1989 ununterbrochene Reihe der Klima Beobachtungen fortzusetzen und die durch die den Krieg beschränkte wissenschaftliche Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Klimaphysiologie entsprechend der gesteigerten Bedeutung bei der TBC-Bekämpfung weiter auszubauen.

Die Forschungsstation wurde im Jahre 1925 auf Anregung von Dr. Schröder und der Kurverwaltung gegründet. Sie hat unter anderem in die Aufgabe, durch wissenschaftliche Arbeiten und Vorträge propagandistisch für den Kurort Schömberg in interessierten Fachkreisen zu werben. Abgesehen von Hohenheim ist heute Schömberg die älteste Station Württembergs, und Kurorte desselben oder ähnlichen Charakters wie Schömberg bemühen sich um den Ausbau und die Neuerrichtung von Forschungsstellen.

Die von der Kurverwaltung erbetene Unterstützung setzt sich wie folgt zusammen:

1. den einmaligen Instandsetzungskosten für das während der Besetzung beschädigte Gebäude und Mobiliar im Betrag von ca. 1500 D-Mark
2. Laufende Zuschüsse pro Jahr von 1600 DM.

Das Zentralamt übernimmt die Instandsetzungskosten der Instrumente und Apparate, die Barvergütung des Leiters, die Kosten des Forschungsbetriebs und die Entschädigung des Beobachters.

Im Laufe der Beratung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Wiederaufnahme der Forschung in der Lichtklimatischen Station erwünscht ist, auch daß die propagandistische Auswertung derselben nur Vorteile für die Entwicklung des Heilkurortes bringen wird. Die hierfür zu zahlenden Aufwendungen werden als maßvoll und jederzeit vertretbar angesehen. Es wird beschlossen:

Den früheren und voraussichtlichen künftigen Leiter der Station, Herrn Dr. Kramer einzuladen, in einer Sondersitzung des Gemeinderats, wozu die Leiter der Sanatorien und die Kurärzte eingeladen werden sollen, eingehend über Ziel und Zweck der Station zu referieren.

**8. Juli 1949**

**§14 Bürgermeisterwahl.**

Aus der Mitte des Gemeinderats wird der Antrag gestellt, über das Landratsamt beim Württembergischen Innenministerium vorstellig zu werden, daß endlich eine Entscheidung über die Bürgermeisterwahl erfolgen möge.

Der Vorsitzende erklärt hierzu, daß es für ihn außerordentlich schwierig und auch unbefriedigend sei, unter den gegebenen Umständen sein Amt weiterzuführen und daß er darauf dringen müsse, bald von seinen Amtspflichten entbunden zu werden.

**15. Juli 1949**

**§1 Lichtklimatische Station.**

Herr Dr. Walder Kramer, bis zum Jahre 1941 Leiter der hiesigen Lichtklimatische Station, ist auf Wunsch des Gemeinderats anwesend, um den Gemeinderat, sowie die interessierten Kurärzte und Kuranstalten über Zweck und Ziel der neu einzurichtenden Klima Station zu unterrichten.

Herr Dr. Walter Kramer gibt in einer längeren Ausführungen erschöpfende Auskunft über die geleistete Arbeit in der Forschungsstation und die Pläne, deren Ausführung mit der Wiederaufnahme der Forschung verwirklicht werden sollen.

Chefarzt Dr. Rieckmann unterstreicht die wissenschaftliche Bedeutung der Forschung der Station und die Vorteile, die sich bei geeigneter Auswertung für den Heilkurort ergeben können. Er weist darauf hin, daß die

Station im kommenden Konkurrenzkampf um die Erhaltung der Stellung unseres Heilkurortes von Bedeutung sein werde. Die für die Unterhaltung der Station aufzuwendenden Beträge seien mäßig und im Verhältnis zum Nutzen unbedingt vertretbar. Chefarzt Dr. Walder betont die Wichtigkeit der meteorologischen Forschung und die Notwendigkeit, die Ergebnisse derselben dem jungen Ärztenachwuchs vor Augen zu führen. Der Gemeinderat ist einstimmig der Ansicht, daß die Arbeiten an der Forschungsstation wieder aufgenommen und daß die hierfür benötigten Mitteln im Interesse der Förderung des Kurorts aufgebracht werden müssen.

## **§2 Tuberkulose tafeln.**

Über die Belastung der am Ortseingang aufgestellten Tafeln "Tuberkulose Kurort" entspinnt sich eine lebhafte Debatte. Die Chefärzte Dr. Walder und Dr. Rieckmann sprechen sich für die Belassung der Tafeln aus, weil aus sozialhygienischen Gründen der Charakter des Kurorts als Lungenkurort kenntlich gemacht werden müsse.

Gemeinderat Ruppmann ist gegen die Belassung der Tafeln, weil sie dem Passantenverkehr abträglich seien und vertritt die Ansicht, daß gegebenenfalls auch die Anbringung des internationalen Tuberkulosezeichens genügen werde.

Eine Beschlußfassung erfolgt nicht

## **§3 Wahlvorstand.**

Für die am 14. August 1949 stattfindende Bundestagswahl ist ein Wahlvorstand zu bestimmen.

## **22. Juli 1949**

### **§7 Konzessionsantrag Tadäus Zajac.**

Tadäus Zajac stellt den Antrag, ihm die Erlaubnis zum Betrieb einer Fremdenpension in seinem Wohnungsneubau, Talsr. 3 zu erteilen.

Beschluß: Die Konzessionserteilung mit Rücksicht darauf, daß der Antragsteller den Wohnungsneubau, aus eigenen Mitteln erstellt hat zuzustimmen.

*Hinweis: Das war der Beginn des Sanatoriums „Calmette“; bei der Hausnummer wurde die Nummer des früheren Bauernhauses das abgebrannt ist, übernommen.*

## **§10 Tuberkulose tafeln.**

Gemeinderat Ruppmann regte erneut an, die an den Ortseingängen aufgestellten Tafeln zu entfernen.

Beschluß: die Tafel zu belassen und als Aufschrift "Kurort für Lungenkranke" mit dem Rotekreuzzeichen anzubringen.

## **5. August 1949**

### **§3 Wohnungseinbau im alten Rathaus.**

Für den geplanten Wohnungseinbau im Alten Rathaus liegt eine Planskizze und ein Kostenvoranschlag vor.

Nach demselben betragen die Baukosten ca. DM 4.640.

Beschluß: die Wohnung einbauen zu lassen.

## **§11 Bürgermeister.**

Bürgermeister Bäuerle gibt die Erklärung ab, daß er von seinen Amtspflichten entbunden werden möchte. Er habe sein Amt nach seiner Nichtwiederwahl nur unter der Voraussetzung weitergeführt, daß die Neubesetzung der Bürgermeisterstelle in absehbarer Zeit geregelt werde. Da dies bis jetzt nicht erreicht werden konnte, möge der Gemeinderat einen Stellvertreter bestellen, welcher die Bürgermeistergeschäfte einstweilen weiter führen werde. Der erste Beigeordnete, Gemeinderat Großmann lehnt die Stellvertretung ab, weil er gesundheitlich hierzu nicht in der Lage sei.

Nach längerer Beratung wird in geheimer Abstimmung beschlossen:

Gemeinderat Karl Weller mit der Stellvertretung des Bürgermeisters zu beauftragen.

## **19. August 1949**

### **§2**



Gemeinderat Weller, als stellvertretender Vorsitzender des Gemeinderats würdigt eingangs die der Sitzung in kurzer Ansprache die Verdienste des ausscheidenden Bürgermeisters Gustav Bäuerle, welche sich derselbe in seinem Amt in schwerer Zeit um die Gemeinde erworben hat.

Er gibt dem Wunsche Ausdruck, daß der Gemeinderat dieser Dankspflicht durch ein Dankschreiben Ausdruck geben möge.

Dies wird so beschlossen.

#### **§4 Unterbringung von Flüchtlingen.**

Die Gemeindewohnungsbehörde muß mit der Möglichkeit rechnen, daß die Gemeinde im Zuge der Flüchtlingsumsiedlungsaktion weitere Flüchtlinge zugewiesen erhält. Sie wird dadurch unter Umständen veranlaßt werden, an Gäste vermietete nicht konzessionierte Räume zur Unterbringung dieser Flüchtlinge in Anspruch zu nehmen.

Es wird beschlossen Zimmervermieter entsprechend zu unterrichten.

### **2. September 1949**

#### **§10 Pachtgärten im Kurgarten.**

Es wurde beschlossen:

Sofern nicht genügend Liebhaber für alle Gartenanteile vorhanden sind, eine neue Einteilung vorzunehmen mit dem Ziel, einen Teil der Kuranlage seinem ursprünglichen Zweck wieder zuzuführen.

#### **nichtöffentliche Sitzung.**

Das Landratsamt Calw hat mitgeteilt, daß nach der Revisionssäuberungsentscheidung Herrn Freimüller die Wählbarkeit bis 30. 4. 1951 entzogen ist.

Der Gewählte hat mit Schreiben vom 8.9.49 gegenüber dem Bürgermeisteramt und dem Innenministerium Tübingen erklärt, daß er auf seine am 5.12.1948 erfolgte Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Schömberg verzichte. Das Wahlprüfungsverfahren wird auf Weisung des Innenministeriums eingestellt.

Der Gemeinderat wird ersucht eine neue Wahl anzuordnen und durchzuführen.

Nach Beratung ergeht folgender Beschluß:

1. als Wahltag den Sonntag, 20. Novembers 1949 zu bestimmen.
3. sofort einen öffentlichen Bewerberaufruf zu erlassen in welchem geprüfte Verwaltungsfachleute aufgefordert werden, sich um die Bürgermeisterstelle in Schömberg zu bewerben.

### **30. September 1949**

#### **§8 Wasserversorgung.**

Der Vorsitzende berichtet dem Gemeinderat über den schwierigen Stand der Wasserversorgung.

Es wurde beschlossen:

Den Vorsitzenden zu beauftragen, ihm notwendig erscheinende Maßnahmen zu ergreifen, den Wasserverbrauch in der Gemeinde einzuschränken.

#### **§9 50 jähriges Jubiläum der Neuen Heilanstalt.**

Das Waldsanatorium Dr. Schröder begeht am 15. und 16. Oktober dieses Jahres sein 50 jähriges Jubiläum. Mit den Jubiläumsfeierlichkeiten verbunden soll eine wissenschaftliche Ärztagung abgehalten werden.

Um diese Möglichkeit der Werbung zu nützen, ist für Samstag, den 15.10.49 eine Autorundfahrt der Tagungsteilnehmer in die Umgebung von Schömberg geplant.

die Leitung des Sanatorium hat aus diesem Anlaß den Antrag gestellt, die Kosten der Rundfahrt auf die Kasse der Kurverwaltung zu übernehmen.

zur Programmfolge gehört eine Kranzniederlegung am Grabe des Ehrenbürgers der Gemeinde Dr. Georg Schröder.

### **12. Oktober 1949**

#### **§6 Siedlung.**

der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich für ein Siedlungsvorhaben bis jetzt neun Bewerber gemeldet haben. Um die Siedlung im geplanten Umfang durchzuführen, ist erforderlich, daß die Gemeinde ein Grundstück erwirbt.

### **28. Oktober 1949**

#### **§8 Gründung einer Kreisbaugenossenschaft.**

in der Kreistagssitzung vom 28. Januar 1949 wurde die Frage der Gründung einer Kreisbaugenossenschaft erstmals besprochen. Die Vorteile bei der Errichtung einer Kreisbaugenossenschaft liegen auf der Hand und zwar insbesondere auch hinsichtlich einer günstigeren Gestaltung der Baukosten.

Beschluß:

die Gemeinde Schömberg tritt der Kreisbaugenossenschaft bei. Die Gemeinde zeichnet 3 Anteile.

### **30. November 1949**

#### **§2 Bürgermeisterwohnung.**

durch die Wahl von Herrn Regierungsinspektor Walter Brenner aus Wildberg zum Bürgermeister der Gemeinde Schömberg ist die Schaffung einer Wohnung für denselben im Rathaus unumgänglich notwendig geworden. Die Wohnung kann durch Teilung der bisherigen Amtswohnung im Rathaus gewonnen werden. Nach einem vorliegenden Bauvorschlag des Kreisbaumeisters in Neuenbürg, welche auch die Zustimmung des Bürgermeisters gefunden hat, besteht die Wohnung des Altbürgermeisters künftig aus 2 Zimmern gegen Norden.

nach eingehender Beratung wird beschlossen: die Arbeiten sofort ausführen zu lassen.

#### **§13 Ziegenbockhaltung.**

die Gemeinde Bieselsberg, welche aufgrund ihrer Ziegenhaltung zur Bockhaltung verpflichtet ist, stellt den Antrag, die Gemeinde Schömberg solle sich an den Kosten der Bockhaltung im Verhältnis der aus hiesiger Gemeinde zugeführten Ziegen beteiligen.

### **9. Dezember 1949**

#### **§1 Amtseinsetzung des neu gewählten Bürgermeisters.**

der Gemeinderat befaßt sich eingangs der Sitzung mit der Organisation und Gestaltung der am Samstag, den 17. des Monats stattfindenden Einsetzung des neu gewählten Bürgermeisters Brenner.

Es wurde das Programm festgelegt.

*Hinweis: dieses das letzte Protokoll das vom stellvertretenden Bürgermeister Weller unterschrieben wurde.*

Am 20. November 1949 wurde der Regierungsinspektor Walter Brenner zum Bürgermeister gewählt. Am 17.12.1949 wurde er im Rahmen einer Feierstunde im Löwensaal vom Gemeinderat in sein Amt eingesetzt und vom Landrat vereidigt.

Der neu gewählte Bürgermeister Brenner hat die Dienstgeschäfte mit Amtseinsetzung übernommen.

Schömberg den 28. Dezember 1949, gezeichnet Brenner

### **23. Dezember 1949**

**nicht öffentlich.**

#### **§1 Bericht über die Amtsübergabe.**

Stand der Geschäfte:

die Verwaltungsaktuargeschäfte wurden bisher größten Teils vom Bürgermeister a. D. Hermann besorgt. Die Führung des Hauptbuches und die Ergänzung des Sachbuches sind nicht zu beanstanden.

im Rückstand sind: die Fertigung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1949, und die Steuerveranlagung 1949.

daß Sachbuch 1948 ist abschlußreif. Die vorgenannten Arbeiten sind zu Erlangung eines klaren Bildes über die finanzielle Lage der Gemeinde besonders vordringlich. Sie müssen in Bälde nachgeholt werden.

die früher auch vorhanden gewesene Einwohnerkartei wird seit dem Ausscheiden des Bürgermeister Hermann nicht weitergeführt. Die Struktur der Gemeinde macht aber die Führung einer Einwohnerkartei unumgänglich. Die Neuanlage ist daher erforderlich, ebenso die laufende Ergänzung. Weiter erscheint die Anlage einer Wählerkartei erstrebenswert.

## **§2 Entschädigung des Bürgermeisters Brenner.**

Schömberg ist ein bedeutender, auch weit über die Grenzen des Landes hinaus bekannter Heilkurort für Lungenkranke mit ganzjährigem Kurbetrieb und ständig 800 bis 1000 Kurgästen. Die Einwohnerzahl betrug im Jahre 1939 (Volkszählung) 1591 gegenüber 1345 im Jahre 1946. Sie hat nach den Fortschreibung seit 1946 um 91 zugenommen und wird sicher 1500 in aller Bälde überschreiten. An den Bürgermeister, der die Geschäfte der Kurverwaltung mit zu besorgen hat, werden in weit höhere Anforderungen gestellt als in einer Gemeinde ähnlicher Größe im Kreis Calw.

## **§7 Heimattag der Flüchtlinge.**

die hier ansässigen Flüchtlinge beabsichtigen am 8.1.50 einen Heimattag zu veranstalten.

## **§8 Treibstoff.**

der Gemeinde werden von der Treibstoffstelle Calw 40 l Benzin (Marken) zur Verfügung gestellt. nach Beratung wird beschlossen: 10 l dem Wärter des Pumpwerk Gustel Bäuerle zuzuteilen und den Rest auf Kosten der Gemeinde zu beschaffen und bei den Beständen der Feuerwehr zur lagern.

## **§9 stellvertretender Bürgermeister Karl Weller.**

der bisherige Stellvertreter des Bürgermeisters Karl Weller, Gemeinderat ist am 19.12.49 nach Übergabe der Amtsgeschäfte an Bürgermeister Brenner ausgeschieden.

Er bittet mit Schreiben vom 23.12.49 um Weiterbeschäftigung als Gemeindetagelöhner.

Nach eingehender Beratung wird in Abwesenheit von Gemeinderat Weller beschlossen:

Ihn so lange als geeignete Arbeit für ihn vorhanden ist als Gemeindetagelöhner mit einem Stundenlohn von 92 Pfennig zu beschäftigen.

1950

13. Jan. 1950

## **§2 Ausbau der Rathauswohnungen**

Bürgermeister Brenner berichtet über den Stand der Bauarbeiten für den Ausbau der beiden Rathauswohnungen (*für Bürgermeister Brenner und Bürgermeister a. D. Hermann*)

## **§3 Bestellung eines Baukontrolleurs**

Das Landratsamt Calw hat erneut darauf hingewiesen, daß die Vorschriften über die Baukontrolle und den Bauarbeiterschutz immer noch nicht eingehalten werden. BM Brenner führt weiter aus, daß gerade in Schömberg ganz besonderes Augenmerk darauf gerichtet werden muß, daß unerlaubtes Bauen von vornherein verhindert wird. Er beantrage daher, einen Orts- Baukontrolleur anzustellen und demselben eine Belohnung von 20 – 25 DM/Monat aus der Gemeindekasse zu bewilligen.

## **§10 Besetzung der Gemeindepflegestelle**

BM Brenner gibt bekannt, daß die Gemeindepflegestelle seit dem Ausscheiden des früheren Gemeindepflegers Eitel, der beamtenrechtlich angestellt gewesen sei, von dem nunmehr privatrechtlich angestellten Kaufmann Kastleiner versehen werde.

## **§12 Beschäftigung der Angestellten Hermann**

Die Verwaltungsangestellte Lieselotte Hermann ist seit 1. 10.1939 bei der Gemeinde beschäftigt.

20. Jan. 1950

## **§2 Ortsbauplan „Straßenäcker“**

Der BM erläutert anhand des gefertigten Lageplans den Ortsbauplan für das Gewand „Straßenäcker“. Er gibt weiter bekannt, daß im kommenden Frühjahr mit 8 – 10 Baulustigen zu rechnen sei.

## **§3 Haushaltsplan für das Jahr 1949**

Schon anläßlich der Amtsübergabe hat BM Brenner festgestellt, daß der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1949, nachdem  $\frac{3}{4}$  dieses Rechnungsjahres bereits verflossen seien nunmehr raschmöglichst aufgestellt werden müsse.

#### **4. Febr. 1950**

##### **§2 Haushaltssatzung**

Der Haushalt 1949 für die Gemeindeverwaltung wird festgesetzt mit 160969 DM  
Für die Kurverwaltung mit 36961 DM

#### **17. Febr. 1950**

##### **§8 Sportplatz**

Der mit der Gemeinde Oberlengnhardt abgeschlossenen Pachtvertrag für den Sportplatz wird in Bälde auslaufen. Die Gemeinde Schömberg soll das bisherige Gelände auf weitere 50 Jahre pachten und dem hiesigen Sportverein und weiteren interessierten Kreisen zur Verfügung stellen.

#### **24. Febr. 1950**

##### **§6 Kursache**

Die Versammlung war sich darüber einig, daß für die Verwaltung des Kurwesens ein besonderer Ausschuß, wie dies auch schon in früheren Jahren gehandhabt worden sei, gebildet werden sollte. Von Seiten der Kurheimbesitzer wurde stark darauf gedrängt, daß die Mittel der Kurverwaltung nicht vom Gemeinderat, sondern von dem neu zu bildenden Kurausschuß getrennt von der Gemeinde verwaltet werden sollte. Dr. Walder tritt entschieden dafür ein, daß Gemeinde und Kurverwaltung wie bisher beisammen bleiben müsse.

##### **§7 Gerichtsreferendar Freimüller**

Beschluß: Dem Gerichtsreferendar Freimüller beim BMA Schömberg Gelegenheit zu geben, das Gemeinderechnungswesen kennen zu lernen. Kosten dürfen der Gemeinde nicht erwachsen.

#### **6. März 1950**

##### **§1 Anschaffung einer Bühnenausstattung**

Der BM unterrichtet den Gemeinderat davon, daß er seit Wochen mit dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Darmstädter Künstler, Herrn Jochem Schwarz, der z. Zt. zur Kur in Schömberg weilt, in Unterhandlung steht. Herr Schwarz beabsichtigt von sich aus eine Organisation zur kulturellen Betreuung der Kur- und Badeorte der Umgebung ins Leben zu rufen. Die erste Veranstaltung soll am 18. 3. 50 im „Löwensaal“ ein musikalisches Lustspiel „Bagatellen“ bringen.

Eine Besichtigung der Saalverhältnisse und vor allem die Bühne des „Löwensaals“ hat ergeben, daß guten Künstlern ein Auftreten unter so primitiven Verhältnissen kaum zugemutet werden kann. Herr Schwarz hat daher darum gebeten, die Kurverwaltung möge eine Bühnenausstattung, die sowohl im „Löwen“, in den Sanatorien und evtl. auch zu Freilichtaufführungen Verwendung finden könne, anzuschaffen.

Beschluß: Diese Ausstattung anzuschaffen.

##### **§2 Kurausschuß – Zusammensetzung**

Gemeinderat Walder beantragt, die Stimmenzahl im Kurausschuß entsprechend der Zahl der konzessionierten Betten, bzw. der Zahl der Kurgäste die Kurtaxe bezahlen zu verteilen.

Nach der Aufstellung des BM waren am 31. 1. 50 folgende Patienten anwesend.

Neue Heilanstalt	166		
Sanatorium Schömberg	143		
Sanatorium Schwarzwaldheim	121		
Kindersanatorium	65		
Pensionen am Ort	298		
Charlottenhöhe und Arbeiter-Heilstätten	313	zusammen	1106

Unter zur Grundelegung dieser Zahlen werden die Stimmen im Kurausschuß wie folgt verteilt:

Die 3 Sanatorien je 2 Stimmen, Kindersanatorium 1 Stimme, Kurheime und Pensionen 3 und 2 Gemeinderatsmitglieder.

Da die Patienten der Charlottenhöhe und der Arbeitsheilstätte keine Kurtaxe zahlen, können diese keine Stimme erhalten. Ein Vertreter soll jedoch mit beratender Stimme beigezogen werden.

## **18. März 1950**

### **§5 Kanalisation Siedlung „Straßenäcker“**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis vom Plan des Architekten Hudelmaier in Dobel über die Kanalisation der Siedlung.

Herstellung der Hausanschlüsse ist Sache der Grundstückseigentümer. Die Ausführung hat jedoch zusammen mit dem Hauptkanal zu geschehen.

Beschluß: Die Kanalisation im Wege der Notstandsarbeit durchzuführen.

### **§6 Kanalisation im Gewand „Bühlhof“**

Die Bewohner des Bühlhofs haben beantragt, das in einem offenen Graben abfließende Abwasser, vor allem der Arbeitsheilstätte mit einer geschlossenen Rohrleitung an das Kanalisationsnetz anzuschließen.

Beschluß: Das Projekt in Angriff zu nehmen, wenn die Kostenfrage gesichert ist, dazu ist mit den Antragstellern, vor allem der Arbeiterheilstätte wegen Kostenbeitrag zu verhandeln.

### **§14 Gemeinde als Wohnungsbehörde**

Nach Rechtsanordnung ist der Gemeinderat die Gemeindewohnungsbehörde. Der GR kann diese Aufgabe weiter delegieren.

Beschluß: GR Weller als Vorsitzenden des Wohnungsausschusses zu berufen und den Verwaltungsangestellten Rapp mit den Aufgaben des Wohnungsamtes zu betrauen.

### **§ 17 Beitrag an den Musikverein**

„Schwarzwaldperle“ für 1949 über 50DM

### **§18 Konzert des Gesangvereins „Germania“ Schömberg**

Der Gesangverein beabsichtigt mit dem Streichorchester Calmbach ein Konzert zu veranstalten.

Beschluß: Das Konzert im Namen der Kurverwaltung durchzuführen und die entstehenden Kosten bis zu 250 DM zu übernehmen.

### **§19 Feuerwehrgerätehaus**

Der Betrag der Württ. Landesfeuerlöschkasse zu Erstellung des Feuerwehrgerätehauses über 16500 DM ist eingegangen.

## **24. März 1950**

### **§7 Personelle Besetzung der Gemeindeverwaltung**

Nach Abwägung verschiedener Vorschläge soll sich die Verwaltung ab 10 Juli 1950 wie folgt zusammensetzen:

1. Bürgermeister, (fachlich vorgebildet)
2. Gemeindepfleger und Gemeindesekretär je zu 50% (Verwaltungsangestellter Rapp)
3. Verwaltungsangestellte

(Hermann)

4. 1 Lehrling (Verw. Kandidat)

Über die endgültige Besetzung der Gemeindepflegerstelle und die evtl. Wiedereinstellung des O. Gengenbachs soll später Beschluß gefaßt werden.

### **§9 Polizeiposten**

Auf Antrag des Landespolizeipostens Schömberg wird beschlossen:

Als Dienstzimmer ab 1. 4. 50 das frühere Amtsbotsenzimmer im UG des Rathauses Instandsetzen zu lassen

## **14. April 1950**

### **§2 Ortsbauplanung**

BM Brenner macht eingehende Ausführungen über Sinn und Zweck eines Ortsbauplans. Er führt vor allem aus, daß ein Grundstück nicht mehr ohne weiteres als Baugrundstück betrachtet werden kann. Bauplatzeigenschaft erhalte ein Grundstück erst durch einen hoheitlichen Akt, nämlich die Erklärung als Baugebiet im Rahmen des Ortsbauplans.

Architekt Hudelmaier erläutert den Entwurf eines Ortsbauplanes. GR Dr. Walder gibt zu bedenken, daß im Hinblick auf die Bedeutung Schömbergs als heilklimatischer Kurort auf möglichst aufgelockerte Bebauung gedrungen werden sollte.

### **§3 Verwendung der Erstausrüstung (Dotation)**

Nach Weisung des Innenministeriums, wurde angeordnet, daß die den Gemeinden gewährte Erstausrüstung (Währungsgesetz) grundsätzlich als Vermögensbestand zu behandeln ist.

Nach Aufstellungen des BMA betrug das Soll der Haushaltseinnahmen

1944	155900 DM
1946	104400 DM
1947	106400 DM
1948	88000 DM
1949	116100 DM

### **§11 Beitrag an Krankenpflegeverein**

Der Krankenpflegeverein hat um Gewährung eines Beitrags in Höhe von 500 DM gebeten. Schon in den Vorjahren wurden Beiträge gewährt. Es wurden allerdings auch Wünsche der Gemeinde vorgebracht. (Rechnungslegung, Statuten, Werbung)

Die Ausgaben des Vereins betragen 2157 DM, die Einnahmen 1500 DM.

Zu den beigelegten Statuten führt der Bürgermeister aus, daß er die Notwendigkeit einer Krankenpflege durchaus anerkenne. Aufgefallen sei, daß die Gemeinde jährlich um erhebliche Beiträge angegangen werde und daß ihr auf die Geschäftsführung des Vereins keinerlei Einfluß eingeräumt wird. Die Art der Ernennung der Mitglieder erscheine ihm höchst undemokratisch. Auch sind die Wünsche der Gemeinde recht wenig beachtet worden.

Beschluß: Die Kosten für die Miete der Krankenschwester Wohnung in Höhe von 360 DM zu übernehmen

## **28. April 1950**

### **§2 Gemeindehaus in der Schwarzwaldstr.**

Beschluß. Die Instandsetzung des Gemeindehauses vorzusehen.

### **§3 Schulfunkanlage**

Schulvorstand Stöcker führt aus, daß die Anschaffung eines Rundfunkempfängers für Schulfunkzwecke, wie früher vorhanden, dringend gewünscht wird. Nach einem Angebot der Fa. Pistor könnte dieser Empfänger zusammen mit der noch vorhandenen Verstärkeranlage gleichzeitig für Kurzwecke verwendet werden.

Über die Beschaffung soll mit dem Haushaltsplan 1950 entgeltlich Beschluß gefaßt werden.

### **§4 Weiterführung der Schülerspeisung**

Nach einer Weisung des LA Calw werden die Lebensmittel für die kostenlose Schülerspeisung von den USA. nur noch bis 30. 6. 50 unentgeltlich geliefert.

Nach einer Aufstellung des Schulvorstands beträgt die Zahl der bedürftigen Kinder 23 von 140 Schülern. Es wird vorgeschlagen, die Schulspeisung über den 1. 7. 50 hinaus durch Abgabe von Vollmilch fortzusetzen, falls Bedürfnis besteht.

## **26. Mai 1950**

### **§1 Faustaufführung**

Herr Intendant J. Schwarz beabsichtigt am 1. Juli 1950 mit einem prominenten Gastschauspieler als Faustdarsteller (z. B. Rudolf Fernau oder Werner Kraus) in einer Freilichtaufführung in den Kuranlagen Goethes „Faust I“ zu bringen. Die bisherigen Verhandlungen haben gezeigt, daß mit der in Aussicht genommenen Gage (600 DM) nicht auszukommen sein wird. Das finanzielle Risiko würde bei der Gemeinde liegen. Herr Schwarz stellt in Aussicht für das Gretchen die bekannte Schauspielerin Kristina Söderbaum gewinnen zu können.

GR Dr. Walder stellt den Antrag, auf Kosten der Kurverwaltung die Summe von 1400 DM als Gagen der Gastschauspieler zu garantieren. Bedingung: Es müssen entsprechend bekannte Schauspieler gewonnen werden.

Antrag wird zum Beschluß erhoben.

## **12. Juni 1950**

### **§1 Faustaufführung**

Dem Intendanten Schwarz ist es nicht gelungen einen der genannten prominenten Schauspieler zu verpflichten. Er hat beantragt für die nunmehr mit Theodor Loos stattfindende Faustaufführung eine Garantiesumme aus Kurmitteln bereit zu stellen.

Beschluß: Den Aufbau der Tribüne die auch für das Ende Juli stattfindende Kinderfest verwendet werden kann zu übernehmen. Eine Garantiesumme von bis zu 500 DM zu übernehmen.

## **21. Juli 1950**

### **§1 – 3 Feuerwehrgerätehaus**

Das Feuerwehrgerätehaus ist auf dem Grundstück des Darlehenskassenvereins als Anbau an den früheren Lagerschuppen erstellt.

Dies soll durch Grundstückskauf bzw. Tausch geregelt werden.

### **§4 Haushaltsplan 1950**

Der Haushalt 1950 wird mit einem Betrag von 165852 DM festgesetzt

Der Haushalt der Kurverwaltung wird mit 51052 DM festgesetzt

## **18. August 1950**

### **§2 Instandsetzung des Daches des Kurpavillions**

Das Dach des Pavillions ist dringend erneuerungsbedürftig. Die aus Kriegszeiten herrührenden größeren Schäden sind immer noch nicht behoben. Eine Ortsbesichtigung ergab, daß das Dach vollständig erneuert werden muß.

### **§3 Vergnügungssteuer für Filmvorführungen**

Der Lichtspielunternehmer Werner Trippe hat gebeten, ihm einen Teil der Vergnügungssteuer für die Filmvorführungen nachzulassen. Die Begründung wird vom Gemeinderat anerkannt, außerdem wird festgestellt, daß für sämtliche im Interesse des Kurorts gebotenen Veranstaltungen bisher eine Unterstützung der Kurverwaltung gewährt worden ist.

## **1. Sept. 1950**

### **§6 Beitrag für „Minna von Barnhelm“**

Dem Intendanten Jochem Schwarz wird für die Aufführung des Schauspiels ein Beitrag in Höhe von 300 DM aus der Kurverwaltung bewilligt.

## **15. Sept. 1950**

### **§ Kurpark**

Die bisher vom Gelände des Kurparks verpachteten Grundstücke sind im letzten Jahr nur noch von einem Teil der Pächter bebaut worden.

Es wird beantragt, das gesamte Gelände vom Rathaus bis zu den jetzigen Kuranlagen von landwirtschaftlicher Benutzung auszuschließen.

## **20. Okt. 1950**

### **§4 Wasserversorgung**

Gutachten des Hygieneinstituts, nach einem Verdachtsfall aufgrund einer ausgedehnten mit fieberhaften Durchfällen einher gehenden Epidemie (Mai/Juni 1949)

Es wird angeordnet daß das Brunnenwiesenspumpwerk ab sofort und bis auf weiteres nicht mehr zur Trinkwasserversorgung benutzt werden soll.

Es wird die Fassung der Luxbrunnenquelle mit einer Schüttung von ca. 3 – 4 Sekundenliter für wichtig erachtet.

*Längerer Antrag von Dr. Walder*

**3. 11. 1950**

**§1 Kuranlagen**

Die vom Gartenarchitekten Räger aus Stuttgart gefertigten Pläne für die Kurparkerweiterung werden vorgestellt. Die Pläne sehen die Neugestaltung eines Haupteingangs an der Rathausstraße mit Mauerwerk und Rosenfeld, weiträumige Rasenflächen und einen Kleingolfplatz hinter Katholischen Kirche vor.

Die Anlage braucht aber dann auch genügende Pflege. Für diesen Zweck ist es absolut notwendig einen Gärtner mit den nötigen Hilfskräften einzustellen.

**§3 Quellenpacht**

Der Bürgermeister hat mit dem Forstamt Langenbrand wegen Überlassung der Luxbrunnenquelle verhandelt. Forstmeister Pfeilsticker hat sich mit der Überlassung der Quelle einverstanden erklärt.

Der Bürgermeister listet die notwendigen Maßnahmen zur Vervollständigung der Wasserversorgung auf und macht Vorschläge zur Finanzierung derselben.

Es sind Mittel von ca 79000 DM aufzubringen.

**§9 Anschaffung eines Dienstkraftwagens**

Der BM macht eingehende Ausführungen über die Notwendigkeit von Dienstfahrten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines Dienstwagens. Anschaffungskosten: Volkswagen 5100 DM; Olympia 6800 DM

**§10 Schulhaus**

Die unzulänglichen Verhältnisse im hiesigen Schulhaus wurden bei der letzten Ortsschulratsitzung scharf kritisiert. Der BM hält die Erweiterung der Schulräume für vordringlich. Zu diesem Zweck soll der von Architekt Kappler im letzten Jahr entworfene Plan ausgeführt werden. Dieser Plan sieht vor, die im 1 Stock gelegene Lehrer Dienstwohnung in einen weiteren Schulsaal und eine Lehrküche umzubauen.

Der Umbau würde ca. 20000 DM kosten.

Der Umbau wird unter gewissen Rahmenbedingungen beschlossen (nur Übergangslösung, Möglichkeit des späteren Umbaus zu einem Mehrfamilienhaus, Staatsbeitrag zum Umbau)

**24. Nov. 1950**

**§1 Altes Rathaus**

Es sind 2 Liebhaber für das alte Rathaus aufgetreten.

Beschluß: Das alte Rathaus zu verkaufen und diese Absicht öffentlich zu machen.

**21. Dez. 1950**

**§1 Schulhausumbau**

Der BM hat bei den verschiedenen Stellen vorgesprochen

Das Kultusministerium hat die Beitragsgewährung von einer Stellungnahme der Baudirektion des Finanzministerium abhängig gemacht, Wegen der zu geringen Stockhöhe kann diese keine Zustimmung geben.

Das Gesundheitsamt sieht erhebliche Mängel in hygienischer Hinsicht und meint, daß der Aufwand in keinem Verhältnis zum erzielten Gewinn steht.

Nach eingehender Beratung ist der Gemeinderat einstimmig der Meinung, daß das vorliegende Projekt nicht weiter verfolgt werden soll, daß vielmehr der Neubau eines Schulhauses mit allen Mitteln vorangetrieben werden soll.

Bürgermeister Brenner gibt zu bedenken, daß neben der Schulraumnot ebenso dringlich die Lösung der Kur-saalfrage anzusehen sei. Es sei deshalb notwendig zu klären, welches der beiden Vorhaben – Schulhaus oder Kursaal – das Vordringlichste sei.

**§6 Diensträume des Bezirksnotar**

Bezirksnotar Baier hat erneut gebeten für die räumliche Unterbringung seines Amtes besorgt zu sein.

Da es unverantwortlich wäre, den Sitz des Bezirksnotars verlegen zu lassen, wird einstimmig beschlossen:

Das Bezirksnotariat künftig in dem seitherigen Grundbuchamt und der Gemeindepflege im Rathaus unterzubringen



### **§7 Beschaffung von Kirchenglocken**

Das evang. Pfarramt bittet erneut um Bewilligung eines Beitrags zur Beschaffung von 2 Kirchenglocken. Die Glocken sollen 7237 DM kosten. Die Haussammlung hat einen Betrag von 2286 DM erbracht. Im Rechnungsjahr 1950 wurden 1000 DM bewilligt.  
Beschluß: Der evang. Kirchengemeinde nochmals 2000 DM zu bewilligen.

### **§10 Fernsprechamt**

Das Postministerium hat die Mittel zur Wiedereinrichtung eines Wählamts in Schömberg genehmigt. Die Einrichtung soll in den Monaten März – Mai erfolgen.

### **§11 Wasserversorgung – Entsäuerungsanlage**

Die Kosten einer derartigen Anlage würden sich auf ca. 20000 DM belaufen. Die Schäden durch das Wasser entstehen hauptsächlich in den Hausleitungen.

Die Finanzierung kann nicht dargestellt werden, es wird deshalb auf die Erstellung der Anlage verzichtet.

## **1951**

### **12. Jan. 1951**

#### **§3 Schulhausneubau – Kursaal**

Der BM teilt mit, daß es ihm nicht möglich gewesen sei für die Erstellung eines Kursaals Beiträge oder Darlehensmittel zu gewinnen.

Für den Schulhausneubau wurden Darlehen in Höhe von 150000 DM in Aussicht gestellt.

Nach Meinung BM Brenner ist vor allem die Erstellung eines Kursaals besonders dringlich, - Schömberg steht und fällt mit seinem Kurbetrieb –

Der BM führt weiter aus, daß aus dem Jahre 1938 noch 4 Planungen vorliegen. Nach Rücksprache mit dem Kreisbaumeister sei der Planung Elsässer unbedingt der Vorzug einzuräumen.

Nach Beratung und Aussprache wird beschlossen:

Dem Schulhausbau den Vorzug zu geben

Den Bürgermeister soll mit dem Planfertiger Elsässer Verbindung aufnehmen und die Planfertigung weiter zutreiben.

Die Planung für den Kursaal voran zu treiben und die Erstellung eines Kursaals ins Auge zu fassen.

Die erforderlichen Darlehensgesuche einzureichen.

#### **§5 Mannschaftsstärke der freiw. Feuerwehr**

Nach einem Erlaß des Innenministeriums kann die Mannschaftsstärke erhöht werden. Der Feuerwehrkommandant Großmann hat beantragt, die Stärke der hiesigen freiw. Feuerwehr auf 42 Mann zu erhöhen.

§7 Nach Ausführungen des staatl. Gesundheitsamts kommt das Quellwasser der Brunnenwiesenquelle für Trinkwasser nicht mehr in Frage. Das Pumpwerk für Katastrophenfälle soll aufrecht erhalten werden.

### **26. Jan 1951**

#### **§1 Umbildung der VEDEWA**

Die Gemeinde Schömberg ist Mitglied der VEDEWA. Der eingetragene Verein soll in einen Zweckverband umgewandelt werden.

#### **§3 Fassung des Luxbrunnens**

Die vorgelegten Pläne der VEDEWA werden anerkannt. Die Arbeiten werden ausgeschrieben.

#### **§4 Ortsbauplan Stockäcker**

Der Ortsbauplan für das Gewann Stockäcker nach Plänen des Dipl. Ing. Hudelmaier werden festgestellt.

## **§5 Schulhausneubau**

Bei seiner Beschlußfassung ging der Gemeinderat davon aus, daß das geplante Schulhaus auf dem im Febr. 1938 von J. Wankmüller und M. Rentschler erworbene Grundstück (Parz. Nr. 341 und 347) erstellt werden soll. In der Bevölkerung gibt es Bedenken gegen diesen Platz, insbesondere wegen der Überquerung der Bergstraße bei der Metzgerei Rentschler und der steilen Zufahrt.

Es wurden mehrere alternative Grundstücke besichtigt. Das Urteil viel eindeutig zugunsten des bereits angekauften Grundstückes aus.

Geklärt werden muß noch die Höhe des Kaufpreises.

## **2. Febr. 1951**

### **§2 Verbindungsweg zwischen Schiller- und Calmbacher Straße**

G. Pfrommer hat der Gemeinde den Verbindungsweg, der zu seinem Hofraum beim Gebäude Nr. 77 gehört zum Kauf angeboten.

Beschluß: Von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

## **16. Febr. 1951**

### **§1 Schulhausbau**

Die Finanzierung des beschlossenen Schulhausbaues im Rahmen eines außerordentlichen Haushaltsplanes 1951 mit ca. 200000 DM reinen Baukosten und 25000 sonstigem Aufwand ist wie folgt vorgesehen:

Erlös aus dem Verkauf des alten Rathauses	10000 DM
Ordentliche Mittel 1951	30000 DM
Staatsbeitrag	60000 DM
Darlehen	125000 DM

Bauweise, Vergebung, Materialbeschaffung

Reg. Baumeister Elsässer legt 2 Entwürfe vor: Einstöckige oder zweistöckige Bebauung.

Der Bürgermeister führt aus, daß nach seiner Meinung nur ein einstöckiges Schulhaus in Frage kommen könne, weil die einstöckige Bauweise den neuesten Gesichtspunkten im Schulhausbau entspreche, durch Wegfall der Treppenhäuser wesentliche Vorteile bringe und weil ein einstöckiger langgestreckter Baukörper besser ins Landschaftsbild passe.

Das Problem der Materialbeschaffung wird angesprochen.

## **9. März 1951**

### **§1 DM- Eröffnungsbilanz der Wasserversorgung**

Die Wiederbeschaffungswerte werden zum 31. 8.. 1949 festgesetzt mit 531928 DM

Der Restwert wird festgesetzt mit 201593 DM

Daraus jährliche Abschreibungen mit 12016 DM

Die vom Bürgermeister aufgestellte Erfolgsrechnung für 1949 zeigt einen Betriebsaufwand von 28704 DM dem Einnahmen von 20069 DM gegenüberstehen.

Der Wasserverbrauch in Schömberg liegt bei ca. 250 l /Kopf/Tag. Die Einnahmen liegen bei lediglich 5- 6 Pf je tatsächlich verbrauchtem Wasser. Das Problem liegt darin, daß ein großer Teil der Verbraucher keinen Wasserzähler hat und pauschal abgerechnet wird.

### **§3 Konzerte am 17. und 18. 2. 1951**

Der Männergesangsverein „Germania“ hat in den Sanatorien und im „Löwen“ zusammen mit der Altistin Frl. Wachter vom Stadttheater Pforzheim und dem Pianisten Peter Förtig Konzerte veranstaltet. Die Konzerte waren gut besucht und haben außerordentlichen Anklang gefunden.

### **§8 Gaststättengesuch Thadäus Zajac**

Der Pensionsinhaber Thadäus Zajac beabsichtigt auf dem Grundstück Parz. 146/3 ein Kurheim für rund 30 Patienten neu zu erstellen.

### **§9 Politische Säuberung**

„A“, früher wohnhaft in Schömberg hat beim Staatskommissariat für Politische Säuberung ein Gnadengesuch eingereicht und gebeten, die durch die Entscheidung der Sonderspruchkammer Balingen ihm auferlegte Süh-

nemaßnahmen aufzuheben. Das Staatskommissariat für die Politische Säuberung bittet den Gemeinderat um Stellungnahme zu dem Antrag. Nach eingehender Aussprache wird beschlossen:  
Dem Staatskommissariat zu empfehlen, Gnade vor Recht ergehen zu lassen und damit den Antrag auf Begnadigung zu befürworten.

### **30. März 1951**

#### **§1 Vergabe der Rohbauarbeiten für die Schule**

Der Auftrag für die Rohbauarbeiten wird der Firma Alber in Calw übertragen. Mit ein Grund für diese Vergabe ist, daß die Fa. Alber als die kräftigste Firma angesehen wird und daß diese schon 25 to. des gesuchten Stahls auf Lager hat.

#### **§2 Nachtragshaushaltssatzung 1950**

Ordentlicher Nachtragshaushalt	185216 DM
Kurverwaltung	71144 DM

### **20. April 1951**

#### **§10 Kurkonzerte, Freilichtspiele**

Für den kommenden Sommer sind zur Unterhaltung der Kurgäste in den Kuranlagen 10 Blaskonzerte und 6 Streichkonzerte vorgesehen.

#### **§11 Kurkarten**

Der BM schlägt vor, wie die Kurorte Wildbad und Liebenzell für die Patienten und Kurgäste Kurkarten einzuführen. Hierdurch wäre Gelegenheit gegeben, den Patienten Vergünstigungen zukommen zu lassen. Der Gemeinderat ist mit der Einführung einverstanden.

#### **§12 Freilichtspiele**

Nachdem im vergangenen Jahr mit der Aufführung von Freilichtspielen begonnen wurde, stellt sich die Frage der Fortführung. Das „Junge Theater“ aus Stuttgart wäre bereit 2 – 3 Aufführungen in Schömberg zu einem Pauschalpreis von 900 – 1000 DM zu geben. Der Kurverwaltung alleine ist dieser Betrag zu hoch. Es müssen zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden.

### **13. Juli 1951**

#### **§1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1951**

Der Haushalt für 1951 wird festgestellt und beschlossen.

Ordentlicher Haushaltsplan	182 700	DM
Ordentlicher Haushaltsplan der Kurverwaltung	53 790	DM

#### **§2 Richtfest:**

Die Arbeiten am Schulhaus machen in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte. Es wird beschlossen ein Richtfest abzuhalten.

#### **§3 Verkauf des alten Schulhauses**

Die reinen Baukosten für den Schulhausneubau belaufen sich nunmehr auf 286000 DM, so daß ein Fehlbetrag von ca. 40000 DM zu erwarten sei. Bürgermeister Brenner schlägt zur Deckung dieses Betrags vor, das alte Schulhaus zu verkaufen.

Nach Diskussion kommt zum Ausdruck, daß der Gemeinderat gewillt ist, das Gebäude an einen geeigneten Interessenten zu veräußern.

#### **§5 Kurparkeröffnung, Freilichtspiele**

BM Brenner gibt bekannt, daß am 22. 7. 1951 die Einweihung der erweiterten Kuranlagen mit Konzert, Modenschau und Anlagenbeleuchtung stattfindet. Weiter führt er aus, daß am Vorabend das „Junge Theater“ aus Stuttgart mit der Aufführung „Was ihr wollt“ von Shakespeare hier weilt.

#### **§7 Altes Rathaus**

Der BM gibt bekannt, daß das alte Rathaus nun veräußert worden ist.

### **§1 Schulhausneubau,**

Der mit der örtliche Bauleitung beauftragte Architekt Georg Kappler gibt einen Überblick über die bis jetzt geleisteten Arbeiten, die entstandenen Schwierigkeiten und den weiteren Verlauf der Planung. Schwierigkeiten gab es unter anderem als bereits bezahlte Eisenmengen durch die englische Besatzungsmacht beschlagnahmt wurden und 4000 Ziegel wegen Kohlemangel nicht termingerecht beigebracht wurden.

### **§4 Ortsbauplan für das Gebiet: Talstraße – Kapfenhardter Weg – Hausäcker**

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von diesem Plan und beschließt die Feststellung zu verschieben.

### **§6 Kartoffelkäferbekämpfung 1951**

die vom Landwirtschaftsministerium zu Verfügung gestellten Stäubemittel waren für die Gemarkung Schömberg nicht ausreichend, so daß die Gemeinde Stäubemittel zukaufen mußte.

### **§14 Bekanntgaben**

Dr. Zeuner bittet aus gesundheitlichen Gründen um die Entlassung aus dem Gemeinderat

### **20. Sept. 1951**

#### **§1 Schulhausneubau**

Der Planer des Schulhauses K. Elsässer nimmt zu den vorgebrachten Beanstandungen über den Schulhausneubau eingehend Stellung.

Der Gemeinderat berät über die endgültige Finanzierung des Schulhausneubaus im Rahmen eines außerordentlichen Haushaltsplans.

Nach den Ergebnissen der Ausschreibungen werden die Kosten von ursprünglich 270000 DM auf ca. 327000 DM steigen. Es folgt eine Auflistung der Finanzierung.

### **§7 Ortsbauplan Talstraße**

Der Ortsbauplan für das Gebiet Talstraße nach den Plänen des Dipl. Ing. Hudelmaier wird festgestellt.

### **12. Okt. 1951**

#### **§2 Pachtvertrag über ein Gewächshaus**

Die Kurverwaltung beabsichtigt die Pflege und Instandhaltung der neu angelegten Kuranlagen in eigene Regie zu übernehmen. Herr Pfrommer, Talstraße bietet sein Gewächshaus pachtweise an.

Beschluß: Das Gewächshaus und die Frühbeete auf 2 Jahre zu pachten.

### **2. Nov. 1951**

#### **§7 Besoldung des Bürgermeisters**

Für die Einreihung in die Besoldungsgruppen ist die Einwohnerzahl der Gemeinde (Wohnbevölkerung) bei der letzten Volkszählung maßgebend. Nach der einstimmig geäußerten Meinung des Gemeinderats liegen in Schömberg zwingende Gründe vor, die Stelle des Bürgermeisters höher einzustufen.

Schömberg ist ein weit über die Grenzen der engeren Heimat hinaus bekannter heilklimatischer Kurort (Lungenkurort). Dies allein bedingt Einrichtungen und Anstalten, wie sie in anderen Orten gleicher Größe nicht vorhanden sind. Die Verhältnisse hier gleichen vielmehr denen in Gemeinden über 3000 Einw. und städtischem Charakter. Die Einwohnerzahl ist ständig im Wachsen.

Sie ist von 1284 im Jahre 1928 auf 1346 im Jahre 1946 und 1466 im Jahre 1950 gestiegen und beträgt 1507. Es betragen:

	<u>1928</u>	<u>1946</u>	<u>1950</u>	<u>heute</u>
Die Wohnbevölkerung	1284	1364	1466	1507
Kurgäste	699	900	1136	1195
Die ortsanwesende Bev.	1983	2246	2602	2702

Im Gegensatz zu anderen Kurorten mit Saisonbetrieb hält hier die starke Belegung mit Kurgästen das ganze Jahr über gleichmäßig an. Die Übernachtungszahlen betragen im Jahre 1927, 257830, im Jahre 1949,

391117 und im Jahre 1950 sogar 416512. Damit hat Schömberg die Spitze aller Bade- und Kurorte des Landes erreicht. Diese nüchternen Zahlen bringen für die Gemeinde- und Kurverwaltung eine ganz erhebliche Mehrarbeit mit sich, weil die Gäste hier in der Regel Kuren zwischen 3 Monaten und 1 Jahr durchführen und deshalb den Schwerpunkt ihrer Interessen während dieser Zeit hier haben.

**23. Nov. 1951**

**§3 Weihnachtsgratifikation**

Es wird die Verteilung einer Weihnachtsgratifikation zwischen 15 und 100 DM beschlossen. Es sind 17 Personen bei der Gemeinde beschäftigt. (Verwaltung, Arbeiter, Kindergarten)

**§8 Wildschweinplage**

Der Schaden durch Wildschweine im letzten Jahr wird auf ca. 5000 DM beziffert. Nach den Erfahrungen in Langenbrand ist ein Zaun kein vollwertiger Schutz. Bekämpfung durch Jäger wäre wirkungsvoller. Leider haben sich nur wenige Landwirte zur Ablegung der Jägerprüfung gemeldet.

**21. Dez. 1951**

**§1 Verpflichtung des nachrückenden Mitglieds Karl Eggensperger**

Herr Apotheker Eggensperger rückt für den ausscheidenden Dr. Zeuner in den Gemeinderat nach.

**§4 Wasserwerk**

In dem Betrieb des Wasserwerks ist zu befürchten, daß das Leitungsnetz in ungefähr 10 Jahren erneuerungsbedürftig wird. Bei einem Kapital von 250000 DM ist es der Gemeinde nicht möglich die entsprechend der Abschreibungen anzulegenden Mittel aufzubringen.

## 1952

**11. Jan. 1952**

**§6 Geschäftsordnung des Gemeinderats**

Im Verfolg des Beschlusses vom Dez. 51 sollte über die Form der Geschäftsordnung in einer der folgenden Sitzungen beschlossen werden. Auch heute können sich verschiedene Gemeinderäte mit der Einführung einer Geschäftsordnung nicht abfinden, trotzdem sie bereits beschlossen ist.

Die Probleme sollen in einer Kommission geklärt werden.

**21. Jan. 1952 Brief an die Gemeinderäte; Altes Schulhaus**

Kredite für das allgem. Wohnungsbauprogramm müssen bis 31. 1. 1952 beantragt werden.

Der Umbau des Hauses zu einem Mehrfamilienhaus mit 6 Wohnungen würde nach den Schätzungen des Architekten Kappler ca. 50000 DM kosten. Dies könnte zum größten Teil mit Darlehen finanziert werden.

**30. Jan. 1952**

Kindergärtnerin Lotte Stoll wird durch eine kurze Ansprache des Bürgermeisters verabschiedet.

**§3 Friedhofspflege**

Gärtner Enderle stellt den Antrag die Vergütung für die Pflege des Friedhofs auf 300 DM zu erhöhen. Die Bezahlung erfolgt pauschal. Nach einer Kostenaufstellung hat er 1950 300 Std. auf den Friedhof verwendet.

**29. Febr. 1952**

**§5 Anschaffung von Spuckbechern**

wie der Gemeindegeldbesorger Kraft ausführt, reichen die vorhandenen Spuckbecher für den derzeitigen Stand des Kurbetriebs nicht mehr aus. Es werden weitere 300 Stück benötigt.

**§6 Kurzeitung**

Bei der letzten Kurausschußsitzung wurde das Für und Wider einer Kurzeitung erörtert. Der BM stellt fest, daß die Anregung zur Herausgabe einer Kurzeitung hauptsächlich von den Herren Gengenbach und Natzke,

die sich auch sonst sehr rege um das kulturelle Geschehen in Schömberg bemühen, ausgegangen sei. Es muß festgestellt werden, daß sich Schömberg als Kurort besonderer Art keinem Fortschritt verschließen dürfe. Die Kurzeitung soll höchstens einmal im Monat, am Anfang vielleicht auch alle 2 Monate in einer Auflage von 2000 Stück erscheinen. Titel soll „Kurzeitung Schömberg“ sein. Herausgeber ist die Kurverwaltung.

#### **§7 Blumenbestellung Kurpark**

Für die Frühjahrsbestellung werden 1400 Stiefmütterchen, 200 Vergißmeinnicht und 200 Pellis benötigt.

#### **§11 Nachtragshaushalt 1951**

Nach einer Empfehlung des Landratsamts wurde die Kurverwaltung in den Haushaltsplan der Gemeindeverwaltung aufgenommen.

Der ordentliche Haushalt beläuft sich nun auf	319550 DM	gegenüber	236497 DM
Der außerordentliche Haushalt auf	326900 DM	gegenüber	326900 DM

#### **§12 Wahl der Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März 1952**

Es wird Wahlvorstand bestellt.

#### **21. März 1952**

##### **§5 Schulhauseinweihung**

Mit Beginn des neuen Schuljahres am 29. April 1952 soll das neue Schulgebäude seinem Zwecke übergeben werden. Die Einweihungsfeier soll am 26. 4. 1952 stattfinden. Anschließend soll das Schulhaus noch 2 Tage zur Besichtigung durch die Bevölkerung freigegeben werden.

Beginn 13.30 Uhr

Abschied vom Alten, Zug zum neuen Schulhaus, Ansprache der Ortsgeistlichen,

Schülerfeier, Begrüßung durch den Bürgermeister,

Ansprachen, Gesangsvorträgen, Schlüsselübergabe,

Einzug der Schüler, Besichtigung, Festmahl.

20.00 Uhr Elternabend, verbunden mit der Schulentlassfeier.

##### **§6 Ortpolizeiverordnung**

Die Gemeinde Schömberg ist seit längerer Zeit nicht mehr im Besitz einer gültigen ortspolizeilichen Vorschrift. Der BM legt einen Entwurf vor.

#### **18. April 1952**

##### **§2 Kurzeitung**

Die monatlichen Herstellungskosten der Kurzeitung belaufen sich nach einer Aufstellung der Herren Gegenbach und Natzke auf insgesamt 900 DM

Die Kosten sollen durch folgende Einnahmen gedeckt werden: Werbung 500 DM, Verkauf (1000 Exemplare a ,20 DM) 200 DM, Beitrag der Kurverwaltung 300 DM.

##### **§8 Wahl des Schulhausmeisters**

Als Hausmeister wird auf Empfehlung des Ortsschulrates gewählt: Fritz Fuchs

##### **§9 Schulhauseinweihung**

Die Schulhauseinweihung soll nun am 10. Mai 1952 stattfinden.

#### **2. Mai 1952**

##### **§1 Verwendung des alten Schulhauses**

Zuerst war geplant das Gebäude zur Finanzierung der Schule zu veräußern. Im Laufe der Planung hat sich herausgestellt, daß aus Mitteln des ordentlichen Haushalts ein höherer Anteilsbetrag infolge Gewerbe- und Grundsteuerzugängen eingestellt werden konnte.

Die Erwägung, das Gebäude im Rahmen des sozialen Wohnungsbauprogramms 1952 in ein Wohngebäude umzubauen kam wegen Mangels an Mitteln der LKA nicht zum Zuge.

Eine weitere Möglichkeit bietet derzeit die Landespolizeidirektion, die für den Einbau von 2 Wohnungen für Polizeibeamte 10000 DM an zinsgünstigen Krediten bereit stellt.

Es werden verschiedene andere Verwendungsmöglichkeiten angesprochen auch andere Möglichkeiten zur Erstellung von Wohnraum, so z. B. den Einbau von Wohnungen in leerstehende Scheunen.

#### **16. Mai 1952**

##### **§1 Aufstellung der Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1952**

Der Haushaltsplan 1952 weist gegenüber dem Vorjahr ein erheblich höheres Gewerbesteueraufkommen auf, was auf den verbesserten Geschäftsgang gegenüber den Vorjahren zurückzuführen ist.

Der Haushaltsplan für 1952 wird festgesetzt mit

Ordentlicher Haushalt	312640 DM
Außerordentlicher Haushalt	12000 DM

#### **18. Juni 1952**

##### **§1 Feuerwehrgerätehaus, Erstellung eines Steiger- und Schlauchtrockenturms**

Der Steigerturm war seinerseits wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht errichtet worden. Es liegt noch eine Beitragszusage der Landesfeuerlöschkasse bis Ende 1952 vor.

Beschluß. Die Beitragszusage auszunutzen und den Steigerturm auszuführen.

##### **§4 Kurveranstaltungen**

Die Kurkonzerte für das Sommerhalbjahr 1952 werden dem Kapellmeister Eitel aus Calmbach übertragen.

Das „Junge Theater“ Stgt. ist bereit, wieder eine Freilichtaufführung („Wie es Euch gefällt“) zu geben.

Eine Kuranlagenbeleuchtung soll Anfang Juli stattfinden.

Am 10. August wird vom ADAC eine Ballonverfolgungsfahrt durchgeführt.

GR. Dr. Rickmann führt aus, daß er mit Herrn Lehn persönlich gesprochen hätte und dieser bereit sei, in den Septembertagen mit dem Südfunkorchester hierher zu kommen.

##### **§9 Altes Schulhaus, Lichtspielhaus**

Der Kaufinteressent Gustav Bäuerle hat sein Angebot erhöht, aber nicht auf den von der Gemeinde geforderten Betrag. Der Gemeinderat ist sich grundsätzlich darin einig, daß der Bau eines Lichtspielhauses unterstützt werden müsse. Obwohl der Bau von Wohnungen von den Gemeinderäten als sehr wichtig empfunden wird, entschließt er sich das Gebäude zu einem bestimmten Preis zum Verkauf zu stellen. Bei diesem Preis zieht der Interessent sein Angebot zurück. *(Bemerkung: Der Interessent Bäuerle hätte das Schulhaus zum Abriß gekauft)*

#### **27. Juni 1952**

##### **§3 Altes Schulhaus**

Herr Bäuerle stellt nun den Antrag, ihm einen Bauplatz entlang der Lindenstraße käuflich zu überlassen. Der Besitzer des seitherigen Kinosaales, Herr Wilhelm Kusterer hat dem Bürgermeister gegenüber geäußert, daß er, auch wenn ein neues Kino gebaut würde, seine Kinokonzession nicht aufgeben und bemüht sein werde, den Saal zu modernisieren und den Kinobetrieb für sich zu erhalten. Er habe sich seither einer Verbesserung verschlossen, weil er der Kurverwaltung den Kinobetrieb habe überlassen wollen. Dem Kollegium ist es klar, daß zwei Unternehmen nicht unterstützt werden können.

#### **11. Juli 1952**

##### **§7 Ortsbauplan Talstraße und Kapfenhardter Weg**

Der geänderte Ortsbauplan ist neu festzustellen.

##### **§9 Konzert**

Das Pforzheimer Kammerorchester ist mit der Bitte an die Kurverwaltung herangetreten einen Serenadenabend mit Kerzenbeleuchtung im Freien durchführen zu dürfen. Die Kosten inkl. Spesen würden sich auf 300 DM belaufen.

#### **8. August 1952**

### **§1 Kriegerdenkmal**

Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Ehrung der Gefallenen vorgenommen werden muß. Maurermeister Bertsch schlägt vor, am Sockel des Kriegerdenkmals Granitplatten mit den Namen der Gefallenen anzubringen. Das wird so beschlossen.

### **§3 Kanalisation Stockäcker**

Dr. Eversbusch hat beantragt, sein Haus an die Orstkanalisation anzuschließen. Die auf Kosten von Herrn Bühler verlegten Zementdolen sind verwittert und können keine weiteren Wassermassen mehr aufnehmen. Beschluß: Die Leitungen so zu verlegen, daß das ganze Gebiet entwässert werden kann.

### **§8 Sonstiges**

Die Häuser Blessing, Quell, Kindersanatorium sind noch nicht an die Kanalisation angeschlossen, da diese noch nicht vorhanden ist. Das ist aus hygienischen Gründen nicht mehr vertretbar.

### **29. Sept. 1952**

#### **§1 Kriegerdenkmal**

In Abänderung des Beschlusses vom 8. Aug. wird aus Kostengründen die Überlegung angeführt, die Gefallenenen des 2ten WK ein vom seitherigen Denkmal getrenntes Denkmal vorzusehen und in eine gärtnerische Anlage einzubetten. Beschluß: Ein Modell fertigen zu lassen.

#### **§4 Glocken für die kath. Kirche**

Pfarrer Schneider hat persönlich beim BM vorgesprochen und ausgeführt, daß die Glocken zu äußerst günstigen Preisen aus Kriegsbeständen erworben werden können. Er bittet um einen Beitrag der Gemeinde. Beschluß: Einen Betrag von 200 + 300 DM verteilt auf 2 Rechnungsjahre zu bewilligen.

### **3. Okt. 1952**

#### **§1 Schulhausabrechnung**

Nach der Schlussabrechnung des Architekten sind für die Erstellung des neuen Schulhauses Gesamtherstellungskosten von 407413 DM entstanden.

Die Finanzierung erfolgte durch 99433 DM Eigenmittel, 110100 DM Zuschüsse und 197880 DM Kreditaufnahme.

Der Bürgermeister beantragt die Schlussabrechnung anzuerkennen. Die Mehrheit der Gemeinderäte lehnt diese Anerkennung ab und verlangt die öffentliche Auflegung der Abrechnung damit festgestellt werden kann, wie es zu den einzelnen Kostenüberschreitungen gekommen ist.

### **20. Okt. 1952**

#### **§1 Vergebung der Maurer- und Zimmerarbeiten für den Umbau des alten Schulhauses**

Für den am 27. 6. 1952 beschlossenen Einbau von zwei 3-Zimmerwohnungen für Polizeibeamte im EG.

#### **§3 Straßenweise Gebäudenummerierung.**

Das Katasteramt Calw ist z. Zt. Damit beschäftigt, das Liegenschaftskataster für die Gemeinde Schömberg zu erstellen. Vermessungsamtmann Joos hat aus diesem Grunde angeregt zusammen mit der Erstellung des Liegenschaftskatasters eine straßenweise Gebäudenummerierung durchzuführen und die noch nicht mit Namen versehenen Straßen, bzw. die neu im Ortsbauplan enthaltenen Straßen zu benennen. Nach eingehender Aussprache wird auf Antrag des Bürgermeisters einstimmig beschlossen:

Die straßenweise Gebäudenummerierung im Zuge der Erstellung des Liegenschaftskatasters durchzuführen und die Straßen zu benennen.

#### **§4 Beschaffung einer Teerspritzmaschine**

Vom Straßenwart Bäuerle wird die Beschaffung einer Teerspritzmaschine angeregt.

#### **§5 Kanalisierung der Schillerstraße**

Die Anlieger der Schillerstraße haben beantragt die Schillerstraße zu kanalisieren

#### **§6 Anschluß des Kindergartens an die Ortskanalisation**



Das Innenministerium hat einen Zuschuß zum Anschluß an die Kanalisation bewilligt.

### **§7 Bekämpfung der Feldmäuse**

Nach der kreispoliz. Anordnung über die Bekämpfung der Feldmäuse ist in sämtlichen Gemeinden des Kreises die gemeinschaftliche Bekämpfung der Feldmäuse durchzuführen.

**24. Okt. 1952**

### **§1 Bau der Straße Salmbach – Langenbrand**

In der letzten Kreistagssitzung ist der Bau der Straße Salmbach – Langenbrand beschlossen worden

**21. Nov. 1952**

### **§1 Straße Langenbrand – Salmbach**

Am Sonntag , den 26. 10. 1952 hatten sich Vertreter der Gemeinden Langenbrand, Salmbach und Schömberg zu einer Besprechung zusammengefunden.

Angesichts des besonderen Interesses unseres Kurortes an dem Bau der Straße müßte sich die Gemeinde bereit erklären, sich mit einem Betrag von 1000 DM an den Kosten zu beteiligen. Dies wird so beschlossen.

### **§5 Abhaltung einer Altenfeier**

Ortspfarrer Robert Killguss hat beim BM die Absicht geäußert für die betagten Bürger der Gemeinde eine Altenfeier abzuhalten. Er bittet um die Bewilligung eines Beitrags.

### **§11a Ortschronik**

Der Hauptlehrer Friedrich Schick wurde am 20. 2. 1936 zum Ortsgeschichtsschreiber bestellt. Herr Schick hat zu jener Zeit zahlreiche Unterlagen beschafft, die jetzt noch, wie er mitteilt, in seinem Besitz sind. Mit der Niederschrift der Ortschronik selbst hat er noch nicht begonnen. Dem Gemeinderat obliegt grundsätzlich festzustellen, ob eine Ortschronik geführt werden soll oder nicht. Nach kurzer Besprechung spricht sich das Kollegium einstimmig für die Führung einer Ortschronik aus. Weiter soll dem Ortsgeschichtsschreiber Schick vorgeschlagen werden, er möge zu einer eingehenden Besprechung über die Niederschrift sowie Kosten und Honorar nach Schömberg kommen.

### **§11b Steuern**

Der BM legt dar, und ist sich hier mit dem Gemeinderat einig, daß in der Gemeinde Schömberg jede Quelle, die finanziell von ΒΒεδευτοvy ist ausgeschöpft werden muß.

Es wird beschlossen, die Grundsteuer A zu erhöhen und die Einwohnersteuer einzuführen

**2. Dez. 1952**

### **§1 Bauplatz für die Erstellung von zwei 6-Familienhäuser**

Die Kreisbaugenossenschaft wird hier zwei 6-Familienwohnhäuser erstellen. Der Bauplatz soll möglichst billig von der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden. Der Gemeinderat ist bereit den Platz zu einem Preis von 1 DM/m<sup>2</sup> abzugeben. Es war beabsichtigt die beiden Häuser in der Siedlung Straßenäcker zu erstellen. Nach Rücksprache mit dem Architekt Kappler und der Kreisbaumeisterstelle schlägt der Bürgermeister vor die beiden Häuser auf dem gemeindeeigenen Grundstück Parz Nr. 279/1 in der verlängerten Poststraße zu errichten.

### **§2 Erstellung einer Frischmilchtrinkhalle**

Die Molkereigenossenschaft Schömberg hat einen Vorentwurf für die Erstellung einer Frischmilchtrinkhalle auf dem zum alten Schulhaus gehörenden Gelände an der Lindenstr. überreicht.

### **§4 Kanalisation Schillerstraße und Liebenzeller Straße**

Architekt Kappler hat Kostenvoranschlag und Lagepläne gefertigt. Die Verteilung der Kosten wird beschlossen.

**19. Dez. 1952**

### **§3 Wasserabgabesatzung**

Bereits vor längerer Zeit hat der Gemeinderat einen Entwurf der geplanten Wasserabgabesatzung bekommen. Die Gemeinde betreibt die Wasserversorgung als öffentliche Einrichtung.  
Es folgt eine ausführliche Erläuterung der Satzung mit 2 Tarifen (Zählertarif und Pauschaltarif) Der BM trägt eine von ihm gefertigte Wirtschaftlichkeitsrechnung vor. Da Schwarzwaldheim hat eine eigene Wasserversorgung. Die jährlichen Ausgaben für die Wasserversorgung betragen ca. 31000 DM  
Die Satzung wird so beschlossen.

#### **§4 Satzung über den Anschluß der Grundstücke an die Entwässerungsanlage der Gemeinde**

Der BM schlägt vor, die Satzung wie die Wasserabgabesatzung zu erlassen. Auch die Entwässerungsanlage wird von der Gemeinde als öffentliche Einrichtung betrieben.

#### **§6 Nachtragshaushaltssatzung 1952**

Durch Mehreinnahmen hat sich der Haushalt für 1952 geändert  
Die Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt betragen rund 354274 DM

## **1953**

**23 Jan. 1953**

#### **§2 Antrag auf Baulanderschließung**

Zimmermeister Wilhelm Reule bittet um Erschließung seiner Grundstücke Parz. 155A-b. Es handelt sich um ein Gelände, das ca. 15 Doppelhäuser aufnehmen kann. Bei einer Ortsbesichtigung mit Kreisbaumeister Klumpp weist dieser auf den Höhenunterschied von 10m hin, der auf eine kurze Entfernung überwunden werden muss Kreisbaumeister Klumpp hält das Gelände für wenig geeignet und schlägt vor auf der Höhe zu bleiben, außerdem soll nicht an jeder Ecke des Ortes mit Bauen begonnen werden.

Längere Diskussion

Beschluss: Angelegenheit bis auf weiteres zurückzustellen.

*Hinweis: Es wird im Protokoll von einem „Kapfenhardter Weg“ gesprochen – Talstraße ? (heute Hofstätte)*

#### **§3 Ausrüstung der Hauswirtschaftsschule**

Die Schulleitung stellt den Antrag zur Ausstattung mit 4 Kochgruppen. Der Bürgermeister stellt den Antrag auf Beschaffung von Ausstattungsgegenständen für 3 Kochgruppen mit einem Kostenaufwand von ca. 1700 DM..

Beschluss einstimmig.

#### **§4 Geschwindigkeitsbegrenzung**

Nach Diskussion stellt der Bürgermeister den Antrag beim Landratsamt eine Begrenzung auf 40km/Std. zu beantragen.

Beschlossen.

#### **§6 Verkauf des Geländes der Charlottenhöhe an den Verein für Volksheilstätten**

Das Gelände auf dem die Volksheilstätte Charlottenhöhe steht und das noch immer im Eigentum des Staates sich befindet soll an den Verein für Volksheilstätten verkauft werden. Es handelt sich um eine Fläche von ca. 2,1 ha. Auf dieser Fläche hat die Gemeinde noch eine Reisachgerechtigkeit.

Das staatliche Forstamt Langenbrand stellt den Antrag auf die noch bestehende Resignutzung zu Gunsten der Gemeinde zu verzichten. - Beschlossen

**30. Jan 1953**

#### **§1 Kurhausbau**

Der Bürgermeister berichtet eingehend über die bisher unternommenen Schritte. Er weist darauf hin, daß trotz des schon vorliegenden Baugesuchs des Herrn Werner Trippe es sehr zubezweifeln wäre, wenn Kurhaus und Lichtspielhaus in einem Bauvorhaben verwirklicht werden könnten.

Es herrscht Einmütigkeit bei den Gemeinderäten darüber, daß ein Kurhaus für Schömberg eine dringende Notwendigkeit ist.

Nach Auffassung des Gemeinderats kommen als Bauplätze eine Teil der Kuranlage gegenüber des Gemeindehauses an der Schwarzwaldstraße, oder zwischen der Kath. Kirche und dem Hotel Lind in Betracht.

## **§2 Baugesuch des Werner Trippe**

Werner Trippe, Kaufmann, hat um Genehmigung zur Erstellung eines Lichtspielhauses an der Schwarzwaldstraße gebeten.

Auf Antrag des Bürgermeisters erhebt der Gemeinderat einstimmig Einspruch, weil er Bedenken dagegen hegt, daß sich das Bauvorhaben in seine Umgebung einfügt.

## **13. Februar 1953**

### **§2 Beschaffung einer Rechenmaschine**

Für die Beschaffung einer Rechenmaschine für die Gemeindeverwaltung sind im Nachtragshaushalt 1952 Mittel vorgesehen.

Es soll eine Rechenmaschine im Wert bis 1500 DM beschafft werden.

## **27. Februar 1953**

### **§1 Erweiterung des Ortsbauplans „Stockäcker“**

Der Bürgermeister ..... erläutert anhand eines von Herrn Architekt Georg Kappler gefertigten Modells die, vor allem durch die Erstellung zweier Wohnblöcke an der verlängerten Poststraße durch die Kreisbaugenossenschaft Calw, notwendig werdende Erweiterung und Änderung des Ortsbauplans „Stockäcker“

### **§2 Bauvorhaben der Kreisbaugenossenschaft Calw**

Die Kreisbaugenossenschaft Calw hat einen Antrag auf Genehmigung von 2 Sechsfamilienwohnhäusern auf dem Grundstück der Gemeinde Schömberg an der verlängerten Poststraße eingereicht.

Es wird weiter beschlossen, den Grund der Kreisbaugenossenschaft, falls notwendig, unentgeltlich abzutreten, unter der Bedingung, daß in die zu erstellenden Wohnungen keine Lungenkranken aufgenommen werden dürfen.

### **§3 Umbau der Talstraße (Abschnitt II)**

Bürgermeister Brenner und Architekt Georg Kappler erläutern anhand eines Lageplans den geplanten Umbau der Talstraße von der Einmündung des Kirchwegs bis zur Einmündung des Dr. Schröder Wegs. Der Plan sieht eine Fahrbahnbreite von von 6m vor und einen Gehweg bergseits.

Seiner Durchführung stehen im Wege:

Die Scheuer der Ida Schwämmle, Anbau an Gebäude Nr. 19

Die von der Gemeinde erworbene Keller und Strehütte, Gebäude Nr. 20

Der Backofen der Marie Riexinger, Ww. GebäudeNr. 16a

Entgegen der Planfertigung des Architekten Hudelmaier aus dem Jahr 1940, der eine Belassung der genannten Gebäude und eine entsprechende Verengung der Fahrbahn vorsah, ist Bürgermeister Brenner und Architekt Kappler der Auffassung, daß ..... die genannten Gebäude abgerissen und die Straße durchweg auf 6m Fahrbahnbreite ausgeführt werden sollten. ....

Der Gemeinderat erklärt sich mit der Planung einverstanden. Es wird weiter einmütig zum Ausdruck gebracht, daß eine Kanalisation in der Talstraße Voraussetzung für die Erschließung des Baugeländes dort und am Kapfenhardterweg unumgänglich ist.

## §5 Schneebahnen

Der strake Schneefall und die Tatsache, dass in Schömberg kein motorisiertet Schneepflug stationiert ist, hat zu erheblichen Beanstandungen Anlass gegeben. So musste der gesamte Omnibusverkehr einige Tage stillgelegt werden. Es hat sich gezeigt, dass der Pferdebahnschlitten nicht mehr ausreicht um die Straßen rechtzeitig und ausreichend zu bahnen. Es wäre daher zu erwägen, ob nicht mit den Nachbargemeinden ein Schneepflug für einen LKW beschafft und ein hier ansässiger LKW-Besitzer für die Schneebahnarbeiten verpflichtet werden könnte. Die Beschaffungskosten betragen c. 2500 DM.

## §1 Straßenbenennungen.

Die Erstellung des Liegenschaftskatasters durch das Katasteramt Calw ist nun soweit fortgeschritten, dass sämtliche Ortsstrassen, an denen Gebäude erstellt werden dürfen, mit Namen versehen werden müssen. Nach eingehender Beratung werden folgende Namen festgelegt:

Vic.Weg Nr.3 Ortseingang von Bad Liebenzell bis Hotel Linde	<b>Liebenzellerstrasse</b>
F.W.Nr.10 Waldsanatorium Dr. Schröder bis Geb.Nr.3 Talstrasse	<b>Dr. Schröder-Weg</b>
F. W. Nr. 65 u. F. W. Nr. 1/1 Von Geb.Nr.257 Liebenzellerstrasse bis Geb.Nr.298 Talstrasse	<b>Kirchweg</b>
Vic. Weg Nr.4 Ev. Kirche Geb.Nr.53 Liebenzellerstrasse bis Ortsausgang Richtung Igelsloch	<b>Schwarzwaldstrasse</b>
O.W.Nr.1 Geb.Nr.96 Lindenstrasse bis Hugo Römpler Platz	<b>Hauptstrasse</b>
O.W.Nr.5 Geb.Nr.96 bis zur Einmündung von O.W.Nr.6 O.W. Nr. 10 und F.W.Nr. 12/2 u. 12/3 Poststrasse	<b>Lindenstrasse</b>
O.W.Nr.6 u.F.W.Nr.16 Hugo Römpler Platz über die Lindenstrasse nach Süden bis Ortsausgang	<b>Schillerstraase</b>
O.W.Nr.9 Verlängerung der Lindenstrasse bis Ortsausgang Richtung Langenbrand	<b>Bergstrasse</b>
O.W.Nr.7/1,O.W.Nr.8 u.Vic.W.Nr.5 Schillerstrasse über Bergstrasse Richtung Bühlhof - Calmbach	<b>Calmbacherstrasse</b>
O.W.Nr.1 vom Hugo Römpler Platz bis zur Einmündung in die Bergstrasse.:	<b>Langenbranderstrasse</b>
O.W.Nr.3 vom Hugo Römpler Platz in nordöstl. bis Ortsausgang	<b>Talstrasse</b>

## Neugeplante bezw: noch nicht benannte Strassen:

### **Gartenstraße**

Von Geb.- Nr. 150 (Haus Blessing an der Liebenzellerstrasse) Nach Südwesten bis Geb.Nr.259 an der Schwarzwaldstrasse Gemeindehaus)

### **Reutegässle**

F.W.Nr.3 von Geb.Nr.268 (Haus Maisenbacher an der Liebenzellerstr.) bis Geb.Nr.10 (Haus Reule an der Talstrasse)

### **Brunnenstraße**

Geb.Nr.119 (Haus Weber an der Liebenzellerstr.) bis zu Friedhof und F.W.Nr.64

### **Parkstraße**

Vom Rathaus in Richtung Süden bis zur Einmündung in den F.W.Nr.15

### **Waldstraße**

F.W.Nr.15

**Schulweg**

Von Haus Nr. 90 (UlrichGroßmann an der Schillerstr.)über die Calmbacherstr. bis zum neuen Schulhaus

**Rosenstraße**

Von der Bergstrasse bei Geb.Nr.281 (Haus am Walde) in Richtung Westen(nördl. der Siedlung "Strassenäcker")

**Tulpnstraße**

Von Parz.Nr.517 u.518 nach Süden und Westen (Strasse Nr.2 im Ortsbauplan)

**Nelkenstraße**

Strasse Nr.3 im Ortsbauplan (von Haus Mettler nach Süden)

**Löwenweg**

F.W.Nr.2 - von Geb.Nr.33 (HausÖhlschläger Eugen an der Langenbranderstr.) bis Einmündung in die Talstrasse bei Geb.Nr.28b

**Römerweg**

Von Geb.Nr.145 (Schmied Federmann) an der Talstrasse an Geb.Nr.158, 12 und 13 vorbei u.F.W.8/1, 8/6, 8/7, 8/8, 8/9 8/10, 8/11 usw.

## §2 Programm für die Erstellung eines Kurhauses.

Der Bürgermeister hat zusammen mit dem Herrn Kreisbaumeister folgendes Programm für die Erstellung eines Kurhauses aufgestellt;

Die Kurverwaltung Schömberg Kreis Calw plant die Erstellung eines Kurhauses für den 1500 Einwohner zählenden heilklimatischen Kurort Schömberg, in dem ständig rd. 1300 Kurgäste in 3 grossen Sanatorien und rd.35 Kurheimen anwesend sind. Sowohl die Zahl der ständigen Einwohner auch die Zahl der Kurgäste zeigen in den letzten Jahren eine stetige Aufwärtsentwicklung. Die Einwohnerzahlen betragen bei der Volkszählung 1949 - 1345, 1950 - 1466 am 1.Januar 1953 - 1537. ebenso ist die Zahl der Kurgäste von 1949 mit 850 im Durchschnitt bis heute auf 1300 gestiegen.

### Allgemeine Gesichtspunkte:

Schömberg liegt auf der Hochfläche zwischen dem nördlichen Nagold- und Enztal 650 - 700 u.d.M. und ist nach Westen durch eine leichte Steigung gegen raue West- und Nordwestwinde geschützt. Es liegt in einem nach Osten, zum Nagoldtal hin sich erstreckenden Hochtal und ist in kurzer Entfernung vom Ort ringsum von hohen Tannenwäldern umgeben. Seit dem Jahr 1948 ist Schömberg heilklimatischer Kurort. Seine Entwicklung ist dadurch bestimmt. Es besteht die Tendenz. neben Wohn- und Geschäftshäusern hauptsächlich Kurheime erstellen. Industrie ist nicht ansässig. Aller Voraussicht nach wird die Entwicklung auch künftig diese Richtung beibehalten. Bei der Planung des Kurhauses ist diese Struktur zu berücksichtigen. Es wird daher ganz besonderer Wert auf das Einfügen des Kurhauses in das Orts- und Landschaftsbild und die allgemein übliche Bauweise gelegt. Der Charakter des Kurortes muss durch das Kurhaus gewahrt und betont werden.

### Bauplatz:

Als Bauplatz wurde auf Grund eingehender Beratungen das Gelände des Kurparks in Aussicht genommen. Der Kurpark zieht sich in südöstlicher Richtung von Rathaus und katholischer Kirche entlang der Schwarzwaldstrasse bis zum Wald hin. Das ganze Kurparkgelände mit Ausnahme der Parz.Nr.269/1 ist im Eigentum der Gemeinde. Es ist beabsichtigt, den -Baustreifen auf der Parzelle Nr.269/1 mit Rücksicht auf die Planung aufzuheben.

### Bauprogramm:

Durch die Erstellung des Kurhauses sollen die Bedürfnisse des Kurbetriebs befriedigt werden. Es ist weiter geplant die Frage des Lichtspieltheaters im Zusammenhang mit dem Kurhausbau einer Lösung zuzuführen, obwohl getrennte Pläne für die Erstellung von Lichtspieltheaters durch private Unternehmer bereits vorliegen. Mit der Zusammenfassung von Kurhaus, Lichtspieltheater und Kurpark könnte ein Kulturzentrum für den Ort geschaffen werden. Mit Rücksicht auf die noch schwebende Frage der Zusammenlegung von Kurhaus und Lichtspieltheater sind zwei Entwürfe erwünscht, einmal mit und zum ändern ohne Lichtspieltheater.

### Raumbedarf:

1 Kursaal für 800 Personen (in Stuhlreihen)  
mit Bühne für Theater- und Konzertveranstaltungen, Umkleideräumen und Kleiderablage  
1 Theke  
1 Küche mit Anrichte,  
1 Lese- und Schreibzimmer mit mindestens 50qm

1 Musikzimmer mit mindestens 25qm:  
1 Spielzimmer mit mindestens 40qm  
mit sämtlichen, erforderlichen Nebenräumen, wie Aborte, Speisekammer, Lager- und Heizräume  
im Untergeschoss.

### Weitere Erfordernisse:

Dem Kursaal ist eine überdeckte Freiterrasse anzuschließen. Im Zusammenhang mit dem Kurhausbau ist eine Musikmuschel zu schaffen, die es erlaubt, die Kurkonzerte, sowohl auf den Platz vor dem Kurhaus, die Freiterrasse, den Kurpark und den Kursaal zu übertragen. Erwünscht sind auch in Verbindung mit der Freiterrasse. Wandelgänge, die es ermöglichen auch bei schlechtem Wetter wenigstens auf kurze Strecke sich im Freien zu bewegen. Zu beachten ist, dass in der Nähe des neuen Kurhauses ein entsprechender Parkplatz für Kraftfahrzeuge zur Verfügung steht.

Bei der Planung des Kurhauses i.V. mit dem Lichtspieltheater werden für das Lichtspieltheater 280 - 300 Sitzplätze erforderlich. Es ist erwünscht das Lichtspieltheater so zu planen, dass es als besonderer Bauabschnitt ausgeführt werden kann.

### Baukosten:

Die Gesamtbaukosten dürfen 700 000.-DM nicht übersteigen. Erwünscht ist jedoch, dass das Bauvorhaben in 2 Bauabschnitten erstellt werden kann, wobei der erste Bauabschnitt sowohl betriebswirtschaftlich, als auch im Orts- und Landschaftsbild tragbar ist.

Bei Zusammenlegung des Kurhauses und Lichtspieltheaters ist zu beachten, dass das Lichtspieltheater als weiterer, besonderer Bauabschnitt ausgeführt werden kann.

### Teilnehmerkreis

Zur Erlangung von Entwürfen wird die Technische Hochschule Karlsruhe (Herr Professor Eiermann) die Aufgabe als Semesteraufgabe (Prüfungsaufgabe) bearbeiten lassen. Die Kurverwaltung Schömberg wird die von der Technischen Hochschule Karlsruhe vorgeschlagenen drei besten Entwürfe einem Bauausschuss, dem Bürgermeister Brenner, 2 Gemeinderatsmitgliedern, Kreisbaumeister Klumpp und Architekt Georg Kappler Schömberg angehören, zur Auswahl des für die Ausführung in Frage kommenden Entwurfs vorlegen. Die Kurverwaltung Schömberg wird in Anerkennung der Leistung den drei besten Entwürfen, Preise in Höhe, von zusammen - : DM zuerkennen. Die Verteilung der Preise erfolgt nach dem Ermessen der TH-Karlsruhe.

### Weiterbearbeitung der Aufgabe:

Im Falle der Verwirklichung des Projekts behält sich die Kurverwaltung Schömberg die Entscheidung über die Weiterbearbeitung sowohl der Planung als der Bauleitung vor.

### Eigentum und Urheberrecht:

Die mit Preisen bedachten Arbeiten gehen mit allen Rechten in das Eigentum der Kurverwaltung Schömberg über. Das Urheberrecht einschl. des Rechts der Veröffentlichung der Entwürfe bleibt jedem Verfasser erhalten. Die Kurverwaltung Schömberg ist berechtigt die Entwürfe ganz oder teilweise zu verwerten.

Bei der Planung ist auf nachstehende Forderungen besonderer Wert zu legen:

1. Einfügung in das Orts- und Landschaftsbild, die allgemein übliche Bauweise und den Charakter des Kurorts.
2. Einwandfreie Betriebs- und grundrisstechnische Gestaltung.
3. Knappe, in echtem Sinne zeitgemäße, architektonische Gesamthaltung.
4. Auf die Wirtschaftlichkeit, als Voraussetzung für die Durchführung des Projekts wird besonderer Wert gelegt.

Das Programm wird nach eingehender Beratung vom Gemeinderat gebilligt. Für die Fragen des Kurhausbaues wird eine Kommission gebildet.

## **10. April 1953**

### **§10 Untergänger**

Die Stelle eines Untergängers der Gemeinde ist seit längerer Zeit unbesetzt. Das Katasteramt in Calw drängt auf Wiederbesetzung. Auf Vorschlag wird GR Maisenbacher in dieses Amt gewählt

### **§12 Umbenennung Reutegässle**

Die Anlieger des Reutegässle bitten in einer Zuschrift um Umbenennung des Reutegässle, da sie der Meinung sind, dass diese Bezeichnung einen zweitrangigen Charakter habe.

### **§14 Ausscheiden der Kindergärtnerin**

Die Kindergärtnerin Frl. Brigitte Siegler ist zum Herbst dieses Jahres die Leitung des Kindergartens in Liebenzell in Aussicht gestellt worden.

### **§ 15 Löhne der Gemeindearbeiter**

Die Gemeinde ist zur Zeit mit Tagelöhnern schlecht bestellt. Der derzeitige Stand reicht nicht aus um die anfallenden Arbeiten bewältigen zu können. Neue Kräfte sind nicht zu bekommen. Kündigungen sind in Aussicht gestellt.

Nach eingehender Aussprache, in der zum Ausdruck kommt, dass die Bezahlung der Gemeindearbeiter den heutigen Verhältnissen entsprechend nicht ausreichend ist, wird beantragt die Stundenlöhne zu erhöhen. Männer bis zu 1,20 DM/Std. Frauen 0,85DM/Std. wobei bei diesen die Vers-Beiträge von der Gemeinde übernommen wird.

### **§ 16 Urlaubsregelung 1953**

*Hier werden als Historie nur die Namen der damals bei der Gemeinde beschäftigten aufgeführt:*

Bürgermeister Brenner, Georg Rapp, Lieselotte Hermann, Margot Kling, Brigitte Siegler, Fritz Erlenmaier, Christian Bäuerle, Fritz Fuchs, Paul Günther, Georg Kraft, Gottlob Müssle, Otto Rentschler, Eugen Willmann,

## **8. Mai 1953**

### **Bericht: Besuch Prof. Eiermann -Kurhaus**

Professor Eiermann war mit einer kleine Abordnung seiner Studenten in Schömberg. Ortsbesichtigung. Prof. Eiermann teilt mit, dass er die Vorplanung übernehmen will. Termin bisca. Anfang Juli.

## **12. Juni 1953**

### **§1 Haushaltsplan**

Bürgermeister Brenner gibt einen ausführlichen Rückblick über die geleisteten Arbeiten und Ausgaben der vergangenen Jahre. *(mehrere Seiten. Hier nur Auszug)*

1950: Erwerb des Schuppens der Darlehenskasse für die Feuerwehr samt Grundstück, Kanalisation Siedlung

1951: Schulhaus

1952: Aktienerwerb bei der EVS, Umbau des alten Schulhauses, Schuldentilgung, Umbau Talstraße

Kurverwaltung:

Ausbau der Kuranlagen, Anlage des Kleingolfplatzes, Prospekte (2. Auflage 22000)

Der Haushaltsplan für 1953 schließt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 372995 DM ab, Darin ist der Haushaltsplan der Kurverwaltung in Höhe vom 80250 DM.

**26. Juni 1953**

### **Wohnraumbewirtschaftung**

Nachdem Gemeinderat Freimüller den Vorsitz in der gemeinderätlichen Abteilung, die die Aufgabe der Gemeindewohnungsbehörde wahrzunehmen hat, abgelehnt hat, ist diese nicht mehr arbeitsfähig. Der anwesende Reg. Rat Dr. Laub vom Landratsamt erläutert die gesetzlichen Bestimmungen und betont die überall bestehenden Schwierigkeiten auf dem Gebiet der Wohnraumbewirtschaftung. GR Freimüller sieht diese Schwierigkeiten als so erheblich an, dass sie kaum gemeistert werden können. Auf keinem Fall könne sie jedoch dem Bürgermeister übertragen werden. Dies sieht GR Bäuerle völlig anders.

Es kommt zu Streitigkeiten und mehreren Abstimmungen die am Ende zum Ausschluss des GR Bäuerle an den nächsten 4 Gemeinderatssitzungen

**17.7.1953**

### **§1 Reissachgerechtigkeit**

Nach der zwischen der Staatsfinanzverwaltung und der Gemeinde Schömberg am 31. 5 1910 abgeschlossenen Vertrag über die Umwandlung des der Gemeinde Schömberg zustehenden Reissachrechts in den Staatswaldungen der Markung Schömberg, wurde der Gemeinde Schömberg anstelle des ihr zustehenden Rechts auf Gewinnung von Abfallreissach und Rinde von der Staatsverwaltung eine jährliche Geldrente von 800 Mark geleistet. Der Vertrag wird jeweils auf 5 Jahre abgeschlossen. Beschluss: Verlängerung um weitere 5 Jahre.

### **§3 Kanalisation Bühlhof**

Die Behandlung eines Baugesuchs des Vereins für Volksheilstätten zur Erstellung eines Neubaus für die Arbeitsheilstätte auf dem Bühl wird abhängig von der Klärung der Frage der Abwasserbeseitigung gemacht.

*Angestrebt wird ein Anschluss an die Ortskanalisation.* Der Bürgermeister gibt weiter zu bedenken, dass, wie vor allem die heftigen Regenfälle der letzten Zeit gezeigt haben, für eine ordnungsgemäße Abführung des Tagwassers am Bühlhof gesorgt werden müsse. Das Oberflächenwasser könne unmöglich in die Kanalisation eingeführt werden. ....

Beschluss: eine Kanalisationsleitung für den Bühlhof vorzusehen und Pläne zu erstellen.

### **§7 Straßenumbenennung**

Beschluss: Das Reutegässle wird in Sägmühlenweg umbenannt.

**4. September 1953**

### **§1 Haushaltssatzung, Haushaltsplan 1953**

Unter anderem wird ausgeführt: In Anbetracht der ungeheuren Aufgaben, die infolge der besonderen Struktur Schömbergs von der Gemeinde gemeistert werden müssen, war sie gezwungen, ihre Realsteuerhebesätze schon ab 1949 bei der Grundsteuer A von 140% auf 180% und bei der Grundsteuer B von 120% auf 160% zu erhöhen. Des weiteren wurde auf Anregung des Landratsamts im vorigen Jahr die Grundsteuer A auf 200% erhöht und die Einwohnersteuer eingeführt.

Die Tatsache, dass von den anwesenden Patienten mindestens 90% Sozialversicherte sind, bedinge auch für die Steuerzahler eine Rücksichtnahme

Des weiteren kommt hinzu, dass durch Gesetz den Sanatorien Grundsteuer- und Gewerbesteuerfreiheit gewährt ist.

### **§12 Neubesetzung de Stelle der Kindergärtnerin**

Nachdem die Kindergärtnerin Siegeler aus den Diensten der Gemeinde scheidet, ist die Stelle neu zu besetzen. Die Wahl des Gemeinderats fällt auf Frau Waltraud Speer aus Bad-Dürnheim

**18. September 1953**

### **§1 Wasserversorgung**



Zur Verbesserung der Wasserversorgung empfiehlt die VEDEWA:

Erschließung der Hardtbergquelle und Verlegung einer Quellzuleitung bis zum Pumpwerk, Erstellen eines Sammelbehälters, einer Entsäuerungsanlage und ein neues Turbinenagregat

Beschluss: Die VEDEWA soll Pläneausarbeiten. Die Finanzierung soll geklärt werden.

### **23. Oktober 1953**

#### **§6 Errichtung einer Verkaufsstelle des Konsumvereins**

Der Konsumverein Calmbach hat die Erlaubnis zu Errichtung einer Verkaufsstelle in Schömberg erhalten. Die Rechtslage lässt keine Prüfung der Bedürfnisfrage mehr zu. Der Standpunkt des Gemeinderats kann somit nicht mehr berücksichtigt werden.

*Hinweis: Es gab große Widerstände und Eingaben von Schömberger Geschäftsläuten.*

### **24. November 1953**

#### **§1 Kurhausbau**

..... Der Bürgermeister führt weiter aus, dass die Pläne der Karlsruher Studenten doch wesentliche Vorteile gebracht und wie Herr Professor Eiermann sie gewertet haben will, als Ideenbeiträge wertvolle Dienste geleistet haben.

Man ist sich vor allen Dingen über folgende Punkte klar geworden:

1. Platzfrage
2. Raumbedarf und Raumeinteilung
3. Bauart und Außengestaltung

Es käme jetzt darauf an, an Hand der Auswertung und gewonnen Erkenntnisse eine Vorplanung mit Kostenvoranschlag erstellen zu lassen.

*Es folgt eine länger Diskussion mit unterschiedlichen Argumenten vor allem auch zu der Frage ob mehrere Architekten mit der Vorplanung beauftragt werden sollen.*

Beschluss: Professor Eiermann und Architekt Kappler mit je einem getrennten Entwurf zu beauftragen.

### **4. Dezember 1953**

#### **§6 Kurzeitung „Der Liegestuhl“**

..... Nachdem die Insertionsfreudigkeit der Schömberger Kurheime und Geschäftsleute von Nr. zu Nr. nachgelassen hat, die Nachfrage nach Kurzeitungsexemplaren aber immer größer geworden ist, ist die gebilligte Höhe der anfallenden Kosten längst überschritten. Zuschuß je Ausgabe 450 – 720 DM. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass die Kurzeitung zumindest noch für dieses Rechnungsjahr beibehalten werden sollte

Der Gemeinderat ist damit einverstanden

## **1954**

### **8. Januar 1954**

#### **§6 Ortpolizeiverordnung**

In Schreiben an Ärzte und Kurheimbesitzer: In letzter Zeit ist immer wieder das Verhalten von Patienten beanstandet worden. So wurde vor allem darüber geklagt, dass viele Patienten anscheinend nicht unterrichtet sind, dass das Ausspucken in Schömberg nicht geduldet werden kann.

Vorschlag zur Änderung der ortspolizeilichen Verordnung:

..... Es ist insbesondere verboten, in Lokalen, auf Straßen und Gehwegen .... auszuspucken oder Gegenstände wegzuworfen, die eine Ansteckungsgefahr bergen.

#### **§8 Abgabe zur Förderung des Fremdenverkehrs**

Bürgermeister Brenner erläutert das Gesetz und den Entwurf einer Mustersatzung. Die Aussprache zeigte, dass der Gemeinderat nicht geneigt ist, diese Abgabe einzuführen

## **§11 Ehrenbürgerrecht**

Auf Antrag wird einstimmig beschlossen: den Herren Gustav Hermann und Fritz Keser das Ehrenbürgerrecht zu verleihen und eine entsprechende Urkunde auszuhändigen. Herr Hermann war vom 25. Oktober 1907 bis 1. Nov. 1945 Bürgermeister der Gemeinde. Herr Direktor Keser war vom 18. 5. 1919 bis 29. April 1933 Gemeinderat. Beide Herren haben sich um die Gemeinde im allgemeinen und ihre Entwicklung zum Kurort im Besonderen besondere Verdienste erworben.

**5. Februar 1954**

## **§7d Verschiedenes – Wartehalle Leipziger Platz**

Auf Anfrage zur Versetzung der Wartehalle, erklärt der Bürgermeister dass zahlreiche Verhandlungen auch an Ort und Stelle stattgefunden hätten und dass nach anfänglicher Einigkeit Herr Kusterer immer wieder einen Rückzieher gemacht habe.

Die Gemeinderäte wollen noch einen Versuch machen.

## **§11 Einsprachen gegen die Einwohnersteuer**

*Gegen die in Schömberg erhobene Einwohnersteuer wurde immer wieder Einspruch erhoben.*

Folgende Einsprachen bzw. Nachlassgesuche liegen vor: ....

Nach kurzer Erörterung wird bis auf eine Ausnahme den Einsprachen stattgegeben.

**5. März.1954**

## **§1 Erweiterung des Ortsbauplans Stockäcker**

Der von Dipl. Ing. Hudelmaier gefertigte und vom Gemeinderat festgestellte Ortsbauplan für das Gebiet Stockäcker sah nur eine Bebauung bis zur Waldstraße vor. Das Bauvorhaben der Kreisbaugenossenschaft zur Erstellung eines dritten sechser Wohnblocks bedingt eine Erweiterung des Ortsbauplans. Aber auch die immer größer werdende Nachfrage nach Bauplätzen lässt es dem Bürgermeister angezeigt erscheinen, den Ortsbauplan abzuändern und auf das ganze Gebiet Stockäcker auszudehnen.

Beschluss: Den bestehenden Ortsbauplan abzuändern

## **§5b Waagmeister**

Seit dem Tod des Waagmeisters Friedrich Kappler ist die Stelle von seinem Schwiegersohn Bäckermeister Georg Keppler weitergeführt worden. Bäckermeister Keppler wird einstimmig zu neuen Waagmeister bestellt.

**19. März.1954**

## **§1 Wartehalle am Leipziger Platz**

Die Gemeinderäte Bäuerle und Wankmüller erklären, dass Ochsenwirt Kusterer nicht abgeneigt sei, den Platz an der Lindenstraße zu einem tragbaren Preis zu verkaufen. Allerdings will Kusterer die Baulinie für seine Parz. geregelt wissen.

Lebhafte Diskussion: Größe, Kosten, mit Bedürfnisanstalt? Konzentration der Mittel auf Kurhaus? Grundstücksfrage.

Da die Gemeinderäte Bäuerle und Wankmüller nicht mehr bereit sind weiter zu verhandeln, werden die Gemeinderäte Freimüller und Gengenbach 'dazu bestimmt.

## **§3 Kriegerdenkmal**

Die Beratungsstelle für Kriegererehrung beim SHB hat durch den Gartenarchitekten Valentien einen Entwurf zur Umgestaltung des Kriegerehrenmals vorgelegt. Der Entwurf ist sehr einfach, aber wirkungsvoll gehalten.

Beschluss: Der Kostenvoranschlag soll überprüft werden.

**31. März.1954**

## **§1 Kurhausbau**

Der Gemeinderat trat wegen der außerordentlichen Bedeutung des Verhandlungsgegenstandes und des zu erwartenden Publikumsandranges in der Sonderklasse des neuen Schulhauses zu seiner vielleicht bisher

wichtigsten Sitzung zusammen.

Der Bürgermeister konnte neben den beiden Planfertigern, Prof. Eiermann und Architekt Kappler, die Schömberger Ärzteschaft nahezu vollzählig, den • Schulvorstand Wagner mit der zur Entlassung heranstehenden Schulklasse und über 100 Zuhörer aus der Bürgerschaft Schömbergs begrüßen. Sein besonderer Gruß galt den beiden Planfertigern, die der Einladung gefolgt waren, ihre Pläne und Modelle vor dem Gemeinderat zu erläutern. Auf die Vorgeschichte zum Kurhausbau eingehend, hob der Bürgermeister hervor, dass das Bedürfnis eines Kurhauses so alt sei, wie der Kurbetrieb außerhalb der Sanatorien, da die Kurheime selbst nicht über die nötigen Unterhaltungsräume verfügen und selbst zur Lösung dieses Problems nicht in der Lage sind.

Er führt weiter aus, dass bereits schon aus den Jahren 1927/28 Planungen zum Bau eines Kurhauses vorliegen und verweist auf die in dieser Richtung damals gefassten Gemeinderatsbeschlüsse vom 30.11.1928, 21. und 30. 1.1931, 20.2, und 3.12,1956,'22.'9.1958, 28.8.1940 und 12.2.1941. Zur Dokumentierung des Bedürfnisses führt er Übernachtungszahlen an, die ganz eindeutig, das seit jenen Jahren gewachsene Bedürfnis unterstreichen.

Es sind dies aus den Jahren,

1923	141.456
1927	257.830
1937	175.648
1949	391.177
1953	494.818

Weiter verliest er einen Antrag des Dr. med. Wahl vom 7.2.1929 an den in dem eindeutig der Ruf nach einem Kursaal erhoben wurde. (Anlage 1)

Neu aufgegriffen worden sei das Kursaalproblem im Jahre 1951 im Zusammenhang mit dem Schulhausneubau, Beschluss des Gemeinderats vom 12.1.1951. Des weiteren habe sich eine Bürgerversammlung am 11.1.1953 mit mindestens 80% für einen Kursaal ausgesprochen, ebenso der Kurausschuss am 27.1.1953 einstimmig.

Dieser eindeutige Auftrag führte den Gemeinderat zu seinem Beschluss vom 30.1.1953 aus dem auch die bis jetzt vorliegende Planung resultiere. Er macht weiter Ausführungen über die Finanzierung des Vorhabens und teilt mit, dass anlässlich einer Vorsprache beim Wirtschaftsministerium, zusammen mit den Herren Dr. Rickmann und Gemeindepfleger Rapp sein Vorschlag mit:

400 000.—DM verlorener Zuschuss vom Staat,  
250 000.—DM niederverzinsliches Darlehen und  
150 000.—DM Eigenleistung

von dem Vertreter des Wirtschaftsministeriums als durchaus diskutabile Grundlage bezeichnet wurde.

Nach dieser Sachlage trifft er die Feststellung, dass die Gelegenheit zum Bau eines Kursaales für die Gemeinde Schömberg noch nie" so günstig war, wie gerade jetzt. Er betont dabei eine gewisse Eile, da die jetzt im Gang befindliche Förderung der nicht staatlichen Bäder und heilklimatischen Kurorte durch den Staat einmal aufhöre und des weiteren politische Aspekte eine Rolle mit spielten. Fest stehe jedenfalls, dass wenn die Gemeinde die jetzt gebotene günstige Gelegenheit nicht wahrnehmen würde, Schömberg aus eigener Kraft kein Kursaal erstellen könne. Bei Zusammenfassung aller Kräfte müsse das Werk gelingen. Am Rande streift er auch die Schwierigkeiten die der Körperschaftssteuer die die Kurverwaltung zu bezahlen hat, auftreten.

Zur Erleichterung der Entscheidung des Gemeinderats, der heute darüber Beschluss zu fassen hat, ob

1. ein Kursaal gebaut werden soll und
  2. welche der vorliegenden Planungen der endgültigen Planung zu Grund gelegt werden soll,
  3. welcher Architekt mit der endgültigen Planung und Bauausführung beauftragt werden soll,
- verliest der Bürgermeister noch folgende Gutachten und Stellungnahmen:

- a) Gutachten des Prof. Schulze in seiner Eigenschaft als Leiter des medizin-meteorologischen Ausschusses des Deutschen Bäderverbandes und als 2.Vorsitzender der Bäderwissenschaftlichen Abteilung des Deutschen Bäderverbandes (Anlage 2)
- b) Schreiben des Prof. Schulze (Anlage 3.)
- c) Niederschrift über die Sitzung der Kommission zur Beurteilung der für den Bau eines Kurhauses

vorliegenden Entwürfe, (Anlage 4)

d) Stellungnahme der Herren Ärzte (Anlage 5)

e) Stellungnahme des Dr. med. Eversbusch, früherer langjähriger Chefarzt des Sanatoriums Schwarzwaldheim (Anlage 6)

f) Stellungnahme des Chefarztes des Waldsanatoriums, Dr. med. Rickmann (Anlage 7)

g) Stellungnahme eines Schömberger Bürgers, der von der öffentlichen Aufforderung sich zu Wort zu melden, Gebrauch gemacht hatte (Anlage 8 und 9)

h) Stellungnahme eines Patienten (Anlage 10).

*Längere und ausführliche Diskussion. Mehrere Seiten im Protokoll, Stellungnahmen wie oben ausgeführt sind als Anlage auch im Protokoll*

Die Gemeinderäte können sich noch nicht entscheiden, welcher der 3 Entwürfe einer endgültigen Planung zu Grunde gelegt, und wer mit dieser Planung beauftragt werden soll. Sie erbitten sich 8 Tage Bedenkzeit.

**7. 4. 1954**

### **§ 1 Kursaalbau**

Nachdem der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 31.3.1954 sich für seine Entscheidung, welche der vorliegenden Planungen dem Kursaalbau zugrunde gelegt werden soll, eine 1-wöchige Bedenkzeit erbat, während der von 2 Mitgliedern der Gutachterkommission dem Gemeinderat nochmals Aufschluss über die Gründe, die zu Gunsten des Entwurfes Eiermann führten, gegeben werden sollte, ist nunmehr heute darüber Beschluss zu fassen

1.) welcher der vorliegenden Entwürfe als Grundlage für die endgültige Planung dienen soll,

2.) welcher Architekt mit der endgültigen Planung und Bauausführung beauftragt werden soll.

Der Bürgermeister kann sich in seinen Ausführungen im Hinblick auf die sehr eingehenden Darlegungen in der letzten Sitzung und unter Bezugnahme auf die am Montag, den 5.4.1954 mit dem Vorsitzenden der Gutachterkommission, Architekt Breitling und Kreisbaumeister Klumpp und dem Gemeinderat abgehaltene Besprechung kurz halten und eröffnet die Debatte.

GR. Dr. Rickmann hebt hervor, dass in vorliegendem Fall, außer der Gemeinde auch das Wirtschaftsministerium, das einen so erheblichen Beitrag leiste, als Bauherr auftrete und dass man sich dem Gutachten der im Einvernehmen mit dem Wirtschaftsministerium gebildeten Kommission nicht verschließen könne, da der Gemeinderat nicht über die hierzu erforderliche architektonische Erfahrung verfüge. Auch das Wirtschaftsministerium werde sich bei seinen finanziellen Entscheidungen nach dem Sachverständigen Gutachten richten. Er sehe ein, dass bei einzelnen Gemeinderäten für die Pläne Kappler Sympathien bestünden, die aber nach seiner Meinung mehr örtlicher Natur seien, müsse aber darauf hinweisen, dass das Wohl der Gemeinde und Kurverwaltung oberstes Gesetz sei und dass die Beschlüsse des Gemeinderats, ausschl. darauf abgestellt sein müssten. Er führt weiter aus, dass die Schömberger Ärzteschaft sich einmütig für den Entwurf Eiermann ausgesprochen habe. GR. Großmann bedauerte, dass kein Architektenwettbewerb ausgeschrieben worden sei. Die Entscheidung für den Gemeinderat wäre leichter gewesen. Außerdem ist er der Meinung, dass eine Wohnung in dem Kursaal unbedingt erforderlich sei, wenn auch Prof. Eiermann eine solche in Abrede stelle. GR. Gengenbach stellte sich auf den Standpunkt, dass man als Tatsache hinnehmen müsse, was die Fachleute in ihrem Gutachten zum Ausdruck gebracht haben und verweist auf die mehr als 3-stündige Besprechung mit Architekt Breitling und Kreisbaumeister Klumpp in der dem Gemeinderat eindeutig nochmals die Gründe, die zu der Beurteilung führten zu Gehör gebracht wurden. Er stellt fest, dass die von der Ärzteschaft aus dem Munde des Dr. Eversbusch geforderten Bedingungen, nämlich Licht, Luft und freier Ausblick in dem Entwurf Eiermann am besten erfüllt seien. Er fordert den Gemeinderat auf seine Entscheidung im echten Sinne als Gemeindevertreter zu treffen.

GR. Dr. Rickmann entgegnet auf die Ausführung des GR. Großmann, dass der Beschluss die TH. Karlsruhe mit der Fertigung von Vorentwürfen zu beauftragen, damals einstimmig gefasst worden sei und dass man durch diese Maßnahme Kosten in Höhe von ca. 25 - 30000.DM gespart hätte. Falls der Gemeinderat zu der Überzeugung käme, dass eine Wohnung unbedingt erforderlich sei, wäre diese auch ohne besondere Schwierigkeiten in den Entwurf Eiermann einzuplanen.

Der Bürgermeister führt noch aus, dass es ohne weiteres möglich gewesen wäre, einen Architektenwettbewerb durchzuführen. Man hätte nunmehr aber diesen Weg beschritten und müsse ihn auch

zu Ende gehen. Die bestehenden Schwierigkeiten sehe er nur darin, dass ein Schömberger Bürger als Planfertiger mit in der Wahl stehe. Er habe außerdem mit Reg. Baudirektor Linde gesprochen und dieser sei der Auffassung, dass ein Architektenwettbewerb keine bessere Entwürfe erbracht hätte.

GR. Dr. Rickmann stellt Antrag auf Abstimmung. Der Bürgermeister ergänzt den Antrag dahingehend, über folgende Punkte geheim abzustimmen:

- 1.) Welche Planung als Grundlage für die Weiterplanung dienen soll,
- 2.) welcher Architekt Auftrag zur endgültigen Planungeinschließlich Kostenberechnung erhalten soll.

GR. Bühler fragt noch an, ob die Möglichkeit besteht, dass Architekt Kappler in jedem Fall die örtliche Bauleitung bekommen kann. Die Frage wird von dem Bürgermeister bejaht. Die geheime Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:.

Zu Punkt 1

Mit 7:2 Stimmen wird der Entwurf des Professors Eiermann der endgültigen Planung zu Grunde gelegt.

Zu Punkt 2:

Mit 6:3 Stimmen erhält Professor Eiermann den Auftrag zur endgültigen Planung einschl. Kostenberechnung.

## **23. April 1954**

### **§2 Verbesserung der Wasserversorgung**

Die der VEDEWA in Auftrag gegebene Planung und Kostenschätzung liegt vor. Der Bürgermeister ist der Meinung dass der vorgesehene Ausbau des Luchsbrunnenpumpwerks sowie der Zufahrtsweg vorerst zurück gestellt werden könnte. Des weiteren hat der Bürgermeister die ganze Angelegenheit Herrn Forstmeister Pfeilsticker vorgetragen, da die Hardtbergquelle dem Staat abgepachtet werden muß.

### **§6 Abwasserleitung Bühlhof**

Vertreter der Arbeitshilfsstätte haben Vorschläge zur Finanzierung der Abwasserleitung gemacht, die es der Gemeinde Schömberg ermöglichen diesem Vorhaben zuzustimmen und den Architekten Kappler mit der Ausarbeitung der Pläne zu beauftragen.

## **30. April 1954**

### **§3 Wartehalle Leipziger Platz**

Herr Kusterer hat sich bereit erklärt, den für die Versetzung der Wartehalle erforderlichen Grund und Boden im Tauschweg an die Gemeinde abzutreten.

Da es sich nicht lohnen wird, die alte Wartehalle zu versetzen, schlägt der Bürgermeister vor sie abzureißen Die von Herrn Kappler gefertigte Skizze für die neue Wartehalle findet Anklang

Es wird beschlossen, die Planung voranzutreiben.

## **11. Juni 1954**

### **§1 Erweiterung der Sammelkläranlage, Kanalisation östliche Liebenzeller Straße**

Aus einem Erlass des Reg. Präs. Südwürttemberg-Hohenzollern und des Landratsamts Calw geht hervor, dass der Ausbau der Sammelkläranlage als eine der vordringlichsten Aufgaben der Gemeinde gesehen wird. Ein Auftrag zur Planung wurde bereits erteilt. Die Finanzierung des Projekts glaubt der Bürgermeister im Haushalt 1955 unterbringen zu können.

Die im Haushaltsplan 1953 geplante Erweiterung der Kanalisation in der östlichen Liebenzeller Straße konnte wegen der angespannten Kassenlage nicht ausgeführt werden.

### **§2 Wartehalle Leipziger Platz**

Architekt Kappler legt 3 Entwürfe vor. Es wird beschlossen:

Die Gemeinde erstellt die Halle einschließlich der Aborte. Für den Verkaufsraum erfolgt ein Bewerberaufruf. Der Bewerber soll die Vorfinanzierung übernehmen.

### **§3 Kriegerdenkmal**

Der Gemeinderat ist einstimmig der Auffassung, dass es jetzt an der Zeit wäre, das Projekt zu verwirklichen und beschließt Architekt Kappler mit der endgültigen Planung zu beauftragen.

## **§6d Ochsenmühle**

Ein Patient des Kurheim zum Ochsen hat im Gewand Stockäcker eine reizende kleine Mühle angelegt. Diese Mühle ist, wie der starke Besucherstrom ausweist, zu einer Sehenswürdigkeit in der Gemeinde geworden.

**2. Juli 1954**

### **§1 Neueinteilung der Jagdbezirke, Jagdverpachtung**

Mit Wirkung vom 1. Juli 1954 gegen die Besatzungsjagden wieder in deutsche Hand über. Dies erfordert eine Neueinteilung der Jagdbezirke

### **§2 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 1954**

Der Haushalt 1954 steht ganz im Zeichen der Erweiterung der Wasserversorgung und des Umbaus der Talstraße. Für diese beiden Projekte müssen Mittel von ca. 155.000 DM aufgebracht werden.

**30. Juli 1954**

### **§1b Wasserversorgung , Hardtbergquelle**

Die Hardtbergquelle entspringt im Staatswald. Über die Überlassung des Geländes und die Ausnutzung der Quelle durch die Gemeinde Schömberg und den Verein für Volksheilstätten ist vom Forstamt Langenbrand ein Vertragsentwurf vorgelegt worden.

An den Kosten der Erstellung der gemeinsam genutzten Anlagen soll sich der Verein für Volksheilstätten mit einem Drittel beteiligen.

**8. September 1954**

### **Bekanntgabe:**

Aus Anlass der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Herrn San. Rat. Dr. Dorn bei einer Feierstunde auf der Charlottenhöhe wurden von Bürgermeister Brenner die besten Wünsche der Gemeinde ausgesprochen.

**1. Oktober 1954**

### **§4 Erhöhung der Kurgebühren**

Im Hinblick auf den geplanten Kursaalbau wird eine Erhöhung für notwendig gehalten Sie sollen betragen:

<b>Bei einem Aufenthalt</b>		<b>Für Privatpatienten</b>	<b>Für Vers.-Patienten</b>	
Bis 26 Wochen	Auf	0,40 DM	0,30 DM	täglich
27- 52 Wochen	auf	0,20 DM	0,15 DM	täglich
Über 1 Jahr	Auf	0,10 DM	0,10 DM	täglich

**12. November 1954**

### **§1 Aussprache über eine Artikel im Schwarzwälder Boten - Tuberkuloseheim**

In diesem Artikel hat Landrat Gaissler die Errichtung eines Tuberkuloseheimes für den Landkreis Calw in Schwarzenberg angedeutet. Es ist für die Gemeinde Schömberg nicht nachvollziehbar warum hier Schwarzenberg genannt wird, da in Schömberg schon die notwendige Infrastruktur vorhanden ist

### **§7b Vereinbarung mit der Gemeinde Oberlengenhardt über die Benutzung von Waldwegen**

Die Gemeinde Oberlengenhardt hat den Vertrag zur Benützung der Waldwege durch Schömberger Kurgäste gekündigt, da die seinerzeit vereinbarte Entschädigung von 500 DM nicht mehr den heutigen Verhältnissen entspreche. Nach Rücksprache mit dem Herrn Landrat und dem Staatlichen Forstamt wurde festgestellt, dass dieser Vertrag jeglicher gesetzlichen Grundlage entbehre. Trotzdem ist man der Ansicht nicht vom Vertrag zurückzutreten und die 500 DM auch in Zukunft zu bezahlen.

**1955**

**21. Januar 1955**

## **§1 Erwerb des Anwesens Blessing**

Herr Heinz Blessing hat sein elterliches Anwesen im dem zur Zeit die Uhrenfabrik Förstner & Blessing untergebracht ist der Gemeinde Schömberg zum Kauf angeboten.

*Diese Frage zieht sich durch mehrere Gemeinderatssitzungen. Das Interesse der Gemeinde liegt im Erhalt eines Gewerbesteuerzahlers. Am Schluss wird das Angebot wegen zu großen Risiken für die Gemeinde abgelehnt*

## **§3 Anschaffung eines Müllabfuhrfahrzeuges**

Um die Müllabfuhr in der Gemeinde einer befriedigenden Lösung zuzuführen wurden entsprechende Angebote für ein geeignetes Müllabfuhrfahrzeug eingeholt.

Der Bürgermeister ist der Meinung, das sich ein Müllabfuhrfahrzeug wegen der geringen Benutzung nicht rentiere. Der von Herrn Öhlschläger angebotene Anhänger genüge den Anforderungen.

Diesem stimmen die Gemeinderäte zu.

## **4. Februar 1955**

### **§3 Anstellung des Karl Kugele bei der Gemeinde**

Gemeinderat Karl Kugele stellt den Antrag bei der Gemeinde in ein festes Arbeitsverhältniss übernommen zu werden.

Der Bürgermeister führt aus, dass in Rücksicht auf das hohe Alter des Fronmeisters Christian Bäuerle sicher ein gewisses Bedürfnis für eine Neueinstellung bestehe. Man wolle aber hoffen, dass dessen Arbeitskraft der Gemeinde noch möglichst lange zu Verfügung stehe. Herr Kugele soll auf Probe eingestellt werden.

## **23 Februar 1955**

### **§1 Wasserversorgung – Entsäuerungsanlage**

In einem Bericht der VEDEWA wird der Einbau einer Entsäuerungsanlage als notwendig bezeichnet, weil das hiesige Wasser viel aggressive Kohlensäure enthalte.

## **§ 5 Kurhausbau**

Am 18.2.1955 hatte eine Besprechung über die Finanzierung des Kurhausneubaus stattgefunden.

Teilgenommen haben an der Besprechung

Reg. Direktor Reeb vom Wirtschaftsministerium,

O. Reg. Rat Dr. Warnner als amtierender Landrat,

Landrat a. D. Geissler,

Bürgermeister Klepser,

Bürgermeister Brenner und

Gemeindepfleger Rapp,

sowie von den als Zuhörer geladenen Gemeinderäten Gemeinderat Bäuerle, Bühler, Gengenbach und Kugele.

Die Besprechung hatte zum Ziel, eine endgültige Finanzierung des Kurhausneubaus zu erlangen. Im Verlauf der Besprechung ergab sich, dass der Entwurf Eiermann, mit dem dieser seinerzeit den Wettbewerb gewonnen hatte und auf Grund dessen ihm der Auftrag zur endgültigen Planung übertragen wurde, technisch und finanziell nicht ausführbar ist. Die Ersatzlösung, die von Herrn Architekt Hilgers erläutert wurde, entsprach keineswegs den seinerzeit gegebenen Richtlinien und konnte nicht befriedigen. Auch wirkte befremdend, dass im Architekturbüro Eiermann über die Höhe des Kostenvoranschlags keinerlei Klarheit bestand. Herr Hilgers musste zugeben, dass an dem ursprünglich angenommenen Preis für den cbm umbauten Raum mit 65,80 DM nicht festgehalten werden könne. Die Teilnehmer an der Besprechung waren allgemein der Ansicht, dass man bei einem derartigen Bauwerk mit etwa 90.DM pro cbm umbauten Raum rechnen müsse. Hinsichtlich der Finanzierung hielt Reg. Direktor Reeb an seinen bereits gemachten / Ausführungen fest, nämlich dass das Wirtschaftsministerium für die Gemeinde Schömberg etwas Besonderes tun wolle und müsse, da hier ein Bauwerk entstehe, das dem Interesse der Allgemeinheit diene und stellt besonders 3 Punkte heraus die für die günstige Bezuschussung der Gemeinde Schömberg von Wichtigkeit sind, nämlich

1. dass die Gemeinde keinerlei rentierliches Vermögen besitzt, dass es sich um einen Personenkreis handelt, der in der Überzahl der Sozialversicherung angehört und dass das zu erstellende Bauwerk keinerlei Rentabilität abwirft und dass von der Gemeinde Schömberg eine Aufgabe wahrgenommen wird, die an und für sich Aufgabe der Allgemeinheit und damit des Staates ist.

Er ist nach wie vor der Auffassung, dass die Gemeinde Schömberg mit einem Betrag von 400 000. DM rechnen könne; er lässt sogar gewisse Möglichkeiten offen, dass mit einem Zuschuss bis zu 500 000. -DM gerechnet werden könne. Über das Verhältnis verlorener Zuschuss und niederverzinsliche rückzahlbare Darlehen im Rahmen der Hilfe des Staates lässt sich im Augenblick nichts sagen. Er gibt der Gemeinde jedoch die Zusicherung, dass die Bezuschussung in der Weise erfolgen wird, wie es für die Gemeinde Schömberg am Günstigsten und mit Sicherheit tragbar sei. Auch Bürgermeister Klepser bringt zum Ausdruck, dass bei der Verteilung der dem Wirtschaftsministerium zur Verfügung stehenden Mittel die Gemeinde Schömberg bereits mit einem Betrag von 400 000. DM bedacht sei.

Bürgermeister Brenner ging bei seinen Ausführungen nochmals auf die Dringlichkeit des Kurhausbaus ein und sagte, dass die Gemeinde Schömberg entschlossen sei, ihr Möglichstes zu tun und nannte den Betrag von 800 000. DM, bei dem die Gemeinde selbst etwa 400 000. DM zu leisten hätte, als die oberste Grenze an die die Gemeinde gehen könne.

Als Ergebnis dieser Besprechung konnte festgestellt werden, dass sich alle Teilnehmer darüber einig waren, dass die Gemeinde Schömberg so schnell wie möglich mit dem Bau des Kurhauses beginnen solle und dass die Hilfe des Staates eine sehr großzügige ist, bei der die besonderen Verhältnisse Schömbergs ganz besonders gewürdigt würden.

Nach dieser Sachlage ist der Gemeinderat sich im Klaren darüber, dass eine Weiterarbeit mit Professor Eiermann nicht möglich ist. Es ist nun nahezu ein Jahr vergangen, seit Professor Eiermann den Auftrag zur endgültigen Planung erhalten hat und als Ergebnis muss festgestellt werden, dass man über das Anfangs Stadium noch nicht weitergekommen ist. Der Bürgermeister unterrichtet auch den Gemeinderat davon, dass er nach der Besprechung am 18.2.1955 Herrn Architekt Dr. Krüger, der den Kursaal in Bad Liebenzell gebaut hat, bereits gesprochen habe und dass dieser am vergangenen Montag zu einer ganz unverbindlichen Besprechung in Schömberg weilte.

Er habe sich bereit erklärt, an einer Planung mitzuarbeiten. Gemeinderat Bäuerle ist der Meinung, dass nunmehr nachdem mit Prof. Eiermann gebrochen werden müsse, Architekt Kappler zum Zuge kommen müsse, da er ja bei dem seinerzeitigen Wettbewerb mit beteiligt gewesen sei.

Auch GR. Freimüller spricht sich in diesem Sinne aus und stellt den Antrag,

1. Mit Prof. Eiermann zu brechen und den ihm gegebenen Auftrag zurückzuziehen,
2. Herrn Architekt Georg Kappler zu beauftragen, mit Herrn Dr. Krüger sich mit dem Ziel, der Eingehung einer Arbeitsgemeinschaft zu besprechen und über das Ergebnis dem Gemeinderat alsbald wieder zu berichten.

Dieser Antrag wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

#### **4. März 1955**

##### **§1 Kurhausbaus**

Der heutigen Sitzung ging eine Besprechung des Gemeinderats am Mittwoch, den 2.3.1955 mit den Architekten Kappler und Dr. Krüger, sowie eine Besichtigung des Kurhauses in Bad Liebenzell voraus. Außerdem waren auf Wunsch des Gemeinderats die Herren Ärzte auf Donnerstag, den 3.3.1955 abends 18.00 Uhr zur Besichtigung des Entwurfs des Herrn Dr. Krüger eingeladen.

In der Besprechung am Mittwoch, den 2.3.1955 hatte Herr Dr. Krüger vor den Gemeinderäten seine Gedanken zu dem Kurhausbau Schömberg entwickelt und den von ihm bereits gefertigten Entwurf erläutert. In der Besprechung kam weiter zum Ausdruck, dass zwischen den Architekten Kappler und Dr. Krüger eine Einigung über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft erzielt werden konnte. Diese Lösung darf wohl für alle Beteiligten als befriedigend bezeichnet werden.

Die Gemeinderäte waren von dem Entwurf des Herrn Dr. Krüger sehr beeindruckt und bezeichneten ihn als absolut brauchbare Lösung.

Nach eingehender Erörterung der Sachlage stellt GR. Gengenbach den Antrag, die Arbeitsgemeinschaft



Kappler/Dr. Krüger mit der Planung entsprechend der von ihnen erzielten Einigung zu beauftragen und als Termin für die Vorlage der Eingabepläne den 20.3.1955 festzusetzen.  
Mit 8 Stimmen wurde der Antrag zum Beschluss erhoben.

### **18. März 1955**

#### **§1 Erhebung der Vergnügungssteuer**

Im Gegensatz zum vorher geltenden Recht sind jetzt die Gemeinden nicht mehr verpflichtet, sondern nur noch berechtigt, Vergnügungssteuer zu erheben.

Der Steuersatz beträgt 20%. Herr Tippe (*Betreiber des Kinos und Hauptbetroffener*) erläutert seinen Standpunkt und seine Probleme.

Beschluss: Die Vergnügungssteuer zu erheben.

### **5. April 1955**

#### **§1 Einwohnersteuer**

In Schömberg wird eine Einwohnersteuer in Abgabestufen von 6,00 bis 60,00 DM erhoben. Die Erhebung wurde seiner Zeit nur beschlossen um einen Zuschuss aus dem Ausgleichsstock zu bekommen. Dieser Grund ist weggefallen.

Die Gemeinderäte sprechen sich dafür aus diese Steuer weiter zu erheben, da dies die einzige Möglichkeit ist, von den von der Gewerbesteuer befreiten Berufen eine Einnahme zu erzielen

#### **§4 Heimattag**

Der Männergesangverein „Germania Schömberg“ feiert vom 30. Juni bis 1. August sein 60-jähriges Bestehen. Im Rahmen dieses Jubiläums findet der erste Schömberger Heimattag statt.

#### **§5b Sonstiges - Ortsbaukontrolleur**

Gemeinderat Großmann soll auf Vorschlag dieses Amt übernehmen. Als Entlohnung wird monatlich 50,-- DM festgesetzt.

#### **§5c Ehrung des GR Großmann**

GR Großmann feiert in diesem Jahr sein 20 jähriges Jubiläum als Feuerwehrkommandant.

### **3. Mai 1955**

#### **§1 Kreisneueinteilung**

Die Gemeinde Schömberg ist im Vorschlag I der Regierung für die Zuteilung zum Landkreis Pforzheim genannt. Der Bürgermeister spricht sich erneut für einen Verbleib im Bäderkreis Calw aus.

Nach längerer Aussprache setzt sich der Gemeinderat in einem Beschluss für einen Verbleib der Gemeinde im Kreis Calw ein. Sie erwartet dass die wirtschaftlich mit ihr zusammenhängenden Gemeinden Langenbrand und Schwarzenberg ebenfalls beim Kreis Calw verbleiben.

### **6. Mai 1955**

#### **§4 Kurhausbau**

##### **c) Milchbar**

Direktor Krüger von der Milchverwertungsgenossenschaft Pforzheim wäre bereit, der Gemeinde Schömberg ein Darlehen von 50.000 DM zum Einbau einer Milchbar zur Verfügung zu stellen, wenn diese die Bewirtschaftung der Milchbar übertragen bekommt.

Die hiesige Molkereigenossenschaft hat Bedenken dagegen geltend gemacht. GR Gengenbach, als Geschäftsführer der Molkerei führt aus, dass die hiesige Genossenschaft in nächster Zeit einen Neubau erstellen, oder sich Pforzheim anschließen müsse. Mit der Vergabung der Bewirtschaftung der Milchbar solle man warten bis die Generalversammlung der hiesigen Molkereigenossenschaft abgehalten worden ist. Dem stimmt der Gemeinderat zu.

### **7. Juni 1955**

#### **§1 Druck der Ortschronik**

Die Ortschronik liegt nach einem Schreiben des Verfassers, Herrn Hauptlehrer Schick zufolge vor. Sie umfasst ca. 470 Schreibmaschinenseiten. Es ergibt sich eine ausgedehnte Aussprache, in der die Druckreife der Chronik besonders hervorgehoben wird. Dies soll ein Gremium überprüfen.

## **§2 Anschaffungen für Kindergarten**

Die Kindergärtnerin Speer beantragt weitere Liegematten zu beschaffen, da die vorhandenen für die 60 – 70 Kinder die gegenwärtig den Kindergarten besuchen nicht mehr ausreichen

## **§7 Bürgermeisterwahl**

Durch Ablauf der Amtszeit des Bürgermeister Brenner am 16. 12. 1955 wird in diesem Jahr eine Bürgermeisterwahl erforderlich.

### **16. Juni 1955**

## **§1 Änderung der Satzung über die Art der öffentlichen Bekanntmachung vom 19, 7 1935**

„Bei wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde wird auf die Anschläge unter Bezeichnung des Gegenstandes der öffentl. Bekanntmachungen durch Ausrufen an den allgemein hierfür bestimmten Stellen hingewiesen“  
Dieser Abschnitt soll auf Antrag des Bürgermeisters aus der Satzung gestrichen werden.

## **§3 Ablösung des Lastenausgleichs der Gemeinde- und Kurverwaltung**

Die Gemeinde- und Kurverwaltung ist mit ihrem Vermögen zur Lastenausgleichsabgabe herangezogen worden.

Bei einer Begleichung in Ratenzahlung bis 1979 ergibt sich für die Gemeindeverwaltung ein Betrag von 17921 DM und für die Kurverwaltung ein Betrag von 16487 DM. Diese Beträge können durch Vollablösung bis zum 10. 8. 1955 deutlich reduziert werden.

Es wird beschlossen, mit der Vollablösung noch zuzuwarten, die Mittel jedoch in den Haushalt einzustellen.

## **§2 Finanzierung des Kurhauses**

Nachdem der Kostenvoranschlag des Architekturbüros Kappler vorliegt, ist über die endgültige Finanzierung zu beraten. Der Bürgermeister legt dem Gemeinderat folgenden Vorschlag zur Finanzierung des Kurhauses vor:

Baukosten:	900.000 DM
Staatshilfe	500.000 DM
Eigenmittel	160.000 DM
Darlehen	250.000 DM

## **§5 Entlohnung der Gemeindearbeiter**

Ein Gemeindearbeiter hat gekündigt. Er wäre aber bereit seine Kündigung rückgängig zu machen, wenn sein Stundenlohn von 1,35 DM auf 1,45 DM erhöht wird.

Der Stundenlohn der den Gemeindearbeitern ausbezahlt wird liegt über dem Tarif. Man kommt aber nicht umhin den Stundenlohn der Gemeindearbeitern wenigstens in etwa den Löhnen in der Industrie anzugleichen, da sonst in absehbarer zeit keine Arbeiter mehr bei der Gemeinde zu halten seien.

**Beschluss: Die Löhne anzuheben**

### **6. August 1955**

#### **Aktennotiz – Bürgermeisterwahl**

Bei der am 10. Juli 1955 durchgeführten Bürgermeisterwahl wurde Bürgermeister Brennern wieder gewählt.

### **15. Juli 1955**

## **§2 Haushaltsplan 1955**

Der Entwurf des Haushalts wird übergeben. Der Haushaltsplan steht ganz im Zeichen des Kurhausbaus für den Mittel in Höhe von ca. 900.000 DM aufgebracht werden müssen.

Der Haushalt wird festgestellt mit:

im ordentlichen Haushaltsplan	518.000 DM
im außerordentlichen Haushaltsplan	928.700 DM

**20. Juli 1955**

**§2 Eindolung des Eulenbachs**

Der Gemeinderat hatte in seiner Sitzung vom 4. 6. 1955 beschlossen den Eulenbach im Täle einzudolen. Der Eulenbach soll auf einer Strecke von ca. 50 m eingedolt werden.

**2. September 1955**

**§1 Kurhausfinanzierung**

III. Nachdem nun feststeht, dass der Staat für den Kurhausbau 200.000 DM verlorenen Zuschuss, 200.000 DM Darlehen und 100.000 bedingt rückzahlbares Darlehen gewähren wird, erhöht sich der Darlehensbedarf des außerordentlichen Haushalts 1955 für den Kurhausbau von 450.000 auf 550.000 DM.

6. September 1955

**§1 Vergabe Rohbauarbeiten**

Es sind 7 Angebote abgegeben worden die nur um 4,5% differieren. Manche Pos. erscheinen bis zu 40% überhöht. Es besteht der Eindruck dass die Angebote abgesprochen sind.

Der Bürgermeister schlägt vor, bei dieser Sachlage nicht zu vergeben, sosehr auch die vorgerückte Jahreszeit dazu dränge. Eine Vergabe unter solchen Voraussetzungen halte er unverantwortlich für die Gemeinde. Es soll mit den Firmen verhandelt werden. Ggf. sollen weitere Angebote eingeholt werden.

**§2 Kiosk in der Wartehalle Leipziger Platz**

Der Kiosk muss in Bälde vergeben werden. 2 Bewerber sind aufgetreten. Zunächst muss Klarheit geschaffen werden, was der Kiosk an Waren anbieten soll. - Keine Rauchwaren

**§4 Wasserleitung des Sanatoriums Schwarzwaldheim**

Es gibt Verträge zwischen dem Sanatorium Schwarzwaldheim und Oberlengenhardter Landwirten aus den Jahren 1901 und 1930 über die Ausnutzung der Quellen. Die Leitung muss im Zuge des Kurhausbaus verlegt werden. Die Bundesversicherungsanstalt wäre bereit, der Gemeinde die Ausnutzung der Quellen zu überlassen, wenn die Gemeinde dem Sanatorium aus ihrer Wasserversorgungsanlage zu einem stark ermäßigten Preis abgibt.

Es kommt wegen der Höhe des geforderten Nachlasses zu keiner Einigung

**14. September 1955**

**§1 Vergabe Rohbauarbeiten**

Es sind zusätzliche Angebote eingegangen. Günstigster Bieter ist die Fa. Käser aus Pforzheim. Die Fa. Käser ist bereit mit der Fa. Karl Fuchs aus Schömberg zusammen zu arbeiten. Die Fa. Käser will den Hauptbau und die Fa. Fuchs den Anbau erstellen.

7. Oktober 1955

**§7c Sonstiges – Kündigung Waltraud Speer**

Die Kindergärtnerin Frl. Waltraud Speer hat die Stelle als Leiterin des Kindergartens auf 1. Januar 1956 gekündigt

**§8 Steuerpflicht des Waldsanatoriums**

Die Gemeinderäte sind einhellig der Auffassung, dass ein Nachlass von 50%, wie vom Waldsanatorium gewünscht wird, für die Gemeinde, schon aus dem Grundsatz der Gleichbehandlung nicht in Frage kommen kann.

**28. Oktober 1955**

**§5 Sonstiges – Gemeindezeitung-**

Die Buchdruckerei Fritz Müller, Neuenbürg teilt mit, dass sie den festen Plan habe, eine Lokalzeitung für die Orte Schömberg, Langenbrand, Oberlengenhardt und Schwarzenberg unter dem Titel „Der Bürgerfreund“ zweimal wöchentlich herauszugeben.

## **2. Dezember 1955**

### **§1 Richtfest**

Das Richtfest muss auf den 17. 12. 1955 verschoben werden.

Das Programm sieht vor:

Chor -Gesangverein-, Ansprache des Bürgermeister und Ortsgeistlichen, Volkstanz, Richtspruch des Zimmermanns, Gemeinsames Lied -Lobet den Herrn-, Zug zum Lokal -Festessen-

### **§5 Amtliches Nachrichten- und Anzeigenblatt „Der Bürgerfreund“**

Die Gemeinderäte sind der Auffassung, dass eine Anerkennung des Bürgerfreunds als amtliches Nachrichtenblatt erst erfolgen kann, wenn mindestens der größte Teil der Bevölkerung den Bürgerfreund bezieht.

Es soll zugewartet werden wie sich das Nachrichtenblatt entwickelt um dann weitere Entscheidungen zu treffen.

## **29. Dezember 1955**

### **§5 Straßenweise Gebäudenummerierung**

Im Zuge der Neuanlegung des Liegenschaftskatasters der Gemeinde ist vom Vermessungsamt Calw der Antrag der Gemeinde die straßenweise Gebäudenummerierung durchgeführt worden.

### **§8 Bekanntgaben:**

Der Bürgermeister gibt Aufschluss über die Entwicklung des Gemeindevermögens bei der EVS.

Es beläuft sich zum 1. 1. 1956 auf zusammen 137.507 DM

## **1956**

## **3. Februar 1956**

### **§4 Platzgestaltung beim Neubau Fickert**

Nachdem der Sanatoriumsneubau des Herrn Fickert nun im Rohbau fertiggestellt ist, ist vom Bauherrn beantragt worden, einen Beschluss über die Gestaltung des Platzes beim Neubau herbeizuführen.

Der Ortsbauplan sieht eine platzartige Erweiterung der Straße vor.

Es wird beschlossen diesen Platz auszubauen und zu befestigen.

### **§9 Besetzung der Stelle der Kindergärtnerin**

Nachdem Frl. Speer gekündigt hat, muss die Stelle neu besetzt werden. Der Gemeinderat entscheidet sich für Frl. Heyden aus Glatten.

## **17. Februar 1956**

ohne Nr. Längerere Diskussion über die Wasserversorgung des Schwarzwaldheims und einemevtl. Kauf der Wasserleitung im Bereich Kurpark

### **§9 Neufestsetzung der Bezüge des Bürgermeisters**

Unter anderem wird erwähnt, dass die Übernachtungszahlen in 1955, 645.000 betragen haben

## **23. März 1956**

### **§2 Wiederaufbau des Hauses Gottlieb Fuchs**

Das durch Brandeinwirkung schwer beschädigte Anwesen des Gottlieb Fuchs in der Talstraße muss um weitere Schäden zu vermeiden beschleunigt wieder aufgebaut werden.

Für die Gemeinde erhebt sich nun die Frage, ob bei dieser Gelegenheit eine Bereinigung der bisherigen Straßenführung vorgenommen werden soll, da das bisherige Gebäude um ca. 2m in die Straße hineinreicht. Das wird eine Frage der Entschädigung sein.

## **27. März 1956**

## **§2 Überbauung des alten Friedhofs**

Hier werden Möglichkeiten gesucht ein Grundstück zu finden zum Bau eines Pfarrhauses für Kurpfarrer Buchlin. Es werden Möglichkeiten angedacht, wie z. B. der Tausch des Pfarrgarten mit dem Ochsenwirt Kusterer.

Ende Band 23, Band ohne Nr. 20. 4. 1956 -1. 12 1961

## **20. April 1956**

### **§5 Eigenwasserversorgung BfA**

Die Gemeinde kauft die Eigenwasserversorgung der BfA zu einem Preis von 10.000 DM. Der Kaufpreis wird mit der Lieferung von Wasser zu den jeweiligen Sätzen abbezahlt (20Pf/m<sup>3</sup>)

### **§6 Beschaffung eines Leichenwagen**

Herr Michael Rentschler, derzeitiger Besitzer des Leichenwagens, hat mitgeteilt, dass er seine Pferde veräußert und deshalb für den Leichenwagen und die Trauerdecken keine Verwendung mehr habe.

Im Gemeinderat wird über die Lösung mit einem Pferdegespann diskutiert aber auch über die Möglichkeit eines Autos mit Anhänger.

## **4. Mai 1956**

Christian Bäuerle wird für seine 25jährige Tätigkeit als Fronmeister geehrt.

### **§3a Leichenwagen**

Da sich andere Gemeinden für den Leichenwagen interessiert haben, hat sich die Gemeinde entschlossen diesen für 780 DM samt Trauerdecken zu kaufen. Herr Klein wird den Leichenwagen in Zukunft übernehmen.

### **§3b Grundstückskauf**

Die Gemeinde kauft vom Staat Grundstücke zum Preis von 15.000 DM. Die Gemeinde benötigt diese Grundstücke zu Tauschzwecken.

## **29. Juni 1956**

### **§5 Bauvorhaben Zeitfelder**

Pensionsinhaber und Küchenchef Karl Zeitfelder beabsichtigt auf der vom Fuhrunternehmer Robert Öhlschläger käuflich erworben Parzelle 348/11 im Gewand Hausäcker eine Privatkrankenanstalt zu errichten. Längere Diskussion über Vor- und Nachteile vor allem auch in diesem Bereich der Schule.

## **20. Juli 1956**

### **§3 Haushaltsplan 1956**

Weitere Schulden können nicht mehr gemacht werden. Der Bau des Kurhauses benötigt alle freien Mittel.

Der Kurbetrieb floriert. Die Übernachtungszahlen sind von 494815 im Jahre 1953 über 590.462 im Jahre 1954 auf 642802 im Jahre 1955 gestiegen. Trotzdem gibt es Außenstände an Gewerbesteuer von 150.000 DM.

Die Gemeinderäte sprechen andere dringend notwendige Arbeiten an: Der Ausbau der Calmbacher Straße wird immer wieder verschoben. Die Schlaglöcher in der Poststraße sind so groß, dass diese bei schlechtem Wetter nicht mehr begehbar ist. Die Straßen in der Siedlung sollten ausgebaut werden. Hier gab als

dringlichste Maßnahmen. So das Anwesen Mettler, dessen Bewohner 10 Jahre ohne Kanalisation auskommen mussten.

Beim Kindergarten gibt es dringende Sanierungsprobleme. Es wird die Frage aufgeworfen, ob es nicht sinnvoller ist, das Anwesen zu verkaufen und dafür etwas Neues zu bauen.

Der Haushalt für 1956 wird festgesetzt mit 540521 DM im ordentlichen Haushalt und 276000 DM im außerordentlichen Haushalt.

## **24. August 1956**

Der Bürgermeister weist den Gemeinderat darauf hin, dass Mehrkosten beim Kurhausbau entstehen werden. Es wurden entsprechende Anträge auf Zuschuss gestellt.

### **§ 4 Ölfeuerungsanlage für Rathaus**

Es wird darüber diskutiert ob der Einbau (Austausch) einer Ölfeuerungsanlage wichtig und notwendig sei, oder die alte Koksheizung nicht ausreichend ist. Die Gemeinderäte stimmen mit Mehrheit für eine Ölheizung.

### **§5 Straßenbauarbeiten**

Der Gemeinderat beschließt die Straßen in der Siedlung und den Sägmühlenweg auszubauen bzw. zu befestigen.

## **3. September 1956**

### **§3a Straßenbeleuchtung Liebenzeller Straße**

Zur Beleuchtung der Straße sollen 16 Leuchten von der Linde bis zum Dr. Schröder Weg aufgestellt werden.

## **12. Oktober 1956**

### **§1 Straßenbauarbeiten, b) Sägmühlenweg**

Aus der Mitte des Gemeinderats wird mit Nachdruck betont, dass es in Schömberg bisher bei allen Straßenbauarbeiten für den Gemeinderat selbstverständlich gewesen sei, dass die Anlieger die benötigte Straßenplatzfläche zur Verfügung gestellt hatten. Es bestehe auch beim Sägmühlenweg kein Anlass anders zu verfahren.

Der Bürgermeister verweist noch auf das Beispiel der Liebenzeller Straße, wo heute noch die Straße auf Privateigentum verläuft, ohne dass jemals Schwierigkeiten aufgetreten sind.

Beschluss: Die Anlieger werden aufgefordert binnen 3 Tagen die benötigten Flächen vertraglich abzutreten, sonst werden die Bauarbeiten eingestellt, da eine Mindestbreite für die Straße vorhanden sein muß.

### **§4 Vergaben für Kurhausbau**

Wie in den vorangegangenen Sitzungen werden Bauarbeiten vergeben auf die hier nicht weiters eingegangen wird.

## **17. Oktober 1956**

### **§1 Bausachen**

a) Die Herren Blaich, Fritz, Selhorst und Bernharrdt haben ein Baugesuch zur Erstellung eines Kurheimes (privater Krankenanstalt) an der Schwarzwaldstraße gestellt.

b) Der Oberkirchenrat beabsichtigt auf einem Grundstück der Gemeinde am Kirchweg ein Kurpfarrhaus mit kleinem Gemeindesaal zu errichten.

Da die Verwirklichung des Bauvorhabens sehr im Sinne des Gemeinderats liegt, wurden verschiedene Befreiungen genehmigt.

d) Hermann Rentschler, Schreinermeister aus Maisenbach beabsichtigt seinen Glaserbetrieb von Maisenbach nach Schömberg zu verlegen. Vorgesehen ist ein Platz der zuerst an den Fabrikanten Hohmann aus Pforzheim verkauft werden sollte. Herr Hohmann ist von seiner Kaufabsicht zurückgetreten, da ihm der Platz infolge der geplanten Umgehungsstraße nicht mehr geeignet erscheint.

c) Bauanfrage des Franz Fuchs, (zur Zeit Patient in Schömberg)  
Herr Fuchs beabsichtigt eine private Krankenanstalt zu errichten und beantragt Befreiungen.  
Der Gemeinderat beschließt diese Bauanfrage **nicht** zuzustimmen, Begründung:

Ein Bedürfnis zur Erstellung weiterer privater Krankenanstalten zur Belegung mit Kranken liegt nicht mehr vor. Die stürmische Entwicklung muss in ruhigere Bahnen gelenkt werden.

*-Es folgen noch weiter ausführliche Begründungen-*

### **23. November 1956**

§9-g Verteilung der Büroräume im Rathaus

Durch den Wegzug des Bürgermeisters A.D. Hermann kann eine Neueinteilung der dringend benötigten Büroräume erfolgen. Der Bürgermeister schlägt vor:

- a) Frl. Hermann erhält als Wohnraum ein Zimmer im DG und die Küche.
- b) Die Büroräume des Notars einschl. Grundbuchamt werden in die bisherigen Wohnräume der Familie Hermann verlegt.
- c) Die Landespolizei erhält als weiteres Dienstzimmer das bisherige Grundbuchamt. Wenn die Ölheizung einmal im Rathaus eingebaut würde, könnte der jetzige Kohlenkeller zu einem weiteren Dienstzimmer für die Polizei ausgebaut werden.
- d) Die Gemeindekasse erhält das Zimmer in dem sich augenblicklich das Notariat befindet. In diesem Zimmer soll auch der Gehilfe untergebracht werden.

### **§9h Bau des ev. Kurpfarrhauses**

Der Oberkirchenrat bittet den Schenkungsvertrag über den Bauplatz abzuschließen. Der Bürgermeister schlägt vor, keinen Schenkungsvertrag, sondern einen regulären Kaufvertrag abzuschließen und den Kaufpreis dem Oberkirchenrat als Beitrag der Gemeinde für den Einbau einer Schwesternwohnung zur Verfügung zu stellen. Es soll damit dokumentiert werden, dass die Gemeinde für den Einbau einer Schwesternwohnung einen ansehnlichen Betrag geleistet habe und ein Anrecht auf die Aufrechterhaltung der Schwesternwohnung erwerbe.

Dieser Vorschlag wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

### **5. Dezember 1956**

Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Mitglieder des Gemeinderats.

Der Bürgermeister gibt einen kurzen Überblick über die Struktur und Finanzlage der Gemeinde. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, dass dem Gemeinderat unter Berücksichtigung der ständigen Einnahmen und Ausgaben ein Betrag von 90000 DM zum verplanen zur Verfügung stehe.

### **14. Dezember 1956**

§2 Fronmeister Christian Bäuerle scheidet aus dem Dienst der Gemeinde aus. - Ehrung, Ausschreibung der Stelle

### **§3 Einstellung eines Gärtners**

Nachdem Gärtner Enderle ausgeschieden ist diese Stelle vakant. Die Stelle soll ausgeschrieben werden. Ein Gewächshaus ist angedacht. Eine Wohnung kann gestellt werden.

**11. Januar 1957**

**§1 Finanzlage der Gemeinde – Rückstände**

Die Gemeinde könne nicht mehr länger die außergewöhnlich hohen Außenständen dulden. Die Steuermoral sei derart schlecht, dass einschneidende Maßnahmen zur Einbringung angewendet werden müssten. Bei diesen Außenständen sei es überhaupt verwunderlich, dass die Gemeindekasse bisher ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen konnte.

**§2 Kindergarten**

Das Problem Kindergarten ist nach dem Wegzug der Familie Engelhardt im Mai 1956, die die Wohnung im Kindergarten innehatte akut geworden.

Architekten kommen zu der Ansicht, dass eine durchgreifenden Instandsetzung notwendig ist. Es werden Kosten bis zu 25000 DM genannt. Der Bürgermeister glaubt, dass es bei diese Sachlage richtiger wäre, den Kindergarten zu einem angemessenen Preis zu verkaufen, mit einem Beitrag aus dem Landesjugendplan und eigenen Mitteln der Gemeinde einen neuen Kindergarten zu erstellen. Er glaubt mit 50000 DM auszukommen. Eine Wohnung ist nicht unbedingt notwendig. Der Bürgermeister hält den gegenwärtigen Standort des Kindergartens für ungeeignet.

Es folgt eine längere Diskussion über Notwendigkeit, Platz und Geldfragen.

**§5-2 Heilstättenbau der Bundesbahnversicherungsanstalt**

Die Bundesbahnversicherungsanstalt hat Schömberg als Standort für ihren Heilstättenneubau gewählt. Es soll eine Heilstätte mit ca. 250 Betten und sämtlichen Nebengebäuden einschließlich 24 Wohnungen mit einem Kostenaufwand von ca. 10 Mill. DM gebaut werden.

**1 Febr. 1957**

**§1 Kurausschuß**

In Verfolgung eines Beschlusses vom 14. 12. 1956 soll ein Kurausschuß eingerichtet werden. Der Kurausschuß soll beratenden Charakter haben.

Hier geht es vor allem um die personelle Besetzung des Ausschusses in über 2 Seiten.

**1 März 1957**

**§1 Besetzung der Schulleiterstelle**

Für die freie Schulleiterstelle haben sich 2 Lehrkräfte beworben:

1. der Lehrer Ernst Güse, von Wüstenrot
2. die hiesige Lehrerin Paula Simon

Das Oberschulamts schlägt den Lehrer Ernst Güse vor. Nach den Erfahrungen des Oberschulamts seien Frauen auf die Dauer bei der Belastung mit den Aufgaben der Schulleitung wesentlich stärker gesundheitlich gefährdet als Männer.

Der Bürgermeister führt aus, dass nach den Bestimmungen der Gemeinderat bei der Besetzung der Schulleiterstelle gehört werde. Er sei mit Pfarrer Killgus in Wüstenrot gewesen und hat nur Gutes über Herrn Güse gehört. Die Auffassung des Oberschulamts betreffend Frauen in Schulleiterpositionen könne er sich nicht zu eigen machen, da sie im Zuge der Zeit überholt sei.

Es folgt eine längere Diskussion in der der Gemeinderat zu keiner einheitlichen Meinung kommt. Er überlässt dem Oberschulamts die Besetzung

**§5-b Fronmeisters**

Zum 1. 4 1957 wird Herr Karl Kugele als Fronmeister eingestellt, - Herr Willi Maisenbacher tritt die Stelle als Klärwärter an

**§5-c Kurgärtner**

Gärtnermeister Friedrich Schraft z. Z. Im Waldsanatorium beschäftigt wird als Gemeindegärtner eingestellt. Herr Schraft hat als Bedingung gemacht, dass in absehbarer Zeit ein Gewächshaus erstellt wird.

**§6 Deckengemälde für das Kurhaus**



Die grundsätzliche Frage ob Decken- und Wandgemälde in der Eingangshalle angebracht werden sollen wird einstimmig bejaht.

Es liegen 2 Entwürfe vor von:

Prof. Finsterlin aus Stuttgart und Herrn Weinhold aus Calw

Die Linie von Herrn Prof. Finsterlin sagt dem Gemeinderat mehr zu.

## **§7 Sammelkläranlage**

Die erwartete Auflage zum Umbau der Sammelkläranlage ist eingetroffen. Die Kosten für den Umbau werden auf 220000 DM geschätzt.

**18. März 1957**

## **§1 Bewirtschaftung des Kurhauses**

für die Bewirtschaftung des Kurhauses gibt es 3 Bewerber. Das Ehepaar Dietrich aus Stgt-Heumaden erhält den Vorzug, Es wird eine Umsatzpacht von 5% vereinbart. Dem Pächter steht das Restaurant mit 180 Sitzplätzen, die Terrasse mit ca. 600 Sitzplätzen und die Milchbar zur Verfügung. Daneben trete von Fall zu Fall noch die Bewirtschaftung des kleinen und großen Saales, wobei sich aber die Gemeinde die Verfügung über beide Säle auf alle Fälle vorbehalte.

## **§8 Kurhauseinweihung**

Die Fertigstellung und damit die Einweihung des Kurhauses ist in greifbarer Nähe gerückt. Die Einweihungsfeierlichkeiten sollen am 18. und 19. Mai 1957 stattfinden.

Am 18.5.1957 offizieller Teil mit geladenen Gästen, umrahmt von einer Festmusik,

Am 19. 5 1957 Abends einer Aufführung einer Oper oder Operette

**5.4.1957**

## **§1 Heilstättenbau der Bundesversicherungsanstalt**

Die Schwierigkeiten beim Erwerb der Grundstücke sind ausgeräumt. Probleme gab es bei Kaufpreis und der Genehmigung durch das Landwirtschaftsamt. Der Kaufpreis für die über 6 ha große Fläche beträgt 20.000 DM.

Die Gemeinde muss auf ihre Kosten eine Ortsbauplan erstellen.

Mit der Verwirklichung des Projekts ist auch die Zufahrtsstraße auszubauen. Das bedeutet, dass der Wiesenweg vom Hause Schlitz bis Ortsende beim Hause Zajac von der Gemeinde ausgebaut und sofort mit Wasser und Kanalisation versehen wird.

Die Diskussion im Gemeinderat kommt zu folgendem Beschluß:

Vom Haus Schlitz bis zur Heilstätte Calmette wird der Wiesenweg (heute Römerweg) mit einer Breite von 5m ausgebaut, Wasser und Kanalisation werden sofort verlegt.

Die Kosten werden von der BVA vorfinanziert und mit den von der BVA zu leistenden Abgaben (Kurtaxe, Wasserzins) verrechnet.

Den übrigen Teil der Zufahrtsstraße baut die BVA mit etwa 3,5m auf ihre Kosten.

Den notwendigen Grunderwerb für den Straßenbau besorgt die Gemeinde. Sie übernimmt auch die Grunderwerbs- und Vermessungskosten.

Der Ausbau der Straße hat entsprechend der Empfehlungen des Straßenbauamts Calw bestehend aus 20cm Rüttelschotter. 10 cm Planungswalzung und halber Teerung zu erfolgen.

Wasserversorgung: Es soll eine neue Wasserleitung von der Calmbacher Straße über die Siedlung bis zur Klinik gebaut werden. Die Kosten für die Leitung und den Hochbehälter übernimmt die BVA

Kanalisation: Die Kosten für die Anschlußleitung übernimmt die BVA. Als Beitrag für die Erweiterung der Kläranlage erhält die Gemeinde 15000 DM.

## **§2 Kurveranstaltungen**

Der Bürgermeister unterbreitet für das Rechnungsjahr 1957 einen Vorschlag für die Kurveranstaltungen. Er sieht für jeden Monat eine Großveranstaltung vor und umfasst 9 Schauspiele, 4 Operetten, 4 bunte Abende, 9 szenische Vortragsabende, 1 Parkbeleuchtung, 1 Konzert von Erwin Lehn, 40 Kurkonzerte, 10 sonstige Veranstaltungen, und 4 Konzerte des Süd. Kammerorchesters.

Bei der Durchführung des Programms fallen Kosten von ca. 42800DM an, dem Eintrittsgelder von ca. 21500 DM gegenüber stehen.

Verhandlungen sind bereits aufgenommen. Mit dem Landestheater Tübingen sind 2 Aufführungen zu einem Honorar von 750 DM vereinbart,

Für die Einweihung des Kurhauses habe er bereits das süd. Kammerorchesters unter Friedrich Tilegant und das Stadttheater Pforzheim mit der Operette „Der Vogelhändler“ gewonnen.

### **§3-d Baugelände des Robert Öhlschläger**

Herr Robert Öhlschläger hat beantragt sein Gelände in den Hausäckern zur Bebauung zu zulassen. Er legt einen Bebauungsvorschlag vor, nach dem ihm 28 Bauplätze zu Verfügung stehen würden.

Der Feststellung eine Ortsbauplanes soll näher getreten werden, wenn es gelingt die Zufahrtsverhältnisse befriedigend zu lösen. (Es wird von Bauplatzpreisen von 3,00 bis 3,50 DM/m<sup>2</sup> unerschlossen und 6- 8 DM/m<sup>2</sup> erschlossen- gesprochen)

## **26. April 1957**

### **§1 Vorberatung Haushaltsplan 1957**

Kurgebühren: Es ist angestrebt den Rabatt für Sozialversicherte von 24 auf 15 % zu senken, was zu einem Mehraufkommen von 40 000 DM führen würde.

Gewerbesteueraufkommen: Das Gewerbesteueränderungsgesetz verursacht einen Steuerausfall von 35%

Fremdenverkehrsabgabe: Über eine Einführung sollte beraten werden.

Es wird mit Einnahmen im Haushalt von 663 000 DM gerechnet

### **§2 Abgabe zur Förderung des Fremdenverkehrs.**

Nachdem der Gemeinderat auf die Einführung der Kurförderungsabgabe gedrängt und auch das Wirtschaftsministerium anlässlich des Nachfinanzierungsgesuches für den Kurhausbau deren Einführung angeregt hat, gibt der Bürgermeister eine Überblick über die Gesetzesbestimmungen.

Der Gemeinderat ging bei seinem Drängen davon aus, dass die realsteuerbefreiten Krankenanstalten mit erfasst werden.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters ist es fraglich ob die steuerbefreiten Betriebe zu der Abgabe herangezogen werden können, so dass die übrigen gewerbetreibenden Betriebe allein zahlen müssten.

*(Dieses Thema wird auf über 1 Seite ausführlich behandelt)*

Beschluss: Die Verabschiedung zurückzustellen

## **7. Juni 1957**

### **§1 Ausbau de Calmbacherstraße**

Der Bau der Umgehungsstraße wäre natürlich die Ideallösung, aber der Zustand der Calmbacher Straße lasse längeres Zuwarten auf keinen Fall zu.

Es wird einstimmig beschlossen die Fa. Baumgärtner und Burck mit dem Ausbau der Calmbacherstraße bis zum Kirschbaum zu einem Preis von 11 000 DM zu beauftragen.

### **§2 Baulanderschließung im Gelände Robert Öhlschläger**

Nach langer Diskussion bei der es vor allem um die Zufahrt geht wird beschlossen:

Einen Bebauungsplanentwurf zu erstellen in dem die Geländebeziehungen, die Zufahrtsmöglichkeiten und Versorgungsleitungen geklärt werden sollen.

## **28. Juni 1957**

### **§1 Haushaltsplan und Haushaltssatzung**

Der Bürgermeister führt aus, dass in den letzten 5 Jahren eine Reihe dringlicher Aufgaben erfüllt wurden. Mit der Verschuldung hat man an die Obergrenze gehen müssen. Der Schuldendienst werde in den nächsten Jahren einen beträchtlichen Teil des Haushaltsvolumen einnehmen.

Der Haushalt wird mit einer Summe von 695868 festgestellt.

## **2. August 1957**

### **§9 Neubau eines Kindergartens**

Die Kindergärtnerin Pauly bringt in einem Schreiben zum Ausdruck, dass der Kindergarten aus gesundheitlichen und erzieherischen Gründen künftig statt mit 50-70 Kinder nur 40 Kindern belegt werden sollte.

Nach einer Diskussion sprechen sich die Gemeinderäte mehrheitliche für einen Kindergartenneubau aus und beauftragen den Bürgermeister einen Kindergartenneubau in Angriff zu nehmen.

## **13. September 1957**

### **§4 Ankauf von Bildern für das Kurhaus**

Eine Kommission von Gemeinderäten hat 6 Bilder des Malers K. Weinhold ausgewählt und zum Ankauf durch die Gemeinde für das Kurhaus zum Preis von 1600 DM vorgeschlagen. Das wird so beschlossen. Weinhold hatte diese Bilder zuvor als Leihgabe zur Verfügung gestellt

## **4. Oktober 1957**

### **§2 Bundesbahnheilstätte – Wasserversorgung**

Als neue Variante wird der Bau eines Hochbehälters bei der alten Straßenschleife nach Langenbrand erwogen. Der Behälter soll eine Größe von 300 m<sup>3</sup> haben, 100 m<sup>3</sup> für die Klinik 100m<sup>3</sup> Feuerreserve und 100m<sup>3</sup> zur Verbesserung der Wasserversorgung der Siedlung. Der Wasseranschluß soll beim Haus am Walde erfolgen.

## **22. November 1957**

### **§3 Ausbau der Sammelkläranlage**

Der Ausbau der Kläranlage ist nun so dringend geworden, das sich das Reg. Präs. gezwungen sah, der Gemeinde für den Fall, dass die genannten Baumaßnahmen nicht sofort in Angriff genommen werden, die Erlaubnis der anfallenden Abwasser in den Eulenbach zurück gezogen werden. Es gab auch massive Klagen von Kapfenhardt.

Es muss mit Kosten von 345000 DM gerechnet werden, die in Jahren 1957 und 1958 anfallen.

## **6. Dezember 1957**

### **§1 Beteiligung an der Energieversorgung Schwaben**

Um den steigenden Strombedarf zu befriedigen will die EVS eine Kapitalerhöhung durchführen Eine Bareinzahlung der betroffenen Gemeinden als Miteigentümer ist aus finanziellen Gründen nicht möglich. Das Land Baden-Württemberg würde diese Kapitalerhöhung gerne übernehmen. Uneinig ist man sich über den Kurs. Man würde auch Einfluss verlieren. Auf Vorschlag von Bürgermeister Klepser konnte erreicht werden, dass die Verbandsgemeinden ein Rückkaufsrecht auf 10 Jahre erhalten.

# **1958**

## **7. Februar 1958**

### **§1 Baugesuche**

Es werden mehrere Baugesuche von privaten Krankenanstalten behandelt, so Anbau Sanatorium Fickert, Krankenanstalt des Prof. Levenas in der Waldstraße und der Herren Reule und Raible am Römerweg

### **§3 Vereinbarung zwischen der BVA und der Gemeinde Schömberg über die Einrichtung einer TBC-Heilstätte**

Befürchtungen, dass sich durch den Bau der Heilstätte rückläufige Belegung der Kurheime eintreten werden sind unbegründet, weil die BVA bisher nicht vertreten ist. Es wird erwartet, dass durch den Bau der Heilstätte 200 weitere Patienten nach Schömberg kommen.

Der Bürgermeister gibt einen Überblick über die finanziellen Auswirkungen:

Einmalige Kosten	
für den Ausbau des Römerwegs mit Leitungen	49 000 DM
Grunderwerb	10 000 DM
Wasserversorgung	9 700 DM
laufende Kosten:	
Unterhaltung von Straßen, Wasserversorgung, Abwasseranlagen. Straßenbeleuchtung -	keine Angaben
Risiken:	
Ausbau des Römerwegs ab Ortsende bis Klinik	80 000 DM
Lieferung von 100 m <sup>3</sup> Wasser täglich	
Einnahmen jährlich:	
Kurtaxe, Wasserzins, Kanalisation, Grundsteuer, Einwohnersteuer, Feuerwehrbeitrag.	34 575 DM

Nach 3,5 Jahren seien somit die Kosten die der Gemeinde jetzt entstehen abgetragen  
Der Gemeinderat begrüßt die Einrichtung der Heilstätte und stimmt der Vereinbarung zu.

#### §4 Bewirtschaftung des Kurhauses

Die Wiederverpachtung rückt näher. 3 Interessenten sind aufgetreten. Eine Anfrage bei den hiesigen Gastwirten verlief negativ.

**31 März. 1958**

#### §2 Kurförderungsabgabe

GR Natzke führt aus, er habe bereits bei der letzten Haushaltsplanberatung angeregt, die Kurförderungsabgabe einzuführen, und zwar in dem Maße, in dem der Gewerbeteuersatz gesenkt werde. Ein Versuch sollte hier unter allen Umständen unternommen werden. Man hätte dann wenigstens die Genugtuung, dass alle, die aus dem Kurbetrieb Nutzen ziehen, auch zu den Lasten beitragen. Der Bürgermeister gibt zu Bedenken, dass von den Krankenanstalten wahrscheinlich Rechtsmittel eingelegt werden.

Es entsteht eine hitzige Debatte, in der unter anderem die Meinung vertreten wurde, dass die privaten Krankenanstalten mit wenigen Ausnahmen praktisch nur bessere Kurheime seien. Die Kurheime die den Ort aufgebaut hätten, die sich in den harten Zeit durchbringen mussten, hätten heute mit Belegungsschwierigkeiten zu kämpfen, während die privaten Krankenanstalten teilweise vollgestopft bis unters Dach seien.---

Der Gemeinderat stimmt für die Einsetzung eines Gremiums um zu erkunden welche Möglichkeiten sich für Schömberg ergeben.

Der Bürgermeister hält das soeben Geschehene für ein großes Misstrauen ihm gegenüber. Dem widersprechen die Gemeinderäte. ---Man muss doch noch seine Meinung sagen können---

GR Bäuerle führt aus: ---Wenn immer mehr private Krankenanstalten kämen, die keine Steuern zahlen würden, wer soll dann letztendlich die Lasten noch tragen?---

Der Bürgermeister meint, dass dann der Staat einspringen muß. Worauf GR Bäuerle die Meinung vertritt, dass dann die Gemeinde immer Bettler beim Staat bleibe, wogegen die Kurförderungsabgabe eine eigene Steuerquelle und feste Handhabe hätte.

*(Dies war ein Auszug aus 3 Seiten GR-Protokoll)*

#### §4 Kurzeitung -Der Liegestuhl-

Der Bürgermeister zeigt den Zuschußbedarf auf und ist der Meinung, dass der Zuschußbedarf in keinem angemessenen Verhältnis zum Nutzeffekt steht. Der Zuschußbedarf ist von 920 DM 1952 auf 12300 DM i 1957 gestiegen.

Die Auffassung der Herren Ärzte über den Werbeeffect und den Nutzen des Liegestuhls weichen stark von

einander ab. *Es folgt eine längere Diskussion (2 Seiten)* Die Angelegenheit wird an den Kurausschuss zu Stellungnahme verwiesen.

#### **§10a Abbruch des Musikpavillon**

Aus Gründen der Standfestigkeit erhebt sich die Frage eines Abbruchs. Das wird so beschlossen.

#### **§10f Klimaphysiologische Forschungsanstalt in Schömberg**

Durch das Ableben des seitherigen Leiters der Forschungsanstalt der Max Plank-Gesellschaft besteht die Gefahr, dass die Stelle nicht mehr besetzt wird. Es ist anzustreben, dass diese Stelle wieder besetzt wird. Der Bürgermeister erklärt, dass er Kontakt mit dem Max-Plank-Institut aufgenommen hat.

#### **1. Mai 1958**

#### **§2 Beitrag zur Erneuerung der ev. Kirche**

Die ev. Kirchengemeinde ist mit einem Gesuch an die Gemeinde herangetreten, mit der Bitter um einem Beitrag zur Instandsetzung der Kirche.

Es ist vorgesehen: Einbau einer elektrischen Kirchenheizung, Neues Gestühl, Neugestaltung des Altarraums und Ausmalung durch Prof. Yellin. -Kosten ca. 83000 DM-

Die Gemeinde wird sich mit 10- 15000 DM beteiligen

#### **§4 Müllabfuhr**

Nachdem Herr Nothacker seinen Fuhrbetrieb aufgegeben hat, ist Herr Rentschler bereit die ganze Müllabfuhr zu übernehmen.

#### **§5 Kurzeitung – Der Liegestuhl--**

Der Kurausschuß hat sich für die Weiterführung des -Liegestuhls- ausgesprochen. Es soll ein Redaktionsstab gebildet werden, der ein Gutachten zu Weiterführung des Liegestuhls erstellen soll.

#### **30. Mai 1958**

#### **§1 Haushaltssatzung. Haushaltsplan 1958**

Der Haushaltsplanentwurf 1958 lässt die weiterhin großen Ausgaben der Gemeinde erkennen und spiegelt die angespannte Finanzlage wieder. So sind besonders zu beachten:

Im Zusammenhang mit dem Heilstättenbau kommen Kosten von ca. 118000 DM. Diese werden von der BVA vor finanziert.

Die Kosten für den Ausbau der Sammelkläranlage belaufen sich vorerst auf 350000 DM

Im ordentlichen Haushaltsplan fallen auf

Personalkosten	123000 DM
Schuldendienst	71000 DM
Orstsstraßen	66500 DM

Auf der Einnahmenseite stehen:

Kurabgaben	232000 DM
Schlüsselzuweisungen	81400 DM
Ausgleichsstock	54000 DM

Die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs hat Schwierigkeiten bereitet. Die Schlüsselzuweisungen sind erheblich zurückgegangen. Die länger anwesenden Kurgäste werden bei der Einwohnerzahl nicht mehr anerkannt, Die Grundsteuer wird erhöht. (Angaben zu Grund- und Gewerbesteuer werden hier nicht gemacht)

#### **§7 Teerung der Calmbacher Straße**

Die Teerung der Calmbacherstraße vom Kirschbaum bis zum Forsthaus erfordert 12000 DM. Der Verein für Volksheilstätten will sich mit 1/3 beteiligen.

#### **§8b Bilder des Kunstmalers Max Reimer**

Herr Reimer. Der zahlreiche Gemälde im Kurhaus ausgestellt hat, ist mit der Bitte an den Bürgermeister herangetreten, ihm doch wenigstens 1 Bild für das Kurhaus abzukaufen. Der Gemeinderat beschließt 1 Bild zum Höchstbetrag von 1000 DM zu kaufen.

## **26. Juni 1958**

### **§3d Pumpstation im Täle**

Die Untersuchung des Wassers der Brunnenwiesenquelle hat die Brauchbarkeit des Wassers ergeben. Um Sicherheit zu erhalten, soll die Untersuchung 1/2 Jahr fortgeführt werden.

*Der Gemeinderat hat vom 29 Juni – 2 Juli 1958 eine Besichtigungsfahrt nach Davos, Arosa und Agra in der Schweiz gemacht über die ein ausführlicher Bericht vorliegt und die Verhältnisse, vor allem der Heilstätten gut beschreibt. Hier soll ein kurzer Auszug der angefügten Bemerkungen wieder gegeben werden:*

Die Auswirkungen des 2ten WK haben dazu geführt, dass vor allem die Selbstzahler aus Deutschland für die schweizer Kurorte ausgefallen sind. Anlässlich eines Rundganges durch Davos konnten die Fahrtteilnehmer feststellen, dass Davos ein toter Kurort geworden ist. Die Einwohner ringen schwer um ihre Existenz. Der Eindruck war niederschmetternd. (*Hinweis: Der Gemeinderat war im Juni und nicht während der Hochsaison im Winter in Davos*)

## **2. Oktober 1958**

### **§1 Kurzeitung –Der Liegestuhl--**

Ein Gutachten des Redaktionsstabes der Kurzeitung empfiehlt die Beibehaltung der 6-maligen Erscheinungsweise mit einem Zuschuss von 7500 DM. Nach Diskussion wird dieser Vorschlag beschlossen.

### **§3 Spazierwege in Waldungen der Markung Oberlengenhardt**

Eine Rechtsverpflichtung der Gemeinde Schömberg zur Zahlung einer Entschädigung besteht nicht, höchstens eine moralische Verpflichtung. Um eine Beilegung des Streits zu erreichen soll der Gemeinde Oberlengenhardt eine jährliche Entschädigung von 1800 bezahlt werden. Vor allem der Höhe der Entschädigung widersprechen die Gemeinderäte Es wird beschlossen höchstens 1200 DM zu bezahlen.

## **5. Dezember 1958**

### **§4 Wegebau zur Sammelkläranlage**

Die Herstellungskosten werden sich auf ca. 30000 DM belaufen. Die Arbeiten sollen unverzüglich begonnen werden.

### **§5 Weihnachtswendungen**

Nach der vorliegenden Liste sind in Schömberg 33 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt,

### **§8 Brunnenstraße**

Bei der Ortsbegehung am 7, 11 1958 wurde festgestellt, dass ein dringendes öffentliches Bedürfnis besteht, den Feldweg den Charakter eines öffentlichen Ortsweges zu geben. Der Feldweg steht großen Teils in Privateigentum.

Es wird beschlossen mit den Eigentümer Verhandlungen aufzunehmen und die Einleitung eines Ortsbauplanverfahrens.

# **1959**

## **9. Januar 1959**

### **§1 Der Bürgermeister gibt eine kurzen Rück- und Ausblick**

Der Baubeginn der BVA-Heilstätte ist sicher das wichtigste Ereignis des Jahres 1958, Schmerzlich ist der Rückgang der Schlüsselzuweisungen von 112776 DM in 1957 auf 19190 DM in 1958 wegen der Umstellung der Einwohnerzahlen. Die Zahl der Einwohner ist von 1957 auf 2090 gestiegen. Die Übernachtungszahlen im November 1957 betragen 60745 und im Nov. 1958 - 68124

Das Haushaltsvolumen betrug im ordentlichen Haushalt 718878 DM und im außerordentlichen Haushalt 468300 DM

Die Außenstände der Gemeinde belaufen sich Ende November 1958 auf 149000 DM. Die Zahlungsmoral eines Teils der Steuerpflichtigen ist erschreckend.

Für 1959 sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

Ausbau der Sammelkläranlage, Ausbau der Ortsstraßen und Gehwege und Spazierwege, Ausbau und Modernisierung der Straßenbeleuchtung, Sicherstellung der Wasserversorgung durch Anschluss an die Schwarzwaldwasserversorgung, Erstellung eines Kindergartens

§5 Ortsbauplan für das Gewand -Brunnenäcker-

Die Kreisbaugenossenschaft Calw hat einen Bebauungsvorschlag für das Gebiet -Brunnenäcker- vorgelegt.

Es sollen zuerst die Wasserversorgung (Schwarzwaldwasserversorgung ?) geklärt werden und welchen Teil der Erschließungskosten die Kreisbaugenossenschaft übernehmen will.

## **6. Februar 1959**

### **§3 Ortsbauplan – Brunnenäcker-**

Die Wasserversorgung der Siedlungshäuser kann nur durch den Anschluss an die Gemeindewasserleitung sicher gestellt werden. Hier ergeben sich Probleme: Durch den kleinen Querschnitt der bestehenden Ortsleitungen ist zu befürchten, dass kein ausreichender Wasserdruck geliefert werden kann. Es wird die grundsätzliche Frage aufgeworfen ob die Gemeinde aus eigenen Quellen genügend Wasser liefern kann oder ob man die Schwarzwaldwasserversorgung braucht. Es wird über eine Umgehungsleitung oder Ersatz bestehende Leitungen gesprochen.

Die Kreisbaugenossenschaft hat erklärt die Erschließung der Siedlung auf eigen Kosten vorzunehmen. Die Genossenschaft würde  $\frac{3}{4}$  der Fläche bebauen und in diesem Jahr noch anfangen.

Beschluss: Den Ortsbauplan -Brunnenäcker- festzustellen

### **§8 Brunnenwiesenquelle**

Bei der Brunnenwiesenquelle wurden Coliebakterien festgestellt.

## **6. März 1959**

### **§1 Erschließung des Baugebietes Brunnenäcker**

Zuvor gibt der Bürgermeister bekannt, dass der Hochbehälter für die Bundesbahnheilstätte in Betrieb genommen wurde. Dadurch können die Häuser in der Siedlung Straßenäcker zumindest in den Untergeschossen Wasser beziehen. Es fehlt am Wasserdruck.

Der Gemeinderat begrüßt die Absicht der Kreisbaugenossenschaft 22 Einfamilienhäuser und ein Mehrfamilienwohnhaus zu erstellen. Ein Ortsbauplan soll erstellt werden.

### **§3 Bebauung Gewand Tannmühle**

Die Fa. Gauthier beabsichtigt weitere Wohnhäuser zu erstellen. Der Gemeinderat stimmt dem zu.

### **§7 Wasserversorgung**

- a) Rohreinigung,
- b) Instandsetzung des Brunnenwiesenpumpwerks

Es soll eine Chloranlage eingebaut werden. Mit beiden Maßnahmen soll der Wasserdruck erhöht werden.

## **26. März 1959**

### **§1 Nachtragshaushalt**

Hier wird erwähnt, dass der Bau des Kurhauses mit allen Nebenkosten 1.360.000 DM gekostet hat.

## **9 April 1959**

## **§2 Sammelkläranlage**

Dies Ausbaukosten werden auf 340000 DM geschätzt

## **§6 Übernahme Römerweg**

Der Gemeinderat hat für das Gebiet Talstraße und Kapfenhardter Weg einen Ortsbauplan festgestellt. Die Dr. Schlitz KG, die in diesem Bereich eine Klinik erstellt, hat beantragt, dass die Gemeinde den Weg übernimmt. Dies führt zu Schwierigkeiten mit dem Grundstückseigentümer G.L.

## **§7 Eintritt Kurhaus**

Wiederholt ist angeregt worden, bei den sonntäglichen Konzerten Eintritt zu erheben. Der BM berichtet, dass die letzten Konzerte der Bundeswehr einen sehr guten Besuch hatten. Eine ganze Anzahl Fremder wurden gesehen. Die Erhebung eines Eintrittsgeldes scheiterte jedoch an der Personalfrage. Auf der anderen Seite sollte man der Kurtaxkarte für Patienten mehr Gewicht geben.

Der BM wird beauftragt die technischen und personellen Fragen zu klären.

## **§11b Baugesuch Dr. Dorn Kurheime**

Der Verein für Volksheilstätten plant die Erstellung eines Neubaus mit Werkstätten auf dem Bühl.  
Der Gemeinderat hat keine Bedenken

## **§11d Milchpreis**

Es handelt sich hier um eine staatliche Verordnung auf die der Gemeinderat keinen Einfluß hat. Trotzdem gibt es eine lebhaftige Aussprache. Die Molkereigenossenschaft Schömberg möchte bei den Kurheimen einen Preis von 45,5 Pfennig je Liter bei Lieferung frei Haus erzielen.

## **8 Mai 1959**

### **§2 Bebauung des Gebiets an der Calmbacher Straße**

Es wird beschlossen für dieses Gebiet einen Ortsbauplanentwurfs fertigen zu lassen.

### **§6c Verkauf der Musikinstrumente (Beschluss vom 26. März 59)**

Die Schätzung der Musikinstrumente durch einen Sachverständigen hat eine Wert von 40 DM ergeben. Daneben sind zur Auffrischung der Instrumente ca. 300 DM erforderlich.

Es wird beschlossen dem neu gegründeten Posaunenchor unentgeltliche zu überlassen, mit der Maßgabe, dass sie bei Auflösung des Chors an die Gemeinde zurück gegeben werden.

### **§6d Felduntergänger**

Der bisherige Felduntergänger Gottlieb Maisenbacher, hat sein Amt niedergelegt. Der BM erläutert des Aufgabenbereich und die Stellung eines Felduntergängers. Wegen der Wichtigkeit der Aufgabe ist es wünschenswert, dass ein Gemeinderat dieses Amt übernimmt. Von den Gemeinderäten kann sich keiner zur Übernahme der Aufgabe bereit finden.

**23. März 1259** Gemeinsame Sitzung der Gemeinderäte von Oberlengenhardt und Schömberg  
Spazierwege in den Waldungen der Gemarkungen Oberlengenhardt

Die Bürgermeister tragen nochmals ihre Standpunkte vor. Nach langen und zähen Verhandlungen wird beschlossen:

Die Gemeinde Schömberg zahlt der Gemeinde Oberlengenhardt auf reine Freiwilligkeitsbasis eine jährliche Entschädigung von 1500 DM

Die Gemeinde Oberlengenhardt verpflichtet sich die Spazierwege in einem Zustand zu halten, dass sie jeder Zeit begehbar sind. Die Gemeinde Schömberg beteiligt sich am Schotteraufwand mit 50%.....usw.

## **12. Juni 1959**

### **§1 Verbandsversammlung des Gemeinde-elektrizitätsverbandes am 1. 6. 1959**

Die Gemeinde ist Mitglied dieses Verbandes mit einem Aktienkapital von 117351 DM



Der Verband konnte an der letzten Kapitalerhöhung nicht teilnehmen. Die Aktien wurden vom Land gezeichnet. Es gibt nun die Möglichkeit über die Aufnahme eines Darlehens ein Rückkaufsrecht wahrzunehmen. Das wurde so beschlossen.

### **3. Juli 1959**

#### **§1 Abgabe zur Förderung des Fremdenverkehrs**

*Ein sehr heikles Thema, das im Gemeinderatsprotokoll auf 9 eng beschriebenen Schreibmaschinenseiten beleuchtet wird und das auch schon bei der vorhergehenden Bürgerversammlung heiß diskutiert wurde.*

Die Grundsatzfrage lautet: Kann die Gemeinde dadurch höhere Einnahmen erzielen und können steuerbefreite Häuser dadurch mehr zu den laufenden Kosten herangezogen werden?

Hier gibt es grundsätzliche Meinungsunterschiede zwischen dem BM und seinem Stellvertreter GR Natzke.

Es wird ein Vergleich mit Bad Mergentheim gezogen, das diese Abgabe erhebt. Es gibt eine Verpflichtung, dass Kurorte die am Ausgleichsstock hängen, diese Abgabe erheben müssen. Von Schömberg wurde das wegen der besonderen Verhältnisse bisher nicht verlangt. Das Regierungspr. Und das Landratsamt raten zu Vorsicht bei der Einführung der Fremdenverkehrsabgabe da, falls Rechtsmittel eingelegt werden, alle Kurabgaben beleuchtet würden. Die Kurtaxe sei sehr hoch, und stehe auf tönernen Füßen, Es sei zu befürchten, daß die Kurtaxe nur auf die Dauer von 2 Monate erhoben werden könne.

Schömberg hat 11 private Krankenanstalten mit 750 Betten und es kommen laufend neue hinzu.

Nach längerer Diskussion stellt der BM den Antrag von der Einführung der Kurförderabgabe vorläufig abzusehen. Bei 1 Gegenstimme. 4 Zustimmungen und 4 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt!

Die Emotionen kochen so hoch, dass beschlossen wird die Sitzung zu vertagen.

### **10. Juli 1959**

#### **§1 Abgabe zur Förderung des Fremdenverkehrs**

Nach kurzer Diskussion wird beschlossen die Abgabe nicht einzuführen.

#### **§2 Stühle für den Silbersaal**

Nachdem man sich mit Gartenstühlen für den Silbersaal beholfen hat, sollen 75 Stühle wie im Säulensaal beschafft werden.

#### **§3 Müllabfuhr**

Die Fa. Wanitscheck aus Ersingen führt die Müllabfuhr zu vollen Zufriedenheit aus. In Schömberg falle wesentlich mehr Müll an als anderen Gemeinden, deshalb verlang die Firma einen auf 180 DM je Abfuhr erhöhten Beitrag. Es wird erwogen eine Müllabfuhrgebühr einzuführen.

§4 Die Schulscheuer soll abgebrochen werden

### **31 Juli 1959**

#### **§3 Umgemeindung Tannmühle**

Die Bewohner der Tannmühle haben schriftlich den Antrag auf Umgemeindung zur Gemeinde Calmbach gestellt.

### **11 September 1959**

#### **§2 Ausbau der Poststraße**

Es geht hier um die Strecke vom Leipziger Platz bis zu den Wohnblocks der Kreisbaugenossenschaft. Im Haushalt sind 26000 DM eingesetzt. Die Angebote belaufen sich auf ca. 60000 DM. Es wird darüber gesprochen nur ein kürzeres Stück auszubauen und zu warten bis die Gelder aus dem Ausgleichsstock kommen. Diskutiert wird auch über die Linienführung. Es gibt Probleme mit dem Grunderwerb. Es wird darüber gesprochen zu warten bis das Gesetz über Straßenanliegerleistungen verabschiedet ist.

#### **§3 Ausbau der Sammelkläranlage**

Der Kostenvoranschlag beläuft sich auf 420000 DM. Die Finanzierung ist sicher gestellt.

## **2 Oktober 1959**

### **§3 Müllabfuhr**

Der BM ist der Auffassung, dass von der staubfreien Müllabfuhr nicht mehr abgewichen werden sollte. Daneben könnte einmal im Monat eine sperrige Müllabfuhr stattfinden die die Genossenschaftsbank mit ihrem LKW vornehmen würde. Die Verwaltung wird beauftragt eine Müllabfuhrsatzung auszuarbeiten.

### **§4 Gehweg beim Café Theurer**

Der Eigentümer des Café Theurer beantragt den Gehweg von der Metzgerei Spielberger bis zum Café Theurer durchzuführen. Wenn die Gemeinde die Bordsteine stellt würden die anderen Arbeiten vom Eigentümer übernommen. Dem stimmen die Gemeinderäte zu

## **16 November 1959**

### **§1 Müllabfuhr - Satzung**

Die Kosten für die wöchentliche Abfuhr und die monatliche Sperrmüllabfuhr werden sich auf 10920 DM belaufen. (ohne Kosten für Müllplatz) Diese Kosten sollen über Gebühren wieder hereingeholt werden. Dazu wird nach Diskussion beschlossen:

Gebühren je Jahr

Einzelpersonenhaushalte: 4 DM,  
sonstige Haushaltungen 10 DM

für Sanatorien und Kurheime:

für jedes Fremdenbett 5 DM und für jeden Bediensteten 3 DM

### **§9a Untergänger**

Auf die Ausschreibung der Stelle hat sich niemand gemeldet. Herr Maisenbacher würde die Arbeit weiter übernehmen, wenn er eine höhere Vergütung erhält.

Bei dieser Gelegenheit gibt der BM bekannt, dass nach einem Gesetzentwurf zukünftig alle Vermessungs- und Vermarktungskosten vom Vermessungsamt getragen und vom Grundstückseigentümer direkt erhoben werden sollen.

### **§9b Kurkonzerte im Kurhaus – Eintritt-**

Es fanden an 2 Sonntagen Zählung der fremden Besucher statt. Die Zählung erbrachte 71-80 fremde Besucher. Bei dieser Sachlage ist der BM der Auffassung die Erhebung von Eintrittsgelder vorerst zurückzustellen.

## **3. Dezember 1959**

Aus dem Anlass des Ausscheidens einiger Gemeinderäte und der Einführung neuer Gemeinderäte gibt der BM einen Überblick über die wichtigsten Angelegenheiten der letzten 6 Jahre. Er erwähnt hier besonders:

Fassung der Hardtberquelle. Ausbau der Pumpwerke im Calmbachertal, Vergrößerung des Hochbehälters und Wiederinbetriebnahme des Brunnenwiesenspumpwerks

Im Abwasserbereich: Leitungsnetzerweiterungen, Ausbau der Kläranlage Kanalnetzerweiterung.

Straßenbauten in der Talstraße, Schillerstraße, Calmbacher Straße, Langenbrander Straße, Römerweg und Siedlung Straßenäcker.

Erweiterung des Kriegerdenkmals, Ausbau der Ortsbeleuchtung, Entwässerung des Sportplatzes.

Wartehalle beim Leipziger Platz, und der Kurhausbau.

Nach Auffassung des BM hat gerade das Kurhaus entscheidend dazu beigetragen, den Kurbetrieb und die Belegung auf den jetzigen Stand zu bringen.

Der neue Gemeinderat wird sich vor allem mit folgenden Aufgaben befassen müssen:

Ausbau der Kläranlage, Ausbau der Ortsstraßen und der Gehwege, Sicherung der Wasserversorgung, Schaffung weiterer Schulräume und Ausbau der Ortsbeleuchtung

# 1960

## 8 Januar 1960

### §4 Zufahrt zur Privatkrankenanstalt Dr. Schlitz KG

Die Dr. Schlitz KG hat einen Rohbau für die Krankenanstalt erstellt. Der Ortsbauplan Talstraße-Römerweg sieht einen Ausbau der Feldwege vor, so dass das Grundstück nach Erstellung der Ortsstraßen zugänglich wäre.

Diese Feldwege befinden sich allerdings in Privatbesitz.

Diese Angelegenheit veranlasst den Bürgermeister folgenden Antrag zu stellen:

Alle Baulustigen, die künftig auf Grundstücken bauen, die noch nicht erschlossen sind, haben vor Beginn schriftlich zu erklären, dass sie Zufahrt und Versorgungsleitungen solange selbst zu besorgen haben, bis das Gelände von der Gemeinde erschlossen wird.

Der BM weist auf ein neues Landesgesetz hin, das die Eigentümer unbebauter Grundstücke verpflichtet sich an den Erschließungskosten zu beteiligen. Er schlägt deshalb vor die Angelegenheit bis zu Veröffentlichung des Gesetzes zu vertagen.

## 5 Februar 1960

### §2 Erhöhung des Wasserzinses

Der BM führt aus, dass die Subvention der Wasserversorgung aus Mitteln der Kurverwaltung nunmehr wegfallen sollte, nachdem die Kurverwaltung nach Erstellung des Kurhauses keine steuerlichen Gewinne mehr erbringe und deshalb auch keine Körperschaftsteuer mehr zu bezahlen habe.

Der Wasserzins soll von 20 auf 30 Pfennig angehoben werden. Dabei sollen Großverbraucher mehr bezahlen mit der Begründung, dass sie höhere Kosten verursachen, (Pumpstrom)

## 4 März 1960

### §2 Satzung über die Erhebung von Straßenanliegerbeiträgen

Der BM legt einen Entwurf einer Satzung vor. Grundlage ist ein neugeschaffenes Landesgesetz.

### §4 Satzung über die Erhebung einer Feuerwehrabgabe

Die Feuerwehrabgabe soll einen Betrag von ca. 6000 DM im Jahr erbringen und ist abhängig von der Höhe des Einkommens

### §10 Baugesuch Volksbank Pforzheim

Die Volksbank Pforzheim möchte ein Bankgebäude an der Lindenstraße erstellen. Der Gemeinderat kommt zu der Auffassung, dass vor Abgabe einer Stellungnahme ein Ortsbauplan für diese Gebiet erstellt werden müsste,

## 21 März 1960

### §2 Satzung über die Erhebung von Straßenanliegerbeiträge

Der vorliegende Entwurf steht zur Beratung und Beschlussfassung an. Der BM weist darauf hin, daß diese Beiträge von Grundstücken die zur Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe gebraucht werden nicht erhoben werden können. Welche Grundstücke unter diese Ausnahme fallen, muss der Gemeinderat von Fall zu Fall entscheiden. Von GR wird vorgebracht, dass es für die Kleinlandwirte die ihre Viehhaltung in den letzten Jahren aufgegeben hätten, eine Härte bedeute, wenn sie für ihre Grundstücke, die nun Baugrundstücke würden, Anliegerleistungen zu bezahlen hätten. Der BM weist darauf hin, dass solche Grundstücke eine so erhebliche Wertsteigerung erfahren, dass den Anliegern eine Anliegerleistung zuzumuten sei. Im übrigen sei das Gesetz von den Gemeinden seit langem angestrebt und begrüßt worden um der Erschließung von Baugebieten und der Schaffung von Versorgungseinrichtungen nachzukommen. Der BM stellt den Antrag die Satzung entsprechen zu beschließen

mit 5 Stimmen für, einer Stimme dagegen und 5 Enthaltungen wird der Antrag abgelehnt.

Der Bürgermeister gibt seiner Enttäuschung Ausdruck und führt aus, dass damit die heranstehenden Straßenbauarbeiten künftig kaum zu erfüllen seien. Er bitte die Gemeinderäte, die den Antrag zu Fall gebracht haben die Auffassung der Bevölkerung gegenüber eindeutig zu vertreten.

Andere Gemeinderäte bringen zum Ausdruck, dass es nicht dem Willen des Gemeinderats entsprechen könne die Vorlage zum Scheitern zu bringen und beantragen erneute Abstimmung

Darauf beschließt der Gemeinderat zuerst den zuvor gefassten Beschluss aufzuheben und dann mit Mehrheit den Entwurf anzunehmen.

## **1 April 1960**

### **§3 Einbau einer Ölheizung im Rathaus**

Nachdem diese Änderung vom Gemeinderat angeregt wurde war die Frage, was mit dem freiwerdenden Koksraum zu geschehen habe zu untersuchen.

In diesem Zusammenhang wurden auch Überlegungen darüber angestellt., wie die jetzt schon vorhandene Raumnot im Rathaus auf Dauer behoben werden kann. Zu diesem Zweck hat Architekt Kappler einen Planentwurf vorgelegt, der den Einbau von 2 Büroräumen im jetzigen Sitzungssaal und die Erstellung eines Anbaus an das Rathaus in der Parkstraße mit 2 weiteren Büroräumen und einem Sitzungssaal vorsieht. Außerdem wird daran gedacht, als Windfang durch Verglasung der Arkaden eine Vorhalle zu schaffen. Die Gemeinderäte sind sich darüber im klaren, dass mit den jetzt vorhandenen Büroräumen auf Dauer nicht auszukommen ist. Mit eine Verglasung der Arkaden können sie sich aber nicht anfreunden.

### **§4 Bebauung an der Lindenstraße**

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Bauvorhabens der Volksbank Pforzheim wird über den durch Herrn Kappler erstellten Ortsbauplan beraten.

Von den Gemeinderäten wird bezweifelt, dass eine einstockige Ladenzeile das richtige ist. Es wird aber auch die Notwendigkeit gesehen an der Lindenstraße ein Ortszentrum zu schaffen. Von einer Beschlussfassung wird abgesehen.

### **§6 Erstellung eines 8-Familienwohnhauses durch die Kreisbaugenossenschaft**

Die Kreisbaugenossenschaft stellt erhebliche öffentliche Mittel zu Erstellung eines Mehrfamilienwohnhauses in Aussicht. Das Gebäude soll in Gebiet Straßenäcker (Siedlung) erstellt werden.

### **§7 Ausbau der Poststraße**

Die Arbeiten zum Ausbau der Poststraße werden vergeben obwohl immer noch keine Einigung mit machen Grundstücksbesitzern zur Abgabe ihre Grundstücke erzielt werden konnte.

### **§8 Bebauung der Nordseite der Lindenstraße**

Nachdem der Gemeinderat bei der Bebauung auf der Nordseite der Lindenstraße Bedenken hatte, hat sich Dr. Stecher entschlossen seinen Neubau auf der gegenüberliegenden Seite der Straße zu erstellen auf dem schon eine genehmigte Baulinie vorhanden ist. (*Hinweis: es wird nun nicht mehr von einem Vorhaben der Volksbank gesprochen ?*) Der Gemeinderat stimmt dem zu und ist der Meinung von einer Aufstellung eines Ortsbauplanes Bereich Lindenstraße Nord vorerst abzusehen.

## **24 Juni 1960**

§7d Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Maßnahmen, die zur Einschränkung des Wasserverbrauchs getroffen werden mussten. Die große Pumpe im Luchsbrunnen ist ausgefallen. Die Lieferzeit eine neuen Pumpe beträgt 4 Wochen. Es wird empfohlen eine Resevpumpe vorrätig zu halten.

§7f Der hiesige Kunstmaler Max Reimer hat beim Bürgermeister darum gebeten, dass ihm die Gemeinde die von ihm im Kurhaus aufgehängten 2 Bilder abkauft. Es handelt sich um ein Landschaftsbild zum Preis von 700 DM und die Sonnenblumen zu 400 DM. Nach eingehender Beratung können sich die Gemeinderäte zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zum Kauf entschließen.

## **24 Juni 1960**

### **§3 Bürgerschaftsübernahmen**

Im Rahmen des soz. Wohnungsbaus hat die Gemeinde nach Gesetz einige vorgeschriebene Bürgschaften zu übernehmen. Hier werden die Mehrfamilienhäuser der Kreisbaugenossenschaft aber auch einige private Bauvorhaben aufgelistet.

### **19 Juli 1960**

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Bürgermeister darauf hin, dass er den Gemeinderäten eine Berechnung der durch die Realsteuerbefreiung der privaten Krankenanstalten entstehenden Steuerausfall habe zugehen lassen. Anlass war ein am 16. Juni 1960 im Bürgerfreund erschienener Artikel. Aus diesen Ausführungen muß der unbefangene Leser schließen, dass bisher zur Erlangung eines Ersatzes für den Realsteuerausfall nichts unternommen wurde. Nach Auffassung des BM ist diese Veröffentlichung erfolgt um seine Stellung zu untergraben.

### **§10 Einrichtung einer 4. Lehrstelle an der Volksschule**

Nach Aufstellung der Schule werden sich die Schülerzahlen von 127 im Juni 1960 auf 150 im Mai 1961 und 192 im Mai 1965 erhöhen. Der Stand für die Errichtung einer 4. Lehrstelle mit 150 Schülern wird im Mai 1961 erreicht. Der Schulraum soll im jetzigen Ausweichraum der Schule geschaffen werden. Der Antrag des Oberschulrats wird unterstützt.

### **5 August 1960**

#### **§1 Änderung der Stellensatzung**

Der Bürgermeister liefert eine Beratungsgrundlage in der festgestellt wird;

Die Bevölkerung hat in Schömberg von 1950 – 1960 von 1475 Einwohnern um 51,4% auf 2231 Einwohner zugenommen und ist damit die am schnellsten wachsende Kreisgemeinde. Gleichzeitig hat sich die Zahl der ständig anwesenden Patienten um 1000 auf 2200 Personen erhöht.

In Schömberg sind neben dem Bürgermeister, ein Beamter in der Bes.Gr. A8, 2 Angestellte bei der Gemeinde und 1,5 Angestellte bei der Kurverwaltung beschäftigt.

In Liebenzell werden neben dem Bürgermeister 2 Beamte in der Bes. Gr A9- A10, 5 Angestellte bei der Stadtverwaltung und 3 Angestellte bei der Kurverwaltung beschäftigt. Mit 4 weiteren Angestellten bei der Kurverwaltung sind insgesamt 15 Personen beschäftigt.

Ohne die Schaffung einer Stelle für einen gehobenen Beamten in Schömberg ist die anfallende Arbeit in nicht mehr ordnungsgemäß zu erledigen.

Diese Meinung wird vom Gemeinderat geteilt und die Stelle eines Oberinspektors geschaffen.

### **7 Oktober 1960**

#### **§1 Omnibushaltestelle am Leipziger Platz**

Es ist vorgesehen, an beiden Seiten der Lindenstraße je 3 m breite Ausbuchtungen als Omnibushaltestellen anzulegen und den Gehweg hinter diese Haltestellen zu verlegen.

#### **§5 Leichentransporte**

Landwirt Emil Klein hat die Leichenfahren mit Pferdefuhrwerk aufgekündigt. Der Bürgermeister ist der Auffassung, dass nun der Zeitpunkt gekommen sei, die Beerdigungen vom Friedhof aus durchzuführen und durch eine entsprechende Gemeindegatzung den Leichenhauszwang einzuführen. Der Vorschlag löst eine heftige Debatte aus. Es wird auf die lange Tradition der Leichenzüge vom Sterbehaus zum Friedhof hingewiesen. Im Friedhof stehen keine entsprechenden Räume für eine würdige Gestaltung der Beerdigung zur Verfügung. Herr Klein soll bewogen werden vorerst weiter zu machen und die Erstellung einer Leichenhalle auf dem Friedhof ins Auge zu fassen.

### **2 Dezember 1960**

#### **§1 Feststellung eines Ortsbauplans für das Gebiet Calmbacher- und Schillerstrasse**

Der Plan liegt vor und wird vom Gemeinderat beschlossen

#### **§5 Bestellung eines Ortsbaukontrollieurs**

Das Landratsamt hat dem Bürgermeisteramt nahegelegt, wieder einen Ortsbaukontrolleur zu bestellen. Dies wird vom Gemeinderat so beschlossen.

## 1961

### 5 Januar 1961

Der Bürgermeister gibt Rück- und Ausblick Gradmesser für die allgemeine Entwicklung der Gemeinde sind nach Auffassung des Bürgermeisters die Entwicklung des Kurbetriebs und die Bautätigkeit in der Gemeinde.

1960 kann man von Übernachtungszahlen von 796000 ausgehen was eine Steigerung von 5% bedeutet. 1959 sind bei der Gemeinde 78 Baugesuche eingegangen, 1960 sind 100 eingereicht worden.

Ob aber der vom Gemeinderat eingeschlagene Weg - Verhütung von Neubauten privater Krankenanstalten-richtig sei, bleibe dahingestellt. Die Kurheimbesitzer sollten sich entschließen die kleinen Häuser zu verbessern und zu vergrößern.

Von der Gemeinde sind 1960 folgende Vorhaben in Angriff genommen worden:  
Der Ausbau der Sammelkläranlage mit einem Kostenanschlag von 600.000 DM, der Ausbau der Poststraße, die Innenrenovierung des Rathauses, Straßenbeleuchtungen und Ortsbaupläne.

Gemeindesekretär Rapp ist zum Bürgermeister von Salmbach gewählt worden und ist aus dem Gemeindedienst ausgeschieden. An seiner Stelle ist Insp. Seewald eingestellt worden. Kassenverwalter Bühler ist jetzt voll beschäftigt.

Für die Zukunft sieht der BM folgende Aufgaben: Sicherung der Wasserversorgung, Verbesserung der Ortsstraßen, Schulhauserweiterung, Lehrschwimmbecken, Neuer Kindergarten.

### §3 Erstellung einer Privatkrankenanstalt auf Parz. 157 – Talstraße

Prof. Levenas möchte auf diesem Grundstück eine nach modernsten Gesichtspunkten eingerichtete Privatkrankenanstalt errichten in dem Kriegsversehrte TBC-Kranke untergebracht werden sollen. Der Antragsteller würde alle Erschließungskosten selbst tragen und außerdem ein Grundstück der Gemeinde zur Anlage einer Wintersportanlage zur Verfügung stellen.

### 17 Februar 1961

§1 Kurt Bauer übernimmt die Stelle des Kläranlagenwärters. Er scheidet deshalb aus dem Gemeinderat aus.

### §8 Bauantrag der neuapostolischen Kirche

Die neuapostolische Kirche beabsichtigt am Römerweg einen Gemeindehausneubau zu errichten.

### §10 Herr Ölschläger beabsichtigt die Eröffnung eines Beerdigungsinstituts.

### 3 März 1961

#### § 1 Haushaltsplan 1961

Einwohner 30. 6 1960 – 2329 (+140), Übernachtungszahlen 1960 797270 (+40454)  
Schuldenstand auf 1. 4 1961 – 991000 DM

#### §4 Verlegung des Müllplatzes

Dem Schwarzwaldsanatorium der BVA entstehen durch die Lage des Müllplatzes erhebliche Belästigungen insbesondere durch Fliegen. Es wird angeregt den Platz zu verlegen. Es wird ein Platz unterhalb der Sammelkläranlage ins Auge gefasst.

#### §5 Änderung der Ortsbausatzung für das Gebiet Stockäcker

Es ist ein Baugesuch von Herrn Eckert aus Stuttgart zur Erstellung eines Sanatoriums eingegangen. In einem Schreiben mehrerer Schömberger Bürger wird beantragt derartige Einrichtungen in diesem Gebiet nicht zulassen. Die Entscheidung wird in den nicht öffentlichen Teil der Gemeinderatsitzung verschoben.

#### **7 April 1961**

##### **§1 Haushaltsplan, 2te Lesung**

Einnahmen und Ausgaben 1961 – 789929 DM. Es sollen in 1961 keine neuen Schulden aufnehmen.

##### **§3 Wasserabgabesatzung**

Das Landratsamt hat Bedenken zur Wasserabgabesatzung angekündigt. Bedenken bestehen gegen die Staffelung der Gebühren. Hier wird eine Ungleichbehandlung gesehen.

##### **§4 Vereinbarung mit der Schwarzwaldwasserversorgung**

Es wird festgestellt, dass die Gemeinde Schömberg bereits seit dem 31. 5 1929 Mitglied des Gemeindeverbandes ist.

Der Gemeindeverband liefert auf Verlangen 5s/l Wasser, Zu einer Mindestabnahme ist die Gemeinde nicht verpflichtet.

Die Gemeinde erstellt die zur Übernahme notwendigen Anlagen.

#### **6 Juni 1961**

Architekt Kappler erläutert einen vorgesehen Küchenanbau an das Kurhaus. Die Kosten sollen sich auf 25.000 DM belaufen.

Eine Diskussion ergibt sich über die Frage, von wem die die sog. Schuläcker für die Gemeinde erworben wurden. Der BM vertritt die Meinung, dass diese schon 1854 erworben wurden. GR Natzke ist der Meinung dass dies in der Amtszeit von BM Hermann geschehen ist. Die Frage soll anhand der Grundbücher geklärt werden.

##### **§3 Sportplatzbeleuchtung**

Der TSV hat die Bitte vorgetragen, den Sportplatz zu beleuchten. Das Abendtraining in der Gymnastikhalle sei wegen deren Größe nur schwer möglich.

Die Angelegenheit soll weiter betrieben werden.

##### **§4 Weitere Eindolung des Eulenbachs**

Der BM erinnert daran, dass der Gemeinderat der Eindolung des Eulenbachs grundsätzlich zugestimmt habe. Vom Fachleuten des SAG Ulm und vom Regierungspr. wird eine weitere Bacheindolung dringend empfohlen. Die Gemeinderäte schließen sich diese Auffassung an und beschließen dies. *(Es wird hier nicht erwähnt um welchen Bereich es sich handelt)*

#### **7 Juli 1961**

##### **§3 Pachtvertrag mit dem derzeitigen Pächter Haxel**

Herr Haxel hat den Pachtvertrag bisher noch nicht unterschrieben, weil er eine andere Wohnung von der Gemeinde will. Vor Baubeginn der Küche muss ein Pachtvertrag mit Herrn Haxel zustande gekommen sein.

##### **§5 Friedhofserweiterung**

Bereits vor 10 Jahre ist eine Friedhofserweiterung ins Auge gefasst worden. Es stehen jetzt nur noch 20 Grabstellen zur Verfügung.

Es wird über mögliche Grundstücke zu Erweiterung gesprochen. Es soll ein Landschaftsarchitekt mit der Aufgabe betraut werden das bisherigen Friedhofsgelände zu überprüfen und über eine Erweiterung des Friedhofs und den Standort einer Friedhofskapelle Vorschläge zu machen.

#### **4 .August 1961**

##### **§5 Bauvorhaben des Vereins für Volkshelstätten auf dem Bühl**

Der Verein plant ein Rehabilitationszentrum mit einem 5 stockigen Wohnheim mit 70 Betten und einem Wirtschaftsgebäude. Dem Planverfasser wird zu verstehen gegeben, dass ein 5 stockiger Bau auf dem höchsten Punkt Schömbergs als abwegig angesehen wird.

#### **§11 Verfassungsmäßigkeit der Einwohnersteuer**

Das die Verfassungsmäßigkeit der Einwohnersteuer in Frage steht, beschließt der Gemeinderat die Steuer für das Rechnungsjahr 1961 auszusetzen.

#### **§13b Umgehungsstraße**

Nach Eingabe der Gemeindeverwaltung teilt das Straßenbauamt Calw mit, dass die Entwurfsplanung für die Umgehungsstraße in Aussicht genommen sei. Der Bürgermeister stellt mit Genugtuung fest, dass die Angelegenheit zumindest wieder ins Rollen gebracht worden sei.

### **8. September 1961**

#### **§6 Wünsche der Einwohner der Tannmühle**

Von den Bewohnern des Ortsteils Tannmühle sind einige Wünsche an das Bürgermeisteramt herangetragen worden. So hätten sie gerne eine Anschlagtafel für die Schömberger Bekanntmachungen und eine Sondererlaubnis zur Befahrung der Privatstraße über den Bühl.

### **1 Dezember 1961**

#### **§4b Bildankauf von Kunstmaler Max Reimer**

Nach dem Herr Reimer nochmals mit der Bitte an die Gemeinde herangetreten ist, zwei weitere der im Kurhaus aufgehängten Gemälde zu erwerben, wird beschlossen, ihm ein Landschaftsgemälde abzukaufen.

#### **§4d Bauvorhaben des Vereins für Volksheilstätten**

Das Projekt ist dem Ersuchen den Bürgermeisteramtes entsprechend überarbeitet worden. Eine Stellungnahme des Kreisbaumeisteramtes Calw liegt noch nicht vor. Der Bürgermeister gibt zu erkennen, dass die gegenwärtige Versorgungslage, vor allem beim Wasser, größere Projekte nicht mehr zulasse. Frühestens in 3 Jahren könne die in Angriff genommenen Sanierung soweit fortgeschritten sein, daß auch die Versorgung zusätzlicher großer Anstalten garantiert werden könne.

Da die Kurtaxordnung die Patienten der Volksheilstätten von der Kurtaxpflicht ausnimmt und seither nur ein Verwaltungskostenbeitrag von 700 DM entrichtet wurde, ist das Bürgermeisteramt an den Verein mit dem Ersuchen um eine angemessene Beteiligung herangetreten.

#### **§4e Baugrundstück Levenas**

Der Erwerber hatte sich seinerzeit, aus Anlass seines Antrags zur Befreiung nach Art. 1a BauO. für das vom ihm erworbene Gelände zur Errichtung einer Heilstätte bereit erklärt die Parz. 157/4 mit ca. 28a an die Gemeinde Schömberg zu Errichtung einer Wintersportanlage zu übereignen. Er ist nun bereit dies vertraglich zu regeln.

Ende des Bandes 20. 4 1956 – 1. 12 1961

## **1962**

### **5. Januar 1962**

Bürgermeister Brenner würdigt aus Anlass des 80. ten Geburtstages des jetzigen Ehrenbürgers Gustav Hermann dessen Verdienste zur jetzigen Weltgeltung der Gemeinde Schömberg als heilklimatischer Kurort.

#### **§ 4 Haushaltsplan und Haushaltssatzung 1962 -1 Lesung.**

Es sind Straßen und Gehwegarbeiten im Bereich Schwarzwald- Schiller- Liebenzeller und Lindenstraße sowie des Römerwegs in Höhe von 167.000 DM vorgesehen.

Es sollen erste Rücklagen für die Erweiterung der Schule gebildet werden.

### **2. Februar 1862**



## **§ 2-d Bausachen, Baugenehmigungsantrag Maria Zajac**

Frau Zajac möchte den hinter dem Gebäudegrundstück Talstraße 83 gelegenen Schweinestall durch einen Anbau vergrößern. Nachbarn wehren sich. Muss noch geklärt werden.

## **§ 4-a Anfrage wegen Sanatoriumsneubau**

Beim Bürgermeisteramt ist die Anfrage nach einem Gelände für eine größeren Sanatoriums eingegangen. Von Gemeinderäten wird starkes Bedenken gegen die Erstellung größerer Sanatorien durch ortsfremde Personen vorgetragen, die die seitherigen Kurheime verdrängen. -Es sollen Erkundigungen eingezogen werden.

## **9. März 1962**

### **§ 1 Baugesuch des Vereins für Volkshelstätten**

Der Gemeinderat stimmt dem Bauantrag für ein 5 stockiges Patientenwohngebäude und weiteren Wirtschaftsgebäuden zu.

### **§ 7 Ausstellungshalle des Kleintierzüchtervereins**

Der Gemeinderat stimmt dem Baugesuch auf Gemeindegelände zu und gibt einen Zuschuss von 1000 DM.

### **§ 12 Kindergarten**

Das Kreisjugendamt hat den Kindergarten besichtigt und schlägt vor:

Die Kinderzahl auf 50 angemeldete Kinder zu beschränken.

Den Elternbeitrag auf 10 DM /Monat zu erhöhen. - Der GR beschließt die Beschlussfassung zurückzustellen.

## **6. April 1962**

### **§ 1 Feuerwehrkommandant**

Die Freiwillige Feuerwehr Schömberg hat am 22. 3. 1962 als Nachfolger von Kommandant Ulrich Großmann, Herrn Schlossermeister Gustav Wacker gewählt und als dessen Stellvertreter Schlossermeister Herbert Stoll bestimmt. - Der Gemeinderat stimmt dem zu.

### **§2 Ehrung des ausscheidenden Kommandanten**

Ulrich Großmann war 40 Jahre aktives Mitglied der Feuerwehr und von 1938 an deren Kommandant. Es wird beschlossen ihm die Eigenschaft eines Ehrenkommandanten zu verleihen.

### **§ 4 Kindergarten – Beschränkung der Besucherzahl**

Die Kindergärtnerin Frl. Pauly hat dem Bürgermeister gegenüber erklärt, daß im Augenblick zu viele Kinder den Kindergarten besuchen würden und daß sie unter diesen Umständen die Verantwortung ablehnen müsse. Frl. Pauly hat aus eigenen Stücken die Aufnahme eines 3 Jährigen Kindes verweigert, worauf die Mutter sich beim Bürgermeister beschwerte. Dieser verweist auf ein älteres Protokoll des Kreisjugendamts Calw wonach 80 Kinder aufgenommen werden könnten sofern die notwendigen Aufsichtspersonen vorhanden sind. Zur Zeit sind 60 Kinder angemeldet. (Hinweis: Es geht hier noch um den alten Kindergarten bei der Herdgasse)

Es wird beschlossen:

- a. Festzustellen, dass die Besucherzahl zu groß sei. Abhilfe soll auf irgendeine Weise geschaffen werden.
- b. Die Stelle einer jüngeren 3. Kraft soll ausgeschrieben werden:
- c. Das Schulgeld auf 2,00 bis 6,00 DM verdoppelt werden.

### **§ 5 Ortswerbesehrift**

Ein geeigneter Werbefragiker soll Vorschläge für eine Ortswerbesehrift ausarbeiten.

### **§ 7-d Ausbau der Schillerstraße**

Nachdem die Anlieger der Abtretung der notwendigen Flächen zum Preis von 5 DM/m<sup>2</sup> zugestimmt haben kann mit dem Ausbau der Straße begonnen werden.

## **4. Mai 1962**

## **§ 5 Verlegung des Kleingolfplatzes**

Der Gemeinderat war überein gekommen den Kleingolfplatz durch die Einbeziehung der neu erworbenen Teilstücke Parz. 271/2 und 271/4 zu erweitern. Das hat die Missbilligung des Herrn Dr. Fickert gefunden, dessen Privatsanatorium unmittelbar angrenzt.

Es wird die Verlegung des Kleingolfplatzes in die Nähe des Bismarkdenkmals vorgeschlagen, erörtert und beschlossen. Dies Arbeiten sollen von der Kurgärtnerei ausgeführt werden.

## **§ 7a Brunnenwiesenquelle**

Bei der Verlegung der Kanalisation im Kirchweg ist die Brunnenwiesenquelle, deren genau Lage erst ermittelt werden musste, neu gefasst worden. Das letzte Untersuchungsergebnis der VEDEWA ist sehr günstig ausgefallen.

## **8. Juni 1962**

### **§ 1 Feststellung der Jahresrechnung Rumpffjahr 1961**

Einnahmen: 991.248 DM, Ausgaben: 883.741 DM

Schuldenstand: 855.730 DM

### **§ 2 vorläufige Feststellung der Gesamtkosten der Sammelkläranlage**

Die Kosten werden sich auf ca. 791.000 DM erhöhen.

### **§ 4-2 Bauleitpläne, „Schömberg Mitte“**

Die bereits seit längerer Zeit bekannten Neubauabsichten der BfA auf dem Gelände des Sanatorium Schwarzwaldheims machen eine Aufstellung eines Bauleitplans für dieses Gebiet zwischen Liebenzeller- und Talstraße notwendig.

### **§ 6 Gemeindehaus der Neuapostolischen Kirche**

hier Versorgungsleitungen für den Neubau am Römerweg.

### **§ 7 Müllplatzverlegung**

Gutachten des geologischen Landesamtes zu möglichen Plätzen wie Eulenbachtal oder Ulrichswald.

## **6 Juli 1962**

### **§ 2 Ausbau der Wasserversorgung**

Auf der Gemarkung Oberlengenhardt soll ein Hochbehälter mit 500 m<sup>3</sup> Nutzinhalt gebaut werden.

Es muß mit Gesamtkosten in Höhe von 335.000 DM gerechnet werden. Dagegen stehen im Haushaltsplan nur 200.000 DM.

### **§ 3 Gemeinde Klingenberg, Kreis Dresden**

Die sowjetzonale Gemeinde hat dem Bürgermeisteramt erneut einen Flugblatt zugehen lassen, in dem die Zustände in der Bundesrepublik aufs heftigste kritisiert werden. Der Gemeinderat lehnt die Kenntnisnahme einstimmig ab.

## **7 Sept. 1962**

### **§ 2 Küchenanbau beim Kurhaus**

Hier Bauvergaben

### **§ 3 Bebauungsplan „Stockäcker“ - Bereich: Park- Linden- Post- und Waldstraße**

zum wiederholten Male wird hier auf Einzelprobleme eingegangen

### **§ 6 Anschluß des Sanatoriums Charlottenhöhe an die Gemeindewasserversorgung**

Die Eigenwasserversorgung der Klinik ist verunreinigt. Das Wasser wird auf längere Zeit ungenießbar bleiben. Vorläufig wird die Klinik über eine Schlauchleitung von der Hardtbergquelle aus versorgt.

Es wird beschlossen, dem Verein für Volksheilstätten den endgültigen Anschluß des Sanatoriums an die Hardtbergquelle zu genehmigen. Bedarf ca. 1l/sec.

### **§ 8-1 Briefzustelldienst**

Das Postamt Neuenbürg teilt mit, daß der Nachmittagszustelldienst in Schömberg wegen Personalmangels ab 1. Okt. wegfallen müsse.

### **§ 8-2 Ausbau Liebenzeller Straße**

Das Straßenbauamt Calw teilt mit, daß das Regierungspräsidium bereit ist. Den Ausbau der Liebenzeller Straße als Ortsdurchfahrt 1963 auszuführen.

## **5. Oktober 1962**

### **§ 6 Anschluß der Gemeinde Langenbrand an die Sammelkläranlage**

Die Gemeinde Langenbrand hat über das Wasserwirtschaftsamt angefragt, ob ihr Kanalnetz an die neuerbaute Sammelkläranlage Schömberg angeschlossen werden könne. Die Behörde befürwortet diesen Anschluss. Von Seiten Schömberg bestehen Bedenken bezüglich der Kapazität vor allem beim Schlammanfall. Der Betrieb soll vorerst noch ein Jahr beobachtet werden.

### **§ 7 Verlegung des Müllplatzes**

Es wird ein Platz unterhalb der Kläranlage diskutiert.

### **§ 11-5 Ausbau des Römerwegs**

Auf Anfrage haben sich die Grundstücksanlieger am Römerweg nicht bereit erklärt, die zur Errichtung des Straßenbaus fällig werdenden Erschließungsbeitrag zu übernehmen. Die Anwohner stehen auf dem Standpunkt, daß die auszubauende Straße in erster Linie dem Privatsanatorium Dr. Schlitz KG dienen wird. Der GR beschließt den Straßenbau zurück zustellen.

## **2 November 1962**

### **§ 3 Verlegung des Müllplatzes**

Nach Anfrage bei der unteren Wasserbehörde bezüglich der Verlegung des Müllplatzes auf einen Platz unterhalb des Klärwerks hat diese eine reichlich unverbindliche Stellungnahme abgegeben.

Da das Schwarzwald-Sanatorium vertreten durch Herrn Dr. Klein für die Verlegung Druck macht, soll der Müllplatz unter Bedingungen an den vorgesehenen Platz verlegt werden.

Die BVA (Bundesbahnversicherungsanstalt) hat sich verpflichtet, die für die Verlegung aufzuwendenden Kosten zu übernehmen.

### **§5 Wasserversorgung Charlottenhöhe**

Entgegen des Beschlusses vom 7. 9 1962 wird auf eine alte Vereinbarung zurückgegriffen nach der die Heilstätte die Anschlussleitung zur Hardtbergquelle selbst herstellt und der Gemeinde einen Betrag von ca. 30900 DM bezahlt. Dafür muß die Heilstätte keine laufenden Wassergebühren bezahlen.

### **§ 6 Anschaffung einer Rechenmaschine**

Es hat sich als notwendig erwiesen, daß neben der vorhandenen Additionsmaschine eine vollautomatische Rechenmaschine beschafft wird, mit der auch multipliziert werden kann. Preis 1430 DM

### **§8-7 Eröffnung von Alters- und Pflegeheimen in Schömberg**

In den früheren Kurheimen für Lungenkranke „Haus Menges“ und „Haus Daheim“ sind Alten- Wohn- und Pflegeheime eröffnet worden. Nach Rückfrage beim Landratsamt Calw besteht für derartige gewerbliche Betriebe keine Genehmigungspflicht.

## **22. November 1962**

### **§ 2 Verlegung des Müllabfuhrplatzes**

Chefarzt Dr. Klein ist mit den vorgehenden Bedingungen und Kosten für das Schwarzwald-Sanatorium nicht einverstanden und hat dies mit deutlichen Worten dem Bürgermeister bekannt gemacht und unterstellt eine Böswilligkeit des Gemeinderats. In einem 2 seitigen Protokoll wird auf die Probleme eingegangen. Die Gemeinde gibt in manchen Bereichen nach.

## **7. Dezember 1962**

§ 1 Verabschiedung der ausscheidenden, sowie Einführung und Verpflichtung der neugewählten GR neu gewählt wurden: Hermann Keppler, Walter Maisenbacher, Dr. Willy Stecher, wiedergewählt wurden: Gustel Bäuerle und Heinz Natzke. Ausgeschieden sind: Alfred Kling, Dr. Werner Olig und Wilhelm Rentschler. Der Gemeinderat besteht aus 10 Mitgliedern.

## 1963

### 4 Januar 1963

#### §1 Haushaltsplan 1963 – 1. Lesung-

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß das Land Baden-Württemberg ein Staatsdarlehen in Höhe von 150.000 DM zum Bau des Kurhauses in einen Zuschuß umgewandelt hat. Die Finanzierung des Kurhauses stellt sich nun wie folgt dar.

Gesamtherstellungskosten:	1.366.148 DM
Eigenmittel	515.148 DM
Darlehen	500.000 DM
Spenden	1.000 DM

Der Bürgermeister vermittelt ein Bild über die Vermögens- und Finanzlage:

Der Schuldenstand Ende 1962 beläuft sich auf 716.072 DM abzüglich der 150.000 DM Kurhausdarlehen. Im ordentlichen Haushalt werden 1.222.825 DM vorgesehen. Im außerordentlichen Haushalt 249.000 DM vor allem für den Ausbau der Wasserversorgung.

#### § 6

Es wird hier auf die Reaktion einer Denkschrift an verschiedene Persönlichkeiten und Institutionen im Bezug auf die Probleme Schömberg als Tuberkulosekurort eingegangen. Desweiteren wird die Möglichkeit eines Hochschulanatoriums für Schömberg erörtert.

### 1 Februar 1963

#### § 2 Schulhauserweiterung - Architektenwettbewerb-

Der Bürgermeister gibt ein Schreiben des Bezirksschulamts Calw zur Kenntnis, in dem ein Raumprogramm für die Schulhauserweiterung umrissen wird.

Es wird beschlossen:

Das Raumprogramm erst später festzulegen.

Es wird ein Architektenwettbewerb veranstaltet.

#### § 5 Erhöhung des Eigenkapitals der Kurverwaltung

Die Umwandlung des Kurhausdarlehens in einen Zuschuss ist an die Bedingung geknüpft, daß der Gesamtbetrag von 150.000 DM dem Eigenkapital des Eigenbetriebs Kurverwaltung zugeführt wird. Das Eigenkapital der Kurverwaltung wird sich dadurch von 235000 DM auf 385000 DM erhöhen.

#### § 7 Ausbau Römerweg - Straßenbaumaßnahmen -

Die Herren Dr. Schlitz und Niehmüt weisen in einer persönlichen Vorsprache darauf hin, daß der Römerweg dringend ausgebaut werden müsse.

Die Frage: Soll der Straßenbau gegen den Willen der Grundstückseigentümer ausgebaut werden, oder soll ggf. nur eine Teilausbau erfolgen?

Beschluss: Der Römerweg soll vollständig ausgebaut werden, sobald die Eigentümer dem Ausbau zustimmen.

Der Vorsitzende wird beauftragt, die erforderlichen Verhandlungen zu führen.

### 5 April 1963

#### § 1 Müllverwertungsanlage Pforzheim

Die Stadtverwaltung regt eine gemeinsame Müllverbrennungsanlage an. Die Frage wird ausgiebig diskutiert. Es wird beschlossen an weiteren Verhandlungen teilzunehmen.

#### § 4 Ausbau der Wasserversorgung

Die Fassung der Tannwiesenquelle und die Druckleitung bis zum Hochbehälter soll mit einem Aufwand von 346.000 € gebaut werden.

## **§ 5 Ausbau Römerweg**

Architekt Paul Raible legt den Vorschlag vor, den Römerweg entlang des Grundstück der Dr. Schlitz KG und den Ortswegs bis zur Talstraße auszubauen. Ein Ausbau Richtung Wiesenweg ist nicht möglich, da Grundstückseigentümer dies ablehnen. In der Diskussion wird darauf hingewiesen, daß das Interesse vor allem bei der Dr. Schlitz KG liegt und man den normalen Steuerzahler nicht belasten dürfe.

Beschluss: Die Straße auszubauen, wenn sich die Dr. Schlitz KG an den Kosten beteiligt.

**8 Mai 1963**

## **§ 3 Baugenehmigung Waldsanatorium**

Das Waldsanatorium möchte ihr Hauptgebäude Dr. Schröder-Weg 12 erweitern. Dem wird zugestimmt.

**7 Juni 1963**

## **§1-b Dienstwohnung**

Der Bürgermeister hatte beantragt die freigewordenen Räume im Dachstock des Rathauses seiner Dienstwohnung zuzuschlagen. Der Gemeinderat setzt sich mit dem Problem eines Wartezimmers für das Bezirksnotariat auseinander.

## **§2 Bebauungsplan „Schömberg Mitte“ für das von der Liebenzeller- Haupt- Tal- und Brunnenstraße umschlossene Gebiet**

Es werden die Bedenken der Grundstückseigentümer vor allem im Bereich Brunnengässle aufgeführt. Im wesentlichen Ablehnung.

## **§ 6 Belegung des Kurortes**

Der Vorsitzende berichtet, daß durch die Herausgabe der Denkschrift die Problem an kompetenter Stelle aufgezeigt und zur Sprache gebracht wurden. Daß das Ergebnis im gesamten gesehen, doch keinen greifbaren Erfolg gebracht hat.

**4 Juli 1963**

## **§ 1 Feststellung des Rechnungsergebnisses 1962**

Der ordentliche Haushalt schließt mit Einnahmen von 1.502.256 DM und Ausgaben von 1.502.352DM

**2 August 1963**

## **§ 1 Umgemeindung Ortsteil Tannmühle nach Calmbach**

Bürgermeister Widmer von Calmbach und Direktor Dorsch von der Fa. Gauthier haben in einen persönlichen Gespräch erneut die Umgemeindung des Ortsteils Tannmühle nach Calmbach angeregt. Der Antrag ist schriftlich fixiert. In den vorwiegend werkseigenen Wohnungen leben durchweg Arbeiter der Fa. Gauthier. Die Verbindungen zu Tannmühle sind schlecht.

Fragen zu den finanziellen Auswirkungen werden aufgeworfen.

Es wird beschlossen, Verhandlungen aufzunehmen.

## **§ 4 Bebauungsplan: Erweiterung Lauchbusch**

Personalwohnhäuser der Bundesbahnversicherungsanstalt auf der Parz. 131/2

## **§8-2 Ausbau des Brunnengässle**

Die Anlieger lehnen die Hergabe jeglicher Fläche ab und fordern die Entfernung eines von der Gemeinde angebrachten Verkehrsschildes.

Daraufhin hat der Bürgermeister festgestellt, daß die Wegfläche grundbuchmäßig nicht erfaßt ist. Die fraglichen Grundflächen sollen ggf. angeboten werden mit dem Ziel, sie der Gemeinde zuzuschlagen.

**20. September 1963**

## **§ 3 Veranstaltungen im Kurhaus**

Der Bürgermeister weist nach, daß kulturell anspruchsvolle Veranstaltungen im Kurhaus sehr schwach besucht werden und unter diesen Umständen Zuschüsse von der Kurverwaltung erfordern, die bald nicht mehr zu rechtfertigen sind. Mit Erstaunen muss festgestellt werden, daß die einheimische Bevölkerung praktisch gar nicht an Veranstaltungen teilnimmt. Das muß um so mehr überraschen, als vor dem Kurhausbau der Ruf nach einem Kulturzentrum laut geworden war.

Gemeinderat Natzke vermisst die Operetten des Stadttheaters Pforzheim. Dr. Polster glaubt, daß die Werbung für die Veranstaltungen nicht im notwendigen Umfang durchgeführt wurden. Der Vorsitzende gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß insbesondere von Seiten der Ärzteschaft kaum Interesse am Veranstaltungsprogramm der Kurverwaltung gezeigt wird und teilweise Patienten durch Verbote vom Besuch abgehalten werden.

Es wird beschlossen, die Werbung erfolgsversprechender durchzuführen und auf solche Veranstaltungen zu setzen, die auf hinreichende Beteiligung rechnen können.

## **§5-2 Neubau eines ev. Pfarrhauses**

Der Vorsitzende bezeichnet den Beschluss des ev. Kirchengemeinderats Schömberg, die augenblickliche Planung des Staatl. Hochbauamts abzulehnen und stattdessen die Renovierung des alten Pfarrhauses vorzuziehen als eine Art Kurzschlussreaktion. Selbst dann, wenn man sich mit der derzeitigen Planung nicht einverstanden erklären könne, so solle die Renovierung des alten Gebäudes nicht in Erwägung gezogen werden. Diese Lösung wäre natürlich für den Staat viel billiger.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die BfA für die Verwirklichung ihrer Neubauabsichten das Verschwinden des Pfarrhauses ausbedungen hat.

Es wird beschlossen, den ev. Gemeinderat zu bitten, mit allen Mitteln auf einen Neubau hinzuwirken

## **8. November 1963**

### **§ 1 Friedhofserweiterung**

Gartenarchitektin Bott-Bächtle hat 2 Vorschläge unterbreitet. Sie unterscheiden sich im Wesentlichen dadurch, daß die eine Lösung die Erweiterung der bestehenden Leichenhalle vorsieht, während die andere eine Neubau für den geplanten sakralen Raum an der Nahtstelle zur in Frage kommenden Erweiterungsfläche ins Auge fasst. Als Erweiterungsfläche ist die Staatswaldparzelle 267/1 vorgesehen. Die Vor- und Nachteile der Vorschläge werden besprochen und beschlossen der Erweiterung der alten Leichenhalle den Vorzug zu geben.

### **§ 2 Erhebung Einwohnersteuer**

Nachdem das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, daß für das Gebiet des ehemaligen Landes Württemberg-Hohenzollern die Erhebung von Einwohnersteuer mit dem Grundgesetz vereinbar ist, soll diese für Schömberg wieder erhoben werden. Der Bürgermeister hält das jährliche Aufkommen von ca. 8500 DM für finanzpolitisch sehr wesentlich. Es wird darüber diskutiert, ob auch für die Jahre 1961 und 1962 die Steuer nachgefordert werden soll. Es wird beschlossen die Einwohnersteuer ab dem Jahre 1962 wieder zu erheben.

### **§ 6 Satzung über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit**

Der Württ. Gemeindetag hat vorgeschlagen die Durchschnittssätze über die Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeit verbindlich festzulegen und zu erhöhen,

GR Natzke stellt den Antrag, es bei der seitherigen Regelung zu belassen. Er weist darauf hin, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit grundsätzlich nicht honoriert werden sollte. Das findet die einhellige Zustimmung der Gemeinderatsmitglieder.

## **11 November 1963 – in der Oberklasse des Schulhauses**

### **§ 1 Architektenwettbewerb -Schulhauserweiterung-**

Das Preisgericht hat den 1. Preis dem Architekten Rolf Metzger aus Neuenbürg zugesprochen. Es wird bedauert, daß die ortsansässigen Architekten nicht zum Zuge kamen. Der 1. Preisträger erhält den Planungsauftrag.

## **6. Dezember 1963**

## **§ 1 Schulhauserweiterung**

Architekt Rolf Metzger hat seinen Entwurf ergänzt und erneut vorgelegt.  
Es werden die Aufträge für weitere Ingenieurleistungen vergeben.

## **§ 6 Errichtung einer 5. Lehrstelle an der christlichen Gemeinschaftsschule**

Der Oberschulrat der chr. Gemeinschaftsschule hat beschlossen einen Antrag auf Errichtung einer 5. unständigen Lehrstelle zu stellen.

Zum Schulbeginn im Frühjahr 1964 ist mit 190 Schülern zu rechnen, was wiederum bedeuten würde, daß die . in der Klasse 1 zusammengefassten ersten beiden Schuljahre mit 68 Kinder und die Klassen 3 und 4 - 52 Kinder umfassen würde. Diese hohen Schülerzahlen unterstreichen die Notwendigkeit einer weiteren Lehrkraft.

## **§ 7-3 Krankenpflegeverein**

Der Krankenpflegeverein hat sich zur Aufgabe gemacht, eine Gemeindegewerstation zu unterhalten, um so kranke Mitglieder zu betreuen. In letzter Zeit hat sich erwiesen, daß die Mitgliedsbeiträge zur Bestreitung der anfallenden Aufwendungen bei weitem nicht mehr ausreicht.

Der Bürgermeister ist der Meinung, daß die Krankenpflege so wesentlich ist, daß ein Gemeindebeitrag von 2000 DM verantwortet werden kann, Voraussetzung daß die Mitgliedsbeiträge angemessen heraufgesetzt werden. Dem wird entsprochen.

# **1964**

am 11. Januar 1964 findet eine Bürgerversammlung im Säulensaal des Kurhauses statt.

Einwohnerzahl ist von 2422 auf 2559 am 23.6.1963 gestiegen,

Die Kosten des Schulhausbaues werden auf 1,6 Mill, DM geschätzt

Der Anteil der Gemeinde an den Kosten zum Ausbau der Ortsdurchfahrt in Höhe von ca. 1 Mill, wird auf 136.000 DM geschätzt.

Die Kläranlage braucht einen weiteren Faulturn

In der Talstraße soll ein Kindergartenneubau mit Gesamtkosten von ca. 234.000 DM errichtet werden. Das notwendige Grundstück wurde von den Geschwistern Öhlschläger im Dez 1963 erworben.

Der Preis für Wasser wird von 30 auf 40 Pfennig erhöht. Der Preis für Abwasser beträgt 25 Pfennig.

Der Bürgermeister geht auf die Belegungsschwierigkeiten in Schömberg ein. Er ist der Auffassung, daß auf lange Sicht man sich nicht der Notwendigkeit verschließen kann, neben kranken Kurgästen auch gesunden Erholungsuchenden Einrichtungen zu bieten, die sie zu einem Urlaubsaufenthalt verlocken könnten.

## **§ 3 Neubau eines Kindergartens**

Nach dem Tauschvertrag mit den Geschwistern Öhlschläger muß die Gemeinde den alten Kindergarten bis zum 2.1. 1965 räumen. Das bedeutet, daß die Gemeinde im Laufe dieses Jahres einen neuen Kindergarten planen und bauen muss.

Der Vorsitzende schlägt vor, einen Bau für 100 Kinder zu erstellen, eine 2-Zimmerwohnung für die Kindergärtnerin und eine 3-Zimmerwohnung für einen Gemeindebeamten oder Lehrer zu planen.

In der Diskussion wird die Größe für 100 Kinder für weit ausreichend gehalten, da zur Zeit nur 80 Kinder angemeldet und im Durchschnitt nur 60 Kinder anwesend sind.

## **§ 5 Bauleitplanung für die Flurstücke 157/3 und 157/4 -Breitenäcker-**

Herr Prof. Levenas hat die von Ihm erworbenen Grundstücke weiterveräußert unter der Bedingung daß dieses Gelände mit Wohnhäusern bebaut werden darf. Die Interessenten haben sich bereit erklärt, die gesamten Erschließungskosten zu übernehmen.

Die Gemeinde wird zu den genannten Bedingungen einen Bauleitplanentwurf erstellen.

## **§ 6 Friedhofserweiterung**

Der Friedhof soll durch Ausdehnung auf die Parz. 267/1 vergrößert werden. Die Verwendung des in Aussicht genommenen Grundstück ist nur durch Drainierung möglich. Es soll Gemeindewald als Tauschobjekt angeboten werden.

#### **14. Februar 1964**

##### **§ 1 Feststellung des Haushaltsplans**

Die Vorplanungen des Architekturbüros Kappler zum Kindergarten ergeben eine deutliche Erhöhung der Baukosten auf ca. 450.000 DM. Auch die Baukosten für den Schulhausneubau steigen an und könnten die Summe von 2 Mill. Erreichen. Evtl. muß der Kindergartenbau zu Gunsten des Schulneubaus eingeschränkt werden.

Es wird befürchtet, daß die Müllabfuhrgebühren nicht in genügender Höhe eingehen werden, da die Bevölkerung durch alle möglichen Tricks versucht, den Erwerb von Gebührenstreifen zu umgehen.

Der ordentliche Haushalt für 1964 wird festgestellt	mit 990.721 DM
Der Erfolgsplan der Wasserversorgung	mit 141.000 DM
Der Erfolgsplan der Kurverwaltung	mit 292.000 DM
der außerordentliche Haushalt	mit 756.000 DM

#### **13. März 1964**

##### **§ 2 Kindergartenneubau**

Nach Besichtigungen war der Gemeinderat übereingekommen, daß der Kindergartenneubau 3 Gruppenräume erhalten soll. Es wird von einem Gesamtaufwand von 520.000 DM ausgegangen.

#### **8. Mai 1964**

##### **§ 1-2 Sammelkläranlage, - Anschluß der Gemeinde Langenbrand**

Der Gemeinderat Langenbrand hat sich für einen Anschluß an die Schömberger Kläranlage ausgesprochen. Inzwischen liegt die Planung der Kanalisation der Gemeinde Langenbrand und ihren Anschluß über das Gelände des Schwarzwaldsanatoriums vor. Der Vorsitzende stellt fest, daß die Gemeinde Langenbrand sowohl einen einmaligen Beitrag als auch jährlich Anteilsbeiträge an den Betriebskosten leisten muß. Der Gemeinderat stimmt diesem Anschluß zu.

##### **§ 4 Gestaltung des Gemeindewappens**

Die Archividirektion Stuttgart hatte angeregt, das in seiner heraldischen Gestaltung unzureichende Gemeindewappen abzuändern.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Gemeinderat: das seit 1912 auf seinerzeitigen Vorschlag der Archividirektion geführte Wappen in der seitherigen Form zu belassen und diese Haltung damit zu begründen, daß die Verwendung des Wappens seit mehr als einem halben Jahrhundert gewisse historische Zusammenhänge geschaffen hat.

#### **5 Juni 1964**

##### **§ 1 Kindergartenneubau – Vergaben**

Es die Rohbauarbeiten vergeben

##### **§ 2 Kindergartenbau – Vereinbarung mit der evang. Kirchengemeinde**

Der Bürgermeister hält die vorgeschlagene Vereinbarung für nicht akzeptabel. Nach dem Entwurf wird die Gesamtleitung des Kindergartens der Kirchengemeinde übertragen, während der bürgerlichen Gemeinde nur ein Mitspracherecht eingeräumt werden soll. Aus die Rechnungsführung soll der Kirchenpflege übertragen werden, während deren Kostenbeteiligung verhältnismäßig gering ausfallen soll. Der Sachverhalt soll im Benehmen mit dem Oberkirchenrat geklärt werden.

#### **10 Juli 1964**

##### **§ 2 Kindergartenbau – Vereinbarung mit der evang. Kirchengemeinde**

Es liegt ein neuer Vertragsentwurf vor. Wesentliche Inhalte:

Die Kirchengemeinde gewährt einer einmaligen Zuschuß von 60.000 DM und beteiligt sich mit 30% am



jährlichen Abmangel.

Die Gemeinde verpflichtet sich neu einzustellendes Personal nur im Einvernehmen mit der Kirchengemeinde anzustellen und zu entlassen. Nach Lösung der bisherigen Anstellungsverhältnisse sollen nur noch Schwestern des Mutterhauses Großheppach beschäftigt werden.

Es soll weiter verhandelt werden.

### **§ 3 -3 Auffahrt zur Schule**

Da die Ortsdurchfahrt im Augenblick ausgebaut wird, erweist es sich als zweckmäßig, auch die Zufahrt zum Schulhaus herstellen zu lassen.

Ein Planungsauftrag wird erteilt.

### **§4 Rechnungsergebnis 1963**

Die Wasserversorgung schließt mit einem Gewinn von 7920 DM, die Kurverwaltung mit einem Verlust von 41000 DM.

### **§ 5 Schuldenaufnahme der Gemeinde**

Zur Finanzierung von Investitionen der Wasserversorgung werden 120000 DM, für den Kindergarten werden 220.000 DM, und zur Finanzierung der Schule werden 300.000 DM Kredite benötigt. Banken und Sparkassen sollen wegen der Finanzierung mit einer Laufzeit von 15 -20 Jahre angesprochen werden.

## **11. August 1964**

### **§ 1 Schulhausneubau – Vergabe Erd- Beton und Maurerarbeiten**

Der Auftrag wird zwischen den Baufirmen Jakob Alber, Calw und Karl Fuchs, Schömberg aufgeteilt.

## **4. September 1964**

### **§ 1 Aufstellung eines Flächennutzungsplanes**

Es wird beschlossen einen Flächennutzungsplan aufzustellen.

### **§ 2 Zufahrtsstraße zu Schulhaus**

Der Auftrag wird dem preisgünstigsten Bieter, Fa. Otto Moroff zu ca. 130.000 DM erteilt.

### **§ 3 Friedhofserweiterung**

Der für die Friedhofserweiterung notwendige Grundstückserwerb ist im Tausch gegen einen Gemeindewald durchgeführt worden

Nachdem es dem Bürgermeisteramt nicht gelungen ist für die Ausstockung zur Erweiterung des Friedhofs einen Unternehmer zu bekommen, ist das Wehrbereichskommando V in Stuttgart gebeten worden die Arbeiten durch eine Pioniereinheit vornehmen zu lassen. Das Wehrbereichskommando hat sich dazu bereit erklärt. Die Arbeiten sollen im Laufe Oktober durchgeführt werden.

### **§ 4 Sperrmühlabfuhr**

Der Bürgermeister weist darauf hin, daß bei dem bisherigen Verkauf der Müllstreifen die Beibehaltung der bisherigen Regelung für die Sperrmühlabfuhr mit einem erheblichen Abmangel gerechnet werden muß. Er schlägt vor die Sperrmühlabfuhr deutlich einzuschränken.

Nach Diskussion wird beschlossen vorerst abzuwarten.

## **6 November 1964**

### **§ 7-b Betreuung von Besuchern aus der SBZ**

Die ersten Rentner aus der sowjetischen Besatzungszone, denen die Erleichterung im Besucherverkehr einen Aufenthalt in der BRD ermöglicht sind eingetroffen. Diese Rentner haben keine Möglichkeit Bargeld mitzubringen. Der Bund hat sich bereit erklärt, jedem Besucher 30 DM zu gewähren. Das Land gibt weitere 20 DM. Die Gemeinden werden gebeten weitere 10 DM dazu zu geben. Dem schließt sich der Gemeinderat an.

## **4 Dezember 1964**

### **§ 4-b Erhebung der Kurtaxe**

Die Kurtaxe soll von 1. 1. 1965 von 0,40 DM auf 0.60 DM angehoben werden.